

Libyen: Anatomie eines NATO-Krieges S. 35

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 272, 30. 6. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Aus dem Inhalt

Dem Staate dienen

Grüner Abschied von der APO



Foto: H. Wojahn

Sie ließen an verbaler Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

,,Atomstaat'' ist ,,offene Polizeigewalt'', Innenminister Zimmermann ,,ein notorisches Lügenmaul''. ,,Wer Zeitbomben installiert, ob in der Ukraine oder an der Unterelbe, ... der ist ein Atom-Terrorist.'' Auf dem Tokioter Weltwirtschaftsgipfel hätten sich die ,,westlichen Atomterroristen'' getroffen. ,,Es gibt auf Tschernobyl nur eine Antwort: alle 374 Atomanlagen auf der Erde sind **Kriegserklärungen** an uns.'' ,,Deshalb ist die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen die einzig vernünftige und moralisch vertretbare Forderung.''

Die Rede ist von den GRÜNEN und ihrem Beschluß auf dem Bundesparteitag zu Pfingsten, zur Zeit des Höhepunkts tschernobylscher Betroffenheit in der BRD. Die verbale Radikalität schien ihre Widerspiegelung auch in den Aktions- und Bewegungsperspektiven der GRÜNEN zu finden: ,,Wichtig ist jetzt eine flächendeckende Selbstorganisation des Widerstands.'' Angesagt seien ,,Großdemonstrationen, politische Veranstaltungen, symbolische Aktionen, Blockaden und konkrete Verhinderungsaktionen'' sowie ,,direkte Demokratie und eine klare parlamentarische Haltung, die den Bezug zu diesem Widerstand behält''. ,,Wir wollen unqere Angst und unsere Wut in Widerstand umsetzen.'' Und die GRÜNEN wollen in der neuen Anti-AKW-Bewegung ihren Platz haben, sie hätten ,,aber nicht das Interesse, diese gesellschaftlichen Widerstandsbewegungen zu dominieren.''

So die mit übergroßer Mehrheit ver-

So die mit übergroßer Mehrheit verabschiedete Resolution.

Schneller als die Betroffenheit über den radioaktiven Fallout verfiel allerdings die grüne Radikalität. Die Aktionen von Brokdorf und Wackersdorf vom 7. Juni und vor allem der Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl eine Woche später, ließen für große Teile der GRÜNEN das Resolutionspapier zur Makulatur werden. Ein wenig staatlicher Druck und diese GRÜNEN kippen um wie die Fliegen. Eine wahre Distanzierungsorgie setzte ein. Nicht mehr der ,,Atomterrorismus'' war die ,,Kriegserklärung'', sondern die ,,Stahlkugelfraktion'' militanter Autonomer, die flugs zum grünen Hauptfeind wurde. Nicht mehr die Teilhabe an einer neuen Bewegung, die man nicht dominieren wollte, sondern der Anspruch, dieser Bewegung den Weg grüner Gewaltfreiheit zu weisen und aktiv kleine, militante Gruppen zu isolieren, dominierte grünes Wollen. Hatte man noch kurz zuvor den Atomstaat mit offener Polizeigewalt gleichgesetzt; sorgte man sich jetzt um das Wohl dieses Atomstaats, die Anerkennung seines Gewaltmonopols, phantasierte über grüne Polizeiminister, alternative Deeskalationsstrategien — vom Gespräch mit der Polizei bis hin zur Überlegung der Festnahme von Gewalttätern durch ,,friedliche'' Demonstranten — und lobte die grüne Fähigkeit, radikale Staatsgegner auf den rechten Weg parlamentarischer Beteiligung zu orientieren (siehe die Dokumente ,,Grüne Distanzierungsorgie''). Die GRÜNEN, die sich eigentlich nicht distanzieren wollten, gerieten flugs in die Minderheit und Defensive.

Was war bloß passiert in dieser Republik?

Fortsetzung Seite 19

'Hamburger Kessel'

Ein Schuß ging nach hinten los

Der Vorgang war beispiellos in der Geschichte der BRD: Über 500 Menschen wurden von der Polizei eingekesselt und auf engstem Raum bis zu 13 Stunden unter freiem Himmel festgehalten, anschließend noch einmal auf Polizeiwachen stundenlang eingesperrt. Die Umstände der Einkesselung, beispielsweise die stundenlange Verweigerung von Toiletten, verschärften den Charakter des Vorgangs noch. Hamburgs politische Führung, namentlich Innensenator Lange und Bürgermeister Dohnanyi, scheint sich in der Kalkulation der Konsequenzen gewaltig vertan zu haben und steht nun unter erheblichem Rechtfertigungsdruck. Offen blieb bisher die höchst interessante Frage, ob das Unternehmen auf schwere Polizei-Fehler oder auf einen zynischen Auftrag der politischen Führung zurückzuführen ist.

Senator Lange am Montag nach der Kessel-Aktion: ,,*Die Polizei hat entschlossen und umsichtig gehandelt. (...)Ich billige die Einsatzkonzeption der Polizei und die polizeilichen Maßnahmen ausdrücklich. Sie waren nach der Situation erforderlich.*'' Dohnanyi am gleichen Tag: ,,*Der Innensenator und die Polizei hatten eine schwierige Lage zu bewältigen. Die Bedrohung, die von den Gewalttätern ausging, war offenkundig.(...) Senator Lange hat mein Vertrauen.*'' SPD-Fraktionschef Voscherau, der Partei-Rechten zuzurechnen, am 20.Juni, 12 Tage nach der Kessel-Aktion: Die Polizei habe sich verschätzt, sei mit den Problemen nicht fertig geworden.

Fortsetzung Seite 17

Blutbad in Peru

Regierung läßt Gefangene ermorden

Die Sozialistische Internationale (SI) tagte in Lima, Peru. Die politischen Gefangenen in drei Gefängnissen wollten die Öffentlichkeit nutzen, um auf ihre menschenunwürdige Situation aufmerksam zu machen. Garcia ließ diesen Protest militärisch vernichten und brach damit ein Abkommen zwischen ihm und den Gefangenen. Sendero Luminoso verlor mindestens ein Drittel seiner wichtigsten Aktivistinnen und Aktivisten. Und Willy Brandt nickte weise dazu.

In der Nacht vom 19. auf den 20. Juni stürmten Militär- und Spezialeinheiten die drei Gefängnisse Lurigancho (offizielle Bezeichnung: San Pedro), el Frontan (San Juan Bautista) und das Frauengefängnis von Callao (Santa Barbara). Die Regierung von Peru spricht von ca. 300 getöteten Gefangenen, die Angehörigen und Unterstützerkomitees erklärten, daß es fast 600

Fortsetzung Seite 8

''Verantwortungslos, selbstherrlich und parteischädigend''

DKP-Vorstand kontra Kritiker

Konstruktiv sei die Kritik, hilfreich und gut. Was konstruktiv ist, bestimmt der Parteivorstand. Das ist in Parteien ein übliches Verfahren. Aber kaum eine Partei gerät schon angesichts einer relativ zahmen Kritik so in lächerliche Aufgeregtheit wie die DKP. Stellvertretend für alle vorlauten Kritiker wurde jetzt der Hamburger Parteitagsdelegierte Müller-Goldenstedt in einer Rede des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies namentlich an den Pranger gestellt. Tadel trifft auch die Hamburger Ortsleitung: Sie habe ihre Pareteitagsdelegierten nicht genügend ideologisch bearbeitet. Und überhaupt müsse die gesamte Hamburger Parteiorganisation „im Verhältnis zur Gesamtpartei eine gewisse Tendenz zur Überbewertung eigener Erfahrungen, zur Überheblichkeit überwinden". Die Unruhe in der DKP war noch nie so groß. Und die Katastrophe von Tschernobyl war wohl eher äußerer Anlaß als innerer Grund.

Zum ersten Mal seit Gründung der DKP hatte es auf dem 8. Parteitag Anfang Mai einzelne kritische Diskussionsbeiträge gegeben. Um die umwälzende Bedeutung dieser Tatsache richtig zu erfassen, muß daran erinnert werden, daß es auf den bisherigen Parteitagen der DKP zwar stets einen Tagesordnungspunkt „Diskussion", aber noch nie eine Debatte gegeben hatte.

Fortsetzung Seite 2

DKP-Vorstand kontra Kritiker

Fortsetzung von Seite 1

Unter ,,Diskussion'' waren bisher harmlos-nette Kurzansprachen verstanden worden, il denen ausgewählte und gut beaufsichtigte Delegierte von der Organisierung des UZ-Verkaufs oder von der Gründung einer Kindergruppe erzählen durften. Kritik war nur denkbar gewesen als direkt parteifeindliche, der staatlichen Steuerung verdächtige Aktion von außen. Kritik war also immer mit dem Austritt oder Ausschluß zwangsläufig verbunden gewesen.

Aus der Rede, die der DKP-Vorsitzende Mies auf der Tagung des Parteivorstands am 17. Juni vortrug, geht hervor, daß sich diese Situation gewandelt hat: *,,Ganz augenscheinlich machte dieser Parteitag Probleme sichtbar, die einen Teil der Genossinnen und Genossen bewegen. Unüberhörbar war die kritische Stimmung eines erheblichen Teils der Delegierten, adressiert an die zentrale Führung.''* Darin zeige sich, so Mies, eine ,,produktive Unruhe'' und ein ,,gesunder Meinungsstreit''. Aber eben nicht nur das. Es gebe auch unberechtigte, parteischädigende Kritik. Stellvertretend für diese kanzelte Mies namentlich den Hamburger Delegierten Müller-Goldenstedt (,,Mügo''), DKP-Mitglied seit 1970, ab. Die konkreten Vorwürfe:

— ,,Mügo'' habe den Rechenschaftsbericht des Parteivorstands in Frage gestellt, indem er kritisierte, in diesem Bericht stehe kaum Neues und es fehle an einer ungeschminkten Bestandsaufnahme.

— ,,Mügo'' habe die Gewerkschaftspolitik der DKP in Frage gestellt.

Man sollte annehmen, daß es das Recht von Mitgliedern und Delegierten ist, die Politik der Partei auf bestimmten Gebieten nicht bloß punktuell, sondern auch grundsätzlich in Frage zu stellen. Eben dazu unter anderem sollen ja eigentlich Parteitage auch dienen. Jedoch, so Mies: *,,Dieser Beitrag war verantwortungslos, selbstherrlich und parteischädigend''*. Arrogant habe

war verantwortungslos, selbstherrlich und parteischädigend''. Arrogant habe

sich ,,Mügo'' nicht nur gegenüber der Führung, sondern gegenüber der gesamten Partei verhalten. Das Hamburger Bezirkssekretariat der DKP hat sich dieser Verurteilung ,,Mügo's'' vollständig angschlossen. Zugleich wird selbstkritisch vermerkt, *,,daß es keine politische, ideologische und systematische Arbeit des Sekretariats mit der Delegation gab, daß die Hamburger Parteiorganisation im Verhältnis zur Gesamtpartei eine gewisse Tendenz zur Überbewertung eigener Erfahrungen, der Überheblichkeit überwinden muß.''*

Es hat in der DKP noch nie einen vergleichbaren Vorgang gegeben, daß nicht nur ein einzelnes Mitglied, sondern darüber hinaus ein ganzer Landesverband in öffentlicher Rede des Parteivorsitzenden — der Text wurde in der ,,UZ'' vom 21. Juni publiziert — namentlich getadelt wurde. Daraus lassen sich Schlüsse auf die Dimension des Konflikts herleiten. Die peinlich anmutende Selbstunterwerfung der Hamburger Leitung zeigt andererseits, in welch engen Grenzen sich der Streit immer noch bewegt. Der Opportunismus im Namen der Parteidisziplin und der idelologischen Geschlossenheit bleibt dominierendes Motiv. Es ist uns nicht bekannt, ob sich auch der angeprangerte ,,Mügo'' selbstkritisch seiner Verurteilung angeschlossen hat. Überraschen würde das angesichts der inneren Strukturen der DKP keineswegs. Zu denken gibt schon, daß auf dem Parteitag der Bericht des Vorstands, den der Delegierte ,,Mügo'' laut Mies ,,abgetan'', ,,herabgewürdigt'' und ,,in Frage gestellt'' haben soll, trotzdem laut ,,UZ'' vom 6. Mai **einstimmig** angenommen wurde. Der Demokratische Zentralismus geht manchmal seltsame Wege.

Die öffentliche Verurteilung ,,Mügo''s ist als Exempel gedacht. Für die laut gewordenen Kritiker in der Partei allgemein und für die allzu selbstbewußt agierenden und argumentierenden Hamburger ganz speziell. Der Parteivorstand hat die Grenzen definiert, über die Kritik künftig nicht hinausgehen darf. Das heißt, wirklich definiert ist durch die Verurteilung ,,Mügo''s eigentlich nichts. Was man klar sehen kann, ist lediglich, daß die Grenzen äußerst eng gezogen sind, und daß man als Kritiker lieber übervorsichtig als übermütig sein sollte. Klar ist auch, daß alles, was zur ,,Parteilinie'' gehört, von der Basis nicht kritisierbar, also auch nicht korrigierbar ist. Dieses Prinzip bedurfte anscheinend der demonstrative Bekräftigung.

Was die Hamburger DKP angeht, so hat des Wort von der Überheblichkeit schon seine innere Berechtigkeit. Unter Hamburger DKP-Mitgliedern, gerade auch unter Funktionären, herrscht unüberhörbar die übrigens sachlich begründete Meinung, klüger als der Düsseldorfer Parteivorstand sei man in Hamburg allemal. Ob Wahlpolitik, Friedensbewegung oder Anti-AKW-Kampf: man glaubt in Hamburg, daß die DKP insgesamt schon ein Stück weiter sein könnte,wenn man nicht von den ,,Dogmatikern'' dauernd ge-

den ,,Dogmatikern'' dauernd ge-

bremst würde. Und bissige Bemerkungen über die ,,UZ'' gehören geradezu zum Minimum, mit dem ein Hamburger DKP-Funktionär im Gespräch zu verstehen geben möchte, daß er persönlich nicht auf den Kopf gefallen ist. Dies scheint allerdings generell für DKP-Funktionäre zu gelten, mit denen man es als bündnispolitische Gesprächspartner zu tun hat, nicht nur in Hamburg.

Die ,,UZ'', die offizielle Tageszeitung der DKP, ist denn auch der Hauptpunkt, an dem die innerparteiliche Kritik ansetzt. Dreiste, unerträgliche Zumutungen, die sich das Blatt nach der Katastrophe von Tschernobyl leistete, haben diese Kritik verschäft, aber nicht ausgelöst. Es ist aufschlußreich, daß im Gegensatz zu der erstaunlicherweise immer noch recht erfolgreichen Mitgliederwerbung der DKP die ,,UZ''-Kampagne 1984/85 ein Schlag in Wasser war: die gesteckten Ziele wurden nur zu 55% erreicht, wie Chefredakteur Polikeit eingestand. (,,UZ'', 20.4.85) Dies lag wesentlich, so ebenfalls Polikeit, an der mangelnden Motivation vieler Mitglieder, sich für diese Zeitung einzusetzen. Schon Polikeit hatte allerdings zu recht festgestellt, daß Kritik an der ,,UZ'' letzten Endes oft in Wirklichkeit Kritik an der ,,Strategie und Taktik'', an den grundsätzlichen Standpunkten der DKP meine. Diese Ansicht wurde von Mies in seiner Parteivorstandsrede am 17. Juni bekräftigt. Tatsächlich geht die von vielen DKPlern geäußerte Kritik an der ,,UZ'' daran vorbei, daß ihr Zentalorgan nicht besser sein kann als die vom Parteivorstand vorgegebene und von den Mitgliedern zumindest tolerierte politische Linie und Arbeitsweise der Partei. Die ,,UZ'' kann beispielsweise unmöglich schneller und flexibler reagieren als der Parteivorstand. Und solange die Parteilinie so aussieht, daß nicht einmal der Anschein einer punktuell auch kritischen Haltung zur Sowjetunion entstehen darf, bleibt der ,,UZ''-Redaktion gar nichts anderes übrig, als ,,Prawda''-Texte nachzudrucken und die Wartezeiten mit dümmlichen Rechtfertigungskommentaren eigener Produktion irgendwie zu überbrücken. Um eine bessere Zeitung zu machen, müßte sich die ,,UZ''-Redaktion zwangsläufig mit dem Parteivorstand anlegen. Gesetzt den auszuschließenden Fall, sie wäre dazu bereit, so müßte sie höchstwahrscheinlich damit rechnen, auch von den heute noch eifrigsten ,,UZ''-Kritikern plötzlich allein im Regen gelassen zu werden. Viel mehr als ein billiges, folgenloses Gemoppere dürfte vorerst hinter der weitverbreiteten Kritik an der ,,UZ'' noch nicht stehen.

Dennoch bleibt fetzustellen daß in der DKP jetzt erstmals eine Situation entstanden ist, wo sich Kritik rührt in einem Ausmaß, das nicht einfach mit den bewährten Mitteln wie Ausschluß und Denunzierung als Agent des Verfassungsschutzes in den Griff zu kriegen ist. Tschernobyl, es wurde schon gesagt, hat diese Krise zwar unmittelbar ausgelöst, ist aber nicht ihre Ursache. Das tiefere Problem wird vor allem in der Wahlpolitik der DKP deutlich: Dem Entstehen der Alternativen und Grünen Listen Ende der 70er Jahre begegnete die DKP mit ihren traditionellen Mitteln: Verhöhnung, Beschimpfung, Darsellung als Koalition von maoistischen Provokateuren und Rechtsradikalen. Ihre Öffnung 1980 in Form von Bündnisangeboten bewirkte nach außen gar nichts, stellte aber die DKP nach innen vor einige neue Schwierigkeiten. Der Versuch, 1985 in Gestalt der Friedensliste an frühere Wahlvereine wie DFU und und ADF anzuknüpfen, erwies sich als Mißerfolg. Nachdem die FL im Kern nie mehr war als ein Parteienbündnis der DKP mit den Demokratischen Sozialisten als Juniorpartner, haben sich zu den Bundestagswahlen 1987 sogar noch die DS quergelegt, so daß es zu der von der DKP ursprünglich gewünschten Aufstellung von Landeslisten der FL nicht kommen wird. Damit sind nun sämtliche Optionen der DKP ausgereizt. In Niedersachsen, wo sie kürzlich wieder unter eigenem Namen zu den Landtagswahlen kandierte, halbierte sie ihren Simmenanteil nochmals von 11.500 Stimmen 1982 auf 5.700 Stimmen. Die DKP hat kaum noch mehr Wähler als Mitglieder — eine in der gesamten politischen Geschichte vermutlich beispiellose Situation. Das sind Schläge für das Selbstbewußtsein der DKP-Mitglieder, die durch keine noch so optimistische Phrase der Parteiführung wieder zu heilen sind. Aber jede politische Aufarbeitung dieses

jede politische Aufarbeitung dieses

Niedergangs unterbleibt: Früher wurden die Stimmenverluste immerhin noch als solche eingestanden und auf das Wirken des allmächtigen Antikommunismus schlüssig zurückgeführt. Nach dem Niedersachsen-Tiefschlag hingegen kann man nur noch lesen, daß die DKP ihr Ziel, nämlich Albrecht zu stürzen, fast erreicht habe und daß nur die sektiererische Haltung der SPD und der Grünen einen vollen Erfolg verhindert habe. So allen Ernstes der niedersächsische Bezirksvorsitzende Hennecke in der ,,UZ'' vom 18. Juni. Daß solche Selbsttäuschung auch geduldige Mitglieder mittlerweile mehr aufreizt als beruhigt, ist offensichtlich. Es wird aus dieser Kritik aber nichts folgen, solange sie in Feigheit und Unterwerfung verharrt. Wir sind an der Sanierung der DKP nicht unbedingt interessiert, aber dennoch sei es hier verraten: eine Wende zum Besseren würde von den Kritikern in erster Linie Mut und Konsequenz verlangen. Die sind bisher weit und breit noch nicht in Sicht.

Kt., Hamburg

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Aktionskonferenz Hunsrück:

Der lange Abschied vom ungehorsamen Sommer

Gemeinsame Aktionen des Zivilen Ungehorsams wird es nun in der Militärregion Hunsrück im Sommer doch nicht geben. Nach dem Ergebnis einer Aktionsberatung, die auf Einladung des BUF (Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen) am 21. Juni in Rüsselsheim stattfand, wird vom BUF jetzt nur noch auf eine Blockade der Cruise-Missiles-Baustelle Hasselbach im direkten Vorfeld der Großdemonstration am 11. Oktober orientiert.

Rund 30 Teilnehmer aus diversen Städten waren zur Konferenz ,,Ziviler Ungehorsam im Hunsrück 1986'' gekommen — darunter niemand aus den Hunsrücker Friedensinitiativen: Ausdruck der Situation, daß die örtlichen FIs zwar Aktionen des Zivilen Ungehorsams nicht generell ablehnen, aber keine Neigung haben, sich daran selber zu beteiligen, sondern eher negative Auswirkungen für ihre eigenen Arbeit befürchten. Nachdem im BUF-Spektrum schon vor Monaten eine eher schleppende Diskussion überAktionen im Hunsrück begonnen hatte, stellte sich die Lage nun so dar: Die Möglichkeit, mit Behinderungsaktionen gegen das Militär in der konservativen Region Anklang zu finden, wurde als sehr schwierig eingeschätzt, zumal es schon im Mai wegen harmloser Malereien zu Konflikten gekommen war. Im BUF-Spektrum selbst hat sich, erst recht nach Tschernobyl, das Thema Hunsrück nicht gerade als Renner erwiesen, sondern die eigenen Leute zieht es eher zu AKW-Aktionen. Von der Not der Lage diktiert präsentierte der BUF-Trägerkreis der Konferenz nun den Vorschlag, mit einer zeitgleichen ,,spektakulären Doppelaktion'' in Hasselbach und dem 100 Kilometer entfernten AKW Mühlheim-Kehrlich den Zusammenhang beider Bewegungen zu demonstrieren, sich damit auf eine kleinere Zahl realistisch verfügbarer Leute zu beschränken und gleichzeitig für die Herbst-Demo zu mobilisieren. Die Mehrheit der Konferenz stand diesem überfrachteten Vorschlag skeptisch bis ablehnend gegenüber. Vom KB wurde dafür plädiert, sich nicht mit einer derartigen Ersatzhandlung darüber hinwegzumogeln, daß es den ursprünglich gewünschten ,,Sommer des Zivilen Ungehorsams'' im Hunsrück nicht geben wird.

Als Ergebnis der Konferenz bleibt die Orientierung auf eine größere Blockade der Cruise-Missiles-Baustelle an den zwei Tagen vor der Herbstdemonstration, zu der vom BUF aber nur aufgerufen wird unter der Bedingung, daß andere Organisationen aus dem Spektrum des Bonner Koordinationsausschusses dabei mitziehen. (Von Aktion Sühnezeichen war ein derartiger Vorschlag selbst aufgebracht worden.) Falls es absehbar ist, daß die Bauarbeiten auf dem CM-Stützpunkt für die Blockade-Tage von Seiten der Betreiber eingestellt werden, soll die Blockade auf andere Militäreinrichtungen in der Nähe ausgedehnt werden, um nicht ins Leere zu laufen.

Über diese Vereinbarung hinaus wird es am 20. September, dem bundesweiten Aktionstag für die Hunsrück-Mobilisierung, Aktionen an verschiedenen Militärstandorten, vor allem in Süddeutschland, geben, und die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen lädt vom 24. August bis 6. September zu einem antimilitaristischen Sommercamp im Hunsrück ein.

Ch.



Gottesdienst
vor Cruise-Missiles-Baustelle

Planung der Hunsrück-Demo

Unter dem Motto ,,Frieden braucht Bewegung — Für eine neue Politik — Abrüsten jetzt'' ruft die Friedensbewegung zum 11. Oktober 1986 zu einer bundesweiten Demonstration am Stationierungsort der Cruise Missiles in Hasselbach/Hunsrück auf.

Nach Eintreffen der Teilnehmer/innen im Laufe des Vormittags (ca. ab 9.30) wird es einen Demozug in zwei Blöcken um das gesamte Stationierungsgelände geben. Irgendwann (12 Uhr) wird dieses ganz umzingelt sein. Für diesen Zeitpunkt ist ein ,,Sichtbarmachen des Zauns'' (z.B. indem jede/r was mitbringt, was drangehängt werden kann) geplant. Dann wird die Demo zum Beller Markt in Sichtweite des Stationierungsgeländes marschieren. Gegen 14.00 beginnt eine Kundgebung, die gegen 16.00 beendet sein soll. Es gibt einen Beschluß, keine Redner von und für Parteien oder mit Ämtern, Mandaten oder Kandidaturen oberhalb der Ortsebene einzuladen, ansonsten ist bezüglich der Rednerliste noch nichts entschieden. Einigkeit besteht, daß das Anliegen der AKW-Bewegung einbezogen werden muß.

Im Zusammenhang mit der Demonstration soll es Aktionen zivilen Ungehorsams geben. Genaueres steht noch nicht fest, im Gespräch ist u.a. eine zeitlich vorgeschaltete mehrtägige Blockade des gesamten Geländes (nicht nur eines Tores).

Es gibt eine ganze Menge an Material, mit dem für Hasselbach gearbeitet werden kann, u.a. Aufrufe, Buttons, Plakate, ,,Friedenserklärungen'', ein Flugblatt zum Zusammenhang von ,,ziviler'' und militärischer Nutzung der Atomenergie und demnächst eine vierseitige Massenzeitung. Das kann bestellt werden bei:

KA der Friedensbewegung
Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/69 29 04.
Kontaktadresse im Hunsrück (auch für Referent/innen, Dias, ,,Besichtigungen'' etc.) ist:
Büro für Friedensarbeit, Hauptstr. 40, 6544 Kirchberg, Tel. 06763/3709

Neues von der 'Neuen Rechten'

Darmstädter Bankdirektor tritt ab

Der rechtsradikale Bankdirektor der Darmstädter Volksbank und Mitinitiator des ,,Gesprächskreises Rhein-Main'', Klausdieter Ludwig (KDL), hat seinen Posten Mitte Mai ,,freiwillig'' geräumt, wie ein Sprecher der Bank Anfang Juni mitteilte. (s. ausführlich AK 271) Nun ist aber schon ein weiterer Angestellter des Geldinstitutes ins Gerede gekommen, der Betriebsrat Rainer Kumme. Die ,,Andere Zeitung'' (az) berichtete im Darmstadt-Teil ihrer Juni-Ausgabe über eine angenommene NPD-Mitgliedschaft Kummes, woraufhin dieser eine Gegendarstellung forderte. Anwaltlich läßt er sich von der Sozietät Gottfried Milde vertreten. Milde nimmt gleichfalls die Interessen KDL's wahr, u.a. gegenüber dem Hessischen Rundfunk, der mehrfach über ihn und sein Treiben berichtet hatte. Daß Milde auch Aufsichtsrat des HR ist wie zudem Fraktionsvorsitzender der CDU im hessischen Landtag, läßt aufmerken ...

Klausdieter Ludwigs Name ist nach fast einem halben Jahr (also seitdem sein Tun öffentlich wurde) wieder unter einer Einladung des ,,Gesprächskreises...'' aufgeführt. Nach mehrmonatiger ,,Konsolidierungspause'' wurde zum Thema ,,Die Nachkriegszeit geht zu Ende — Von der Notwendigkeit einer neuen Strategie'' geladen. Referent dafür war am 24.6. in Frankfurt Dr. Alfons Hueber, Kontaktadressat seiner Runde und Funktionär des Witiko-Bundes. Möglicherweise konnte er seinen Mit-Witikonen, den Frankfurter CDU-Schuldezernenten Bernhard Mihm begrüßen.

Ob in solchen Kreisen ,,neue'' Ideen geboren werden ...

Ein Frankfurter KBler

Die Blutspur verliert sich im Nebel

Hamburger Skinhead-Prozeß

wegen des Mordes an Ramazan Avci

Staatsschutzsaal 237 des Hamburger Landgerichtes: Seit sechs Wochen schleppt sich hier die Verhandlung gegen fünf Skinheads, die kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres den 26jährigen Türken Ramazan Avci brutal erschlagen haben. Das Urteil steht noch aus, doch das politische Ergebnis dieses Prozesses nicht: Die Symptom-Tat der Skinheads hat ihren Symptom-Prozeß gefunden — nach elf Verhandlungstagen hat es die Große Strafkammer geschafft, so gut wie nichts aufzuklären. Die Ausländerfeindlichkeit gerinnt im Gerichtssaal zu einer Blutanhaftung an Schuhen und Tatwerkzeugen, und diese Blutspur verliert sich im Nebel. Nur schemenhaft wurde hinter diesem Nebel die Phalanx von Polizei und Verfassungsschutz sichtbar, die lieber die Köpfe einzelner Ermittlungsbeamter rollen ließ, als ihre Informationen über die Täter-Szene preiszugeben. Was bleibt, sind fünf junge Männer, die vermutlich für Jahre ins Gefängnis wandern, und eine Parole am Tatort in Hamburg-Wandsbek: „Ramazan Avci war erst der Anfang".



Was das Gericht nicht wahrhaben wollte: Die Jagd auf Ausländer geht weiter (Skin-Parole am Tatort S-Bahnhof Landwehr).

Was in jener Nacht des 21. Dezember vom Ablauf her geschah, war vor Gericht von Beginn an kaum umstritten: Ramazan Avci, sein Bruder und sein türkischer Freund kamen per Zufall am Lokal „Landwehr" vorbei, seit einigen Wochen Stammlokal von Skinheads. Eine Gruppe von Skins, an der Spitze ihr Führer Carsten Wacker, verstellte den türkischen Passanten den Weg, beschimpfte sie und griff sie an. Ramazan Avci verteidigte sich mit einer Tränengasdose und flüchtete mit seinen Begleitern. Die fünf jetzt angeklagten Skins sprangen in ein Auto, nahmen die Verfolgung auf. Zwei Straßenecken weiter konnten sich Avcis Begleiter in einen Linienbus retten; Avci selbst rannte in Panik vor ein Auto, blieb mit einem Beinbruch auf der Straße liegen. Vier Skinheads fielen über ihn her, traten ihm auf den Kopf und droschen mit einem Axtstiel, einer Gymnastikkeule und einem Gummiknüppel auf ihn ein, bis Avcis Schädeldecke in Stücke zersprang.

Obwohl der Hergang der grausigen Tat einer systematischen Exekution gleicht, wurde der Mordvorwurf gegen die Skinheads im Laufe der Ermittlungen fallen gelassen und nur Anklage wegen Totschlags erhoben. Juristisch balanciert die Staatsanwaltschaft dabei auf zwei Schlußfolgerungen, die einem Jurastudenten des ersten Semsters noch als Naivität nachgesehen werden könnten, aber bei einem erfahrenen Staatsanwalt nur als politisch motivierte Schamlosigkeit gelten können:

1) Den Angeklagten kann nicht nachgewiesen werden, daß sie bei den anfänglichen ausländerfeindlichen Beschimpfungen dabei waren (das Verfahren gegen den Anführer Carsten Wacker wegen Körperverletzung wurde abgetrennt).

2) Aufhänger für ihre Tat sei die Wut über Avcis Tränengas gewesen, eben das Motiv, ihre Kumpels **dafür** rächen zu wollen. Ergo: Es gibt zwar Skins, und die Skins sind ausländerfeindlich, und die Angeklagten gehören dazu, aber an jenem Abend waren es andere Skins, die ausländerfeindlich waren, und unsere Angeklagten waren nur wütend — das Opfer hätte auch ein Deutscher sein können, hätte er denn gesprüht.

Mit diesem Ansatz kam in den Prozeß, wenn auch unausgesprochen, der bittere Beigeschmack von Vergewaltigungsprozessen: Hätte sie sich nicht gewehrt, wäre sie nicht durch den Park gegangen ... Hätte Avci nicht gesprüht ... Die Befragung von Avcis Bruder im Zeugenstand durch die Verteidiger der Skins entbehrte denn auch tatsächlich nicht der unerträglichen Unterstellung von der Mitschuld des Opfers: „Warum gingen Sie diese Straße? Warum nahmen Sie keinen anderen Weg?". Daß das Gericht diese Art der Befragung nicht unterband, daß es den Angehörigen des Ermordeten und den türkischen Beobachtern auf Presse- und Zuschauerbänken diese Szenen zumutete, offenbarte mehr von der tiefsitzenden Ausländerfeindlichkeit dieser Justiz und dieser Gesellschaft als andere Passagen des Prozeßes, auch wenn diese für das Ergebnis wichtiger

und Zuschauerbänken diese Szenen zumutete, offenbarte mehr von der tiefsitzenden Ausländerfeindlichkeit dieser Justiz und dieser Gesellschaft als andere Passagen des Prozeßes, auch wenn diese für das Ergebnis wichtiger

waren.

Daß diese Art der Anklageerhebung mit dem Mordparagraphen zugleich den Rassenhaß als niederen Beweggrund unter den Tisch fallen ließ, signalisierte, was in diesem Verfahren nicht beabsichtigt war: die gründliche Untersuchung der Motive der Täter, ihrer Geisteshaltung, ihrer Gruppenstrukturen, ihrer Hintermänner. Was die fünf unauffälligen jungen Männer, die im Gerichtssaal kaum den Mund aufmachten, konkret dazu gebracht hat, auf offener Straße einen ihnen völlig unbekannten Türken bestialisch umzubringen, das blieb im Prozeß auch nach elf Verhandlungstagen „ein weißes Blatt Papier", wie es der Nebenklage-Anwalt Uwe Maeffert in seinem Schlußplädoyer formulierte. Ein psychologisches Gutachten, von den Nebenklägern wie auch einer Skinhead-Verteidigerin wiederholt gefordert, lehnte die Jugendkammer ab mit der Begründung, sie sei auch so kompetent genug.

Was letzlich über die Angeklagten bekannt wurde, sind eher Anhaltspunkte, bei denen eine Untersuchung beginnen müßte, aber nicht enden dürfte: Mitglieder der Skingruppe „Lohbrügge Army", kurz „LA", in Hamburg-Bergedorf, wo früher Michael Kühnen für seine ANS/NA rekrutierte und heute die FAP aktiv ist. Der Bruder des einen Angeklagten, René Wulff (18), ist „Gau-Leiter Nord" der FAP. Norbert Batschkus, mit 23 Jahren der Älteste auf der Anklagebank, stand früher im Zusammenhang mit Heiner Grasshoffs „Savage Army" vor Gericht. Alle fünf bekamen in die Haft die Rundbriefe der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene". Sie seien ihnen gegen ihren Willen zugeschickt worden, distanzierten sich die Skins. Jedenfalls: Die Neonazi-Szene kümmerte sich um

men in die Haft die Rundbriefe der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene". Sie seien ihnen gegen ihren Willen zugeschickt worden, distanzierten sich die Skins. Jedenfalls: Die Neonazi-Szene kümmerte sich um

sie.

Ralph Lach, der Hauptbeschuldigte, gibt zu, öfter mit Hitlergruß in der Öffentlichkeit aufzutreten, und wurde schon mit „Türken raus"-Aufklebern der FAP in der Tasche erwischt. Seine Anwältin, die sich nicht der platten Verharmlosungstaktik der übrigen Skin-Verteidiger anschloß, bescheinigt ihrem Mandanten, daß er gar nicht in der Lage sei, seine Motive zu formulieren — und vom Augenschein her scheint das auch zu stimmen. Aus der Haft schrieb der 21jährige, nach einer Auseinandersetzung mit Bayern-Fans in Hamburg, an seine Kumpels: „Hoffentlich habt ihr die Knödelfresser ordentlich planiert." Eine „Kultur der Gewalt" nennen das Sozialarbeiter aus der Szene. Aber wo sind die Kettenglieder zwischen derart allgemeinen Erklärungen und dem, was Lach in jener Dezembernacht mit einem Axtstiel auf Avcis Kopf eindreschen ließ? Vorher will er, nach eigenem Bekunden, in der Kneipe im Suff eingeschlafen sein. Das sollte ihm zur Entlastung dienen. Doch die Vorstellung macht es nur noch fürchterlicher: Da wacht einer auf, reibt sich die Augen und erschlägt einen Türken. So mal eben.

Rechtsanwalt Uwe Maeffert in einer Prozeß-Erklärung: *„Avci war der unbekannte Türke, dem Aufkleber und Flugblätter galten. Er wurde verantwortlich gemacht für die Arbeitslosigkeit genauso wie für die eigene tiefe Irritation."* Worin bestand die Irritation dieser Angeklagten? Das Gericht kann es nicht wissen, denn es hat nicht danach gefragt. Dabei hätte man von einem Gericht, das politisch nicht an die Hintergründe will, zumindest erwarten können, daß es die persönliche Entwicklung der Täter untersucht. Fehlanzeige. Kein Lehrer, kein Ausbilder, kein Angehöriger wurde in den Zeugenstand geladen. Die Befragung der Angeklagten zur Person dauerte gerade 'mal zehn Minuten, ließ es dabei be-

wicklung der Täter untersucht. Fehlanzeige. Kein Lehrer, kein Ausbilder, kein Angehöriger wurde in den Zeugenstand geladen. Die Befragung der Angeklagten zur Person dauerte gerade 'mal zehn Minuten, ließ es dabei be-

wenden, daß die Skins „nichts gegen Ausländer haben" wollen und abends mit Mordwerkzeugen in der Jacke ausgehen, „um sich gegen Übergriffe anderer Gangs zu schützen". Ach ja, man hat Arbeit und die tut man gern, und am Wochenende trinkt man einen und geht zum Fußball. Eine umfassende jungdeutsche Biographie — für heute ist die Verhandlung geschlossen...

Nur einmal keimte Persönliches auf, entstand peinlich berührtes Schweigen im Gerichtssaal: Dem Zeugen Peter Voß, einem der Anführer der „Lohbrügge Army", wurde ein Brief vorgelesen, den der Angeklagte Uwe Podein (18) aus der U-Haft an seine Freundin schrieb über seine Beziehung zu Voß („Was ich noch nie einem Menschen erzählt habe"): Er sei sehr stolz darauf, daß Voß ihn wie einen Bruder sähe, ihm vertraue, „ihn brauche ich am meisten". Voß (gegen ihn wurden schon 32 einschlägige Anzeigen eingereicht) reagierte auf dieses Bekenntnis irritiert: „Das habe ich bisher leider nicht so gesehen." Vermutlich die einzige nicht gelogene Aussage dieses Zeugen.

Doch dieses flüchtige Schlaglicht auf Abhängigkeiten und Gruppenstrukturen in der Skin-Szene war es denn auch schon. Über Peter Voß, offensichtlich eine zentrale Figur der Täter-Szene, wurde kein Dossier herangezogen — und spätestens hier wird es politisch: Denn Informationen, Karteien, Vermerke und Berichte über Skin- und Neonazi-Szene scheint es bei Hamburgs Behörden in Hülle und Fülle zu geben, doch sie erblickten nicht das Licht des Gerichtssaals, sondern blieben in den Schubladen von Polizei und Verfassungschutz. Die systematische Verdunkelungstaktik seitens der Behörden spiegelte sich im Gerichtssaal als verwirrendes Chaos wieder: Das Verfahren taumelte von einer halbgaren Polizeizeugen-Aussage zum nächsten Beweisantrag, mehrte per saldo nur die Soll-Seite der Aufklärung und nicht das Haben, bis die hinreichende Erschöpfung aller Beteiligten der Beweisaufnahme (sprich: dem Stochern im Nebel) ein Ende setzte.



Der Angeklagte Lach ist der Hauptbeschuldigte im Skin-Prozeß. Er schlug auf Avci mit einem Axtstiel ein.

Dabei hatte es am vierten Verhandlungstag noch nach einer Wende ausgesehn, als eine kleine Bombe platzte: Der Kriminalbeamte Hans Gottschalk, Ermittler im Fall Avci seit der Mordnacht, mußte zugeben, daß sein Sohn selber in der Skin-Szene aktiv ist, mußte zugeben, daß er ausgerechnet den Angeklagten, den er persönlich kannte, in der Mordnacht erst wieder laufen ließ. In einem anderen Skin-Verfahren, in dem es um versuchte Gefangenenbefreiung ging, ermittelte der Papi, und Sohnemann gab die Entlastungs-Alibis. So geht es natürlich nicht — der Beamte Gottschalk hat jetzt einen anderen Arbeitsplatz und gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung.

„Geklärt scheint nunmehr auch", resümierte die TAZ voreilig, „warum die Hamburger Polizei die Skinheads hartnäckig als schlichte Schlägertruppe ohne politische Hintergründe führt." Leider ist mitnichten etwas geklärt: Der Beamte Gottschalk wurde geopfert, wurde einer kritischen Öffentlichkeit und einer kritischen Presseberichterstattung als Bonbon hingeworfen — und dahinter schloß sich der Vorhang wieder. Abgewirtschaftet hat im Laufe der Verhandlung auch Gottschalks ganzes Dezernat, das sogenannte Rockerdezernat für „jugendliche Gewalttäter", bei dem die Ermittlungen lagen, während die Kollegen vom Staatsschutz die Kenntnisse hatten. Und so lief die Arbeitsteilung: Ein Spendenaufruf aus der Szene für die

Rockerdezernat für „jugendliche Gewalttäter", bei dem die Ermittlungen lagen, während die Kollegen vom Staatsschutz die Kenntnisse hatten. Und so lief die Arbeitsteilung: Ein Spendenaufruf aus der Szene für die

Angeklagten, in dem die gegenüber Ausländern schlappen Politiker als die Schuldigen bezeichnet werden und gefragt wird „Ist es da so unverständlich, wenn bei einem jungen Deutschen mal die Sicherung durchbrennt?", dieses bezeichnende Pamphlet wanderte bei der Ermittlungsbehörde in den Papierkorb als nicht erkenntnisrelevant. Bei den Kollegen vom Staatsschutz wurde es abgeheftet, aber die ermitteln ja nicht. Anwalt Maeffert charakterisierte die Funktion des Rockerdezernats zum Schluß als die eines „Strohmanns in diesem Verfahren, der ein Bollwer k schaffen sollte gegen die Aufklärung."

Immer wieder geistert durch das Verfahren die Existenz einer Polizeiakte mit Ermittlungsunterlagen, die sich nicht in der Gerichtsakte finden. Das Gericht lehnte die Heranziehung dieser Geheim-Akte ab, nachdem es mit ein paar eilig nachgereichten Schriftstücken besänftigt worden war. Dem Verfahren nicht zugänglich gemacht wurde auch ein Bericht des Staatsschutzes über die Bergedorfer Skins, die Gruppe der späteren Täter. Datiert sechs Monate vor dem Mord werden darin der „Lohbrügge Army", polizeilich Voß-Ludwig-Gruppe genannt, „rechtsextremistische Tendenzen" bescheinigt sowie eine „mehr oder weniger offen gezeigte Abneigung gegen ausländische Mitbürger". Und: „Ein großer Teil der Jugendlichen ist bei der Fachdirektion 723 (Staatsschutz, Anm. AK) bereits in Erscheinung getreten." Dieser Bericht wurde übrigens von einer integrierten Ermittlunggruppe unter Beteiligung des „nichtswissenden" Rockerdezernats gefertigt.

Quasi geopfert wurde im Prozeß auch ein weiterer Zeuge: der damalige Wirt der Skin-Kneipe. Mit Angstschweiß auf der Stirn mußte er zweimal vor Gericht erscheinen, weil sein Gedächtnisschwund allzu auffällig war. Er soll dem Verfassungsschutz detaillierte Informationen darüber gegeben haben, daß sich an jenem Abend in seinem Lokal ein großes Skin-Treffen zusammenbraute, nachdem es schon am Vorabend zu blutigen Auseinandersetzungen mit anderen Deutschen gekommen war. Jetzt erinnert er sich an nichts mehr, stöhnt schon „ich weiß es nicht", bevor eine Frage gestellt ist. Offensichtlich steht er unter Druck, wurde zum Stillschweigen verpflichtet — oder gekauft. Nur das Mitleid mit dieser Jammergestalt von Zeugen verhindert, daß er seine Lügen noch beeiden muß.

Wenn der Wirt auspacken würde, könnte vielleicht herauskommen, daß der Mord an Ramazan Avci hätte verhindert werden können. Denn alles deutet darauf hin, daß die Polizei tatenlos zusah, daß sich an jenem Abend eine auffällig große und bewaffnete Menge von Skins zusammentat — Skins, die der Polizei großenteils bekannt waren und deren ausländerfeindliche und gewalttätige Gesinnung ihr bewußt war. **Nach** der Tat wurden die Mörder überraschend schnell gefaßt, auch ihr PKW-Kennzeichen war den Beamten nicht unbekannt.

Der Hamburger Senat wußte schon am 10. Januar mehr, als das Gericht bis heute weiß. An diesem Tag antwortete der Senat auf eine Anfrage der GAL, daß die Skinheads „nach den bisherigen Ermittlungen von Polizei und Staatsanwalt" in der Mordnacht mit einer Auseinandersetzung gerechnet und sich darauf vorbereitet hatten. Diese Informationen bekam der Senat vom Verfassungsschutz — in der Gerichtsakte findet sich kein Wort über diese „bisherigen Ermittlungen".

Professionell schwieg dazu der Zeuge Ernst Urlau, Hamburgs zweithöchster Verfassungsschützer. Sein Amt

vom Verfassungsschutz — in der Gerichtsakte findet sich kein Wort über diese „bisherigen Ermittlungen".

Professionell schwieg dazu der Zeuge Ernst Urlau, Hamburgs zweithöchster Verfassungsschützer. Sein Amt

wurde gleich nach dem Mord aktiv, weil die Täter als „Anhänger einer politischen Gruppierung" angesehen wurden; sein Amt bekam von der Polizei Zeugenaussagen, die dem Gericht vorenthalten wurden; sein Amt kennt die Urheber des ausländerfeindlichen Spendenaufrufs für die Angeklagten, aber verschweigt sie („Dafür habe ich keine Aussagegenehmigung.") Es wird gemauert, „bis an die Grenze der Strafvereitelung" (Maeffert), und der VS-Vize verabschiedete sich fröhlich mit der Belehrung: „Wir machen eine Güterabwägung nach dem Opportunitätsprinzip, nicht nach dem Legalitätsprinzip."

Höchstes Gut, politisches Ziel war es offensichtlich, den Sumpf organisierter, gewalttätiger Ausländerfeindlichekeit in Hamburg zu verhüllen und die Erkenntnisse darüber herunterzuspielen, damit die Öffentlichkeit nicht nach tatkräftigen Konsequenzen fragt. Das Gericht, lau, inkompetent und willfährig, bot dabei die Bühne für seine eigene Veräppelung durch die Exekutive.

Und am Ende von elf Verhandlungstagen wachte der Staatsanwalt wieder auf und fordert für die teils jugendlichen, teils erwachsenen Angeklagte insgesamt 40 Jahre Freiheitsstrafe, schöpfte in jedem einzelnen Fall den Strafrahmen nach oben hin aus. Die Nebenkläger legten sich nicht auf ein Strafmaß fest, sondern wiederholten ihre Forderung nach Aufklärung, um Wiederholungen des Mordes zu verhindern — und um dem wenige Monate alten Sohn von Ramazan Avci einmal sagen zu können, warum sein Vater getötet wurde. Von dem Urteil ist diese Antwort kaum zu erwarten.

ch.

Gegen Rassismus in Bayern - Ausländer fordern mehr Rechte

Die CDU/CSU verstärkt derzeit ihre schon sattsam ausländerfeindliche Propaganda. Nachdem jetzt auch Kohl die Abschaffung des Asylrechts per Grundgesetz-Änderung gefordert hat, stieß die JU Bayern begeistert nach und gab ihrerseits eine Pressekonferenz über die „Asylantenschwemme" im Freistaat. CSU-nahe Anzeigenblätter hetzen mit Artikeln der Machart, es sei z.B. in Riem die „peinliche" Tatsache „durchgesickert", daß auch dort Asylbewerber untergebracht werden sollen. Mit dieser Hetze soll nicht nur die Beseitigung des Asylrechts vorbereitet werden, sondern auch das rassistische Potential insgesamt verbreitert werden mit der Zielvorstellung eines bedeutsamen „volkstreuen" Flügels unter den Lohnabhängigen. Der Landtagswahlkampf bringt gerade aus der braunen Ecke eine Flut rassistischer Propaganda hervor. Diese ist zwar laut Bayerischer Verfassung verboten — das Bayerische Oberste Landesgericht sieht sich aber dadurch nicht gehindert, allen Rassisten grünes Licht zu geben: man könne sich im Hinblick auf die öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer Rückführung türkischer Staatsangehöriger zum verbalen Rundumschlag berechtigt fühlen, heißt es in einem Urteil. Hier einige Beispiele aus Nazi-Flugblättern, die allein in den letzten Tagen verteilt wurden:

— Ausländer, wehrt Euch (!) gegen die Versuche von SPD und Gewerkschaften, Euch Eure Volkszughörigkeit zu nehmen (!), um Euch zu bloßem Stimmvieh zu gebrauchen für ihre Zwecke und als Stoßtrupps gegen Streikunwillige (!). Wollt Ihr Fremde werden in Deutschland und in Eurer Heimat? (Deutscher Block)
— Rücksiedlung der Fremdarbeiter statt kapitalistischer Zwangsintegration! (Nationalrevolutionäre)
— Arbeiter, du bist es, nicht die Politiker, der sich mit einem Heer von Ausländern konfrontiert sieht (Partei der deutschen Freiheit)
— Ausländerstopp ist das Gebot der Stunde (NPD)

Der bei den Faschisten immer wieder auftauchende demagogische Bezug auf die Interessen der Ausländer selbst ist übrigens im Grundsatzbeschluß der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände („Das Ausländerproblem", Köln 1983) auch schon enthalten. Dort heißt es z.B.: „Angesichts der anhaltend ungünstigen Perspektiven auf dem deutschen Arbeitsmarkt, angesichts der großen Zahl nachzugsberechtigter Ehegatten und Kindern ... und angesichts der sich damit ergebenden Integrationsprobleme wäre es der deutschen, aber auch der ausländischen Bevölkerung gegenüber unverantwortlich, den Familiennachzug in gleicher Weise wie bisher fortzuführen." In der Forderung, stattdessen „die Maschinen zu den Menschen" zu schicken, stimmt die NPD mit der BDA wörtlich überein.

Die Linke, die demgegenüber den Standpunkt des gemeinsamen Kampfs gegen das Kapital vertritt, sollte in dieser Lage die Initiativen von Ausländern für mehr Rechte verstärkt unterstützen. Dazu gibt es in Bayern derzeit drei Schwerpunkte:

1. Verteidigung des Asylrechts, z.B. den Offenen Brief der Schweinfurter Lagerbewohner.
2. Der Kampf gegen die Nachzugsregelungen, der landesweit geführt wird mit Veranstaltungen und Unterschriftensammlungen, sowie mit Hungerstreiks in München, Nürnberg, Ingolstadt und Augsburg (nebenstehend dokumentieren wir dazu die gemeinsame Resolution des Ausländerbeirates der Stadt Nürnberg, der Initiative gegen Familientrennung und der Initiativgruppe Ausländer und Deutsche).
3. In verschiedenen Städten wird ein gewählter Ausländerbeirat gefordert (Nürnberg ist die einzige bayerische Stadt, in der die Urwahl praktiziert wird). Ziel dieser Initiativen ist es, darüber auch die Mobilisierung für das Kommunale Wahlrecht bzw. das allgemeine Wahlrecht zu verstärken.

Karl-Heinz, München

Resolution

Die Unterzeichner dieser Resolution fordern die Bayerische Staatsregierung nachdrücklich auf, die geltenden Richtlinien zur Einschränkung des Familiennachzuges von Ausländern aus nicht EG-Ländern insofern zu ändern, daß:
— der Ehegattennachzug uneingeschränkt, ohne Wartezeit möglich ist,
— die 8jährige Mindestaufenthaltsdauer des hier lebenden Gatten aufgehoben wird,
— uneingeschränkter Kindernachzug bis zum 18. Lebensjahr, auch wenn nur ein Elternteil in der Bundesrepublik Deutschland ansässig ist, möglich ist.

Die Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung beinhalten:
— kein Ehegattennachzug bei Ausländern der 2. Generation, wenn die Ehe nicht bereits 3 Jahre besteht, und der hier wohnende Partner nicht bereits 8 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland lebt und im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis ist,
— Herabsetzung des Nachzugsaltern auf 16 Jahre,
— das grundsätzliche Verbot des Nachzuges von Kindern, wenn nicht beide Eltern sich hier aufhalten.

Die seit 1981 geltenden Richtlinien der Bayerischen Staatsregierung zur Einschränkung des Familiennachzuges von Ausländern aus nicht EG-Ländern führten und führen zu inhumanen Praktiken der Ausländerbehörden gegenüber den Betroffenen. Es werden Familien auf Jahre zerrissen, Eltern von ihren Kindern getrennt, Menschen zum bloßen Objekt ökonomischer Interessen herabgewürdigt.

Nachdem im letzten Jahr die Zahl der von der drohenden Abschiebung Betroffenen sprunghaft angestiegen ist, beschloß der Nürnberger Stadtrat am 05.02.1986 einstimmig, bei der Bayerischen Staatsregierung auf eine Änderung der bayerischen Richtlinien hinzuwirken. Die Verwaltung wird angewiesen, bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Rechtmäßigkeit der bayerischen Richtlinien anstehende Abschiebungen auszusetzen.

Die Kirchen, die Gewerkschaften und mehrere Parteien sprechen sich seit Jahren gegen diese Richtlinien aus. In keinem anderen europäischen Land, außer in der Bundesrepublik Deutschland, in Bayern und Baden-Württemberg, gibt es vergleichbare Wartezeitregelungen zur Familienzusammenführung.

Nürnberg, 22.02.1986

Türkischer Flüchtling festgenommen Drohende Auslieferung an die Türkei

Nachdem im August 1983 der türkische Flüchtling C.K. Altun durch ein zermürbendes Auslieferungsverfahren in den Selbstmord getrieben worden war, sorgten öffentliche Proteste und die leider erst nachträglich breite Berichterstattung in der bürgerlichen Presse dafür, daß sogar in Regierungskreisen über die „Harmonisierung" von Asyl- und Auslieferungsverfahren geredet wurde und Konsequenzen angekündigt wurden. Von der FDP wurden in einem Gesetzentwurf 1984 u.a. folgende Änderungen vorgeschlagen:
— Zurückstellung des Auslieferungsverfahrens bis zum rechtskräftigen Abschluß des Asylverfahrens,
— Nichtzulassung der Auslieferung bei drohender Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe,
— Auslieferungsverbot für anerkannte Asylbewerber.

Doch selbst diese minimalen Verbesserungen der Rechtslage wurden vom Innenminister Zimmermann und der CDU/CSU-Fraktion bisher mit den üblichen Argumenten abgeblockt: Durch solche Garantien würde die BRD zum Anziehungspunkt für Kriminelle aus allen Ländern. Also blieb es bei der bisherigen (Un-)Rechtslage.

Erst jetzt kommt es in dieser Frage wieder zu Bewegung in Bonn: Im Zuge eines koalitionsinternen Kuhhandels soll das Asylrecht weiter verschlechtert werden, und die angekündigte „Harmonisierung" von Asyl- und Auslieferungsrecht endlich stattfinden, hieß es in Presseberichten vom 27.6.86. Da auch hier der Teufel im Detail steckt, wird man erst auf den entsprechenden Gesetzentwurf warten müssen, um beurteilen zu können, ob tatsächlich eine wesentliche Verbesserung vorgesehen ist.

In der Zwischenzeit muß jedoch wieder ein anerkannter türkischer Asylbewerber aus Schweden seine Auslieferung befürchten: Am 12.6.1986 wurde der türkische Flüchtling Süleyman Yagiz an der dänisch-deutschen Grenze festgenommen. Yagiz, der in Schweden als Asylberechtigter anerkannt ist, wollte die BRD nur durchqueren, um an einer Hochzeitfeier von Freunden in den Niederlanden teilzunehmen. An der Grenze wurde festgestellt, daß gegen Yagiz ein Festnahmeersuchen des türkischen Militärregimes über das Interpol-Büro in Ankara ausgeschrieben ist. Die türkische Polizei hat angekündigt, nach seiner Festnahme die Auslieferung von Yagiz zu fordern. Er wurde in Flensburg in vorläufige Auslieferungshaft genommen.

Yagis wird in der Türkei aufgrund seiner Aktivitäten für die Organisation Devrimci Yol und seiner Arbeit in der Gewerkschaftbewegung verfolgt. Er floh 1983 nach Schweden, wo er im selben Jahr politisches Asyl erhielt. Yagiz besitzt einen internationalen Flücht-

Interpol-Büro in Ankara ausgeschrieben ist. Die türkische Polizei hat angekündigt, nach seiner Festnahme die Auslieferung von Yagiz zu fordern. Er wurde in Flensburg in vorläufige Auslieferungshaft genommen.

Yagis wird in der Türkei aufgrund seiner Aktivitäten für die Organisation Devrimci Yol und seiner Arbeit in der Gewerkschaftbewegung verfolgt. Er floh 1983 nach Schweden, wo er im selben Jahr politisches Asyl erhielt. Yagiz besitzt einen internationalen Flücht-
lingspaß gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention, der ihm Freizügigkeit in allen Unterzeichnerstaaten, darunter auch die BRD, zusichert. Das schützt ihn jedoch nicht gegen ein Auslieferungsverfahren in der BRD, denn die Tatsache, daß er schon Asyl in Schweden erhalten hat, ist dafür unerheblich.

Das Auslieferungsersuchen der Türkei entspricht dem bekannten Muster: Das Interpol-Büro in Ankara behauptet in seinem Festnahmeersuchen lediglich, Yagiz sei 1979 an einer Schießerei in Ankara beteiligt gewesen, als Tatmotiv wird „Feindschaft" angegeben. Wie üblich versucht also die türkische Regierung, durch Unterstellung von kriminellen Taten eines politischen Gegners habhaft zu werden. Über Yagiz' Mitgliedschaft in Devrimci Yol, dessen Mitglieder in der Türkei brutal verfolgt werden, steht in dem Festnahmeersuchen kein Wort. Nachdem Yagiz erst einmal in Haft ist, kann sich die Türkei Zeit lassen, ein „sauberes" Auslieferungsersuchen, das den formalen Anforderungen entspricht, an die BRD-Justiz zu liefern.

Aufgrund der bisherigen Erfahrungen muß Süleyman Yagiz monatelange Haft befürchten, auch wenn er wegen der Asylgewährung durch Schweden vielleicht etwas bessere Chancen hat, nicht ausgeliefert zu werden. (Dauer der Auslieferungshaft von I.Y. Sen 16 Monate, von Z. Aydindag 20 Monate, von C.K. Altun 13 Monate.) Bisher hat Schweden jedoch nicht öffentlich für Yagiz interveniert, nur in den schwedischen Medien wurde ausführlich über den Fall berichtet. Der Anwalt von Yagiz beabsichtigt nun, Haftentlassung gegen Kaution zu beantragen.

Süleyman Yagiz ist nicht der erste Asylberechtigte, der an einer europäischen Grenze aufgrund eines Auslieferungsersuchens festgenommen wurde. Wegen der großen Zahl von Auslieferungsersuchen besonders aus der Türkei häufen sich diese Fälle in den letzten Jahren. Da erfahrungsgemäß der Flüchtlingspaß zunächst stets ignoriert wird, ist die Freizügigkeit für diesen Personenkreis praktisch aufgehoben. Vor allem aber setzt sich auch hier die politische Verfolgung fort: Den türkischen Behörden gelingt es mit dem einfachen Mittel des Auslieferungsersuchens, ihre politischen Gegner im Ausland monatelang festzusetzen und sich genau über deren Reisetätigkeit zu informieren.

Kontaktadressen:
Informationsbüro Türkei
Rühmkorffstraße 7, 3 Hannover 1
Telefon 0511/210 20 07

Türkei-Komitee Hamburg
Karolinenstraße 1a, 2 Hamburg 6
Telefon 040/43 37 14

genau über deren Reisetätigkeit zu informieren.

Kontaktadressen:
Informationsbüro Türkei
Rühmkorffstraße 7, 3 Hannover 1
Telefon 0511/210 20 07

Türkei-Komitee Hamburg
Karolinenstraße 1a, 2 Hamburg 6
Telefon 040/43 37 14

AG Ausländer

Ein halbes Jahr nach dem Mord an R. Avci:
Das Dilemma des Antirassismus

Die Ermordung von Ramazan Avci im Dezember 1985 durch rassistische Skin-Heads war eine Tat, die nicht nur innerhalb kürzester Frist eine Welle der Empörung in Hamburg auslöste, unter anderem in einer Demonstration von 15.000 Einwande-

Skins, Neonazis oder Zirndorfer Bürgermeistern die notwendige unschöne Begleiterscheinung, das Produkt solcher Politik.

Der kurze Januar der Linken

Vorschlag wäre vergleichbar mit dem Versuch, die deutsche „Frage" in einem linken Bündnis unterzubringen. Daß Keskin's Taktik aufgegangen ist, hat seine Ursache auch in der Einschätzung vieler Linker, die die Institution „Bündnis" von vornherein sehr skeptisch behandelten und gegen

Ein halbes Jahr nach dem Mord an R. Avci:
Das Dilemma des Antirassismus

Die Ermordung von Ramazan Avci im Dezember 1985 durch rassistische Skin-Heads war eine Tat, die nicht nur innerhalb kürzester Frist eine Welle der Empörung in Hamburg auslöste, unter anderem in einer Demonstration von 15.000 Einwande-
rern und Deutschen, sondern die auch bis weit ins bürgerliche Spektrum Entsetzen und Abscheu hervorrief. Hamburgs Politiker jedweder Couleur beeilten sich, in Stellungnahmen die Einmaligkeit dieses Mordes herauszustellen — ansonsten lebten Deutsche und Ausländer in froher Eintracht. Zum Glück war das Gedächtnis der Menschen so kurz nun doch wieder nicht. Gerade ein halbes Jahr zuvor war ein Türke in Hamburg-Langenhorn ebenfalls von Jugendlichen mit tendentiell rassistischer Prägung erschlagen worden. Auch hier war das Motiv eindeutig Ausländerhaß. Die große Demonstration vom Januar brachte eindeutig und vom gesamten Bündnis getragen, den Willen zum Ausdruck, die rassistischen Überfälle durch Kampf gegen die herrschende Ausländerpolitik und den gesellschaftlichen Rassismus zu beantworten. Selbst einige linke Sozialdemokraten machten sich diese Ansicht zu eigen.

Nicht so die führenden Köpfe etablierter Politik. Ihnen ging es darum, die Wogen wieder zu glätten. Gerade die Diskussion um die Ursachen dieser Überfälle sollte strikt vermieden werden. Sozialarbeiter sollten sich um die „Konfliktgebiete" kümmern, große Presseschauen vermittelten den Eindruck, als sei der SPD als Regierungspartei daran gelegen, wirkungsvoll den Rassismus einzudämmen. Der Ansatz, von dem sie dabei ausgeht, siedelt das „Problem" unter dem Stichwort „Rassenhaß von Unterbelichteten" (Dohnanyi) an, weil es eben keinen gesellschaftlichen Rassismus geben darf. Geht man davon aus, daß diese Ansicht eine Lüge ist, dann ist die herrschende Ausländerpolitik der Rassenhaß von Belichteten, die rassistischen Exzesse von

Skins, Neonazis oder Zirndorfer Bürgermeistern die notwendige unschöne Begleiterscheinung, das Produkt solcher Politik.

Der kurze Januar der Linken

Anders als bei bisherigen Überfällen, die aufzuzählen hier den Rahmen sprengen würde, kam es in unmittelbarer Folge des Avci-Mords zu einer Vielzahl von Gesprächen und Planungen, deren erster Ausdruck eine gut besuchte Pressekonferenz war, auf der zum ersten Mal öffentliche Vorwürfe gegen die Polizei erhoben wurden: Daß sie gegen die Skins, respektive den Bergedorfer Skin-Neonazi-Sumpf, der als „Lohbrügger Army" firmiert, nichts unternimmt, sondern sie bei ihren ständigen Provokationen gegen Ausländer praktisch noch ermuntert. Diese Vorwürfe kamen von Jugendlichen und ihren Eltern, die seit Jahren von dieser Gang verfolgt, überfallen und bedroht wurden.

Das zweite Ergebnis der linken Mobilisierung war ein sehr großes Bündnis, das gemeinsam zur Demonstration aufrief, die mit 15.000 Teilnehmern zur größten Protestaktion gegen Rassismus wurde, die es in der Geschichte der BRD bislang gab. Dieses Bündnis war allerdings überschattet von Problemen, die einem Durchbruch an dieser Frage, wäre er möglich gewesen, von vornherein im Wege standen. So war auf der einen Seite Hakki Keskin (Sprecher) und seine sozialdemokratische Anhängerschar peinlich darum bemüht, linke Kreise aus diesem Bündnis zu verbannen. Er distanzierte sich im Alleingang, aber namens des Bündnisses von türkischen Jugendlichen, die im Verlauf einer Auseinandersetzung mit Skin-Heads einem von ihnen einen Messerstich versetzten. Außerdem versuchte er das Bündnis über eine Festlegung auf die türkische Nationalität als einigendem Faktor von den Linken zu säubern. Solch ein

Vorschlag wäre vergleichbar mit dem Versuch, die deutsche „Frage" in einem linken Bündnis unterzubringen. Daß Keskin's Taktik aufgegangen ist, hat seine Ursache auch in der Einschätzung vieler Linker, die die Institution „Bündnis" von vornherein sehr skeptisch behandelten und gegen
seine Übernahme durch die sozialdemokratischen Vereine keine nennenswerte Gegenwehr leisteten. Sektiererische Vorurteile gegen islamische Strömungen jedweder Couleur ließen das eigentliche Anliegen „Bündnis gegen den Rassismus" in den Hintergrund treten, dieses Instrument wurde quasi verschenkt.

Heute, ein halbes Jahr nach Avcis Tod und gegen Ende seiner juristischen „Bewältigung", scheint es so zu sein, daß die Abwieglerstrategie der SPD voll aufgegangen ist. Die Debatte um Gesellschaftsveränderung angesichts des rassistischen Sumpfes hat nicht stattgefunden. Als erfreuliches Ergebnis des Prozesses bleibt, daß es erstmalig gelungen ist, der Polizei konkrete Begünstigung rassistischer Umtriebe nachzuweisen — ob es sich auch vor der Justiz beweisen lassen wird, steht noch in den Sternen. Dennoch muß sich die Linke fragen lassen, wie sie in Zukunft zu reagieren gedenkt, denn eins ist sicher: die rassistischen Verhältnisse sind dieselben geblieben, die militanten Rassisten sind keineswegs demoralisiert und die herrschende Politik wird sich nicht ändern. Auch die neuesten Vorstöße der SPD, in Hamburg einen Ausländerbeauftragten und einen Beirat einzurichten, bringen keine Änderung. Obwohl dies fast alle beteiligten Kräfte ebenfalls so sehen, fehlt es derzeit noch an Vorschlägen, wie antirassistische Positionen konsequenter und erfolgversprechender verfochten werden können. Dieser Fall ist eines der bekanntesten Beispiele für dieses Dilemma.

AG Ausländer

Die Maluck-Affaire
oder
Palermo in Ansbach

Zwei Tote und weitere Überraschungen im Hoffmann-Prozeß

Wieder akrobatische „Selbstmorde", wieder tragische „Unfälle": Die Herren des Morgengrauens hinterlassen ihre bekannten Spuren. Ein Polizist erschießt sich angeblich mit ausgestrecktem Arm, trifft ins eigene Herz, legt die Waffe zurück auf den Tisch und stirbt — aber ohne daß in seinen Magazinen eine Patrone fehlt. Ein zweiter Polizist ist davon so erschüttert, daß er sich vor einen fahrenden Zug wirft. Nun stellt sich heraus: Das erste war wohl doch kein „Selbstmord" sondern ein „Unfall" beim Waffenreinigen. Umso schlimmer der Irrtum des zweiten Beamten, der sich für den angeblichen „Selbstmord" seines Kollegen angeblich mitschuldig fühlte und dessen „Selbstmord"-Motiv damit hinfällig ist. Beide aber waren zufällig wichtige Zeugen in einem Politdrama, in welchem sich die Wege der Polizeiführung mit denen der CSU und der Wehrsportgruppe Hoffmann mehrfach kreuzten. Das im Folgenden Berichtete wird den Lesern bekannt vorkommen: Es handelt sich um einen geradezu klassischen Mafia-Stoff. Schauplatz ist der Wahlkreis eines bundesdeutschen Spitzenmannes für „Innere Sicherheit", des Herrn Spranger, Zimmermanns Staatssekretär in Sachen Extremismus.

Am 11.6.86 sollte die Berufungsverhandlung gegen den frühzeitig in den Ruhestand versetzten Polizeihauptkommissar Werner Maluck, ehemaliger Leiter der Polizeiinspektion (PI) Ansbach stattfinden. Maluck war für seine Chefs, den mittelfränkischen Polizeipräsidenten Helmut Kraus und den Ansbacher Polizeidirektor Karl Wohlsecker ein unbequemer Querulant. Denn hartnäckig blieb Maluck bei der Behauptung, in Ansbach seien — nachdem dort von ihm im Jahre 1980 ein Fehlbestand von 97 Schuß Munition des Kalibers 9 mm geco Parabellum aufgedeckt worden war, — auf Weisung insbesondere von Wohlsecker Munitionskontrollbücher gefälscht worden. Außerdem soll die Munition unter Umständen in die Hände der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann geraten sein. Mit einer Munition dieses Kalibers waren im November 1980 in Erlangen der jüdische Verleger Shlomo Levin und dessen Lebensgefährtin Frieda Poeschke brutal ermordet worden. Zur Zeit sieht WSG-Chef Hoffmann seiner Verurteilung wegen dieser Bluttat entgegen. Wohlsecker und Kraus erstatteten Strafanzeige we-
Hoffmann seiner Verurteilung wegen dieser Bluttat entgegen. Wohlsecker und Kraus erstatteten Strafanzeige we-
gen Verleumdung gegen Maluck. In erster Instanz wurde er zu 5400 DM Geldstrafe verurteilt. Am 11.6.86 sollte die Berufung Malucks verhandet werden.

Für 9.00 Uhr war die Sitzung angesetzt. Geladen war u.a. Otmar S., Leiter des Sachgebietes Technik bei der Ansbacher Polizei — als Zeuge von Kraus und Wohlsecker. Aber zu dieser Aussage sollte es nicht mehr kommen.

Ein ordentlicher Selbstmörder?

Am Morgen des 11.6.86 wird um 6.20 Uhr Otzmar S. von einem Herzschuß getroffen tot in seinem Ansbacher Dienstzimmer aufgefunden, an seinem Schreibtisch sitzend. Vor ihm auf dem Schreibtisch: ein Tuch, darauf ein Magazin mit 8 Schuß Munition, ein Waffenreinigungsgerät — und die tödliche Waffe. Daß ein ins Herz Getroffener es fertigbrächte, die Waffe auf den Schreibtisch zurückzulegen, müßte eigentlich mit Sicherheit zu verneinen sein. Für die ermittelnde Staatsanwaltschaft ist dies aber durchaus möglich. Ein ordentlicher Selbstmörder? Ohne auch nur Obduktionsergebnisse bekanntzugeben, wird ein „Anlaß für Fremdverschulden" sogleich ausgeschlossen; es heißt Selbstmord oder tragischer Unfall beim Waffenreinigen.

Es bedarf allerdings nur wenig Phantasie, um sich Otmar S. als potentielles Opfer dunkelster Machenschaften vorstellen zu können. Widersprüche drängen sich geradezu auf.

Als Leiter des Sachgebietes Technik war Otmar S. vor allem für den Waffen- und Munitionsbestand der Ansbacher Polizei zuständig. Dies war er schon 1980, als die 97 Schuß Munition verschwanden und Maluck die ganze Affäre ins Rollen brachte (siehe AK 260, S. 21). Als Otmar S. in er ersten Instanz als Zeuge gegen Maluck auftrat, bestätigte er die Behauptungen Wohlseckers und Kraus'. Bei dem Munitionsfehlbestand habe es sich um einen rein rechnerischen Fehlbestand gehandelt. Die Munition sei bei einem sommerlichen Übungsschießen im Januar 1980 verschossen und versehentlich nicht ausgeglichen bzw. ordnungsgemäß registriert worden.



Maluck allerdings berichtete am Tag nach dem Auffinden des toten Polizisten gegenüber Justiz und Presse, er habe nur wenige Stunden zuvor mit Otmar S. telefoniert. Dieser habe ihm gegenüber eingestanden, die Akten über abhanden gekommene Munition seien „manipuliert und frisiert". Zur Verschleierung des Munitionsverlustes seien Schießkladden vernichtet und schließlich Beamte als Teilnehmer des Übungsschießens aufgeführt worden, die gar nicht daran teilgenommen hatten. Eine Vereinheitlichung der Zeugenaussagen sei in vertraulichen Dienstbesprechungen bei der Polizei abgesprochen und vor Gericht sei „massiv gelogen" worden. Er, Otmar S. wolle seine alte Aussage auf keinen Fall aufrechterhalten, am liebsten gar nicht erst zur Berufungsverhandlung erscheinen. Eine Wiederholung dieser Unwahrheiten könne er nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren. Er wisse nur noch nicht, wie er einer Zeugenaussage entgehen könne. Soweit Malucks Bericht.

Dieser Gewissenskonflikt soll also Otmar S. zum Sebstmord getrieben haben? Warum hat er nicht versucht, mit sich durch einen ehrlichen Beitrag zur Wahrheitsfindung ins Reine zu kommen? Vielerlei Auswege aus dem so beschriebenen Dilemma wären denkbar gewesen, zumal für einen Polizisten.

Und Maluck? Er verhält sich merkwürdig am Tag seiner Berufungsverhandlung, an dem ein wichtiger Zeuge plötzlich tot aufgefunden wird: Maluck fährt nämlich — anstatt vor Gericht zu erscheinen und über das Telefonat mit Otmar S. zu berichten — nach München, läßt also seine Berufung platzen. Angeblich wollte er beim bayerischen Innenministerium zum ungefähr 97. Male versuchen, eine volle Aussagegenehmigung zu erhalten. Warum ausgerechnet an diesem Tag? Wieso hoffte er überhaupt noch darauf, in dieser brisanten und gefährlichen Geschichte Unterstützung ausgerechnet vom bayerischen Innenministerium zu erhalten? War er schon am frühen
schichte Unterstützung ausgerechnet
vom bayerischen Innenministerium zu erhalten? War er schon am frühen
Morgen des 11.6. über den mysteriösen Todesfall informiert worden? Hatte man ihn gewarnt, bedroht? *Aber bei dem einen „Selbstmord" blieb es nicht.*

Drei Tage später wird schon wieder ein Ansbacher Polizist tot aufgefunden. Diesmal handelt es sich um Leopold B., der sich vor einen Zug auf der Strecke Ansbach-Nürnberg geworfen haben soll, zehn Kilometer von Ansbach entfernt. Er soll sofort tot gewesen sein. Obduktionsergebnisse sind auch hier nicht weiter in der Diskussion. Angesichts der Tatsache, daß es hierzulande nichts völlig Abwegiges ist, kriminalistische Untersuchungen an politisch brisanten Toten *nicht* vorzunehmen, muß gefragt werden, ob Leopold S. vielleicht betäubt oder gar schon tot war, als der Zug ihn überrollte. Aber in Ansbach und Umgebung interessiert das erstmal nicht weiter.

Noch ein ordentlicher Selbstmörder?

Leopold B.s Tod sollte zu einem aufdringlich schnellen und aufdringlich lauten Aufatmen der Polzeiführer Kraus und Wohlsecker führen. Endlich — so auch die Staatsanwaltschaft — sei den Behauptungen der Boden entzogen worden, wonach die 1980 verschwundene Munition der PI Ansbach in die Hände der WSG Hoffmann geraten wäre. Denn Leopold B. habe in einem Abschiedsbrief alles erklärt.

Nach diesem Brief soll der zweite Tote eingestanden haben, er selbst habe nach einem Übungsschießen im Sommer 1980 etwa 100 Schuß „scheinbar überzählige" Munition an sich genommen und sie in seinem Schreibtisch versperrt — mit dem braven Vorsatz, sie später auf jeden Fall zurückzugeben. Inzwischen sei aber der Fehlbestand von Maluck aufgedeckt worden; da er zu diesem als seinem Chef aber kein Vertrauen gehabt habe, habe er sich zu einer Besprechung über den peinlichen Geheimvorrat in seinem Schreibtisch nicht durchringen können.

Über das tatsächliche Verhältnis zwischen Maluck und Leopold B. läßt sich nur spekulieren, wie über manches in dieser Sache. Aber eine verbindende Gemeinsamkeit zwischen beiden fällt auf: beide haben polizeiliche Ausrüstung als fehlend gemeldet und hinsichtlich beider Verlustmeldungen führt die Spur zur WSG Hoffmann. In Ansbach verschwand nämlich nicht nur Munition. Im Juli 81 fehlte dort plötzlich ein polizeiliches Handfunksprechgerät, auch ein Funksprech-Tarnschieber zum Entschlüsseln von Codes wurde auf einer Fehlliste vermerkt. Leopold B. soll — so wie Maluck die fehlende Munition meldete — den Verlust sogar zweier Handfunksprechgeräte seinen Vorgesetzten gemeldet haben. Auch die Verlustmeldung über das Gerät vom Juli 81 ging verlustig. Aber bei einer Durchsuchung von Karl-Heinz Hoffmanns Domizil tauchten dort ein polizeiliches Handfunksprechgerät und ein Funksprech-Tarnschieber auf. (Informationen nach Plärrer 1/84, FLZ vom 14.6.86 und der Broschüre „Der Hoffmann-
Prozeß") Demnach scheint Leopold B.
nach Plärrer 1/84, FLZ vom 14.6.86 und der Broschüre „Der Hoffmann-
Prozeß") Demnach scheint Leopold B. eher zu denen gehört zu haben, die sich um eine Aufklärung der Schiebungen bemühten als zu denen, die sie selbst tätigten.

Zurück zu seinem Abschiedsbrief: Er wagte also nicht, die Munition zurückzubringen. Erst der Tod seines Kollegen Otmar S. habe ihm deutlich gemacht, daß es für ihn keinen anderen Ausweg als Selbstmord gebe, um die Sache zu bereinigen. Ach ja: 102 Schuß Munition befänden sich nun im Kofferraum seines Autos. Wo sie natürlich auch gefunden wurden. „Wie im Abschiedsbrief angegeben, wurden 102 Schuß entsprechende Munition im Kofferraum des PKW des Verstorbenen aufgefunden", konstatierte befriedigt Justizpressesprecher Guerrein.

Ansbacher Polizeikreise sind erschüttert. Und das wohl mit Recht. Selbstmord wegen so einer Geschichte. Gut, disziplinarische Konsequenzen hätte das Wegstecken der Munition für Leopold S. vielleicht bedeutet, aber sich deswegen gleich umbringen? Die polizeiliche Unruhe ist mehr als verständlich: Nun schleppt sich diese obskure, die Ansbacher Polizei immer wieder unangenehm in die Schlagzeilen bringende Munitionsaffäre seit Jahren dahin und jetzt fordert sie auch noch zwei tote Kollegen! Von einer irgendwie zu beobachteten Labilität der beiden ist jedenfalls in der Presse nicht die Rede.

Und auch bei diesem zweiten Toten stellen sich so manche Fragen: Mal abgesehen davon, daß man nicht weiß, ob der Abschiedsbrief überhaupt existiert und wenn ja, welche Inhalt er wirklich hat, mal abgesehen also von dieser Spekulation ist es schon etwas unwahrscheinlich, daß Leopold B. keinen anderen Weg gefunden haben soll, die leidige Munition unterzubringen. Er hätte sie ja auch in einer finsteren Ecke der Ansbacher Waffenkammer deponieren können, dann wäre sie dort irgendwann bei einer Bestandsaufnahme aufgetaucht und die Sache wäre bestimmt erledigt gewesen, ohne daß er irgendwelche Schwierigkeiten bekommen hätte. Warum hat er sie eigentlich nicht gelassen, wo sie war oder halt weggeschmissen? Man hatte sich doch in der ersten Instanz auf die angenehme Formulierung eines rein rechnerischen Fehlbestandes geeinigt. Wenn Leopold B. zu Maluck ein so schlechtes Verhältnis hatte, hingegen Kraus und Wohlsecker gegenüber so viel Loyalität empfand, dann wäre eine Bestätigung des Urteils gegen Maluck doch nur in seinem Interesse gewesen. Nun aber gibt es einfach zu viel Munition in Ansbach. Denn laut Kraus und Wohlsecker wurde sie ja verschlossen und nur nicht richtig registriert. Jetzt ist sie aber doch nicht verschossen, sondern hat jahrelang im Schreibtisch von Leopold B. gelegen. Malucks Behauptung, derentwegen er vor Gericht steht, war also richtig: Die Munition wurde nicht verschossen, nur die Munitionsbücher wurden in diese Richtung gefälscht. Also müßte Maluck nun freigesprochen werden und Kraus und Wohlsecker hätten eine unsaubere Buchführung zu verantworten. Ende gut, alles gut?

Möglicherweise ist diese Lösung das mit Abstand geringere Übel für die Po-
Möglicherweise ist diese Lösung das mit Abstand geringere Übel für die Po-
lizeiführung. Vielleicht sind Otmar S. und Leopold B. nämlich in der Zwischenzeit sehr unsichere Zeugen geworden. Der eine kann die ganze weisungsgebundene Lügerei nicht mehr mit seinem Gewissen vereinbaren, der andere hat schon einmal Polizeisachen als fehlend gemeldet, die unter Umständen bei Hoffmann gelandet sind. Zwei Beamte, die als Hauptzeugen für Kraus und Wohlsecker nicht unbedingt optimale Qualität gehabt haben mußten. Vielleicht wollte man lieber eine schlampige Buchführung auf sich nehmen, als befürchten zu müssen, daß Dinge mit einem sehr viel größeren Kaliber als 9 Millimeter ans Tageslicht gezerrt werden. Derartiges geistert schließlich schon jahrelang in der Öffentlichkeit herum.

Die eigentliche Dimension: Polizeiführung und WGS

Maluck wollte per Beweisanträge (die natürlich alle abgeschmettert wurden), klären, ob die Munition, mit der Levin und Poeschke ermordet wurden, aus den Ansbacher Beständen stammte. Dazu sollte eine Untersuchung durchgeführt werden, mit der, basierend auf einem Geschäftsgeheimnis des Herstellers Dynamit-Nobel, Produktionszeitpunkt und Abnehmer der Munition hätten festgestellt werden können. Der Antrag wurde als „sachfremd" abgewiesen, zudem wurde lange Zeit behauptet, man könne dies gar nicht nachprüfen. Jetzt wurde innerhalb von 2 Tagen exakt diese unmögliche Untersuchung durchgeführt, um anschließend zu behaupten, der Fund in Leopold B.s Auto sei identisch mit der abhanden gekommenen Munition. Allerdings wurde als Beleg für diese These angeführt, die Munition sei in den Jahren 1976-78 hergestellt worden. Was das nun wieder beweisen soll, ist schleierhaft, denn wieviel Millionen Schuß Munition sind wohl in diesem Zeitraum hergestellt worden?

Maluck wollte auf die guten Kontakte der WSG zur Polizei zu sprechen kommen. Diese sind nun auch von mehreren Informanten, teilweise Ex-WSGlern, gegenüber der TAZ und der Ansbacher „Fränkischen Landzeitung" bestätigt worden. So habe die WSG bei mehreren Polizeistellen Leute sitzen und es daher gar nicht nötig gehabt, Munition zu stehlen. Auch von einer direkten Munitionsübergabe in Bruck bei Erlangen ist die Rede.

In diesem Zusammenhang ist vielleicht noch ganz interessant, daß, wie jetzt bekannt wurde, das mittelfränkische Polizeipräsidium regelmäßig Munitionssammelbestellungen durchführt, um Munition sowohl für den Dienstgebrauch *als auch den Eigenbedarf seiner Beamten* zu beschaffen. Die Sammelbestellungen würden getätigt, weil „aus Sicherheitsgründen nur Munition verwendet werden darf, die über das bayerische Polizeiverwaltungsamt beschafft wird." Die Polizeibeamten dürfen diese Munition zum eigenen Bedarf bei außerdienstlichen Übungen mit der 9 mm Dienstpistole und auf Schießständen, etwa von Schützenvereinen, abfeuern. „Im Interesse der Fortbildung und einer sicheren und schnellen Handhabung der Dienstwaffe sei es grundsätzlich erlaubt und sogar erwünscht, daß Polizeibeamte außerhalb ihres Dienstes an privaten Schießständen üben" (NN, 20.6.86). Und wer kontrolliert schon, wer letztendlich wo die Kugeln abfeuert?

Weit über das Bisherige hinaus reichen allerdings die Vermutungen Malucks, die er ebenfalls zum Thema seines Prozesses machen wollte. Verfassungsschutzakten und Berichte des bayerischen LKA sollten den Nachweis bringen, „daß vor dem Verbot der WSG Hoffmann sich Karl-Heinz Hoffmann mit einigen anderen Personen, darunter einem hochrangigen Polizeibeamten im Flughafenrestaurant Frankfurt traf, um über die Befreiung von Rudolf Heß aus dem Alliierten Gefängnis in Spandau zu beraten." Angesichts der Tatsache, daß Maluck dies in einem Verfahren beweisen wollte, das aufgrund einer Anzeige u.a. von Kraus gegen ihn angestrengt wurde, ist wohl klar, wer dieser Polizeibeamte sein könnte.

Ferner sollte bewiesen werden, „daß bei der Räumung des Schlosses Ermreuth in einem Hohlblockstein eingemauert die Pläne der Kanalisation des Gefängnisses in Spandau gefunden wurden."

Daß dieser Plan der WSG nicht völlig aus der Luft gegriffen war, machen zwei Punkte deutlich: erstens wurde noch vor Beginn des Hoffmann-Prozesses durch Zeugenaussagen bekannt, daß dieser Plan bestanden hat. Obgleich die Staatsanwaltschaft sämtliche Vorhaben Hoffmanns in der Akte aufgeführt hatte, tauchte ausgerechnet das Projekt Heß-Befreiung nicht auf. Zweitens hatte es wohl schon einige
aufgeführt hatte, tauchte ausgerechnet das Projekt Heß-Befreiung nicht auf. Zweitens hatte es wohl schon einige
Vorbereitungen für dieses Projekt gegeben. Das WSG-Mitglied Gilbert Heindl tauchte bereits in der Kanalisation von Westberlin herum und wurde dabei von der Polizei erwischt. Auch bei dem in Paris verhafteten Ex-WSGler Odfried Hepp wurden Pläne des Spandauer Gefängnisses gefunden.

Das Ganze wurde jetzt noch einmal untermauert durch einen Bericht der TAZ vom 16.6.86 über ein Gespräch mit einem abtrünnigen WSG-Mitglied. „Demnach soll es zu einer illustren Kartellrunde in Nürnberg, in den Räumen über einem Wollgeschäft in der Nähe des Polizeipräsidiums gekommen sein, an denen neben Hoffmann und einem hohen Polizeibeamten auch ein ehemaliges Mitglied der bayerischen Staatsregierung, das über gute Kontakte zu Rudolf Heß verfügt haben soll, teilgenommen hat. Thema: unter anderem die Befreiung von Rudolf Heß." Nur der Vollständigkeit halber: Der Rechtsbeistand des ehemaligen Hitler-Stellvertreters heißt Seidl (CSU) und war früher bayerischer Innenminister.

Kraus und Wohlsecker haben sich hoffentlich zu früh gefreut. Der Eindruck, die Geschichte sei mit den beiden toten Ansbacher Polizisten abgeschlossen, was zunächst auch ganz bereitwillig von der regionalen Presse aufgegriffen wurde, ist mit nur wenigen Fragen auszuräumen. Im Gegenteil: Bisher ist erst wenig Licht in dieses Dunkel gedrungen. Und doch zeichnen sich die Konturen des Geschehens irgendwie schon ziemlich sonnenklar ab.

a., KB/Gruppe Nürnberg

Quellen:
Arbeiterkampf Nr.260, S. 21; Nürnberger Nachrichten, Nürnberger Zeitung, Fränkische Landzeitung und TAZ vom 11.6. bis 24.6.86; Broschüre „Der Hoffmann-Prozeß — Hintergründe, Widersprüche, Offene Fragen", herausgegeben von Bürgerinitiative 5. März — Bürger beobachten Polizei und Justiz, Nürnberg.

GAL Hamburg:

Mit der Frauenliste gegen die 'Hamburger Linie'

Es ist vollbracht! Die GAL wird zur Bürgerschaftswahl in Hamburg im November mit einer reinen Frauenliste antreten. (Wir berichteten über die Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Positionen in AK 271).

Mangels Masse konnten zwar bislang nur 21 Kandidatinnen nominiert werden — die fehlenden sollen aber nach der Sommerpause nachgewählt werden. Dennoch ließ frau die Sektkorken knallen, und die TAZ, die den Anspruch auf Berichterstattung in dieser Sache schon länger aufgegeben hat und sich mit einem ausschließlichen ,,pro-Freche-Frauen-Hofjournalismus'' begnügt, erhofft sich zufrieden: ,,Sollte es den Frauen nun auch noch gelingen, die internen Konflikte fürs erste beiseite zu legen, dann könnte man der nächsten Legislaturperiode mit Vorfreude und Spannung entgegensehen.'' (23.6.86)

Ein zweijähriger Streit, Streß und Taktiererei um die Frauenliste sind damit zu Ende. Ob es ein ,,rühmliches Ende'' ist und ein ,,neuer Anfang'' für die GAL wird, darüber gehen die Meinungen je nach politischem Standort weit auseinander.

Zwei Vollversammlungen waren notwendig, um die 21 Kandidatinnen aufzustellen. Auf der ersten Mitgliederversammlung wurde in einer fünfstündigen Debatte noch einmal recht grundsätzlich um die Frauenliste und ihre Kandidatinnen diskutiert. Gegner/innen und Befürworter/innen teilten gleichermaßen Schläge aus und steckten ein. Auch wenn die Versammlung eher den Eindruck von Bruch und Chaos hinterließ, am Ende wurde mit großer Mehrheit die Frauenliste beschlossen und die ersten vier Kandidatinnen gewählt. Auf Platz 1 und 2 kamen Christina Kukielka (ehemals Bezirksabgeordnete der Bunten Liste) und Thea Bock (ehemals Bürgerschaftsabgeordnete); beide Frauen sind keine Befürworterinnen der Frauenliste. Auf den 3. und 4. Platz haben die GALier wahrhaft ausgewogen (grusel, grusel) Ulla Jelpke und Adrienne Göhler gewählt — A.G. ist die Initiatorin des speziellen Konzepts der Frauenliste und Ulla eine ihrer exponiertesten Kritikerinnen.

Auf der 2. Mitgliederversammlung war die Luft raus — eine neunstündige Wahlmaschinerie nahm ihren Lauf. Oppositionelle Stimmen oder kritische Fragen gab es kaum noch — allein ein ,,harter Kern'' von 35 bis 40 Leuten war ,,unbelehrbar'' und rettete sich ein wenig hilflos in die konsequente Abgabe von Nein-Stimmen.

Das politische Kalkül der „Frechen Frauen" geht auf

Zwar kommen die Frauen aus verschiedenen Fachgebieten, für die bislang gewählte Liste kann aber — zumindest was den politischen Ansatz betrifft — von einem ,,*vielfältigen Bild*'' (wie die TAZ vom 23.6. schreibt) keine Rede sein. Kraß ausgedrückt haben sich zwei bis drei isolierte linke Feigenblätter verirrt!

Ist die 1. Rotationsperiode noch etwas gemischter, so hat sich für den 2. Teil fast 100% der politische Ansatz, der von der Gruppe ,,Freche Frauen'' entwickelt und vertreten wurde, durchgesetzt. Dabei gilt natürlich nicht für jede Frau, daß sie der Gruppe ,,Freche Frauen'' zugeordnet werden kann. Dies wäre schlechterdings auch nicht möglich, denn es handelt sich bei dem Politikansatz weniger um ein festgeschriebenes Konzept, sondern mehr um eine spezielle Herangehensweise (,,Frau-sein heißt anders-sein und anders-handeln'') und um die Ableitung von Politik aus Betroffenheit und Stimmung. Im übrigen, das wird von jeder Frau immer wieder betont, spricht jede nur für sich allein. Um die Strömung, die sich mit dem Beschluß für eine Frauenliste wesentlich formieren und festigen konnte, zu kennzeichnen, sei hier auf zwei schriftliche Äußerungen eingegangen. Beide drücken deutlich aus, wofür die Mehrzahl der Kandidatinnen in ihrer Grundtendenz stehen.

„Neue Mütterlichkeit" gegen AKWs

Zum einen ein Flugblatt der GAL — ,,Frauen gegen Atomtechnologie'', in dem an die Angst, die Betroffenheit, die Ernährungsprobleme der Frauen und Mütter nach Tschernobyl appelliert wird und jegliche gesellschaftliche Einbeziehung und Auseinandersetzung außer acht gelassen wird.

Ausdrücklich wird der Gegensatz aufgebaut, daß ,,die Männer'' in ihrem Technikwahn schuld an der Atomkraft sind. ,,*Ein Kernphysiker oder ein Ingenieur, der fasziniert ist von der Machbarkeit dieser Technik, wird ebenso wie ein Konzern, der Atomkraftwerke herstellen und exportieren will, all seine Fachkompetenz und seine Macht in die Waagschale werfen, damit eine Gesellschaft bereit ist, diese Technik zu benutzen.*''

Dagegen wird den Frauen und Müttern (Frauen kommen im Flugblatt nur als Mütter und fürsorgliche Ehefrauen vor!) ein ,,*anderes Interesse*'' und eine ,,*andere Kompetenz*'' zugeschrieben. Aus einer — wie frau dachte — schon längst überholten Darstellung der Frauenrolle wird eine besondere Gegnerschaft der Frauen gegen Atomkraftwerke abgeleitet.



Mit dem Mop ins Rathaus

,,*Wir haben die H-Milch besorgt, Essensbestände von ,genügend alten' Sachen rangeschafft, die Kinder geduscht, die Wohnung möglichst staubfrei gehalten, ständig die Wäsche gewaschen, die Kinder in der Wohnung bei schönstem Wetter bei Laune gehalten ...*'' (aus dem GAL-Flugblatt nach Tschernobyl, ,,Frauen ziehen Bilanz'', siehe auch nebenstehende Dokumentation).

Für die GAL ist die Herausgabe eines Flugblatts, in dem die traditionellen Geschlechterrollen — die Frau als Ernährerin und Hüterin der Familie, der Mann als Techniker — völlig unkritisch übernommen werden, eine neue politische Qualität. Da dies immer in der Form ,,Wir Frauen'' formuliert wird, entsteht auch ein seltsam unrealistisches Bild von den GAL-Frauen.

Zu bezweifeln und durch nichts belegbar ist die These, daß sich gerade aus der traditionellen Geschlechterrolle der Frau eine fortschrittliche Haltung entwickelt: weil sie Angst um ihre Familie hat, kämpft sie besonders konsequent gegen AKWs. Unklar bleibt bei dieser Art des Begründungszusammenhangs, weshalb es schon vor Tschernobyl eine ziemlich starke — sogar männlich dominierte Anti-AKW-Bewegung gegeben hat und weshalb nach Tschernobyl ebenfalls viele Männer gegen AKWs kämpfen. Schlicht verharmlosend ist auch die Gleichsetzung zwischen ,,dem Mann'' und ,,dem Konzern'' — ganz so einfach sollte sich Frau die Wirtschafts- und Systemzusammenhänge dann doch nicht machen.

Nebenbei werden in dem Flugblatt zwei durch keine Angaben belegte angebliche Zitate einer Frau aus Opawa/Polen und einer Frau aus Moskau eingestreut. Beide Zitate haben wohl nur den Sinn, die Kritik an den Ostblockstaaten ins rechte Licht zu rücken.

„Kreativität und Phantasie" sind die Alternative

Das zweite Schriftstück, das in diesem Zusammenhang erwähnt werden sollte, ist der Artikel ,,Chronische Unterernährung an sozialistischer Phantasie'' von Adrienne Göhler. Er wurde gerade rechtzeitig zu den entsprechenden Wahl-Mitgliederversammlungen verschickt und war somit eine Einstimmung, die die Fronten abklären sollte, eindeutig die Gegner nennt, und deutlich macht, welch anderes politisches Klima dagegen in der GAL erwünscht ist.

In kaum zu überbietender Deutlichkeit wird an der bisherigen GAL-Unkultur Kritik geübt und speziell die traditionell linke ,,Hamburger Linie'' — entstanden aus der Hamburger Tolerierungspolitik und der Gegnerschaft gegen die grünen Realos — angegriffen: ,,*Hamburger Politik ist keine im Prozeß befindliche, sondern eine der Gewißheiten: die, daß wir besser und rainer (Rechtschreibung im Original — gemeint ist wohl Rainer Trampert) sind; so reisen wir durch die Republik, in Sachen Erziehung der dummen/verkappten gefährlichen Realos, die Hamburger Linie im Gepäck als Bollwerk.*''

Die Frauenliste sei entstanden als ,,Gegenzug'' gegen die ,,Hamburger-Linien-Politik''; sie wende sich ,,*auch nach innen, an die Adresse der Hamburger Linienpolizisten und -zistinnen*''. Die ,,Frechen Frauen'' seien eine ,,*Sammlungsbewegung gegen den politischen Stil der Zensor/inn/en, Flurbereiniger und Utopielosen*''. ,,*Den Frechen Frauen geht es darum die Basis der GAL zu verbreitern, auf diesem Wege die Verkrustung der Partei zu sprengen, auf diesem Wege mehr Bewegung in unseren eigenen Köpfen und Körpern (Seelen eingeschlossen!!) zu erzielen.*''

Die Gegner werden wie folgt charakterisiert: ,,*Phantasie spielt bei der Urteilsfähigkeit und -bildung keine Rolle. Analiese (Rechtschreibung im Original) heißt unsere Parole; daß sie uns zwar bisweilen zu ,richtigen' Inhalten verhelfen mag, aber lustlos und ohne konkrete Umsetzung bleibt, stört uns nicht, denn wir haben erkannt, daß allem Lustvollen die Gefahr des Nutzlosen und Unwahren anhängt, und haben dem auch Namen gegeben: blinder Aktionismus, Psychologismus, peinlich, emotionalisierend.*'' (alle Zitate aus dem Artikel ,,Chronische Unterernährung ...'')

Soweit die Beschreibung der Zustände: das Gefährliche an der GAL ist der ,,Fundamentalismus Hamburger Prägung''; er soll rigoros bekämpft und wenn möglich zerschlagen werden. Hohl und leer wird der Text dort, wo es um die Formulierung eigener Vorstellungen und Inhalte geht. Aber das ist wohl auch nicht so wichtig, wenn die Haupttendenz ist, die Powerstimmung der ,,Undogmatischen'' gegen den linken Dogmatismus anzuschieben.

Eine echt witzige Lösung hat sich deshalb Adrienne für den Schluß einfallen lassen. Sie zitiert den Ausspruch eines ,,berühmten (?) GALiers'': ,,*Kreativität und Phantasie haben noch keinen Staat ins Wanken gebracht.*''

Dem setzt sie die Umkehrung entgegen. Sie fordert für die Frauenliste: ,,*Für eine Frauenliste mit Kreativität und Phantasie.*'' Um dies wirkungsvoll zu untermauern, folgt dann eine Seite lang das Lenin-Zitat vom Träumen aus ,,Was tun?'' (1) — und ,,in diesem Sinne'' verabschiedet sich Adrienne von uns.

Uff — was will uns die Autorin damit sagen?

Ganz sicher das, daß wir heutigen ,,noch-immer-Lenin-Anhänger/innen'' schlechter sind als unser großer Meister. Nun, da hat sie sicher recht, mir fehlt Lenin auch! Allerdings weniger beim Aufbau einer solchen Frauenliste mit ,,Kreativität und Phantasie''.

Bleibt noch anzumerken, daß Lenin in ,,Was tun?'' auf über 300 Seiten den Aufbau einer Zeitung ,,als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator'' geplant hat, als ersten Schritt hin zum Aufbau einer (,,straff geführten'') politischen Partei der Arbeiterklasse entwickelt hat, das Gegenteil dessen, was über die GAL im Gewand der Frauenliste daherkommt. Das Zitat so aus dem Zusammenhang zu reißen, wie Adrienne das macht, spricht für billige Effekte und Kenntnisse des alten APO-Zitatenschatzes, weniger für politische Qualität. Aber das sehe ich wahrscheinlich wieder mal zu dogmatisch und traditionell.

Die GAL Opposition agiert hilflos

Die Kräfte innerhalb der GAL, die dem beschriebenen Politikansatz ablehnend gegenüber stehen, haben sich während der Auseinandersetzung um die Frauenliste eher zurückgehalten und eine passive Rolle eingenommen. Eine offene, wirklich breite Debatte über Politik und Absicht des Konzepts der Frauenliste hat in der GAL nicht stattgefunden.

Dies mag teilweise daran liegen, daß auf das Stichwort ,,Frauen'' und ,,Frauenliste'' zunächst immer mit Opportunismus reagiert wird. Das mag auch daran liegen, daß große Teile zu spät begriffen haben, daß es sich bei dem Projekt ,,Frauenliste'' nicht in erster Linie um eine Idee für Frauen handelt, sondern daß hier ein Vehikel geschaffen wurde, mit dem es darum geht, einer anderen politischen Linie innerhalb der GAL den Weg zu öffnen. Hatte man im oppositionellen Lager zunächst erwartet, daß sich die Idee der Frauenliste von selbst totläuft, so schöpfte man neue Hoffnungen, nachdem auf der Versammlung im Februar das inhaltliche Konzept der ,,Frechen Frauen'' abgelehnt wurde. Aber auch die Hoffnungen, die von den GAL-Referentinnen ausgingen, daß durch ihre Auseinandersetzung und die Propagierung einer anderen Frauenliste eine Ausgrenzung und eine Einengung des Spektrums nicht stattfindet, (vergl. auch AK 271), haben sich letztlich als Trugschluß erwiesen. Die Idee der Frauenliste war nicht vom politischen Konzept der ,,Frechen Frauen'' zu trennen. Um etwas anderes durchsetzen zu können, dafür fehlten die Grundlagen wie z.B. eine starke Frauenbewegung und eine gute Frauenbereichspolitik.

Entsprechend entstand die erhoffte Sogwirkung auch nur für den Ansatz der ,,Frechen Frauen'', die sich einig in ihrer Absicht (rein ins Parlament) und in ihrem Gegner (die linken Dogmatiker) waren. Damit konnten sich große Teile innerhalb der GAL identifizieren — auch wenn sie sonst im einzelnen durchaus unterschiedliche Positionen vertreten.

Frau darf gespannt sein, wieweit es gelingt, mit ,,neuer Kultur und Politikverständnis'' der alten linksdogmatischen ,,Hamburger Linie'' den Garaus zu machen.

G./Hamburg

(1) Lenin, Was tun? In Ausgewählte Werke, Bd. 1, Seite 295/96

GAL-Frauen ziehen Bilanz: Die ersten Wochen nach Tschernobyl

(...) Mit den dringenden Fragen ,,dürfen die Kinder raus?'', ,,können sie in den Kindergarten/in die Schule gehen?'', ,,können wir die Milch noch trinken?'', ,,sollte ich als Schwangere fliehen und wohin?'', ,,muß ich mein Kind abstillen?'' waren wir allein. Wir mußten ohne zuverlässige Informationen ständig Entscheidungen treffen. Die Verantwortung lag plötzlich bei uns, und sofern wir von der Bedrohung wußten, oder besser sie ahnten, haben wir angefangen zu rotieren: Wir haben die H-Milch besorgt, Essensbestände von ,,genügend alten'' Sachen rangeschafft, die Kinder geduscht, die Wohnung möglichst staubfrei gehalten, ständig die Wäsche gewaschen, die Kinder bei schönstem Wetter in der Wohnung bei Laune gehalten. Wir, die Frauen, haben die Telefone bei den Behörden heißlaufen lassen, haben uns mit ihnen rumgestritten und haben protestiert. Wir haben über Schwangerschaft nachgegrübelt, mit Freundinnen gesprochen und ihre Sorge geteilt, wir haben getrauert und versucht, dies Erlebnis zu verarbeiten, wir haben überall gegen die Verdrängung der Männer angekämpft. Und wenn wir dies alles neben Beruf und anderen Verpflichtungen kaum schaffen, haben wir auch noch das schlechte Gewissen, unsere Familie nicht genügend zu schützen. Wir, die Frauen, insbesondere in ihrer Rolle als Mütter, haben plötzlich die Verantwortung für die Folgen einer unsinnigen und lebensfeindlichen Technologie zu tragen.

Noch deutlicher und schärfer erleben die Frauen in der Sowjetunion und den umliegenden Ländern diese Situation. Sie bekommen noch weniger Informationen, sie haben kaum Möglichkeit auf andere Lebensmittel auszuweichen, die Strahlenverseuchung der Nahrung und der Umgebung ist unvergleichlich höher als bei uns. Eine Frau in Opawa an der polnischen Grenze sagte: ,,Wenn hier etwas schief geht, dann ist das meine Schuld, dann habe ich nicht aufgepaßt. Wenn der Staat hier versagt, gut, das ist ja nichts neues, mit dem Staat haben wir nie gerechnet. Aber wenn ich hier versage, dann bin ich die Mörderin meiner Familie, und davor habe ich Angst.''

Es ist deutlich geworden; dieselben Politiker und Wissenschaftler in Ost und West, die bisher darauf beharrten, daß sie und nur sie die Risiken der Atomtechnologie einschätzen und verantworten könnten, reagieren hilflos und menschenverachtend. Die Verantwortung bleibt bei uns hängen, denn wir sind die, die sich verhalten müssen, die auf die Situation antworten müssen.. Wir stellen fest: Diese Verantwortung ist **nicht** tragbar.

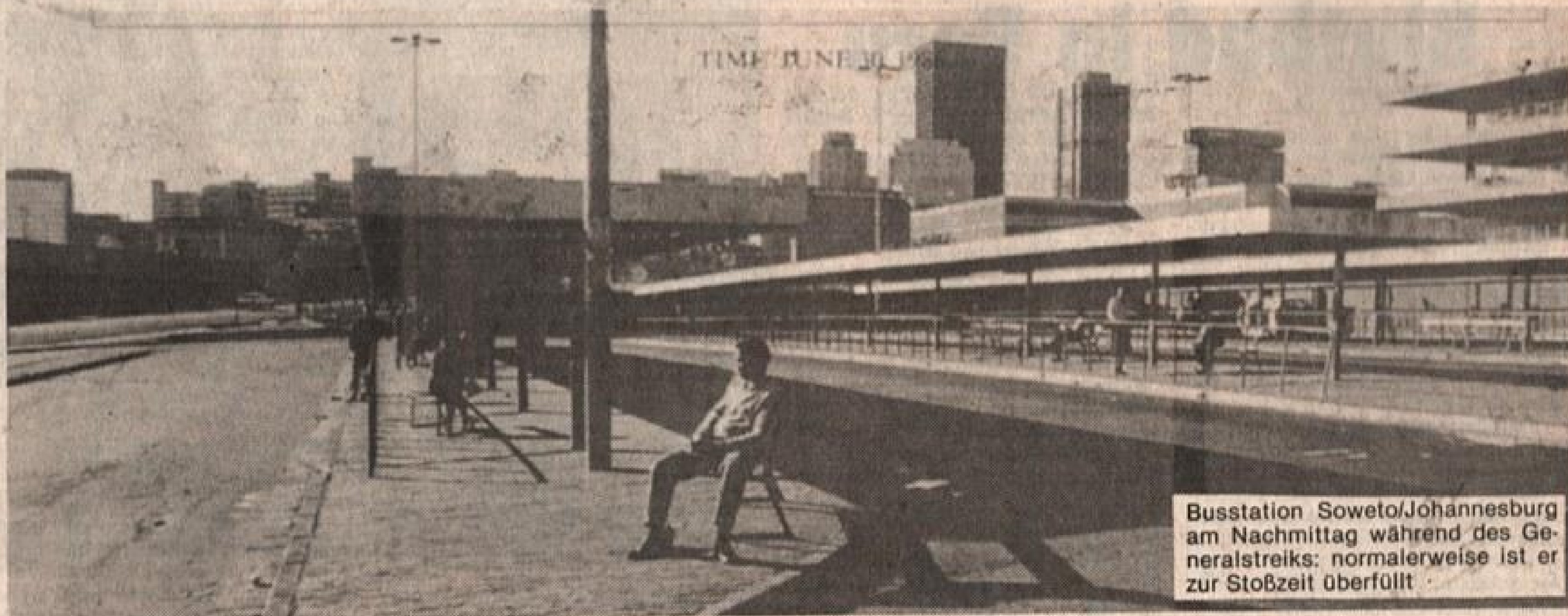
(...)

Wir, die Frauen, haben ein anderes Interesse und eine andere Kompetenz. Wir sind es, die den ständigen und den möglichen Schaden letztlich verantworten oder besser ,,beantworten'' müssen, wir sind auch diejenigen, die den Schaden wesentlich erleiden. Für **uns** hat sich das Leben verändert durch Tschernobyl. Die Vertrautheit mit der Umwelt, in der wir mit unseren Freunden und besonders mit unseren Kindern leben ist gestört. Die Schönheit des Monats Mai mutet unter diesen Umständen fast paradox an. **Wir** stehen, trotz der öffentlich ausgegebenen Entwarnung, bei jedem Essenseinkauf mehr oder weniger ratlos vor den angebotenen Waren. Die Fehlgeburten werden **wir** erleiden. Mit den mißgebildeten Kindern werden **wir** leben. Die Krebskranken werden **wir** pflegen und begleiten. Diese Gesellschaft grenzt die Opfer ihres Größenwahnsinns tunlichst aus. Als Mütter oder als Angehörige sind **wir** diejenigen, die mit diesen Menschen leben. Aber gerade weil das alles so ist, haben wir auch eine besondere Kompetenz, wir sind diejenigen, die in der Lage sind, sich den Schaden wirklich vorzustellen. Viele der sogenannten Fachleute sind dazu offensichtlich nicht fähig.

(...)

Den unterschiedlichen Blickwinkel von Männern und Frauen drückte eine Frau in Moskau scharf und zutreffend aus, sie sagte: ,,Wenn da oben im Politbüro eine Frau sitzen würde, die das Leben kennt, dann würde man uns wenigstens bei der Auswahl der Lebensmittel helfen. Männer denken gar nicht an das Leben, sie wollen nur die Natur und den Feind bezwingen. Koste es was es wolle ...'' ,,Das Leben kennen'' und sich den Schaden vorstellen können scheint insbesondere eine Kompetenz von Frauen zu sein. Dieser Kompetenz Geltung und Macht zu verschaffen ist unverzichtbar notwendig.

(...)



Busstation Soweto/Johannesburg am Nachmittag während des Generalstreiks: normalerweise ist er zur Stoßzeit überfüllt

Zehn Jahre Aufstand von Soweto

Es gibt kein Zurück

Mit der erneuten Verhängung des Ausnahmezustandes, drastischen Polizei- und Militäraktionen im Vorfeld und einer nahezu vollständigen Pressezensur hatte sich das Rassistenregime auf die geplanten Protest- und Gedenkveranstaltungen anläßlich des 10. Jahrestages des Aufstandes von Soweto vorbereitet. Entsprechend konnte von einem ,,weitgehend ruhigen Verlauf'' des 16. Juni berichtet werden. Die Tatsache jedoch, daß der Aufruf der Opposition zum Generalstreik — zumindest am ersten Tag — weitgehend befolgt wurde, zeigt, daß das Regime weit davon entfernt ist, die Lage im Griff zu haben.

Noch in der Nacht vor Verkündigung des Ausnahmezustands begann eine großangelegte Verhaftungsaktion, in deren Verlauf (nach bisherigen Schätzungen aus kirchlichen Kreisen) mindestens 3.000 Menschen festgenommen wurden, gezielt gerade auch Führer der Oppositionsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen. Mit schwerbewaffneten Einheiten wurden Büros und Versammlungsgebäude umstellt und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Die Abgeordnete H. Suzman der PFP — einzige Oppositionspartei im Parlament der Weißen — legte dieser Tage eine Liste von 300 Verhafteten vor. Nach ihren Informationen wurden insgesamt 13.000 Menschen in den letzten zwei Wochen verhaftet. Ganz Soweto wurde durchkämmt. Die ohnehin schon strenge Pressezensur wurde derart ausgeweitet, daß jeder Versuch einer nicht genehmigten Berichterstattung mit Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren und/oder Geldstrafen bis zu 17.000 DM verfolgt wird. Erstmals wurden die Befugnisse von Polizei und Militär so weit ausgedehnt, daß eine sogenannte ,,Hunger- und körperliche Züchtigungsstrafe'' — d.h. Folter! — gesetzlich legitim ist. Verhaftete dürfen nunmehr 6 Monate ohne Benachrichtigung von Angehörigen und ohne anwaltlichen Schutz festgehalten werden. Die Einhaltung des Verbots sämtlicher Protest- und Gedenkveranstaltungen — mit Ausnahme eines einzigen Gottesdienstes in Johannesburg — wurde schwer überwacht. Immer noch ist jede Art politischer Betätigung, auch seitens der noch legalen Organisationen, vollständig verboten.

,,Gerade an diesem Tage sei kein einziges Todesopfer zu beklagen gewesen, triumphierte Informationsminister Nel noch am selben Abend'' (FAZ, 18.6.86) (die 11 bei Auseinandersetzungen Erschossenen, die in dieses Konzept nicht passen, wurden einfach ,,übersehen'').

Was für ein fragwürdiger Triumph! Mit einem selbst in der Geschichte Südafrikas noch nie dagewesenen Auf-
Mit einem selbst in der Geschichte Südafrikas noch nie dagewesenen Auf-
marsch der Respressionskräfte wurde sichergestellt, daß diesmal nicht — wie 10 Jahre zuvor — Straßenschlachten und Blutbäder das Bild bestimmten. Das Bild bestimmten vielmehr: weitgehend lahmgelegte Industriezentren, ausgestorbene Geschäftsviertel, leere Busse und Eisenbahnen, volle Kirchen ... Es konnte nicht verhindert werden, daß die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung diesen Tag mit massenhaften Streiks und Verweigerungsaktionen würdigte. Die schwarzen Südafrikaner haben *,,durch Wegbleiben von den Arbeitsplätzen eine neue Situation geschaffen ... (sie) schaffen sich ihre eigenen Feiertage ... sehr zum Grimm der Burenherren, die bisher allein als Staatsfeiertage ihre Siege über die Nichtafrikaner aller Hautfarben und die Geburtstage ihrer Volkshelden und Staatsmänner geduldet und zugelassen haben''*, mußte sogar die FAZ zugeben (18.6.86)

Ungerührt über die moralische Reaktion der Weltöffentlichkeit gegenüber der Ausrufung des Ausnahmezustands galt dieses Vorgehen auch der Wirtschaft. Der Eindruck von Stabilität soll unter allen Umständen wiederhergestellt werden. Wunschgemäß reagierte die Johannesburger Börse mit einem vorsichtigen Anstieg der bis dahin drastisch gefallenen Goldaktien; der Rand konnte sich leicht stabilisieren. Von Unternehmerkreisen wird dies jedoch für eine vorübergehende Erscheinung gehalten. Die Bosse der großen Konzerne reagierten mit deutlicher Verärgerung. Tony Bloom, Vorsitzender einer riesigen Lebensmittelkette, die besonders von wilden Solidaritätsstreiks für die inhaftierten Gewerkschaftsführer betroffen ist, beklagte sich, man würde von der Regierung *,,gezwungen, mit den Massen zu verhandeln''* (taz, 20.6.86). Auch die augenblicklichen Tarifverhandlungen im Bergbau, von denen sich die Unternehmer eine stabilisierende Wirkung erhofft hatten, sind auf nicht absehbare Zeit unterbrochen, da die wichtigsten Verhandlungsführer in den Untergrund gegangen sind.

Von der Revolte zum organisierten Widerstand

1976 konnte der Aufstand unter anderem deshalb so brutal zerschlagen werden, weil der Widerstand zu schwach organisiert, die Verbindung mit der Arbeiterbewegung nicht weit genug entwickelt war. Zwar waren auf die Revolte einige spontane Streiks gefolgt, aber die erhoffte Ausbreitung des Funkens über das ganze Land war rasch erstickt worden. Diesmal war das Konzept für den 16. Juni von vornherein kein Aufstandskonzept, sondern eine breite Massenaktion sollte — und konnte — die Entschlossenheit der Mehrheit demonstrieren. Sicherlich bedeuten die Massenverhaftungen einen schweren Schlag für die Widerstandsorganisationen, und es ist nicht abzusehen, wieweit auch die Untergrundstrukturen davon betroffen sind. Aber sie waren nicht unvorbereitet. In den letzten Monaten war es immer wieder das Hauptthema verschiedener Versammlungen, wie über die spontanen Kämpfe hinaus der Widerstand geschlossener und weniger angreifbar zu organisieren sei. Auf ihrem letzten Kongress Ostern dieses Jahres hatte beispielsweise die UDF, ihre Erfahrungen mit dem bisherigen Ausnahmezustand bilanzierend erklärt: *Während*
gen mit dem bisherigen Ausnahmezustand bilanzierend, erklärt:,,
Während der sieben Monate Ausnahmezustand haben wir Mittel und Wege zu arbeiten entwickelt, die es uns ermöglichen, äußerster Repression zu begegnen ... Wir haben unsere Organisation und die Strukturen angepaßt — und diese Methoden werden wir beibehalten ... Das nächste Mal, das der Staat gegen uns losschlägt, wird er es wesentlich schwieriger finden, uns zu schwächen. Wir lassen uns nicht verlocken, zu der Arbeitsweise zurückzukehren, in der wir zuvor arbeiteten — nicht alle Arbeit wird so öffentlich sein wie vorher. Wir werden eine öffentliche Präsenz beibehalten — das ist sehr wichtig für uns. Aber die Leute werden nicht unbedingt wissen, wann sich unsere Komitees treffen oder wer denen angehört.'' (aus: ANC-Bulletin, 4/April 1986). Entsprechend sind viele Aktivisten schon vor der Verhaftungswelle untergetaucht, und es sind Stellungnahmen aus dem Untergrund in die Öffentlichkeit gelangt oder kurze Auftritte von Gesuchten auf Versammlungen konnten organisiert werden.

Von der Unregierbarkeit zur Volksmacht

Der ANC hatte in seiner jüngsten Erklärung vom 22. Mai 1986 dazu aufgerufen *,,von der Unregierbarkeit zur Volksmacht''* überzugehen. Trotz der Erwartung einer sich ständig verschärfenden Repression wird die Situation so eingeschätzt, daß der Widerstand in der Lage ist, weiter in die Offensive zu gehen. *,,Wir haben einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Die historischen Bedingungen, die erforderlich sind zum Sturz des Apartheidsystems, sind deutlicher als je zuvor in unserer Geschichte hervorgetreten. Aber viel muß noch getan werden, damit es ein für allemal zerstört werden kann.''*(ANC-Bulletin 6/Juni 86).

In der Zeit, die seit dem Aufruf, das Land unregierbar zu machen, vergangen ist, sind in vielen Bereichen wichtige Fortschritte erreicht worden:

— Die Gründung der Gewerkschaftsföderation COSATU bedeutete nach Jahren heftiger Kontroversen einen großen Schritt zur Einheit in der Gewerkschaftsbewegung wie auch zu ihrer Politisierung. Der Versuch, gewerkschaftliche Kämpfe mit weitergehenden politischen Forderungen zu verbinden, war bis dahin eine Minderheitsposition. Zum erstenmal in der Geschichte Südafrikas beging die Arbeiterbewegung in diesem Jahr den 1. Mai mit einem Streik, an dem sich über 2 Millionen Arbeiter/innen beteiligten (Ca. 80%)

— das Verbot der kämpferischen Schüler- und Jugendorganisation COSAS wurde von den Aktivitäten der Jugendlichen selbst ,,aufgehoben''. Immer wieder hatte COSAS eine Vorreiterrolle gespielt bei der Verbindung von Kämpfen gegen das entwürdigende sog. ,,Bantu-Erziehungssystem'', Miet- und Konsumboykottkampagnen und Streiks. So wurde auch der Aufruf zum Generalstreik anläßlich des 16. Juni von der Konferenz der Schüler- und Studentenorganisationen und verschiedener Komitees zu Erziehungsfragen beschlossen und zu weiteren Boykottkampagnen aufgerufen. An den Schulen und Universitäten wird weiter organisiert, eigene Kurse in afrikanischer Geschichte und, wie sie es nennen, ,,Wissenschaft vom Leben'' werden abgehalten.

— Der Zusammenbruch der von den Rassisten ausgehaltenen Stadtverwaltungen in den townships geht weiter, sie werden vor allem von Jugendlichen und Kindern übernommen. Es sind nicht nur die Selbstverteidigungskomitees, die in den jüngsten Auseinandersetzungen mit den ,,Vigilantes'' und Polizei bekannt geworden sind. Unter erschwerten Bedingungen — wie z.B. Auflösung von medizinischen Versorgungsstellen, Abschalten von Licht und Wasser, Verweigerung der Müllabfuhr ... — wird versucht, das soziale Leben auf allen Ebenen zu organisieren. Volksgerichte gegen ,,anti-soziale Aktivitäten'',,,Diebstahl und Rowdytum'' sind entstanden, um zu verhindern, daß die Unruhen und Aufstände dazu genutzt werden, sich persönlich zu bereichern. Die politische Erziehung der Eltern und Lehrer ist eine weitere wichtige Aufgabe, die sich die Jugendlichen gestellt haben. In mehreren townships wurden unter dem Motto ,,die Alten sollen kämpfen und nicht saufen'' die staatlichen Bierhallen durch Brandanschläge ,,abgeschafft''.

—In den sog. ,,Bantustans'' breitet sich der Protest mehr und mehr aus. Der ,,Außenminister'' von Bophuthatswana, Molathlwa, beschwerte sich darüber, daß die Unruhen aus Südafrika übergeschwappt seien. Gegen die Absicht, das ,,Homeland'' KwaNdebele Ende 1986 für ,,unabhängig'' zu erklären, gab es überall Massenversammlungen, die mit Gewalt aufgelöst wurden. Die Proteste reichen bis in die Königsfamilie der Ndebele-Bevölkerung hinein. Der Chefminister von KaNwane sah sich genötigt, Gespräche mit der ANC-Führung aufzunehmen und in einer gemeinsamen Erklärung die Abschaffung der Bantustans zu fordern. ,,Wir werden zurücktreten, wenn wir sollen'', sagte er.

— Auch unter den weißen Jugendlichen wächst die Bereitschaft zum Widerstand. Die Zahl derjenigen, die den Wehrdienst verweigern und deshalb meist ins Ausland fliehen müssen, hat sich im letzten Jahr verfünffacht. Die ,,Kampagne zur Beendigung der Wehrpflicht'' (ECC), die 1983 gegründet wurde, fühlt sich der internationalen Friedensbewegung verbunden und faßt zunehmend Fuß in verschiedenen Bereichen der weißen Gesellschaft. Der weiße englischsprachige Studentenverband NUSAS, Mitglied in der UDF, hat einen wachsenden Einfluß und beginnt mit seiner Kampagne für ein gleichberechtigtes Bildungssystem auch an die burischsprachigen Universitäten zu gehen und dort Gruppen zu bilden. Mit 200 Fragen aus der Organisation war kürzlich eine Delegation zu Gesprächen mit der ANC-Führung gereist. In seiner anschließenden Erklärung bekräftigte ihr Vorsitzender Brendan Barry, daß Apartheid nicht reformierbar sei und daß es für Südafrika keine Lösung ohne den ANC geben könne.

— Nicht zuletzt breitet sich die Furcht vieler Weißer vor bewaffneten Aktionen aus. Obwohl der Nachschub ungeheuer schwierig ist, hat sich die Zahl der Angriffe in den letzten Monaten ungefähr verdoppelt, und die jügsten Waffenfunde deuten auf eine erhöhte militärische Präsenz hin. *,,,Früher schossen sie des*
de deuten auf eine erhöhte militärische Präsenz hin. ,,,Früher schossen sie des
Nachts', erklärte ein Polizeisprecher, 'heute eröffnen sie das Feuer auf uns am Tage. Sie haben keine Angst mehr zu schießen.''' (aus: ANC-Bulletin, 5/April 1986).

Diese Beispiele mögen zeigen, wie wenig die Entwicklung des Widerstands in den letzten Monaten, die auch weitgehend von den Bedingungen des Ausnahmezustands geprägt waren, aufgehalten werden konnte.

Es wird, vorzugsweise in der taz, gerne darüber spekuliert, ob der ANC tatsächlich die Rolle spiele, die ihm zugeschrieben wird und ob er sich nicht nachträglich die Erfolge der spontanen Bewegung auf die Fahnen schreibe. *,,Die verhaßten Gemeinderäte, denen die hohen Mieten angelastet werden, wurden angegriffen und bisweilen getötet. Erst einige Wochen später rief der ANC dazu auf, die townships durch die Zerstörung der Apartheid-Verwaltungsstrukturen unregierbar zu machen''*. (taz 21.6.86)

Der ANC schmückt sich mit fremden Federn, reklamiert einen Kampf für sich, den er ,,eigentlich'' nicht führt, so der Ton zwischen den Zeilen. Überlegtheit wird so in Zögern, Zurückzerren uminterpretiert.

Der ANC hat, nach den Erfahrungen bisheriger Auseinandersetzungen, immer wieder betont, daß ein Aufstand erst dann erfolgversprechend sein kann, wenn die Mehrheit der Schwarzen davon überzeugt ist und auch bereit ist, die Opfer zu tragen. Aus dieser Haltung heraus hat er es ebenso abgelehnt, zu Aufständen aufzurufen, für die er nicht die politische Verantwortung übernehmen könnte.

bt., Hamburg



Quellen:
— Tagespresse
— Afric Asia, Mai 1986
— 10 Jahre Soweto/Jugend in Südafrika hrsg.: ANC-Vertretung 1986
— ANC-Bulletins April - Juni 1986

Blutbad in Peru

Fortsetzung von Seite 1

Menschen waren, die in den drei Gefängnissen umgebracht worden sind.

In den drei Gefängnissen saßen neben den sozialen Gefangenen hauptsächlich politische Gefangene ein, denen zum großen Teil die Mitgliedschaft oder Unterstützung von Sendero Luminoso zum Vorwurf gemacht wurde. Die Haftbedingungen waren fürchterlich. Lurigancho z.B. war für 1.400 Gefangene konzipiert, eingekerkert waren dort zum Schluß an die 7.000 Menschen.

Darüberhinaus war die Versorgung der Menschen in den Gefängnissen katastrophal. Das Essen wurde von den Wachmannschaften teilweise verunreinigt, indem sie Ratten hineinschnitten oder Glassplitter untermischten. In Lurigancho gab es für die tausende von Menschen nur für ein paar Minuten Wasser am Tag. Die jeweilige Gefängnisleitung spielte die sozialen gegen die politischen Gefangenen aus und versuchte, sie gegeneinander aufzuhetzen.

Die Teile der Gefängnisse, die von den politischen Gefangenen dominiert wurden, zeigten ein gänzlich anderes Gesicht als der restliche Teil der Gefängnisse. Die politischen Gefangenen organisierten ihren Lebensalltag im Gefängnis gemeinsam, vom Essen bis hin zur politischen Bildung und dem Kampf gegen die Haftbedingungen. Dominant in dieser Organisierung waren die Mitglieder von Sendero Luminoso. Durch diesen Kampf konnten die Gefangenen einen 24-Punkte-Vertrag mit der Regierung erreichen (siehe Dokument 1). In diesem Vertrag wurde die Selbstverwaltung innerhalb des Gefängnisses geregelt; die Art des Einkaufs, der Essenszubereitung, der Wasser- und Krankenversorgung etc. machte einen großen Teil dieses Vertrages aus. Unter anderem wurden darin die Gefangenen als politisch anerkannt, und es wurde ebenfalls zugesichert, daß die Gefangenen nicht in ein neu erbautes Hochsicherheitsgefängnis verlegt werden.

Dieses Hochsicherheitsgefängnis von Canto Grande wurde mit spanischer Hilfe gebaut. Grundlage für die „Ausgestaltung" dieser HS-Anlage waren Erfahrungen aus HS-Trakten in der BRD. Nachdem nun im Juli 1985 der Vertrag zustande gekommen war, wurde für die Gefangenen mit der Zeit deutlich, daß die Regierung im Begriff war, sie in eben diesen HS-Trakt zu verlegen. Dort würden sie isoliert voneinander in Einzelzellen gehalten werden und der ganzen Organisation, die sie in den anderen Gefängnissen aufgebaut hätten, verlustig gehen.

Im Herbst vergangenen Jahres wurde z.B. der „Pavillon" im Gefängnis von Lurigancho von der Guardia Republicana gestürmt. Anlaß war sowohl der Protest der Gefangenen gegen die drohende Verlegung als auch die Durchsetzung eines Verbots, den Jahrestag der Gründung der KP Perus zu feiern. 30 Gefangene wurden bei dieser Aktion umgebracht. Um die Umstände des Todes der Gefangenen zu verschleiern, wurden die Leichen verbrannt und nie den Angehörigen ausgehändigt. Nach diesem Übergriff wurde der 24-Punkte-Vertrag nochmals bestätigt und eine zweite Vereinbarung wiederum von offizieller Seite unterzeichnet (siehe Dokument 2). Dieser Vertrag wurde immerhin vom Vize-Justizminister unterschrieben. Auch in diesem Zusatzvertrag wurde wiederum die Nicht-Verlegung in die HS-Anlage von Canto Grande festgeschrieben.

Trotzdem wurde aus der Sicht der Gefangenen die Verlegung in die HS-Anlage zu einer immer drängenderen Gefahr. Sie bereiteten deshalb anläßlich der Sitzung der SI in Lima eine Protestaktion vor, um vor der internationalen Öffentlichkeit ihre Rechte einzuklagen. 14 Tage vor dem Beginn der SI begannen Polizei und Militär die Gefängnisse zu umstellen, und die Besuchsmöglichkeiten wurden drastisch verringert.

Der Sturm der drei Gefängnisse war sicherlich vom Willen getragen, das Problem der politischen Gefangenen „final" zu lösen. Heute ist Lurigancho dem Erdboden gleichgemacht, hier sind keine Zeugen und Beweise für das Vorgehen der staatlichen Kräfte mehr vorzufinden. Die Leichen der Gefangenen wurden verbrannt oder durch Sprengung unkenntlich gemacht und heimlich verscharrt.



Die Unschuld der Sozialdemokratie

Die beschauliche Ruhe eines Sitzungsortes wie Stockholm würde Lima nicht bieten können. Das war den meisten SI-Mitgliedern nur zu klar, und deshalb blieben einige europäische Vertreter wohl auch zu Hause. Von der europäischen SI-Prominenz war lediglich Willy Brandt vertreten.

Peru ist auch gegenwärtig unter der sozialdemokratisch-populistischen Regierung, deren Partei APRA Mitglied der SI ist, alles andere als eine normale bürgerliche Demokratie. Die Reden von A. Garcia bezüglich einer besseren Menschenrechtssituation in Peru blieben Wahlversprechen. Im Juli 1985 kam Garcia an die Macht, und im Wesentlichen wurde von der Regierung nur das Eingeständnis gemacht, daß es in Peru Menschenrechtsverletzungen gab.

Insbesondere die Armee behielt ihre Strategie der Aufstandsbekämpfung bei. Auch unter der Regierung Garcia wurden verschiedene Massaker bekannt, im Laufe des August und September 1985 wurden 150 Menschen im Departement Ayacucho umgebracht. Im Frühjahr diesen Jahres lagen der Generalstaatsanwaltschaft rund 2.000 Vermißtenmeldungen vor. Seit dem Regierungsantritt von Garcia ist folgende Grundtendenz zu verzeichnen: die Zahl der „Verschwundenen" geht leicht zurück, dafür gibt es eine Zunahme an Leichenfunden. „Wie die Bürgermeisterin von Ayacucho kommentiert, zieht die Armee inzwischen den Mord an Ort und Stelle vor." (iz3w, Mai 1986)

Die Stellungnahmen der Regierung zu solchen Massakern sind immer zweideutig gewesen. Garcia verurteilte solche Ereignisse in der Regel, andere Minister seines Kabinetts verteidigen sie im Sinne der „Terrorbekämpfung". Eine im Herbst 1985 eingesetzte Friedenskommission, deren Aufgabe im weitesten Sinne die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte ist, zeigte sich einflußund machtlos. Sie bekam z.B. keinen Zutritt zum Gefängnis Lurigancho, als dort die 30 politischen Gefangenen ermordet wurden.

Im Januar stellte diese Kommission ihre Arbeit ein. „Zwei kleine Details aus dem Abschlußbericht seien angeführt, die das Ausmaß der derzeit in Peru existierenden Unrechtsstaatlichkeit deutlich machen. Entgegen internationalem Recht ist seit 1983 bis heute nicht einmal das Rote Kreuz zum Besuch der Internierungslager im Kriegsgebiet berechtigt. Von den insgesamt rund 1.000 unter der Anschuldigung des Terrorismus einsitzenden Häftlingen sind 96% Untersuchungshäftlinge, von denen sich rund zwei Drittel bereits über zwei Jahre in Haft befinden." (iz3w, Mai 1986)

Dieser Gesamtsituation in Peru entspricht es auch, wenn die peruanische Regierung im Juni keine Verhandlungen mit den Widerstand leistenden Gefangenen in den drei Gefängnissen aufnahm. Garcia bezog sich auf seine Staatsautorität und verteidigte die militärische Lösung des Gefangenenproblems: „Wir haben das grundlegende Prinzip der Autorität; bei ihm handelt es sich nicht um die brutale Gewalt einer Diktatur oder einer Tyrannei, sondern um die Autorität und die moralische Kraft des Volkes." (FAZ, 23.6.)

Die SI-Konferenz konnte nicht wie geplant durchgeführt werden. Aufgrund von politischen Widersprüchen wurde die Konferenz am Montag (23.6.) vorzeitig beendet, ohne in einer Abschlußversammlung ihr „Manifest von Lima" verabschieden zu wollen. In einer offiziellen Stellungnahme der SI wird betont, daß die Vorgänge bei der Erstürmung der drei Gefängnisse untersucht und offengelegt werden müssen. Weiterhin erklärt die SI: „Die Menschenrechte müssen in jeder Lage von jeder Regierung respektiert werden. Wir bekräftigen ebenfalls, daß dem Terrorismus nicht erlaubt werden darf, den demokratischen Staat zu zerstören. Der demokratische Staat hat das Recht und die Pflicht, sich gegen terroristische Aktivitäten mit angemessenen Mitteln zu verteidigen. (...) Wegen der angewandten Methoden und der Zahl der getöteten Insassen sind ernsthafte Bedenken erhoben worden..." (FAZ, 24.6.) Das Problem ist also die Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel — angesichts eines solchen Massakers eine bemerkenswerte Position der internationalen Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

wo. / Imperialismus-Kommission

Dokumente über die Vereinbarungen zwischen Sendero Luminoso und der peruanischen Regierung

Dokument 1

Abkommen des erfolgreichen gemeinsamen Kampfes der Kriegsgefangenen Lima/Peru.

An das kämpfende Volk von Peru.
An die nationale und internationale Öffentlichkeit.

Die in den Strafvollzugsanstalten von Lurigancho, El Callao und El Frontón einsitzenden politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen von Peru haben durch einen mutigen und heldenhaften gemeinsamen Kampf, der am 13. Juli 1985 begonnen wurde, dem alten reaktionären Staat die Anerkennung als Sondergefangene entreißen können und andere Rechte, die das Volk mit seinem Kämpfen und seinem Blut erobert hat. Das ist ein großer Schritt zur Erreichung der völligen Anerkennung der Bedingung als politscher Gefangene und Kriegsgefangene, die der alte und verfaulte Staat der Großgrundbesitzer und Bürokraten, jetzt repräsentiert durch die Apra Regierung, wird zulassen müssen aufgrund des unerbittlichen Kampfes, den sowohl die Kriegsgefangenen selbst als auch täglich weitere Sektoren der Bevölkerung führen.

Dieser gemeinsame Kampf hat der Welt gezeigt, daß die Gefängnisse des reaktionären Staates, so fürchterlich sie auch sein mögen, durch die Aktion der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, die bewaffnet sind mit dem Marxismus/Leninismus/Maoismus, zu Schützengräben des Kampfes werden. Dieser Kampf hat auch gezeigt, wie verfault der reaktionäre Staat ist, wie überholt sein Strafvollzugssystem und sein Rechtswesen, und hat für ihn einen harten Schlag auf der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ebene bedeutet. Es waren vier Tage des heldenhaften und unerbittlichen Kampfes der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen, in denen die Reaktion immer auf die schmutzigsten und niedrigsten Methoden zurückgriff, bei dem vergeblichen Versuch, den Kampf zu brechen.

(...) Dieser Kampf ist Teil des Kampfes unseres Volkes, welches heute diesen bewaffneten Kampf führt, geleitet durch die Kommunistische Partei Perus und geführt durch den Marxismus/Leninismus/Maoismus, um eine Gesellschaft der neuen Demokratie aufzubauen, die man schon erahnen kann in den Volkskomitees. In ihnen üben die Ausgebeuteten die Diktatur über die Ausbeuter aus. So ist der gemeinsame Kampf der politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen der drei Gefängnisse beispielhaft in der ganzen Welt für die sozialen Gefangenen, die politischen Gefangenen und die Kriegsgefangenen, auch wegen des großen Wiederhalls, den er auf nationaler und internationaler Ebene hat.

Die apristische Regierung ist dabei, über ihre Vertreter das Vertragsprotokoll abzuerkennen und erklärt demagogisch, sie sei besorgt um die Situation der Gefangenen in den Gefängnissen; deswegen besuche sie sie, um sich über ihre Situation zu informieren. Und das, obwohl alle Welt weiß, unter welchen unmenschlichen Lebensbedingungen und unter welchen Qualen sie sich befinden. Im Fall der Kriegsgefangenen und politischen Gefangenen halten sie sich gerade nicht an das Übereinkommen, diese nicht in das Konzentrationslager von Canto Grande zu überführen. Sie versuchen ihr Ziel heute zu erreichen durch Pressekampagnen in ihren reaktionären Medien sowie durch den Versuch, nach Frontón eine große Anzahl von hochgefährlichen gewöhnli-



chen Gefangenen zu bringen mit dem Ziel, dort Zwischenfälle zu provozieren und die Überführung vorzunehmen mit dem Ziel der Vernichtung der politischen Gefangenen.

Vertragsprotokoll unterzeichnet von den Behörden des nationalen Institus für Strafvollzug und der einheitlichen Kommission.

Übereinkünfte:

1. Die terroristischer Vergehen angeklagten Gefangenen sind besondere Gefangene aufgrund der Besonderheit ihres Vergehens, sie erfahren eine besondere Behandlung und haben folgende Rechte: das Recht auf Leben und physische Integrität und Gesundheit, das Recht auf Meinungsfreiheit, Gedanken-, Informations- und Ausdrucksfreiheit, das Recht auf entsprechende Einrichtungen, das Recht ihre familiären Beziehungen aufrechtzuerhalten sowie andere verfassungsmäßige und legale Rechte wahrzunehmen.

2. In den Strafvollzugsanstalten, in denen die Infrastruktur dieses erlaubt, soll ein Pavillon oder eine Abteilung des Gefängnisses für die Unterbringung derjenigen Gefangenen vorgesehen sein, die des Terrorismus angeklagt werden, womit diese vom Rest der Gefängnisinsassen getrennt werden. Die Extra-Abteilung, die bereits in den Gefängnissen von San Pedro, Santa Barbara und San Juan Bautista bestehen, sollen aufrechterhalten werden.

3. Für die terroristischer Vergehen angeklagten Gefangenen, die in den im oberen Punkt erwähnten Gefängnissen untergebracht sind, soll das System der Nahrungshilfe gelten, zu diesem Zweck werden die Gefangenen ein Blatt mit ihren Namen und Fingerabdrücken in Gegenwart des Verwaltungschefs ausfüllen. (...)

18. (...) Die bereits wegen terroristischer Verbrechen Verurteilten sollen nicht in der Haftanstalt von Canto Grande untergebracht werden. (...)

24. Das Nationale Institut für Gefängnisangelegenheiten soll ein Kommunique herausgeben in Bezugnahme auf die Ereignisse vom 13. Juli 1985 und die Übereinkünfte der einheitlichen Kommission, die für diesen Anlaß eingerichtet worden ist. In diesem Zustand, um 0.10 Uhr, wurde das Abkommen abgeschlossen und unterzeichnet von den Erscheinenden, nachdem es als erster der Herr Richter getan hat (nach bestem Wissen und Gewissen).

Manuel Melendez Avalos, Juez de Ejecuciôn Penal
Martin Retamozo Roca, Fiscal Provinzial de Turno
Manuel Palacios Madrid, Jefe del Cmté Consultivo de la DGEP
Marco Pena Galán, Fiscal Adjunto de la 5ts. Fiscalfia
Alberto Neyra Condemarin, Secretario de la Fiscalia
Rodolfo Rojas Arellano, Inspector General INPE
Eduardo Calmet Fritz, Secretario General del INPE
Raúl Pineda Paredes, Director del CRAS de San Juan Bautista
Comision Unitaria (Abogados y familiares de los internos)
Henry Williams Ramos, Asesor del Despacho de la Pesidencia des INPE
Manuel Larrea Marchena, Jefe de Destacamento G. R.

Comision Unitaria
(Abogados y familiares de los internos)

Die Eroberung dieser Rechte hat Kampf vorausgesetzt. Die Erfüllung dieses Abkommens wird noch mehr Kampf voraussetzen. Besonders angesichts der Tatsache, daß die apristische Regierung, Nachfolgerin der Diktatur der Großgrundbesitzer und Bürokraten, unser Vertragsprotokoll von Juli 1985 nicht mehr anerkennt und dazu übergegangen ist, die Kriegsgefangenen am 4. Oktober in Lurigancho zu vernichten, wobei dieses Teil eines konterrevolutionären Plans ist, den sie auf dem Lande schon anwendet vor allen Dingen, und auch in der Stadt, um den unbesiegbaren Volkskrieg, den es seit 5 Jahren in unserem Vaterland gibt, aufzuhalten.

Entlarvt den Völkermord und verteidigt das Leben der Kriegsgefangenen!
4. Oktober: Tag der Kriegsgefangenen!
Alan Garcia und Llapan Aticc, sind Mörder der Guerilla!

Übersetzung (Auszug) aus der Broschüre:

Socorro popular del Peru — Volkshilfe Peru

Dokument 2

Diese bezieht sich auf das **Vertragsprotokoll zwischen der Apista Regierung mit den Kriegsgefangenen von Lurigancho, Lima/ Peru** (Text gekürzt, Anm. AK)

Im Gefängnis von San Petro ist es am 31. Okt. 1985 um 13.55 Uhr zur Unterzeichnung des folgenden Vertragsprotokolls gekommen unter der Anwesenheit des Herrn Justiz-Vizeministers Dr. Lucio Galarza Vilar, des Präsidenten der Friedenskommission Dr. Mario Suarez Castaneira, dem nationalen Institutspräsidenten für Gefängnisangelegenheiten Dr. Manuel Aquezolo Castro, dem Vizepräsidenten des Nationalen Rates für Gefängnisangelegenheiten Reverend Pater Lucas M. Ortega sowie den Herren Anwälten, die die des Terrorismus angeklagten Gefangenen vertreten: Isabel Huatay Ruiz, Luis Salazar (und weiteren namentlich genannten Anwälten, Anm, des Übersetzers). Bei der Unterzeichnung des Vertragsprotokolls waren außerdem anwesend: ein Strafvollzugsrichter und eine Vertreterin des Ministerio Público (Staatsanwaltschaft). Der Vertrag betrifft folgende Punkte und Bedingungen:

1. Die Gefängnisbehörden verpflichten sich, keinerlei Repressalien auszuüben auf die des Terrorismus angeklagten Gefangenen und auch nicht auf ihre Familienangehörigen, in Bezug auf den Vorfall, der Gegenstand des vorliegenden Vertragsprotokols ist (mit dem Vorfall ist die Ermordung von 36 politischen Gefangenen oder Kriegsgefangenen im Gefängnis von Lurigancho im Oktober 1985 gemeint).

2. Die Gefängnisbehörden verpflichten sich, den am 17. Juli 1985 abgeschlossenen Vertrag zu respektieren, der 24 Punkte umfaßt.

3. Die Gefängnisbehörden sind einverstanden, die eingangs erwähnten Gefangenen im sogenannten Industriepavillon des Gefängnisses von San Pedro (Lurigancho, Anm. AK) unterzubringen, von welchem sie nicht wieder in andere Gefängnisse überführt werden sollen.

4. Die Gefängnisautoritäten werden der Presse den Zutritt in den Anwaltsraum ermöglichen unter folgenden Bedingungen: 1. daß die Familienangehörigen der Gefangenen vorher rausgegangen sind, 2. daß die Gefangenen den Anwaltsraum total verlassen haben mit Ausnahme einer Delegation von ihnen, die die Zahl von 10 Gefangenen nicht übersteigen soll, welche im Anwaltssaal solange bleiben werden, bis die Presse eintritt.

5. Um der Presse den Zugang zu ermöglichen, sollen die Behörden, die sich im Anwaltsraum befinden, auf Bitten der Gefangenen den Anwaltsraum verlassen, sobald die Journalisten eintreffen.

6. Vorausgehend zu dem, was vorher aufgeführt worden ist, sollen sich die Journalisten im Hof des Gefängnisses gegenüber dem Anwaltsraum in einer gebührenden Entfernung aufhalten. (...)

Entlarvung des Mordes — Verteidigt das Leben der Kriegsgefangenen!
Keine Überführung nach Canto Grande!
(Canto Grande ist ein Hochsicherheitstrakt)
Der 4. Oktober soll Tag des Kriegsgefangenen sein!
Es lebe der Volkskrieg!
Es lebe der Presidente Gonzalo!
Es lebe die kommunistische Partei von Peru!
Es lebe das Volksguerillaheer!
Es lebe die Volksrepublik der neuen Demokratie!

Presseerklärung
Freiheit für Renate Hehr

Renate Hehr wurde 1983 in Peru festgenommen. Ihre bisherige Haftzeit, während der sie bis zum März diesen Jahres auf ihren Prozeßbeginn warten mußte, übersteigt nun schon das mögliche Strafmaß, daß sie bei einer Verurteilung gewärtigen müßte. Die Bundesregierung der BRD setzt sich ganz offensichtlich nicht für die Respektierung der minimalsten Menschenrechte der BRD-Bürgerin Renate Hehr ein. Im Folgenden veröffentlichen wir eine Presseerklärung ihres Anwaltes S. Oehlert zur jüngsten Verschleppung des Prozesses gegen Renate Hehr. (Redaktion Arbeiterkampf)

Am 17.3.1986 hatte der Prozeß gegen meine Mandantin Frau Renate Hehr vor dem 12. Tribunal Correctional in Lima/Peru begonnen, nachdem sie sich inzwischen schon über drei Jahre in peruanischer Untersuchungshaft befindet. Ihr wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, Kontakte zu der Guerillaorganisation „Sendero Luminoso" unterhalten zu haben und an verschiedenen Sprengstoffanschlägen in Arequipa (ca. 800 km südlich von Lima) beteiligt gewesen zu sein.

Zum Prozeßbeginn war ich kurzfristig nach Lima geflogen, wobei nach meinen dort gewonnenen Eindrücken in dem Verfahren bislang gravierende Rechtsverstöße — und zwar sowohl gegen die peruanische Strafprozeßordnung als auch gegen die in dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte für den Angeklagten niedergelegten Mindestgarantien — zu verzeichnen sind. Meinen Prozeßbericht hierüber vom 14.4.1986 füge ich dieser Presseerklärung in der Anlage bei.

Unmittelbarer Anlaß für diese Presseerklärung sind nunmehr folgende Ereignisse:

1. Am 30.4.1986 ist Frau Hehr unter Gewalteinwirkung aus dem Gefängnis in Chorrillos, wo sie bislang zusammen mit ihrer inzwischen zwei Jahre alten Tochter Martina einsaß, in den Hochsicherheitstrakt des Frauengefängnisses von Callao (Callao ist die Hafenstadt bei Lima) überführt worden. Dort ist die Unterbringung von Kindern zusammen mit ihren gefangenen Müttern nicht erlaubt, weshalb Frau Hehr ihre Tochter zu einer peruanischen Pflegefamilie geben mußte. (...)

Nachdem zunächst behauptet worden war, die Verlegung nach Callao stände im Zusammenhang mit der Zellendurchsuchung, ist nunmehr die offizielle Begründung für die Aktion, wie sie gegenüber der Deutschen Botschaft in Lima abgegeben wurde, daß zum 17.5.1986, dem 7. Jahrestag des Beginns der bewaffneten Guerillaaktionen, Anschläge erwartet würden und daher erhöhte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden.

Die deutsche Botschaft hat sofort gegen diese Verlegung bei dem Justizminister und der zentralen Gefängnisverwaltung protestiert und um eine baldige Rückverlegung nachgesucht, jedoch nur eine ausweichende Antwort erhalten. Inzwischen ist es so, daß Frau Hehr vorläufig in Callao verbleiben möchte, da sie sich dort unter ihren Mitgefangenen sicherer fühlt. (...)

2. Das Gerichtsverfahren, das am 17.3.1986 begonnen hatte, ist, nachdem es sich zwei Monate nur zögerlich und langsam dahingeschleppt hat, nunmehr gänzlich abgebrochen worden. Es soll nun mit einem weiteren Strafverfahren gegen Frau Hehr, in dem es um ihre angebliche Beteiligung an einem Überfall auf einen Polizeiposten in dem Andendorf Umachiri im August 1982 gehen soll, verbunden werden. Die Verbindung beider Verfahren war auch von der Verteidigung angestrebt, weil hierdurch das zweite Verfahren, wenn es schon nicht eingestellt wurde, was angesichts der Beweislage an sich zu erwarten gewesen wäre, doch wenigstens beschleunigt wird. Zur Vermeidung von Wiederholungen verweise ich auf meine Ausführungen auf Seite 4 und 5 meines anliegenden Prozeßberichtes, wo ich die Problematik dieses zweiten Verfahrens erläutert habe. Der Prozeß soll — so wurde von dem Gericht zugesichert — in zwei Wochen nach Vorliegen der erweiterten Anklageschrift von neuem, d.h. ganz von vorne, beginnen. Es ist darauf zu hoffen, daß dieses Versprechen auch eingehalten wird und keine weiteren zeitlichen Verzögerungen mehr auftreten.

3. Bei einer kürzlich durchgeführten Krebsvorsorgeuntersuchung wurde bei Frau Hehr der Verdacht auf Gebärmutterkrebs festgestellt. Sie muß also unbedingt ärztlich behandelt und ggf. operiert werden. Dies hat **umgehend und ohne zeitliche Verzögerung** zu geschehen, da bei nicht rechtzeitiger Behandlung diese Krankheit zum Tode führt. Wie Frau Hehr schreibt, „ist eine baldige Behandlung fraglich, denn nirgends dauern die Genehmigungen länger als hier. Und bisher sind alle meine Papiere, die ich für die Beantragung einer medizinischen Behandlung brauche, noch in Corrillos."

Dabei ist auch nicht sichergestellt, daß die Krankheit im Gefängnis richtig behandelt werden kann. Es ist ihr daher Haftverschonung zu gewähren: der Vollzug der Untersuchungshaft ist auszusetzen, wenn der Gefangene schwer erkrankt ist und die Krankheit in einer Haftanstalt oder einem Anstaltskrankenhaus nicht behandelt werden kann und zu erwarten ist, daß die Krankheit voraussichtlich für eine erhebliche Zeit fortbestehen wird. Der peruanische Verteidiger von Frau Hehr wird die Aussetzung des Vollzuges der Untersuchungshaft beantragen, wobei es Aufgabe der Bundesregierung sein wird, diesen Antrag im Rahmen ihrer Einflußmöglichkeiten zu unterstützen.

Nach drei Jahren der Inhaftierung und nachlässiger Behandlung ihres Falles durch die peruanischen Justizorgane, nach ihrer Verlegung in den Hochsicherheitstrakt unter behördlich angeordneter Trennung von ihrem Kind (wobei es den Behörden offensichtlich egal war, ob und wo Frau Hehr ihr Kind unterbringen konnte) und nachdem nun noch Verdacht von Gebärmutterkrebs hinzugekommen ist, dessen zögerliche und falsche Behandlung zum Tode führen würde, ist das Maß voll und eine Entlassung aus der Untersuchungshaft unumgänglich. Frau Hehr muß die Möglichkeit haben, sich in Deutschland medizinisch behandeln zu lassen.

Rechtsanwalt Oehlert

Erklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen und demokratischer Rechtsanwälte

Wir wenden uns an die nationale und internationale öffentliche Meinung, um die vorgefallenen Ereignisse vom Donnerstag, den 19. Juni dieses Jahres sowie um das Manöver der apristischen Regierung bezüglich der Informationsbehinderung der Presse sowie des Verbotes des „Diario de Marka" aufzuklären.

1. Am genannten Tag wurden die politischen Gefangenen des „Frontón" von der peruanischen Marine und dem Heer bombardiert. Gemäß der Zählung während des letzten Besuches der Insel des „Frontón" wurde festgestellt, daß die Anzahl der Häftlinge 450 Personen betrug; die Bombardierung mit Napalm, welcher heldenhafter Widerstand entgegengesetzt wurde, überlebten nur 17 Personen.
2. Die politischen Gefangenen von Lurigancho wurden ebenfalls durch das Heer und durch die Luftwehr bombardiert. Bei diesem Massaker starben ca. 200 Personen.
3. Auf die gleiche Art und Weise wie in den anderen Gefängnissen starben 50 weibliche Häftlinge, ohne die Kinder zu zählen, die sich bei ihren Müttern im Frauengefängnis von Callao befanden.
4. Schätzungsweise starben mehr als 583 Personen, dazu die Kinder und Angehörigen, welche Opfer des Völkermordes wurden.

Wir deklarieren:

1. Die direkte Verantwortung für das Massaker tragen folgende Personen: Alán García, Alva Castro Luis, das Kabinett der apristischen Regierung und ihre führenden Persönlichkeiten.
2. Wir bezichtigen die Sozialdemokratie der Komplizenschaft. Desweiteren geben wir kund, daß sich Willy Brandt, ungerechtfertigt Nobelpreisträger für den Frieden, durch seine provokatorische Haltung mitverantwortlich für diesen Völkermord macht.
3. Wir wenden uns an die Menschenrechtsorganisationen und an andere demokratische Organisationen in aller Welt, damit ein Prozeß über die Schwere der letzten Ereignisse eingeleitet wird.

Das vergossene Blut wird nicht ungestraft bleiben, das Volk wird es rächen.

Juni 1986

Komitee der Angehörigen der politischen Gefangenen und Verschwundenen in Peru/Komitee der Demokratischen Rechtsanwälte in Peru

¡Adelante! Glückwunsch an die freigelassenen Internationalisten

Weitere Arbeitsbrigaden für Nicaragua

Nach der Entführung der acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadist/inn/en in Nicaragua und deren glückliche Freilassung entbrannte in der Solidaritätsbewegung die Diskussion über die Weiterführung der Arbeitsbrigadenkampagne für Nicaragua. Die Entführung unserer Companeros beschäftigte so auch das Bundestreffen der Nicaragua- und Mittelamerikakomitees in Nürnberg vom 6. bis 8. Juni. Das Spektrum der Positionen reichte dabei vom sofortigen Abbruch der Arbeitsbrigadenkampagne, weil die Sicherheit von niemanden mehr zu gewährleisten sei, über Weitermachen mit besserer Vorbereitung und gezielterer Öffentlichkeitsarbeit, bis hin zum „jetzt erst recht" und sogar dem Vorschlag, bewaffnete Arbeitsbrigaden zu bilden, um damit offensiv für die Notwendigkeit, sich in Nicaragua bewaffnet zu verteidigen, zu argumentieren. Das Ergebnis der Debatte war: Fortführung der unbewaffneten Arbeitsbrigaden — auch in gefährdeten Zonen, wie z.B. derzeit Nueva Guinea.

Die Mehrheit der Komiteevertreter/innen ist der Meinung, daß die Fortführung der Kampagne auch nach dieser ersten massiven und gezielten Entführung einer internationalen Arbeitsbrigade in Nicaragua politisch zu verantworten ist. Freilich, der Preis und der Aufwand erscheint manchmal allzu hoch. Die FSLN und das sandinistische Volksheer geben sich viel Mühe, um Internationalisten zu schützen. Und die Brigaden haben, legt mensch die Aussagen von FSLN-Verantwortlichen zugrunde, immer noch einen sehr hohen Stellenwert für die Frente. Nach wie vor wird wichtige praktische Arbeit geleistet, aber auch allein die Anwesenheit von Internationalisten (auch in politisch schwierigen Gegenden wie z.B. Nueva Guinea) zeigt die Verbundenheit mit der sandinistischen Revolution. Dieses sichtbare Zeichen der Solidarität ist auch gegenüber der nicaraguanischen Bevölkerung wichtig, die unter dem Druck und der Auszehrung des Krieges immer mehr Opfer zu bringen hat.

Ein Abbruch der Arbeitsbrigadenkampagne wäre unter diesen Voraussetzungen somit auch schon in gefährliche Nähe einer Entsolidarisierung gerückt. Deshalb ist der Beschluß für die Weiterführung eine mutige und richtige Entscheidung. Wichtig ist dabei auch eine gute und realistische Ausbildung der Arbeitsbrigadist/inn/en schon in der BRD — obschon dazu zu sagen ist, daß vor Entführung und Terror natürlich auch die beste Ausbildung nicht schützt. Die Entscheidung des Nürnberger Bundestreffens war eine klare Entscheidung zugunsten der bisherigen Konzeption der unbewaffneten Arbeitsbrigaden und für die Fortführung der bisherigen Projekte auch in gefährdeten Gebieten, wie Nueva Guinea, in Jacinto Baca, dem Ort der Entführung der acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadist/inn/en.



Westdeutsche Internationalisten vor der US-Botschaft am 22.5.86

Gründe und Verlauf der Entführung der acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadist/inn/en

Der Entscheidung, die Arbeitsbrigadenkampagne fortzuführen, liegt natürlich eine bestimmte Einschätzung über die Gründe, den Verlauf und den Ausgang der Entführung der acht bundesdeutschen Arbeitsbrigadist/inn/en zugrunde.

Die Frage ist ja auch die, ob die Sache unter dem Strich besehen für die Frente und die bundesdeutsche Solibewegung eher ein Rückschlag war und die Contra und der US-Imperialismus an politischem Boden gewonnen haben.

Sicher war die Entführung ein gezielter und vorbereiteter Schlag, um einerseits Internationalisten von weiterer Aufbauarbeit in Nicaragua abzuhalten, andererseits sollte damit die sandinistische Revolutionsregierung in die Defensive gedrängt werden. Auch erste Aussagen der FDN-Führer und der Entführten bestätigen dies. Um die Regierung in die Defensive zu bringen, verband die Contra weitgehende Forderungen mit der Freilassung, die allesamt auf eine gewaltige Aufwertung der Contra durch die Sandinisten und die Weltöffentlichkeit hinausgelaufen wären. So die Forderung, die Freilassung der Geiseln solle in Managua erfolgen unter freiem Abzug der Contra-Mörder, die Forderung nach einem „befreiten Gebiet", die alte Forderung nach direkten Verhandlungen zwischen Sandinisten und Contra usw.

Der Verlauf der Freilassungsverhandlungen zeigte dann, daß die Contra Stück für Stück ihre Forderungen zurücknehmen mußte und schließlich sogar kleinlaut beigeben mußte. Der Grund war letztlich natürlich der Druck der USA auf die Contra, die Freilassung vorzunehmen, da die ganze Sache aus dem Ruder zu laufen schien und auch die Debatte über die 100 Mio Dollar-Spritze für die Contra in den USA bevorstand. Anhand des Entführungsfalles waren wieder einmal die Verbindungs- und Unterstützungslinien für die Weltöffentlichkeit allzu deutlich geworden. So war denn auch die deutsche Bundesregierung gezwungen, einen „Krisenstab" zu bilden und sich direkt an die US-Regierung zu wenden. Dies mußte nun dem hintersten Bundesbürger klarmachen, wer den blutigen Krieg gegen das revolutionäre Nicaragua zu verantworten hat. Der Ausgang der 100 Mio Dollar Debatte als quasi offizielle und demokratisch legitimierte Kriegserklärung der USA an die Sandinisten und das nicaraguanische Volk unterstreicht dies nur noch.

Nichtsdestotrotz hatte die FSLN während der Entführung und mit zunehmender Dauer derselben eine schwierige Gratwanderung zu bestehen. Die Unmöglichkeit, sich auf die weitgehenden Contraforderungen einzulassen, die widersprüchliche Tatsache, nicht mit der Contra zu verhandeln und auch nicht die politische Souveränität an irgendwelche Unterhändler abzugeben, das Agieren und Hineinregieren des Krisenmanagers „Ben Wisch" und die internationale Weltöffentlichkeit, die jeden Schritt der Sandinisten beäugt, entfachten einen enormen Druck auf die verantwortlichen Revolutionäre. Notwendigerweise mußte dann, um die Freilassung zu erreichen, doch ein Stück der politischen Souveränität abgegeben werden, (z.B. an Wischnewski). Aber spätestens mit der Bekanntgabe des Ultimatums von Comandante Daniel Ortega an die Entführer und die Ankündigung, notfalls militärische Gewalt zur Befreiung der Geiseln anzuwenden (ansonsten gängige Praxis und eine Selbstverständlichkeit imperialistischer Staaten beim Vorgehen bei Geiseldramen, wird dies natürlich bei Nicaragua ganz anders gesehen), hatte die sandinistische Regierung die politische Initiative zurückgewonnen. Der US-Regierung wurde die Sache zu brenzlig, und sie gab schließlich den Befehl zur Freilassung.

Somit ist die Sache vom Verlauf und vom Ausgang her — die Contra und die USA haben keine wesentliche Forderung durchgedrückt — eher ein Plus für die sandinistische Regierung und ein Rückschlag für die Imperialisten und ihre Kettenhunde.

Unter diesen Voraussetzungen macht es politisch auch Sinn, mit dem Einverständnis der FSLN auch weiterhin Arbeitsbrigaden aus der BRD nach Nicaragua zu senden. Die nächste bundesdeutsche Arbeitsbrigade wird denn auch am 22. Juli nach Nicaragua fliegen, um die Arbeit der Entführten in Jacinto Baca fortzusetzen.

Ha, KB-Gruppe Nürnberg

Niedersachsenwahl:
Verlierende Gewinner und gewinnende Verlierer

Die Bonner Regierungskoalition ist bei der niedersächsischen Landtagswahl am 15. Juni noch einmal davongekommen. 78 CDU/FDP-Sitzen (CDU: 69, FDP:9) stehen 77 SPD/Grünen-Sitze gegenüber (SPD: 66, Grüne: 11). In Zahlen: Bei 4,3 Millionen abgegebenen Stimmen hätten 30.000 zusätzliche für die SPD genügt, um dieses Ergebnis umzudrehen.

Die Koalitionsparteien sind dennoch die Sieger dieser Wahl, obwohl sie über 200.000 Stimmen und 6,3 % gegenüber 1982 verloren haben und im Vergleich zur Bundestagswahl immer noch 2,2 % weniger erhielten. Aber sie behielten die knappe Mehrheit, können weiterregieren und bewahren ihre Mehrheit im Bundesrat. SPD und Grüne, obwohl Gewinner, sind die Wahlverlierer. Schuld an dieser Auswertungsoptik sind die Wahlvorhersagen, die in den letzten Vorwahlwochen immer deutlicher von einer Niederlage der christlich-liberalen Koalition ausgingen, insbesondere weil die FDP aus dem Landtag rauszufallen drohte. Erst wenige Tage vor der Wahl war die FDP wieder angestiegen (siehe Kasten mit den Vorhersagen). Diesen Wiedereinzug in den Landtag hat die FDP mit ziemlicher Sicherheit einem „Ehegattensplitting" der CDU zu verdanken, die kurz vor der Wahl ein vertrauliches Schreiben an ihre Mitglieder schickte, das aufforderte, ein Ehepartner sollte CDU, der andere FDP wählen.

Die CDU-Verluste — die übrigens lange vor Tschernobyl prognostiziert wurden —, werden nach ersten Wahlanalysen auf schlechte Wählermobilisierung (80.000 Nichtwähler mehr, als bei früheren Wahlen) zurückgeführt. Sie sind mit Sicherheit Folge der Landwirtschaftspolitik und von Wahlboykottaufrufen der Bauern in einigen Regionen; Verlusten an die SPD (per Saldo 112.000 Stimmen, vermutlich nicht unerheblich wegen der Auseinandersetzung rund um den § 116); und der Leihstimmen an die FDP.

Die SPD verdankt ihre Stimmengewinne zudem noch dem alten sozialliberalen FDP-Potential (über 40.000
Die SPD verdankt ihre Stimmengewinne zudem noch dem alten sozialliberalen FDP-Potential (über 40.000
Stimmengewinne) Rückgewinnen von den Grünen (per Saldo 11.000 — 34.000 Rückwanderer, 23.000 frühere SPD-Wähler haben diesmal grün gewählt) sowie einer Steigerung bei den Neuwählern. Mit einem Stimmanteil von 35 % liegt die SPD jetzt bei den Jungwählern weit vor den Grünen, die von 25 auf 18,5 % zurückgingen.

Die Grünen verdanken ihre Steigerung um 30.000 Stimmen vor allem Neu- und Nichtwählern. Bezogen auf frühere Protestwähler von anderen Parteien haben sie verloren: 11.000 an die SPD, 7.000 an die CDU (von der CDU kamen 24.000 Stimmen, 31.000 Grünwähler von 1982 gingen zur CDU zurück). Ihre besten Ergebnisse hatten die Grünen bei der „Intelligenz" in Groß- bzw. Uni-Städten: Göttingen 19,4 %, Oldenburg: 14,6 %, Lüneburg: 10,3 %.
(Zahlen nach „Basisresearch")

Kein radikaler Anti-Atomschub

Im Auftrag der Landesregierung hat das Institut „Basisresearch" die Bedeutung der Atompolitik für die Landespolitik erfragt. Der Ausstieg aus der Atomenergie war vor Tschernobyl nur 1 % der Bevölkerung wichtig, danach 12 %. Auf die Parteien verteilt stieg das Interesse bei CDU-Wählern von 1 auf 7 %, bei SPD-Wählern von 2 auf 16 % und bei Grünen-Wählern von 3 auf 22 %.

Auf die Frage, wer diese Forderung am besten realisieren könnte, antworteten immerhin 18 % die CDU, 33 % die SPD, 12 % SPD und Grüne zusammen sowie 16 % die Grünen. Die Umfrage wurde nach dem großen Tschernobyl-Schock veranstaltet und verdeutlicht, daß nur bei einem schmalen Spektrum radikale Lösungen gefragt sind.

Die SPD konnte mit dieser Situation gut umgehen. Ihr sanfter „Umstieg" in andere Energien fand seine Entsprechung in unkonkreten, durchaus auch widersprüchlichen Wahlaussagen. Auf Landesebene wurde die Stillegung von Stade als möglich nach einer Sicherheitsüberprüfung angekündigt. Eine klare Aussage zur Inbetriebnahme von Lingen II wurde vermieden. Als im Bundestag der grüne Antrag, nach Tschernobyl keine weiteren AKWs ans
Bundestag der grüne Antrag, nach Tschernobyl keine weiteren AKWs ans
Netz gehen zu lassen und keine neuen zu bauen, abgestimmt wurde, stimmten 23 der 26 niedersächsischen SPD-Abgeordneten dagegen, einer dafür, eine Enthaltung, Schröder war abwesend, vermutlich auf dem Klo. Im Wahlkampf verwies er darauf, immer schon Gegner des „unkritischen Ausbaus der Atomenergie" gewesen zu sein. Sein Plädoyer „für die Vernunft" lautete: „Dieser Umstieg ... muß Schritt für Schritt erfolgen, in einem Prozeß ohne ökonomische Brüche" (Anzeige in der Hann.Allg.Zeitung, 16.5.). Möglicherweise haben die SPD-Wenden in Stade und Lüchow-Dannenberg das dortige schlechtere Abschneiden der Grünen begünstigt. In Stade sackten sie von 7,8 auf 6,9 %, in Lüchow-Dannenberg von 14,1 auf 11,2 %. Die Stader SPD war vor Tschernobyl für ein zweites AKW, danach für die Stillegung des Schrottreaktors. Die Lüchow-Dannenberger waren auf einmal entgegen dem SPD-Landesprogramm gegen die Gorlebener Konditionierungsanlage und das Endlager.

Die Grünen taten sich dagegen mit der radikalen Abschaltforderung schwer, insbesondere, wenn sie Bestandteil von Aktionen sein sollte. Die Diskussion in Landesvorstand und alter Landtagsfraktion um die Brokdorf-Demo schwankte zwischen Abblasen (vor der Wahl nicht opportun), Raushalten und Unterstützen. Der zuvor von den Hamburger und Schleswig-Holsteiner Grünen mit erarbeitete zentrale Brokdorf-Aufruf wurde nach Streit mit 15 gegen 8 Stimmen auch von den niedersächsischen Grünen unterzeichnet. Vor der Wahl.

S. und hr.

Ergebnis der Landtagswahlen in Niedersachsen vom 15. Juni 1986

	Stimmen	in %	Differenz 1986 - 1982 in Stimmen	in %
CDU	1.904.149	44,3	—213.988	—6,4
SPD	1.807.776	42,1	+281.430	+5,6
Grüne	303.632	7,1	+ 30.294	+0,6
FDP	258.055	6,0	+ 11.096	+0,1
Bürgerpartei	198	0,0	+ 198	0,0
DKP	5.694	0,1	— 5.858	—0,2
Deutsche Solidarität	40	0,0	+ 40	0,0
Die Weißen	3.858	0,1	+ 3.858	+0,1
JV	17	0,0	+ 17	0,0
Patrioten	11.287	0,3	+ 11.287	+0,3
Einzelbewerber	164	0,0	+ 45	0,0
Sonstige			— 2.059	0,0



Auweia, fast wär's mit den Grünen ins Auge gegangen

Wahlvorhersagen

(Der Unfall von Tschernobyl wurde am 29.4.86 bekannt.)

28.-30.4. (Infratest): CDU 44 — FDP 3 — SPD 44 — Grüne 8
30.4.-13.5. (Forsa): CDU 45 — FDP 4,5 — SPD 42,5 — Grüne 7
22.4.-16.5. (Basisresearch): CDU 47,5 — FDP 3,3 — SPD 40,7 — Grüne 8
15.-22.5. (Forsa): CDU 44 — FDP 4 — SPD 45 — Grüne 6
20.-24.5. (Infas): CDU 44 — FDP 4 — SPD 43 — Grüne 8
28.5.-2.6. (Emnid): CDU 45 — FDP 6 — SPD 38 — Grüne 10
Bis zum 4.6. (Forsa): CDU 44 — FDP 4,5 — SPD 44 — Grüne 7
3.-5.6. (Emnid): CDU 47 — FDP 6 — SPD 38 — Grüne 8

Zahlensalat

Zahlensalat

CDU und FDP zusammen erhielten 2.162.249 Stimmen — 202.892 weniger, als bei der Landtagswahl 1982.
SPD und Grüne erhielten 2.111.395 Stimmen — 311.724 mehr, als 1982.
Stimmendifferenz zwischen den beiden Blöcken: 50.854.
CDU/FDP erhielten 1986 50,3 % (1982: 56,6 %, Bundestagswahl 1983: 52,5 %).
SPD/Grüne 1986: 49,2 % (1982: 43 %; 1983: 47 %).
Prozentdifferenz: von 13,6 % 1982 auf 1,1 % 1986; gegenüber der Bundestagswahl hat sich der Abstand immer noch um 2,2 % zugunsten von rot-grün verringert.

Die DKP hat mit 5.694 Stimmen (0,1 %) mal wieder nicht ihre Mitgliederzahl erreicht, ist dennoch nach Selbsteinschätzung gestärkt für die Kommunalwahlen am 5. Oktober aus der Landtagswahl hervorgegangen. Ihre besten Ergebnisse: Stadt Oldenburg 324 Stimmen/0,6 % (1982: 1.230/1,6) und Wahlkreis Nordhorn 218/0,4 (1982: 359/0,6) sowie Rotenburg 72/0,4 (123/0,4).

Hinter den „Patrioten für Deutschland" verbirgt sich die rechtsradikale EAP. Mit 11.287 Stimmen (0,3 %) erhielt sie etwa so viel Stimmen wie zuletzt die NPD. Diese hatte nicht kandidiert, die FAP-Faschisten brachten nicht die nötigen Stimmen für die Kandidatur auf.

Der rechte Splitter „Die Weißen" (3.858/0,1) ist eine Neugründung des ehemaligen Mitbegründers der niedersächsischen Grünen, Beddermann (vergl. AK 266, S. 2).

Anti-AKW-Bundestreffen:
Sonderzug nach Hanau

Sonnenenergie gab es überreichlich, als sich am 28. und 29. Juni 300 bis 400 AKW-Gegner in Frankfurt versammelten, um zu beraten, wohin nach Tschernobyl die Reise gehen soll. Der Tagungsort veranschaulichte den Teilnehmern eindrucksvoll sozialdemokratische Hessen-Tradition: Die Konferenz mußte sich in der Fachhochschule der Betonfestung „Nordwestzentrum" (Bauherr: Neue Heimat) zusammenfinden, nachdem die Universitätsleitung die Räume verweigert hatte. Solche billigen Schikanen konnten freilich ebenso kampferfahrene wie leiderprobte Bewegungsaktivisten nicht daran hindern, zu tagen und weitsichtige Beschlüsse zu fassen.

Vom fortschrittlich-entschlossenen Flügel der antiatomaren Volksmassen waren eigentlich alle vertreten. Unter vielen anderen die Wackersdorfer, das Wendlandplenum, die BUU Hamburg, die BBA Bremen, die Leute von „Radi Aktiv" und „atom" (der ARBEITERKAMPF auch, logo), die BI Hanau, der AKU Wiesbaden, Startbahn BIs, der BUND Hessen, nicht zu vergessen die unermüdlich Erfrischungen heranschleppenden Ausrichter des Frankfurter AK gegen Atomanlagen. Auffällig war das engagierte Eingreifen von BUF-Mitgliedern (Bundeskonferenz Unabhängiger Friedensgruppen) in die Diskussion, während maßgebliche Grüne nicht gesichtet werden konnten. Was noch auffiel: Die flotten 77er von Brokdorf, Grohnde, Malville und Kalkar stellten keineswegs das Gros der Teilnehmer; da hat inzwischen eine Verjüngung stattgefunden. Praktisch ganz fehlten jedoch Leute aus der unüberschaubaren Vielzahl von Stadtteil-, Ärzte- und Elterninitiativen etc., die nach dem Super-GAU in der Ukraine überall wie Pilze aus dem Boden geschossen sind.

Im Bewußtsein dieses Mangels entschlossen sich die Versammelten gleichwohl, mit ihrem Erfahrungsschatz nicht hinterm Berg zu halten, sondern orientierende politische Vorschläge zu erarbeiten. Dieser Versuch verlief alles andere als konfliktfrei, zeitweise sah es nicht so aus, als ob die Vereinheitlichung der außerparlamentarischen Gruppen ausreichend wäre.Strittig waren die Dauerbrenner „zentral oder dezentral", Massendemos oder „jeder muß bei sich selbst anfangen" und natürlich der Volksentscheid.

Dennoch überwogen die Gemeinsamkeiten in drei zentralen Fragen: 1. Keine parlamentarischen Illusionen, die Bewegung muß eigenständig sein und darf sich nicht an die Grünen ankoppeln. 2. Die Gewaltdebatte war
die Bewegung muß eigenständig sein und darf sich nicht an die Grünen ankoppeln. 2. Die Gewaltdebatte war
kein Grundsatzstreit. Man sei weder dogmatisch gewaltfrei, noch dogmatisch militant, wie es ein Startbahngegner formulierte. 3. Anders als früher in der Anti-AKW-Bewegung herrschte die Erkenntnis vor über den eigentlichen militärischen Hintergrund des Atomprogramms, die internationale Verflechtung des Brennstoffkreislaufs, vor allem über die illegale, rein imperialistische Ausbeutung von Uran aus Namibia. Auf dieser Grundlage fand die von Lüneburger „atom"-Mitgliedern eingebrachte Idee einer Großaktion im hessischen Hanau schließlich einhellige Zustimmung. Zusätzlich zur Erläuterung der politischen und militärischen Bedeutung Hanaus im Lüneburger Papier (siehe nebenstehend) wurde noch als besonderer Aspekt darauf verwiesen, daß über Hanauer Exporte den südafrikanischen Rassisten der Griff zur Atombombe möglich gemacht worden ist. In Hanau wird zudem sinnfällig deutlich, daß der Ausstieg aus den Atomanlagen nicht ohne die einseitige Abrüstung zu haben ist und letztere nicht ohne den Austritt aus der NATO. Damit ist auch exakt beschrieben, welche Bedeutung mittel- bis langfristige „Ausstiegs"-Szenarien einer rot-grünen Landesregierung in der Realität haben.

Praktisch einstimmig wurde am Ende der Konferenz das folgende Gesamtpaket verabschiedet:

▶ Die Konferenz ruft dazu auf, am Tag der **Inbetriebnahme des AKW Brokdorf (Tag X) einen Widerstandstag** durchzuführen und **am darauffolgenden Samstag bundesweit Aktionen in Städten und an Standorten**. „Brokdorf darf nie ans Netz!"

▶ Die Konferenz unterstützt die für September geplanten **Aktionen gegen den Schrottreaktor von Stade**; sie unterstützt die **Münchener Anti-WAA-Demo am 4. Oktober** und die geplante **Wackersdorf-Blockade vom 13. bis 15. Oktober** vor den bayerischen Landtagswahlen.

▶ Höhepunkt der Herbstaktionen soll die **Großaktion in Hanau am 8. November** sein.

▶ Die geplante Anti-AKW-Bundeskonferenz wird vom 28. bis 30. November stattfinden und u.a. die Herbstaktionen auswerten.

Befürchtungen, daß die Mobilisierung nach Hanau mit der Großaktion der Friedensbewegung am 11. Oktober gegen die Stationierung der Cruise Missiles im Hunsrück kollidieren könnte, wurden gründlich diskutiert. Die Lösung des Problems wurde darin gesehen, daß die beiden Bewegungen die historische Chance wahrnehmen, ihr bisher weitgehend beziehungsloses Nebeneinander zu beenden. Dazu ist eigentlich nur erforderlich, daß die Friedensbewegung registriert, woher das Plutonium kommt, und die Anti-AKW-Bewegung, wohin es geht. Dann können beide Aktionen — die ja vier Wochen auseinanderliegen — als ge-
AKW-Bewegung, wohin es geht. Dann können beide Aktionen — die ja vier Wochen auseinanderliegen — als ge-
meinsames Anliegen begriffen und zum gemeinsamen Erfolg gebracht werden.

Diese Konferenz hat ihren Teil dazu beigetragen.

th./de.

Herbst 1986: Großaktion in Hanau?

Diskussionspapier von Mitgliedern der ATOM-Redaktion

1. Der 7. Juni war alles andere als ein „schwarzer Tag" für die Anti-AKW-Bewegung, wie die taz sogleich behauptete.

Immerhin sind an diesem Tag in Brokdorf, Wackersdorf, Hamm, München und Würzburg gut 150.000 gegen das Atomprogramm auf die Straßen gegangen — mehr als jemals zuvor in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung.

Es ist zwar unbestreitbar, daß durch Tschernobyl wesentlich mehr Menschen die Atomenergienutzung lieber heute als morgen abgeschafft sehen wollen. Andererseits ist es alles andere als selbstverständlich, und insofern ein großer Erfolg, daß t r o t z des bayerischen Demoverbots ca. 40.000 Menschen am Bauzaun in Wackersdorf ihr Demonstrationsrecht durchgesetzt haben und daß t r o t z Inbetriebnahmestopp in Brokdorf, Medienhetze im Vorfeld, relativ unklaren Strukturen und kurzer Mobilisierungszeit 80.000 in die Wilster Marsch gekommen sind.

Am 7.6. war der entschlossene Teil der AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegner auf den Straßen und an den Bauplätzen.

Die Einsatztaktik der staatlichen Bürgerkriegstruppen hatte sich insbesondere in Brokdorf und am 8.6.86 in Hamburg nicht auf die Autonomen, sondern auf das Gesamtspektrum dieser entschlosseneren AKW-Gegner-Szene konzentriert. Der Terror sollte abschrecken, einschüchtern und der Anti-AKW-Bewegung den Gedanken an weitere Großaktionen an AKW-Bauplätzen austreiben. Wie der Kalkar-Schock bei der alten Anti-AKW-Bewegung soll heute der Giftgas-Schock für die neu entstandene Anti-AKW-Bewegung Resignation und Ver-
Bewegung soll heute der Giftgas-Schock für die neu entstandene Anti-AKW-Bewegung Resignation und Ver-
einzelung zur Folge haben. Jenseits der Notwendigkeit dezentraler, direkter Aktionen (etwa einer einwöchigen Blockade gegen das AKW Stade im Stil der Wendlandblockaden von 1984, weitere regionale Demos an AKW-Standorten etc.pp.) sollten wir den Herrschenden auf gar keinen Fall den Gefallen tun und uns nunmehr von zentralen Großaktionen an AKW-Standorten abwenden.

2. Eine Großaktion der Anti-AKW-Bewegung im Herbst sollte so angelegt sein, daß sie nicht nur für den „entschlosseneren" Teil, sondern auch für alle seit Tschernobyl neu hinzugekommenen AKW-Gegnerinnen und AKW-Gegner ein attraktives Aktionsziel darstellt. Sie sollte sich von den Großdemos der Friedensbewegung insofern unterscheiden, als sie in Aufruf und Charakter der Kundgebung radikale Inhalte zum Ausdruck bringt: Kampf gegen den Atomstaat und die Kriminalisierung der AKW-Gegner/innen. Kampf gegen zivile und militärische Atomenergienutzung durch die Bundesregierung. Absage an jegliche Distanzierungsansätze innerhalb der Bewegung, d.h. Verzicht auf das dogmatische Bekenntnis zur „Gewaltfreiheit". Keine Parteienredner usw.usf. Ein positives Beispiel für eine fortschrittliche radikale Großaktion der Anti-AKW-Bewegung war u.E. die München-Demo im Oktober 1985. Es war sehr deutlich, daß trotz eines pluralistisch zusammengesetzten Bündnisses die Anti-AKW-Bewegung sich dort im Rahmen des Demo-Trägerkreises die Initiative niemals aus der Hand hat nehmen lassen.

Es ist u.E. wichtig, daß nach Tschernobyl die weitere Initiative nicht den mehr staatstragenden Verbänden wie dem BN, dem BBU oder den Grünen überlassen wird. Sondern es sollte das Ziel der „alten" und z.T. wiederbelebten Anti-AKW-Bewegung mit ihren vielfältigen Erfahrungen sein, die unzähligen und weitverzweigten Anti-AKW-Proteste nach Tschernobyl für eine zentrale Großaktion zu bündeln, die den Widerstand radikalisiert anstatt ihn abzuschwächen. Es liegen ja hinsichtlich der Erstellung von Mobilisierungs-Broschüren, Umgang mit potentiellen Demoverboten, Durchführung wirklich attraktiver Kundgebungen mit gutem Kulturprogramm, phantasievollen Mobilisierungsaktivitäten etc.pp. genügend Erfahrungen vor.

3. Hanau bietet sich als Kundgebungsort einer zentralen Großaktion aus verschiedenen Gründen an:

Zum einen ist Hanau tatsächlich das Produktionszentrum der BRD-Atomwirtschaft: RBU beliefert alle Leichtwasser-Reaktoren mit Brennelementen, HOBEG beliefert den Hochtemperaturreaktor in Hamm, ALKEM produziert die plutoniumhaltigen MOX-Brennelemente und beliefert den Schnellen Brüter in Kalkar.

Zum anderen ist Hanau mehr als jeder andere AKW-Standort das „Los Alamos" der Bundesregierung. Bereits heute gibt es nirgendwo in der Welt in einem sog. Nicht-Atomwaffenstaat einen Standort, wo derartig viele Atombombenrohstoffe (hochangereichertes Uran, Plutonium) konzentriert sind.
nen Standort, wo derartig viele Atombombenrohstoffe (hochangereichertes Uran, Plutonium) konzentriert sind.
Der z.Zt. betriebene Ausbau der NUKEM schließt die Genehmigung für den Umgang mit 6 Tonnen hochangereichertem Uran (bis 1,8 to) ein. Nach wie vor hält die Bundesregierung daran fest, die Plutoniumfabrik der ALKEM von 460 kg auf 6,7 to aufzustocken. Hanau steht darüberhinaus für eine besonders gefährliche Variante des Atomstaats: im Bunker der ALKEM versteckt die Bundesregierung unter strengster Geheimhaltung ihre Plutoniumvorräte. Hier tummelt sich der Filz aus staatlicher und industrieller Atommafia besonders unkontrolliert — maßgeblich getragen von einer SPD-Clique, die über beide Ohren im Plutoniumfilz drinnenhängt. Hanau verfügt viertens über eine außergewöhnlich aktive und erfahrene örtliche Bürgerinitiative und liegt zudem zentral inmitten der Bundesrepublik.

4. Aufgrund seiner besonderen Situation wäre Hanau ein optimaler Anlaufpunkt für die Anti-AKW-Bewegung u n d den Teilen der Friedensbewegung, die sich derartigen Großaktionen anschließen wollen.

Die AKW-Gegner/innen wurden von der Friedensbewegung, als diese Hochkonjunktur hatte, weitgehend ignoriert. Es besteht u.E. heute überhaupt kein Grund für eine ähnliche Arroganz unsererseits in Richtung Friedensbewegung. Es gibt eben nunmal keine Trennung von friedlicher und militärischer Atomenergienutzung; schon heute trägt die BRD-Atomtechnik dazu bei, die atomare Aufrüstung in Westeuropa (Stichwort: Superphenix) voranzutreiben. Hanau ist politisch und geographisch der optimale Standort für vielfältige Sternmärsche zum Kundgebungsplatz: Warum sollten neben Sternmärschen beispielsweise aus Wackersdorf und Hanau nicht auch Sternmärsche aus Mutlangen und dem Hunsrück nach Hanau organisiert werden können?



5. Es wäre gut, wenn noch vor der sommerlichen Totalermattung auf dem Aktionstreffen der Anti-AKW-Bewegung Ende Juni in Frankfurt der Beschluß für die Durchführung einer zentralen Großaktion gefaßt werden und mit den Vorbereitungen schon im Sommer begonnen werden könnte. Selbstverständlich dürfte die Vorbereitung dieser Großaktion niemals ausgespielt werden gegen regionale und lokale Aktivitäten.

Da ohnhin für November 1986 eine „richtige" Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung im Gespräch ist, könnten hier weitere Festlegungen beschlossen und ein Absacken nach einer Großaktion, etwa Ende Oktober, vermieden werden.

Mitglieder der Lüneburger ATOM-Redaktion



"Militärische und zivile Nutzung sind nicht zu trennen"

Interview mit Robert Jungk

AK: Kann es nach dem heutigen Wissensstand und menschlichem Ermessen überhaupt eine Energieerzeugung geben, die noch umweltzerstörender, noch gefährlicher und noch teurer wäre als die Atomenergie?

Robert Jungk: Niemand kann mögliche Zukunftsentwicklungen mit Sicherheit verneinen. Aber wahrscheinlich ist das kaum. Die sofortigen Zerstörungsmöglichkeiten der von der Spaltung freigesetzten Energien, vor allem aber ihre langfristige über Jahrhunderte und Jahrtausende anhaltenden lebensgefährdenden Wirkungen sind schwer zu übertreffen.

Du hast von der Lüge als zweiter Strahlung der Kernenergie gesprochen. Welches sind die Hauptlügen des Atomstaats?

Daß Atomenergie sicher sei, daß sie billig sei, daß sie hauptsächlich für friedliche Zwecke hergestellt wird.

Klaus Vack hat Dich den Biblis-Demonstranten als jemanden vorgestellt, der schon in den sechziger Jahren vor der friedlichen Nutzung der Kernenergie gewarnt habe. Was war das damals für eine Auseinandersetzung? Welche Informationen lagen Dir vor?

Ich habe mich seit Beginn der fünfziger Jahre mit der Geschichte der Atombombe befaßt und das Buch „Heller als tausend Sonnen" (1955) geschrieben. Danach bin ich nach Hiroshima gereist und habe nach langen Recherchen, bei denen mir mein Freund Carl Ogura behilflich war, das Schicksal der Atombombenopfer geschildert. Wie viele Menschen habe ich zunächst geglaubt, daß man die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie voneinander trennen könne. Erst nach einer Vorlesung des Nobelpreisträgers Muller (Biologe) auf der internationalen Konferenz „Atome für den Frieden" in Genf habe ich begriffen, wie gefährlich schon die zivile Nutzung der Atomspaltung sein kann. Eine Begegnung mit dem schwedischen Nuklearphysiker Hannes Alfvén hat mir dann die Augen geöffnet, daß die Entwicklung der zivilen „Kernkraft" vor allem als Tarnung für die Entwicklung von Atombomben betrieben wurde (und wird).

Wie beurteilst Du aus heutiger Sicht den Göttinger Appell? Das Godesberger Programm der SPD?

Der Göttinger Appell war damals deshalb wichtig, weil er die Autorität deutscher Wissenschaftler der Autorität der Regierungen (Adenauer) entgegenstellte und deren Nichtwissenheit bloßstellte. Das Godesberger Programm war ein leider sehr folgenreicher Versuch der SPD, unter weitgehender Aufgabe sozialistischer Ziele sich dem kapitalisitsch dominierten Parlamentarismus anzubieten.

Die militärische Option, der Griff zur Bombe, den die Atomtechnik ermöglicht — geht es dabei „nur" um die objektiv vorhandene Gefahr eines Mißbrauchs? Oder steuern einige der Atombefürworter auch subjektiv darauf hin? Verfolgt Strauß mit der WAA sein altes Ziel, einen Finger an den Knopf zu bekommen?

Ich bin der Ansicht, daß Strauß und seine Kumpanen ganz bewußt auf die eigenen Bombe hinsteuern. Vordergründig nicht um sie einzusetzen, aber um sie als Drohung und Erpressung benutzen zu können. Wenn die Deutschen — zuerst mit den Franzosen dann nach einem Bündniszwist, den man immer inszenieren kann — eine eigene nukleare Kapazität besitzen, können sie die ganze Ostpolitik in Bewegung bringen und versuchen, sich wiederzuholen, was im Hitlerkrieg verloren ging, vielleicht sogar den „Zug in den Osten" wieder aufzunehmen.

Wie konnte dann diese Absicht in dreizehn Jahren sozialliberaler Entspannungspolitik so vollständig ignoriert werden? Warum wurde es überhaupt nicht problematisiert? Warum spielt diese Frage auch heute noch, sogar in den oppositionellen Bewegungen und bei den Grünen eine eher untergeordnete Rolle?

Da gibt es scheinbar ein Tabu. Ich habe so etwas schon einmal erlebt. Als 1942 und 43 die ersten Nachrichten über die Vergasungen durchsickerten, wollte darüber auch niemand sprechen, weil diese Informationen zu schrecklich, zu „wahnsinnig" waren, als daß man sich offen mit ihnen beschäftigen wollte. Dieses Ausweichen vor der schrecklichen Wahrheit wiederholt sich heute. Wir müssen dieses Schweigen durchbrechen auf die Gefahr hin, als „Alarmisten" verketzert zu werden. Aber vor solcher Verketzerung haben die meisten Angst. Nur respektabel bleiben, auch wenn das in die Katastrophe führt.

Wie sieht vor diesem Hintergrund emanzipatorische Politik aus?

Aufklären, kritisch die Tendenzen begleiten, sich nicht einschüchtern zu lassen. Aber das genügt nicht. Es sollten außerdem neue gesellschafliche Erfindungen und Zukunftskonzepte entwickelt und angeboten werden. Der Mensch braucht Hoffnung und Perspektive. Kritik ist nur eine — allerdings zunächst die wichtigste — Aufgabe, die sich uns stellt.

Die „FR" brachte neulich das Einstein-Zitat, wonach die Kernspaltung alles verändert habe, nur nicht das Denken der Menschen. Es ist sicher über dreißig Jahre alt und scheint doch nach wie vor den Nagel auf den Kopf zu treffen, trotz der beachtlichen Anti-Atom-Proteste. Welches sind Deiner Meinung nach die kapitalen Denkfehler? Zuviel oder zuwenig Wissenschaft oder ein falsches Wissenschaftsverständnis? Zuviel oder zuwenig oder eine falsche Ethik? Zuviel oder zuwenig Freiheit oder ein falscher Begriff davon? Oder was eigentlich? Worüber müßte gründlicher nachgedacht werden: Über den Energiesatz? Die Bibel? Das kommunistische Manifest? Die Ökologie? Die Relativitätstheorie?

Ich kann da keine Rezepte geben. Ich meine in der Tat, daß wir radikale Denk- und daraus resultierende Haltungsveränderungen brauchen. Wissenschaft wie wir sie bisher kennen, ist zu eng, läßt psychologische Kriterien zum Beispiel weitgehend aus. Vor allem hat sich die Wissenschaft in zahllose Fächer und Unterfächer gespalten, die Zusammenhänge verloren. Die Wiederzusammenführung des Getrennten, die Erziehung von „Generalisten" als Gegengewicht zu den Spezialisten, das nie endende Nachdenken über die Folgen von Tun und Denken, die Bewußtmachung von Abhängigkeiten (auch auf der Linken), die Belebung sozialer und politischer Phantasie — das sind einige Vorschläge. Mehr darüber ein anderes Mal.

Der Friedens- und Zukunftsforscher Robert Jungk wurde 1913 in Berlin geboren. 1933 emigrierte er nach Frankreich und beteiligte sich dort und später auch im republikanischen Spanien an der Herstellung von Dokumentarfilmen. Von 1940-45 publizierte er in der Schweizer „Weltwoche". Er verfaßte u.a. „Die Zukunft hat schon begonnen" und „Heller als tausend Sonnen" (in den fünfziger Jahren) und „Der Atomstaat". Robert Jungk lebt heute in Salzburg.



Trotz Demoverbot: 50.000 am Bauzaun in Wackersdorf

„Auf Ehre und Gerechtigkeit'' versicherte Innenminister Hillermeier seinem Ministerpräsidenten F.J. Strauß, von einer Austrittswelle bei der bayrischen Polizei lasse sich nicht sprechen. (SZ 18.6.86) Hintergrund: Etwa 100 Polizeibeamte hatten nach den harten Auseinandersetzungen in Wackersdorf den Dienst quittiert, weil sie sich nicht verheizen lassen wollen. (Mittelbayr. Ztg., 16.6.86) Wenige Tage vor der Demonstration wurde der Polizeichef für Niederbayern/Oberpfalz, Friker, abgesetzt, weil er die offensive Polizeitaktik nur halbherzig in die Praxis umgesetzt habe. Obwohl die Demonstration verboten war, sind wieder 50.000 an den Bauzaun gekommen, um gegen die WAA zu demonstrieren. Angesichts der massiven Polizeieinsätze zu Pfingsten, der Androhung des Schußwaffengebrauchs und des Demonstrationsverbots kann man dies nicht hoch genug bewerten.

Das Landshuter Bürgerforum hatte für den 7.6. eine Demonstration am Rot-Kreuz-Platz (ca. 500 m vom Bauzaun entfernt) angemeldet. Am 28.5. wurde diese Demonstration vom Schwandorfer

Kreuz-Platz (ca. 500 m vom Bauzaun entfernt) angemeldet. Am 28.5. wurde diese Demonstration vom Schwandorfer

Landratsamt verboten.
Die Begründung:
— „Es sei nämlich zu erwarten, daß es auch bei dem von der Versammlungsbehörde angenommenen friedlichen Gesamtcharakter der geplanten Veranstaltung erfahrungsgemäß durch unfriedliche Minderheiten ... mit großer Wahrscheinlichkeit zu erheblichen strafbaren Handlungen und gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen werde.''
— Wegen der geparkten Autos auf der Landstraße könnten die Löschfahrzeuge im Falle eines Waldbrandes nicht durchkommen. Deshalb könne „ein wirksamer Brandschutz bei Demonstration im Wald nicht aufrecht erhalten werden.'' (aus der Verbotsbegründung)

Dieses Demoverbot schien die BIs nicht sonderlich aufzuregen, glaubten sie doch, das Verwaltungsgericht werde das Verbot wieder aufheben, da
— nach dem Brokdorf-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes eine voraussichtlich friedlich verlaufende Demonstration nicht verboten werden darf, auch dann nicht, wenn zu erwarten ist, daß eine Minderheit der Demonstranten sich nicht friedlich verhält;
— die angeführte Brandgefahr nur vorgeschoben sein kann, wie der Rechtsanwalt des Bürgerforums erklärte, da schon „die vielen Wasserwerfer der Polizei zur Bekämpfung eines eventuell ausbrechenden Feuers bereitstünden.'' (SZ, 6.6.86) Der Optimismus der Bürgerinitiativen war fehl am Platz: Sowohl das Verwaltungsgericht Regensburg als auch der bayerische Verwaltungsgerichtshof in München bestätigten das Demonstrationsverbot. Auch die Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht blieb erfolglos, da der am Samstag morgen (7.6.) zusammengeholte Notsenat mangels Akteneinsicht nicht mehr entscheiden konnte.

Die Mobilisierung zur Demo von Seiten der BIs lief schwach bis gar nicht. Die BI Schwandorf hatte für den 7.6. sogar zum Umwelttag nach Würzburg mobilisiert! Trotz Demonstrationsverbot und alledem kamen ca. 50.000 in den Taxölderner Forst. Völlig überraschend war es möglich, ungehindert bis zum Ortseingang von Wackersdorf zu fahren. Dort wurden — wie auf allen anderen Zufahrtswegen zum Bauzaun — alle Fahrzeuge durchsucht. Nach der Kontrolle konnten alle weiterfahren bis zur Teerstraße, ca. zwei Kilometer vom Zaun entfernt. Nach einer zweiten, strengeren Kontrolle ging's dann zu Fuß weiter bis zum Bauzaun. Dort war die von Strauß geforderte „offensive Strategie'' der Polizei unübersehbar: Überall im Wald, im dichten Unterholz standen Gruppen von 30 bis 50 Polizisten, insgesamt mehrere Hundertschaften. Von weitem sahen sie mit ihren weißen Helmen wie Pilze aus, sie waren allerdings so harmlos nicht.

Insgesamt waren 3.300 Polizisten im Einsatz. Sie sollten offensichtlich Stärke demonstrieren und operierten deshalb nicht innerhalb, sondern außerhalb des Zauns. Die Demonstranten waren angesichts dieses „Aufgebots'' ziemlich eingeschüchtert, am Zaun war kaum was los. Das hinderte die Polizeiführung jedoch nicht, hart „durchzugreifen''. Verglichen mit Pfingsten und dem allsonntäglichen Einsatz wurden nur relativ wenig Wasserwerfer und Gasgranaten eingesetzt, aber es gab wahre Knüppelorgien. Völlig unvermittelt rannten Prügel-

wenig Wasserwerfer und Gasgranaten eingesetzt, aber es gab wahre Knüppelorgien. Völlig unvermittelt rannten Prügel-

trupps auf die Menschenmenge zu, droschen wahllos rein, ebenso wahllos griffen sie sich Einzelne heraus und nahmen sie fest, sofern diese nicht von den Demonstranten wieder befreit wurden. Die Kritik, Pfingsten seien zu wenige festgenommen worden, hat wohl gewirkt. Diesmal wurden 48 Menschen festgenommen.

Nach Angaben des Infobüros „Freies Wackerland'' gab es ca. 200 Verletzte, darunter mindestens 20 Platzwunden durch Knüppelschläge, vor allem am Kopf, ein Demonstrant hat einen Schädelbruch erlitten. Einem Mann wurden zwei Finger weggerissen, als er eine Granate, die in die Menge geworfen worden war, dem Absender zurückgeben wollte. Es muß sich dabei um eine Blendschockgranate gehandelt haben, die vier Sekunden am Boden liegt, ehe sie explodiert. Die Polizei hat inzwischen den Einsatz solcher Geschosse dementiert. Es ist auch wahrscheinlich, daß diese Granate nicht von der Polizei selbst stammt — in Wackersdorf waren auch 36 GSG 9-Angehörige im Einsatz (FR, 9.6.86), zu deren Arsenal auch Blendschockgranaten gehören, deren Einsatz in Mogadischu bekannt ist. Daß es sich um eine Blendschockgranate handelte, ist wahrscheinlich. Dem SPD-Abgeordneten Zierer liegen Teile des explodierten Gegenstandes vor: ein metallic-roter Zündereinsatz mit einer Schraubvorrichtung und einem Aufkleber mit der Ziffer „15'' („Der neue Tag'', 11.6.86).

Ablösung des Polizeichefs

Am 7.6. war der Stellvertretende Polizeichef Hartmann für die Einsatzleitung zuständig, der gleiche, der auch für den Einsatz am Pfingstmontag verantwortlich war (Hubschrauberangriff). Der Polizeipräsident von Niederbayern und der Oberpfalz, Friker, wurde zwei Tage vor der Demonstration — zunächst ohne Begründung — abgelöst. Zwar meinte der Schwandorfer CSU-Landtagsabgeordnete Manfred Humbs: „Man kann leichter ein eingeseiftes Schwein am Schwanz festhalten, als einen Lebenszeitbeamten aus seiner Stellung bringen.'' (SZ, 6.6.86) Aber für Strauß war es kein Problem, hatte er doch schon im September 1980 auf einer CSU-Wahlkundgebung in München (Strauß war damals Kanzlerkandidat) kurzerhand den Einsatzleiter abgesetzt, als dieser seiner Meinung nach nicht hart genug gegen Demonstranten vorging.

Auch jetzt hat er die Ablösung Frikers im Nachhinein ähnlich begründet: Dieser habe die offensive Polizeitaktik nur halbherzig durchgeführt (immerhin ist Friker für die CS-Gaspremiere beim Ostermarsch und die massiven Gaseinsätze jeden Sonntag verantwortlich), er habe die Hüttendörfer im Winter wochenlang geduldet. Weiter nannte Strauß den ungenügenden Schutz für massiv gestörte CSU-Veranstaltungen in der Oberpfalz (SZ, 9.6.86). Öffentlich wird spekuliert, Friker sei wegen einer möglichen Weigerung, noch härter gegen Demonstranten vorzugehen, abgesetzt worden. Schließlich hatten Polizeiführung und Innenministerium wiederholt geäußert, die Polizei hätte Pfingsten „gegen Chaoten auch Schußwaffen einsetzen können'' (NN, 7./8.6.86).

7./8.6.86).

Gemeinsam gegen die Chaoten!

Nach der SPD haben nun auch die bayerischen Grünen das Thema entdeckt. Landauf, landab predigen sie, die auch in anderen Fragen als hard-core-Realos bekannt sind, Gewaltfreiheit. „Die Gewaltfreiheit ist für uns selbstverständlich. Steinhagel, Molotow-Cocktails, Leuchtraketen und Steinschleudern gegen Menschen können und dürfen niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.'' (Landesversammlung vom 1.6.1986)

Mit Blumen in den Händen hatte sich der grüne Ein-Mann-Widerstand gegen den atomaren Wahn, Wolfgang Daniels, gemeinsam mit zehn Unverzagten wieder einmal schlichtend vor die knüppelschwingenden Hundertschaften gestellt, um sie vor der Gewalt der Steineschmeißer zu schützen. Nachdem die Grünen dergestalt in die Demo eingegriffen hatten, erklärte der Landesvorstandssprecher Martin Benedikt Kaltenhauser wenige Tage danach: „Die gewalttätigen Auseinandersetzungen sind für mich durch nichts zu rechtfertigen und sind für die Verhinderung der WAA schädlich. ...es ist nicht zu leugenen, daß eine kleine Szene die Demonstrationen für Gewalttätigkeiten gezielt nutzt. Ich finde, wir müssen uns von diesen Gruppen klar abgrenzen.'' Um eine „Entzerrung'' zu erreichen, sollten die Demonstrationen vom Bauzaun wegverlegt werden.

Nachdem sich die SPD mit ihrem Spaltungskurs entlang der sogenannten Gewaltfrage nicht durchsetzen konnte, betreiben nun die Grünen, die sich in Bayern seit jeher als realpolitisch orientierte Juniorpartner der SPD begriffen, dieses Geschäft. Sie erfüllen damit objektiv die Funktion der Sozialdemokratie.

SPD: Her mit den

SPD: Her mit den Schnellgerichten

Die SPD rief erst gar nicht zur Demonstration auf, da sich ihr mittlerweile obligatorisches „Weg-vom-Bauzaun'' und die Distanzierung von den sogenannten Chaoten nicht durchsetzen ließ.

Schöfberger, Landesvorsitzender der SPD und bekannt als der „rote Rudi'', reicht das nicht mehr: „Das kriminelle Gesindel ..., das sich am Rande dieser Demonstrationen breit gemacht habe, diskriminiere das Demonstrationsrecht. Er kritisierte das inkonsequente Vorgehen der Polizei gegen die angeblich 2.000 Reisechaoten ... Schöfberger sprach sich in diesem Zusammenhang für die Einsetzung eines Schnellgerichts in Schwandorf aus, das die Gewalttäter an Ort und Stelle aburteilen könne.'' (Süddeutsche Zeitung 14./15.6.86)

Klarer geht's nicht. Aber eins fehlt doch noch. Man braucht für eine derart diffizile Aufgabe geeignete Kandidaten. Ein furchtbarer Jurist, der Erfahrungen mit dem Standrecht wie mit AKW-Gegnern hat, käme in Betracht ... Nach verschiedenen Presseberichten (NN, 14.6.86) sind bereits mehrere Staatsanwälte direkt am Rande des Geschehens im Einsatz gewesen. In Zukunft sollen die Staatsanwälte schon direkt am Bauzaun der WAA ermitteln, um schnelle Aburteilungen zu gewährleisten.

CSU: Feuer frei

Unter der Überschrift „Krieg gegen den Staat'' verlautbarte der Bayernkurier vom 14.6.: „Prügelnde Schlägerhorden, Kriminelle, Terroristen neuer Art versuchen ... den Rechtsstaat zu zerstören, die Demokratie zu beseitigen, der linken Anarchie den Boden zu bereiten.'' Weil sich die Gewalttäter in der Obhut der linksgrünen Szene bewegen könnten, „gibt es keine Trennung mehr zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten ... Künftig wird man alle die, die trotz aufkeimender Gewalt und trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei sich von den Orten des Krawalls nicht entfernen, zur Verantwortung ziehen müssen. ... Wer Krieg gegen den demokratischen Staat führt, muß damit rechnen, daß sich dieser Staat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zur Wehr setzt.''

Die CSU ist also wieder vorn. Während die SPD als Ziel angibt, die Guten von den Bösen zu isolieren, um diese dann schleunigst hinter Gitter zu verfrachten (in der Praxis allerdings — siehe SPD Hamburg — „Gute und Böse'' in einem Kessel kocht), propagiert die CSU die Kriminalisierung und polizeiliche Zerschlagung der gesamten Bewegung. Dies muß die WAA-Widerständler/innen aufhorchen lassen. Aber die Bürgerinitiativen haben — im Gegensatz zu den Grünen — begriffen, daß Geschlossenheit jetzt nötiger ist denn je.

Auch diesmal haben sie sich nicht von den militanen WAA-Gegnern distanziert. Im Gegenteil, die bayerische Landeskonferenz der BIs (LaKo) verurteilte die Distanzierungen. Sie beschloß auf ihrem Treffen, auch zur Vorbereitung einer Demonstration am 4. Oktober, eine Woche vor den bayerischen Landtagswahlen, in München einzuladen. Parteiredner sind nicht geplant. Als inhaltliche Schwerpunkte sind neben der Ablehnung der WAA und der sofortigen Abschaltung aller AKWs der Kampf gegen die Kriminalisierung der Bewegung und gegen die zunehmende Tendenz zum Polizeistaat vorgesehen.

Wackersdorf und Brokorf

Wackersdorf und Brokorf

Vergleicht man Brokdorf und Wackersdorf, so sticht eins ins Auge: Während dort eine angemeldete Demo auf eine unglaubliche und kaum so heftig erwartete Art behindert wurde, hielt sich die bayerische Polizei insofern zurück, als sie die Demonstranten an den Zaun heranließ.

Dort schlug sie dann aber mit voller Härte zu. Die befürchtete weiträumige Absperrung, sowohl von Polizeistrategen, als auch von verschiedenen Politikern vorher immer wieder ins Gespräch gebracht, fand nicht statt. Warum?

Offensichtlich reagierte der Apparat so auf die Tatsache, daß spektakuläre Repressionsmaßnahmen (Gasabwurf z.B.) ihr Ziel, die Menschen vom Zaun zu vertreiben, nicht erreicht haben. Im Gegenteil, eine „Jetzt erst recht-Stimmung'' machte sich breit.

Als neue Strategie wird nun anscheinend eine langfristig angelegte Verunsicherung und Zermürbung der WAA-Gegner versucht. Brutale Knüppeleinsätze mit schweren Verletzungen, die bewußt jede/n treffen können, willkürliche Verhaftungen mit anschließenden Verurteilungen gegen alle, die sich am Bauzaun aufhalten, sind die Mittel, mit denen die WAA-Gegner vertrieben werden sollen. Den WAA-Gegnern, vor allem aber den mit dem militanten Widerstand sympathisierenden Oberpfälzer/inne/n, soll per Schlagstock so viel Angst eingebleut werden, daß sie schließlich mehr Angst vor den Polizeiknüppeln haben als vor der WAA.

Für diese Strategie ist Aufsehen schädlich. Ohne spektakuläre Aktionen, aber im Zuge einer systematischen Alltagsbrutalität, soll den aufmüpfigen Oberpfälzer/inne/n das Rückgrat gebrochen werden. Die Solidarisierung zu verhindern, ist eines der zentralen Mittel, mit denen dies erreicht werden soll.

KB Nürnberg



„Jetzt müssen wir lernen, unser Leben zu schützen'', verkündete der Bezirks-Schüler-Rat in Freiburg auf einem Flugblatt, in dem über die Folgen von Tschernobyl und die Gefahren in der Region informiert wurde. Mitte Juni hatten sich 65 Schüler/innen aus 12 Freiburger Schulen zu einem Info-Abend versammelt, wo nicht nur über Radioaktivität und Katastrophenschutz debattiert wurde, sondern konkret eine Schüler-Aktionswoche — mit dem Höhepunkt: Streik an den Schulen — beschlossen wurde. Schon einmal im Mai 1980 hatten die Freiburger Schüler/innen die Mathebücher gegen Flugblätter und Transparente getauscht und waren gegen das geplante AKW in Whyl und für die Stillegung des Horror-Reaktors in Fessenheim auf die Straße gegangen.

Auf die selbstgestellte Frage: „Würde Popeye heute noch Spinat essen?'' hatten die Mitglieder des Bezirks-Schüler-Rats in ihrem Streikaufruf freilich keine Antwort. Fazit und Forderungen des Schülerstreiks am 26. Juni waren dagegen unso klarer: „Für unseren Schutz ist in keiner Weise gesorgt! Der einzig wirkliche Katastrophenschutz besteht in der Stillegung von Fessenheim und aller anderen Atomkraftwerke!!!!!''

Rund 2.000 Schüler/innen waren es dann auch, die am Streiktag den Unterricht verließen und sich am Morgen in der Stadt zur Demo versammelten. Auf der Abschlußkundgebung berichteten die Veranstalter, daß mehrere Schüler/innen von Lehrern daran gehindert wurden, sich am Streik zu beteiligen. Die Tatsache, daß die Teilnehmerzahl etwas unter den Erwartungen und deutlich unter der von 1980 lag, wurde jedoch weitgehend durch eine besonders gute und fetzige Stimmung, sowie durch den einhelligen Willen, am Thema zu bleiben, ausgeglichen.

Rü.

Polizeistaatstage

Foto: Hinrich Schultze

Brokdorf — Kleve — Hamburg
— Eine Dokumentation —

Herausgegeben vom Ermittlungsausschuß der BUU, KB, Grüne Schleswig-Holstein, Sanigruppe Hamburg.

Mit Berichten zum Zustandekommen der Demonstration, zur Anfahrt der Teilnehmer und den Konvois, zum Ablauf am Reaktorgelände, vom Aufhalten des Hamburger Zuges in Kleve; von der zwei Tage vorher begonnenen Brokdorf-Blockade; mit Schilderung des polizeilichen Vorgehens und der gesundheitlichen Folgen; mit einer Rekonstruktion der Hamburger Einkesselung am 8. Juni; mit zahlreichen Augenzeugen- und Betroffenen-Berichten sowie einem Dokumentenanhang.
64 Seiten, 47 Bilder, DM 5

Bezugsadresse:
Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel 040/435346
Bei Einzelbestellungen DM 5 plus DM 1 Porto.

Brokdorf, 7. Juni 1986 — was war da eigentlich los? Na?

So genau weiß das eigentlich keiner. Eine Großdemonstration hat es an diesem Tage nicht gegeben. Sie wurde von Staatsseite verhindert. Dennoch waren ca. 60.000 Menschen unterwegs. Wo waren die?

Der Ermittlungsausschuß der BUU Hamburg, der KB, die Grünen Schleswig-Holstein und die Sanigruppe Hamburg haben knapp drei Wochen nach den Ereignissen eine Dokumentation „Brokdorf — Kleve — Hamburg" herausgegeben, die sich bemüht, das Geschehen vom ersten Juni-Wochenende nachzuzeichnen.

Einer kam durch

Den Weg von 30.000 Demonstrationsteilnehmer aus verschiedenen Orten, die in Konvois angefahren sind, haben Leute aus dem Verkehrsausschuß nach Berichten verfolgt. Ganze 2.000 von ihnen sind am Reaktorgelände in Brokdorf angekommen, die Hälfte davon erst während des Gaseinsatzes auf der Kundgebung oder sogar hinterher. Großräumig waren die Anfahrten nach Brokdorf gesperrt. „*Die Polizei legte es darauf an*", heißt es in der Auswertung, „*es vor Ort nur mit kleinen,*

Großräumig waren die Anfahrten nach Brokdorf gesperrt. „*Die Polizei legte es darauf an*", heißt es in der Auswertung, „*es vor Ort nur mit kleinen,*

möglichst desorganisierten Gruppen zu tun zu bekommen, um diese dann problemloser abräumen zu können". Der Ordnungsmacht „*ist es gelungen, Tausende von AKW-Gegner/innen massiv an der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts zu hindern und zu Spielbällen ihrer Bürgerkriegsmanöver zu machen.*" In diversen Einzelberichten, besonders denen aus Göttingen und Westberlin, wird anschaulich dargestellt, wie die Vorfeldtaktik der Polizei auf Zerreiben jedes Ansatzes gemeinsamer Demonstration setzte.

In Brokdorf: Gas und Wasser marsch

Das Geschehen am Kraftwerksgelände schildert ausführlich ein Bremerhavener Augenzeuge, der — im Buskonvoi — bereits um 12 Uhr (eine Stunde vor Kundgebungsbeginn) angekommen war. Insgesamt sind etwa 30.000 Demonstranten am AKW gewesen. Die wenigsten vor der Kundgebung. Viele kamen während, viele erst nach der Kundgebung. Sie bekamen nur deren Auflösung und die Gas- und Prügelübergriffe der Polizei mit. Der Bericht schildert die Bürgerkriegssituation rund um das Kraftwerksgelände, die planmäßige Zerstörung selbst der Kundgebung und die reine Willkür beim Vorgehen. Der ausführliche Bericht des Bremerhavener Beobachters ist ein kleiner Lesegenuß, da er die Absurdität für die Begründung staatlichen Vorgehens, die unittelbare Bedrohung, sehr plastisch darstellt. Hier ein Auszug der Schilderung vor Kundgebungsbeginn:

„*Nun sah ich, daß sich hinter Tor 2 eine Kolonne von Wagen formierte: Wasserwerfer 1, Wasserwerfer 2, Wasserwerfer 3, dahinter ein gelber Schwer-LKW mit Sand und einem Bauwagen im Schlepp. Wasserwerfer 1 verließ das Werkstor, umgeben von einer Phalanx mit Helm und Schild geschützter, mit Knüppeln, Gaspatronen und ? bewaffneter Polizisten. Der höhere Polizeiführer auf dem Dach links gab durch den Lautsprecher Befehle zum Abrücken aus dem AKW. Die Situation wurde dadurch sofort gespannt denn*
1. Es war kein Grund — außer dem einer sorgfältigen Vorplanung — ersichtlich, warum ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt dieser Konvoi in Bewegung gesetzt werden mußte.
2. Es war klar, schon wegen der Verstopfung auf dem Wege zum Kundgebungsplatz, daß der Weg durch Polizeieinsatz und Polizeiwaffen freigeschossen werden mußte.
3. Es war klar und absolut im voraus berechenbar, daß die ‚Chaoten' ... sich nunmehr mit den ‚Banditen in Uniform' ... anlegen würden.
Das ließ denn auch nicht lange auf sich warten. Der weitere Verlauf war folgender: Überwiegend junge Leute, teilweise vermummt, setzten und stellten sich in die Fahrtrichtung, die der Wasserwerfer 1 nehmen wollte. Darauf der Polizeiführer laut vernehmlich vom Dach: ... ‚Sie behindern die Abfahrt,

»Die Schneise der Gewalt«

»Die Schneise der Gewalt«

So heißt eine weitere Dokumentation, herausgegeben von Kolleginnen und Kollegen des Gruner + Jahr-Verlags in Hamburg, die die staatliche Willkür vom 7. und 8.6. in Brokdorf und Hamburg in Augenzeugenberichten nachzeichnet. Fast alle Berichte sind von Gruner + Jahr-Leuten, die beteiligt waren. Weshalb diese Dokumentation? „*Als wir von der Demonstration zurückkamen, schlug uns eine Welle von Presseberichten entgegen, die nichts von dem enthielten, was wir erlebt haben*", schreiben die Herausgeber. Auf zwanzig Seiten, mit vielen Fotos bebildert, werden in dieser gut gemachten Broschüre eindringlich die Erfahrungen dieser Tage wiedergegeben, wird aber auch Mut gemacht, den Widerstand gegen das Atomprogramm und den Polizeistaat nicht aufzugeben.

Eine kleine Pikanterie ist die Tatsache, daß die Doku von Verlagsleuten herausgegeben wird, die in einem Konzern arbeiten, in dem zum Beispiel der STERN erscheint. Seiner Berichterstattung zum Thema wird mit dieser Darstellung ein indirektes Armutszeugnis ausgestellt.
(Herausgeber: Vertrauenskörperleitung der IG Druck bei Gruner + Jahr, Preis: DM 2,50, ohne Bestelladresse).

Sie handeln rechtswidrig. Wenn Sie nicht räumen, wird vom Wasserwerfer ... Gebrauch gemacht. Dieses ist die erste Aufforderung! Es ist 12.32h.'
In demselben Stil kamen je zwei weitere Minuten später die zweite und dritte Aufforderung. Sie waren eine Kriegserklärung an das merkwürdige Häufchen vor dem Wasserwerfer. Nur wenige blieben übrig und setzten sich vor das Fahrzeug, als der ‚Krieg' mit einer Salve aus den beiden Wasserrohren eröffnet wurde ...
Die Wasserwerfer fetzten nun die Ungehorsamen aus der Fahrbahn. Danach wurden die vor dem Werfer 1 Sitzenden mit starkem Strahl in den Rücken geschossen, bis sie umfielen oder wichen. Zwei Unentwegte wurden schließlich fast ohnmächtig zur Seite gezogen ... Damit war der Weg frei. Unter Steinwürfen und Johlen konnte nun der Konvoi Meter für Meter an Boden gewinnen. Die Wasserwerfer voran, davor ballettartig nach den Befehlen des Polizeioberführers trippelnden, hier und dort aufschließenden Polizisten zu Fuß, dann der gelbe Sand-LKW, der Bauwagen und ein abschließender Panzerwagen (wieder in grün).
Die Empörung war groß ... Sie steigerte sich noch, als aufgrund der geworfenen Steine und anderer Gegenstände der Oberführer vom Dach aus rief: ‚Sie werfen mit Steinen und anderen Gegenständen! Das ist gesetzwidrig! Bei weiteren Verstößen wird Gas gegen Sie eingesetzt!' Der Konvoi hatte etwa hundert Meter zurückgelegt, als Wasserwerfer 1 und 2 damit begannen, Reizgas mit Wasser vermischt zu ‚schießen'... W 2 hielt reichlich und hoch hinauf in die Demonstranten, so daß dort alle ihr Quantum Reizgas abbekamen."

Knochenflicker

Angst machen kann der Bericht des Saniausschusses. Nicht nur von 100 Ver-

Knochenflicker

Angst machen kann der Bericht des Saniausschusses. Nicht nur von 100 Ver-

letzungen, Knochenbrüchen, Kopfplatzwunden und Prellungen wird da geschrieben — „*Verletzungsbilder, die durch Knüppelschläge auf fliehende, am Boden liegende oder sich schützende Menschen entstehen*" — nicht nur von CS-Gasfolgen, sondern mehr als bislang registriert von „psychischen Schocks". Dargestellt wird die Notwendigkeit von Demonstrantenselbsthilfe und eine nachdenkliche Schlußbetrachtung: „*Wir stellen eine vorsichtige Behauptung auf: Wenn es nicht gelingt, neben den politischen Strukturen der Anti-AKW-Bewegung — wie jeder anderen natürlich auch — persönliche, an jedem Einzelnen anteilnehmende Netze zu knüpfen, dann geht das staatliche Gewaltkonzept voll auf. Dann reichen auf Dauer Wut und Oppositionsgeist nicht aus, der Repression standzuhalten und dahinter das politische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.*"

Der Bericht von Schikanen gegen und Verhaftung von Demo-Sanis macht deutlich, daß die Gegenseite gerade diese Selbsthilfestruktur zukünftig verstärkt mit aufs Korn nehmen will. Einen Tag vor Brokdorf erklärte die CDU „als ‚Sanitäter' getarnte Chaoten" zu Gewalttätern (FAZ, 7.6.).

Lesenswert auch der Bericht über die neuen Gasdistanzwaffen, eine Weiterentwicklung von Bundeswehrwaffen der Waffenschmiede Heckler & Koch.

Kleve — schönes Dorf

Kleve, zweimal schon „schönes Dorf" gewesen, war Endstation für den Konvoi von 10.000 Hamburgern. Als „schönes Dorf" dürfte ihnen aber Kleve kaum in Erinnerung geblieben sein. In verschiedenen Darstellungen der Dokumentation sind die Ereignisse nachgezeichnet worden. „*Kradmelder verschiedener politischer Gruppen berichteten vor Huje übereinstimmend: Kleinere Materialsperre bei Kleve, drei Einsatzfahrzeuge und eine Gruppe von 30 bis 50 Polizisten; eine weitere Sperre (Container) in Richtung Heiligenstedten, auf der Strecke, die zu fahren nicht beabsichtigt war. Andere Kradmelder waren weiter in Richtung St. Margarethen geschickt worden, um die dortige Sperre, von der es hieß, daß sie massiver sei, auszukundschaften. Die anwesenden Koordinierungsmitglieder entschieden, vor der Sperre zu stoppen und dort das weitere Vorgehen zu beraten.*" So die Demonstrantensicht. Zur Beratung kam es allerdings nicht: „*In Kleve war ein Trupp Polizei beim Gut Krummensiek einquartiert worden, seit 11 Uhr morgens besetzte er die Kreuzung bei Kleve zur ‚Verkehrskontrolle'. Vorher haben aus Richtung Norden Anreisende die Straße passieren können. Erst bei Eintreffen des Konvois stürmen die letzten Polizisten aus der Eckkneipe auf die Straße. Um 12.10 Uhr erhält der Polizeitrupp die Anweisung, den Hamburger Konvoi bis zum Eintreffen der polizeilichen Verstärkung dort aufzuhalten. Bei Eintreffen des Konvois treffen die ersten Verstärkungen von niedersächsischen Polizeibeamten per Hubschrauber ein. Insgesamt werden später mit 18 Hubschraubern niedersächsische und SEK-Beamte her-*

gen von niedersächsischen Polizeibeamten per Hubschrauber ein. Insgesamt werden später mit 18 Hubschraubern niedersächsische und SEK-Beamte her-

angeführt, ein weiterer Polizeizug kommt aus Richtung St. Margarethen...
An der Sperre, an die der Konvoi zweispurig herangefahren ist, kommt es erst gar nicht zur großen Versammlung der Demonstranten, sondern gleich zur ersten Konfrontation. Dabei werden von der Polizei beim ersten Fahrzeug die Scheiben eingeschlagen, die Polizisten werden von den Demonstrant/innen mit Knüppeln vertrieben." Doch dann schlug die geballte Polizeigewalt zu. In Augenzeugenberichten wird der brutale Vandalismus der Polizei in Kleve geschildert. Szenen, die beim Erzählen die Rechtsstaatsgläubigen bis heute nicht glauben wollen, ähnlich wie beim Hamburger Kessel. Doch gerade weil so viele von ihnen diesen Polizeieinsatz auch erlebt haben, war das Entsetzen so groß. Prügelorgien, zahlreiche Verletzte, 100 zertrümmerte Autos, zwei ausgebrannte, ein Schlachtfeld.

Kesselschmiede

Am nächsten Tag dann die Einkesselung einer spontanen Demonstration in Hamburg. Die Absurdität und Unmenschlichkeit dieser Situation wird mal sachlich, mal von Betroffenen aus dem „Kessel" geschildert. Die Auseinandersetzungen mit der Polizei außerhalb des Kessels und die Belagerung eines Stadtteils durch die Polizei. Zwei eindrucksvolle Dokumente sollen besonders erwähnt werden: Der erschütternde Bericht des eingekesselten Pastors Christian Arndt und die ebenso erschütternde Stellungnahme des Hamburger Senats zu den Vorgängen auf dem Heiligengeistfeld. „Der Senat hält Einschließungen in außergewöhnlichen Situationen für zulässig", nur bitte kürzer und präziser heißt es da im Ton der Polizeipolitiker.

Dokumentiert ist auch der Einsatzbefehl für die Bullenabteilung, in dem es lakonisch heißt: „*Die Abteilung schließt die Versammlung auf dem Heiligengeistfeld ein und gewährleistet nach Auflösungsverfügung kontrollierten Einzelabmarsch der Teilnehmer.*"

Habt Mut zu leben, habt Mut zu kämpfen

Angst und Resignation, ist das alles, was diese Dokumentation hinterläßt? Nun, sie schildert so gut es in der Kürze der Zeit möglich war, daß an diesen Tagen zeitweise der Polizeistaat herrschte, daß das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt war, daß bedrohliche Elemente faschistischer Willkür erkennbar geworden sind. Doch nicht nur das. Sie dokumentiert auch die Solidarität mit den Betroffenen. Taxifahrer, die in eigenen Demonstrationen Protest gegen Polizeiwillkür organisiert haben, berichten von ihren Aktionen. 40 Hamburger Rechtsanwälte schildern ihre Vorbereitungen auf Klagen gegen die Einkesselung, die Demonstrationsverhinderung in Brokdorf, Strafanzeigen gegen verantwortliche Politiker und Schadensersatzforderungen. Der Protest gegen die Verhaftung des Schülers Frank Stülcken, der wegen angeblichen Mollie-Wurfs auf Polizisten immer noch in U-Haft sitzt, ist dokumentiert.

satzforderungen. Der Protest gegen die Verhaftung des Schülers Frank Stülcken, der wegen angeblichen Mollie-Wurfs auf Polizisten immer noch in U-Haft sitzt, ist dokumentiert.

Und die große Hamburger Demonstration von über 40.000 am 12.6. in Hamburg, die vielen Kraft und Mut zu weiterem Widerstand gegeben hat, die von ungeheuerer Solidarität getragen war und neue Energien freigesetzt hat. Pastor Arndt hat diese Wirkung beschrieben:

„*In den Tagen nach der Einkesselung — bis Donnerstag — wenn ich zurückdachte oder wenn ich erzählte, was ich erlebt hatte, bekam ich Weinanfälle. Ich weiß, daß es nicht nur mir so ging. Fast alle, mit denen ich gesprochen habe, haben solche oder ähnliche psychischen Erschöpfungszustände bekommen.*
Die Demo am Donnerstag war eigentlich die Umkehr von dem, was in mir vorging. Zum erstenmal konnte ich danach wieder ruhig schlafen, ich war vollkommen fröhlich, zuversichtlich, mir ging es wahnsinnig gut, diese Fröhlichkeit, diese Entschiedenheit zu erleben und vor allem diese Massen, die ich überhaupt nicht erwartet habe. Es war fast so etwas wie eine Aufbruchsstimmung zu etwas Neuem, und ich denke, daß von dieser Demo viel Kraft ausgegangen ist, um diese Erlebnisse, die viele in Brokdorf und den umliegenden Orten gemacht haben, zu überwinden und sich resignierend irgendwohin zurückzuziehen, sondern weiterzumachen."

Brokdorf, 7. Juni 1986, muß für zukünftige Aktionen eine Lehre sein. Aber nicht die, Kämpfen hat keinen Zweck mehr, wir wählen nur noch. Das ist gegenüber der individuellen die politische Resignation. In einem Diskussionsbeitrag der Broschüre heißt es abschließend: „*Wir haben in einer möglichen neuen Anti-AKW-Bewegung die Chance, anders als in der Friedensbewegung und den in ihr dominanten politischen Kräften, radikale Inhalte und Aktionsformen zu kombinieren, und trotz allem nicht auf Breite in der Mobilisierung zu verzichten. Es lohnt, sie zu nutzen. Denn ohnedem stehen die Chancen auch nicht besser.*"

Die Geschichte des Brokdorf-Widerstands

Redebeitrag auf der Brokdorf-Vorbereitungsveranstaltung in Hamburg



Foto: pan-foto

Über zehn Jahre gibt es eine Bewegung gegen Atomkraftwerke, und der Bauplatz war und ist jetzt wieder einer ihrer Kristallisationspunkte. Eher makaber und überhaupt kein Anlaß zur Genugtuung ist die Tatsache, daß spätestens seit der Wolke aus Tschernobyl jedem klar geworden sein muß, daß diejenigen mit ihren Ängsten und Warnungen recht hatten, die schon 1976 mit der Forderung ,, Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden '' in der Wilster Marsch entschlossen und gegen brutale Polizeiübergriffe ihr Recht auf Leben und Gesundheit verteidigt haben.

Heute, knapp zehn Jahre später, werden die wenigen noch bestehenden Bürgerinitiativen mit Anfragen nach der Technik von AKWs, den Folgen radioaktiver Strahlung und den Möglichkeiten sich zu wehren und zu schützen, überschwemmt. Angestaubte Broschüren auf den BI-Büchertischen erlangen neue Aktualität.

Leute, die sich früher nicht sonderlich Gedanken über Atomenergie gemacht haben, sind wachgerüttelt worden. Jüngere wollen — häufig zum erstenmal — aktiv werden. Aber nicht nur die Strukturen der Anti-Atom-Bewegung sind andere als vor ein paar Jahren, auch die Bedingungen für den Kampf gegen Atomanlagen haben sich verändert. Das AKW Brokdorf ist fertiggebaut worden, trotz der Blockaden der Zufahrt zur Baustelle, trotz zahlreicher Angriffe auf Bauplatz, Baugeräte und Baufirmen, von den Großaktionen ganz zu schweigen.

Nach Tschernobyl stehen wir jetzt wieder vor einer Großveranstaltung in Brokdorf, und das zu einem Zeitpunkt, an dem sich entscheidet, ob es doch noch in letzter Sekunde gelingt die Inbetriebnahme dieser überflüssigen und lebensbedrohlichen Maschine zu verhindern.

Um jedoch Illusionen und damit Frust und Perspektivlosigkeit zu vermeiden, sollten wir uns gerade jetzt noch einmal wichtige Erfahrungen des Kampfes gegen das AKW Brokdorf in Erinnerung rufen.

In den sechziger Jahren wurden die Weichen für ein gigantisches Industrierevier an der Unterelbe gestellt. Um den Energiehunger der hochrationalisierten Betriebe zu befriedigen, sollte die Region mit Atomkraftwerken vollgestopft werden. 1973 gaben NWK und HEW den Standort Brokdorf bekannt. Der Protest formierte sich vor Ort als Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe. Solche BI's schossen wie Pilze aus dem Boden, insbesondere nachdem die Bevölkerung am Kaiserstuhl den Baubeginn des AKW in Wyhl verhindert hatte.

Am 26. Oktober 1976 trat der Atomstaat in der Wilstermarsch zum erstenmal massiv in Erscheinung. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde der Bauplatz mit NATO-Draht umzäunt. Lange hielt der Zaun jedoch nicht, denn wenige Tage später besetzten mehrere tausend Menschen mit erfrischender Selbstverständlichkeit das Baugelände. Die Räumung erfolgte mit der heute schon fast sprichwörtlichen Brutalität: Wasserwerfer, Bulldozer, Tränengas und Knüppeleinsatz.

Der Bauplatz wurde zur Festung ausgebaut, aber am 13. November 1976 im Rahmen einer Großaktion, an der an die 35.000 Menschen teilnahmen, heftig angegriffen, ohne daß jedoch eine erneute Besetzung gelang.



Foto: H.W.

Trotzdem: der Widerstand gegen Brokdorf wurde immer breiter und ließ sich seine Aktionsformen nicht von denen vorschreiben, die das Atomprogramm durchsetzen wollten. Er war vielfältig und damit ein immer unberechenbareres Risiko für den Atomstaat. Daß das Verwaltungsgericht Schleswig gerade in dieser Situation einen Baustop verkündete, ist kein Zufall. Gerichte und ebenso Parlamente reagieren nur in unserem Sinne, wenn der Druck von außen sie dazu zwingt. Ansonsten hat es sich als falsch erwiesen, auf Gerichte und Parlamente zu vertrauen und nicht auf die eigene Kraft vor Ort! Dies auch und vor allem an die Adresse derjenigen Grünen, die heute meinen, es reiche aus anstelle von Bauplätzen Ministerposten zu besetzen.

Aber der Baustop von 1976 hat auch die Frage nach der Perspektive des weiteren Widerstandes verstärkt aufgeworfen. Natürlich gab und gibt es in einer so breiten Bewegung wie der Anti-AKW-Bewegung sehr unterschiedliche Einschätzungen des Verhältnisses zum Staat, zum ökonomischen System und den konkreten Formen des Protestes bzw. des Widerstandes. Bei der Vorbereitung der Großdemo für Februar 1977 gelang es nicht mehr, die Vielfalt der Vorstellungen zu einer gemeinsamen Aktion zusammenzuführen. Die Orientierung auf den Bauplatz wurde vom Umfeld der SPD und DKP fallengelassen. Das Ergebnis dieser Spaltung: 30.000 Menschen nahmen an einer Kundgebung in Itzhoe teil, weitere 30.000 gingen trotz Verbot Richtung Bauplatz. Der Demonstrationszug gelangte zwar nicht bis zum Baugelände, war aber eine der entschiedensten Aktionen gegen AKW's und erwies sich als sehr verantwortungsvoll, weil sie an einem Punkt abgebrochen wurde, wo nur noch eine aussichtslose Auseinandersetzung mit der Polizei hätte erfolgen können.

Die Spaltung erleichterte Presse und Staatsschutz das Aussieben von bösen gegenüber guten Atomkraftgegnern. Nicht nur, daß das Mobile Einsatz Kommando den Rückzug der Demonstranten mit Maschinenpistolen im Anschlag überfiel, auch die erste Welle von Strafprozessen schloß sich nicht von ungefähr an diese Aktion vom 19.Februar 1977 an. Spaltung erleichterte die Kriminalisierung.

In der Folgezeit zeigte der Atomstaat immer deutlicher die Zähne. Tausende von Hamburgern wurden auf der Fahrt nach Kalkar , im September 1977, mit einem Bürgerkriegsmanöver gestoppt, immer größer werdende Zahlen von Demonstrationsteilnehmern schienen immer weniger Eindruck bei der Atommafia zu hinterlassen. Als Ausnahme muß der Gorleben-Treck nach Hannover gelten, der 1979 Strahlemann Albrecht das Geständnis abpreßte, eine WAA sei politisch in Niedersachsen nicht durchsetzbar.

Ende 1980, das Jahr in dem das legendäre Dorf auf 1004 im Wendland errichtet und vernichtet worden war, beendete wiederum ein Gerichtsurteil eine ruhigere Phase der Auseinandersetzungen um Brokdorf: der Baustopp wurde nach drei Jahren aufgehoben, Stoltenberg verfügte den Weiterbau. Weite Teile der Anti-AKW-Bewegung waren sich einig darin, daß der Satz ,,Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht'' jetzt endlich auch auf breiter Basis praktisch umgesetzt werden müsse. Es kam zu Blockaden, zu Anschlägen und Sabotageaktionen. Parallel dazu wurde für den Februar 1981 eine erneute Großdemonstration vorbereitet.

Im Vorfeld dieser Demo arbeiteten sich mehr als 10.000 Menschen zum Gebäude des Parteitages der SPD durch, um ihr die Entscheidung für einen Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf zu erleichtern. Der später in die Wüste geschickte Bürgermeister Klose erreichte dort tatsächlich eine Mehrheit für den Ausstieg. Daß Brokdorf überflüssig war und die Hamburger Stromkunden diese Fehlinvestition der HEW über den Strompreis auszubaden haben würden, pfiffen schon die Spatzen von den Dächern. Ebenso durchsichtig waren die Drehungen und Wendungen der SPD, die bis heute den Widerstand gegen AKW's zu bändigen und zu kanalisieren versucht — neuerdings mit dem Gerede vom Ausstieg irgendwann im nächsten Jahrtausend.

Doch zurück zur Großdemonstration in Brokdorf am 28. Februar 1981. Es war inzwischen klar, daß das Atomprogramm und damit auch das AKW Brokdorf nicht dadurch zu stoppen war, daß immer größere Zahlen von Demonstrationsteilnehmern kreuz und quer durch die Republik reisen, um mal hier am AKW X und dort am AKW Y spazierenzugehen. Im Demo-Aufruf tauchte deshalb ein Satz auf, der auch für übermorgen uneingeschränkt gilt: ,,*Unser Kampf wird sich nicht durch diese Demonstration entscheiden — wir müssen uns auf einen längerfristigen Kampf vorbereiten, der unseren gesamten Lebens- und Arbeitsbereich miteinbezieht, der sich auch nicht nur auf den Bauzaun und das AKW Brokdorf beschränken läßt.*''

Die Vorbereitung dieser Demo wurde von einer beispiellosen Pressehetze begleitet, in der den Demonstranten u.a. unterstellt wurde, sie wollten die Bevölkerung der Wilstermarsch und deren Einrichtungen angreifen. Die Krönung war dann das Demonstrationsverbot des Landrates, das sich auf den gesamten Kreis Steinburg erstreckte. Daß trotzdem mehr als 100.000 Menschen an diesem eiskalten Februartag frei nach dem Motto ,,legal-illegal-scheißegal'' ihren politischen Willen direkt am Baugelände zum Ausdruck brachten ohne sich von vornherein auseinanderdividieren zu lassen, war sicherlich ein großer Erfolg.

Dieser Erfolg kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der 28.2. auch die Grenzen dieser Art Großveranstaltung aufgezeigt hat. Die gesamte Aktion war noch stark geprägt von der Aktivität weniger und der Konsumhaltung vieler. Das führte zu Unsicherheit und zu Gerüchten. Nur so konnte ein Jo Leinen sein Konzept durchsetzen, daß z.B. dazu führte, daß viele Leute völlig unnötig durchsucht wurden und damit faktisch eine innere Spaltung der nach außen hin geschlossenen Demonstration bewirkte. Angesichts 100.000 Teilnehmern brachen die Informations- und Kommunikationsstrukturen völlig zusammen. Das Frusterlebnis, daß nach dieser riesigen Demo weitergebaut wurde, als wäre nichts geschehen, hat viele gelähmt.

Es ist dem Staat trotz der 100.000 gelungen im Rahmen einer Kriminalisierungsorgie einzelne AKW-Gegner exemplarisch abzuurteilen. Sogar wegen Mordversuch wurde nach Atomkraftgegnern gefahndet, obwohl diese einen ins Wasser gefallenen SEKler nachweislich nicht verletzt hatten. Michael Duffke und Markus Mohr wurden in einem politischen Prozeß, ohne daß ihnen die unterstellte Tat nachgewiesen werden konnte, zu insgesamt 8 1/2 Jahren Knast verurteilt. Durch zahlreiche Solidaritätskampagnen konnten die Urteile in der Revision etwas gemildert werden.

Die Atomlobby, mit ihrer Argumentation schon seit langem mit dem Rücken an der Wand, versucht seither immer stärker den Widerstand gegen Atomanlagen in eine kriminelle Ecke zu drängen. Das betrifft hauptsächlich den direkten und praktischen Widerstand, wie er um Brokdorf herum und vor allem im Wendland nie eingeschlafen ist.

Gerade auch deshalb ist es wichtig, daß wir Sonnabend mit so vielen Menschen wie möglich in die Wilstermarsch fahren. Wir haben dabei nicht die Illusion, daß am 7.6. allein über die Inbetriebnahme von Brokdorf entschieden wird. Doch der Anlaß wieder zum Gelände des AKW's zu gehen, bringt die politische Diskussion und Auseinandersetzung um den weiteren gemeinsamen Widerstand wieder auf breiterer Basis in Gang.

Die vielen Leute können in diese Diskussionsprozesse praktisch einbezogen werden. Ebenso fließen die Erfahrungen der letzten Jahre aus verschiedenen anderen Ereignissen mit ein und können ausgeweitet werden. Und schließlich präsentiert sich die Bewegung gegen Atomanlagen einer breiten Öffentlichkeit wieder als große, eigenständige, offensive politische Kraft.

Wir werden noch einen sehr langen Atem brauchen, bis wir den Preis für das Atomprogramm so hoch geschraubt haben werden, daß es kippt. Auch nach Tschernobyl wird uns nichts geschenkt werden. Vieles wird davon abhängen, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, mit denen viele Menschen — jung und alt — überall und Tag für Tag die Loyalität gegenüber Energiewirtschaft und den Atom- und Flickparteien verweigern können.

Unsere Stärke bleibt die Vielfalt des Widerstandes!

In diesem Sinne auf eine neue Phase im Kampf gegen das AKW Brokdorf und das Atomprogramm. Übermorgen in der Wilstermarsch:

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf und auch nicht anderswo!

Der Beitrag wurde gehalten von Norbert, BUU Pinneberg

Brokdorf 1986







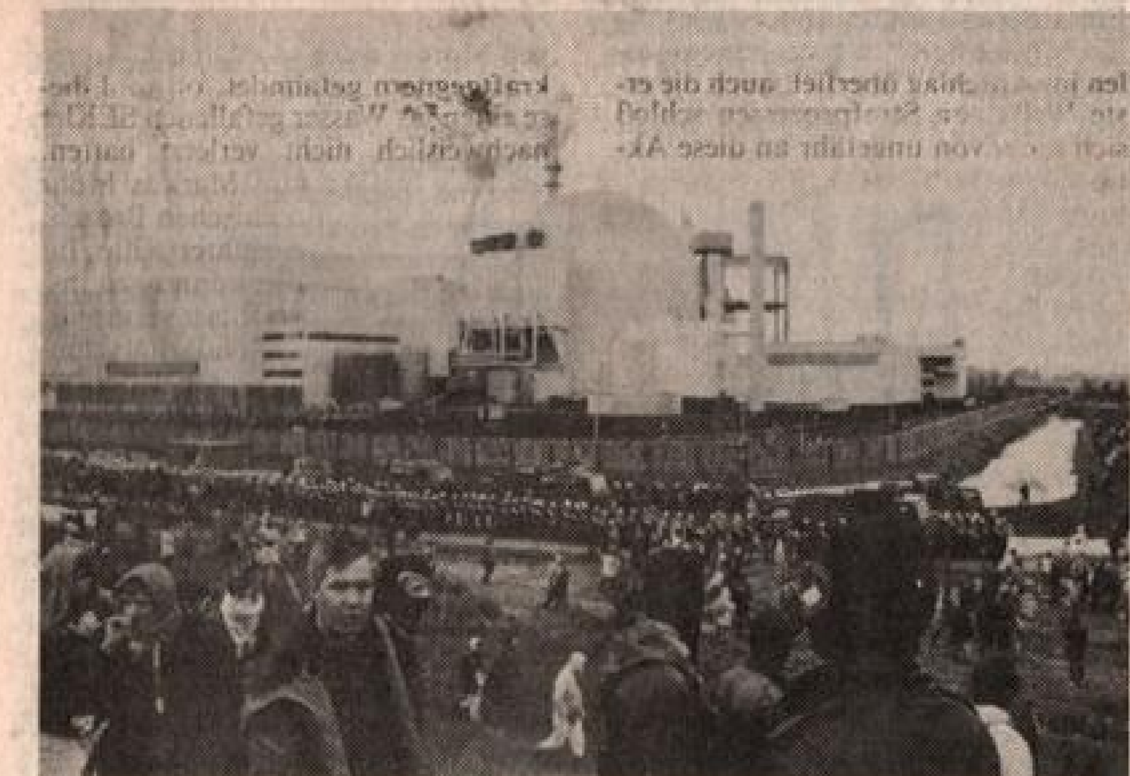






Foto: H. Wöjahn

Einige Westberliner Autonome

Dokumentation Aufruhr, Widerstand — bitte ohne Unverstand

Wir schreiben dieses Flugblatt als Beitrag zur Nachbereitung der Brokdorf-Demo am 7.6.. Wir, das sind einige Menschen aus AKW-Gruppen, die schon am Freitag nach Hamburg gefahren sind und von dort wie viele andere Berliner im Konvoi Richtung Brokdorf aufbrechen wollten.

Anfangen wollen wir aber schon ein paar Tage vorher. Von Berlin aus hat es diesmal keinen gemeinsamen Konvoi gegeben. Das hat mehrere Gründe gehabt, u.a. lag's an der kurzen Vorbereitungszeit und der mangelnden Bereitschaft, organisatorische Aufgaben zu übernehmen und über verschiedene Vorstellungen hinweg zu einem gemeinsamen Konsens zu kommen. So gab es dann außer den einzeln rüberfahrenden Autos zwei Versuche mit vielen Menschen gemeinsam Brokdorf zu erreichen.

- **Um 0 Uhr die AL mit ihren 19 Bussen, die allerdings auch nicht als Konvoi fahren sollten und deren Organisatoren Harmlosigkeit als Rezept des Durchkommens ausgegeben hatten (Zitat: Is doch Blödsinn, im Bus Material mitzunehmen, nachher kommen wegen einem 49 andere Leute nicht nach Brokdorf).**
- **Schon am Freitag um 19 Uhr sollte ein PKW-Konvoi am Anhalter Bahnhof starten, der offensichtlich schlecht und z.T. ähnlich naiv vorbereitet worden ist (Zitat: Wir lassen uns nicht kontrollieren, is doch klar, wir wollen schließlich unser Material durchbringen, kein Gelaber mit den Bullen).**

Wir würden es begrüßen, wenn auch diese beiden Gruppen ihre Erfahrungen einem größeren Kreis zugänglich machen würden. Bisher jedenfalls hat kaum jemand (außer den Bullen) einen Überblick, was alles passiert ist. Auch bei der VV am 12.6. im Mehringhof waren nur wenige bereit, genauer zu erzählen. Wir denken, daß dies dringend erforderlich ist, wenn wir aus unseren verschiedenen Erfahrungen und Fehlern lernen wollen, um demnächst gemeinsam vorzugehen.

Ablauf des Hamburger Konvois vom Heiligengeistfeld bis nach Kleve

Auf dem Hamburger Heiligengeistfeld versammelten sich ab 6 Uhr morgens mehrere 1.000 Leute, um gemeinsam im Konvoi nach Brokdorf zu fahren. Eine ganze Anzahl von Berlinerinnen hatte sich von vornherein entschlossen, an diesem Konvoi teilzunehmen. Gemeinsames und abgesprochenes Ziel des Konvois war es, unkontrolliert zum AKW Brokdorf zu kommen. Dazu war vorher eine Route festgelegt worden. Etwaige Sperren sollten nicht umfahren, sondern nach Beratung abgeräumt werden. Als Struktur war für den Konvoi vorgesehen, daß in der Spitze Leute in PKWs fahren, die in der Lage sind, die Auseinandersetzung mit der Polizei notfalls führen zu können. Dahinter sollten die etwa 50 angemieteten Busse und danach der Rest der PKWs folgen. Dieses Konzept ist von allen maßgeblichen Hamburger Vorbereitungsgruppen (Autonome, Frieko, GAL, Gewaltfreie, KB usw.) getragen worden.

Schon von Beginn an riß diese Struktur des Konvois in Hamburg auf.

Vorbereitungsgruppen (Autonome, Frieko, GAL, Gewaltfreie, KB usw.) getragen worden.

Schon von Beginn an riß diese Struktur des Konvois in Hamburg auf.

Es wurde viel überholt und es konnte nicht verhindert werden, daß sich auch Privat-PKWs in die Kolonne drängen konnten. Zudem zeichnete sich auch schon zu Beginn eine äußerst schlechte Kommunikation von der Spitze des Konvois zu dem Rest der Kolonne ab. Das gipfelte zunächst einmal darin, daß ein paar Busse mitten im Ort Bad Bramstedt einfach Pause machten, der ganze Rest zum Stillstand kam und für eine ganze Zeit niemand wußte, was los war. Der gespaltene Konvoi fand erst nach einigen Kilometern wieder zusammen.

Der Konvoi hat dann in dem Ort Kleve (ca. 20km von Brokdorf entfernt) ein apruptes Ende gefunden. Wir wollen im folgenden beschreiben und erklären, was sich dort ereignet hat:

Durch Motorradfahrerinnen ist die Strecke für den Konvoi in Bezug auf Bullensperren im Voraus erkundet worden. Durch diese ist die Spitze des Konvois in ausreichender Entfernung zu dem Ort Kleve darüber informiert worden, daß sich dort eine Sperre von 30, nicht auf Auseinandersetzung eingerichteten Bullen befindet. Das Konzept des Konvois sah vor, anzuhalten, sich über die weiteren Schritte zu beraten, sowie die Informationen nach hinten durchzugeben. Dies hätte zudem noch die Möglichkeit eröffnet, den Ort Kleve und damit die Bullensperre noch einmal genauer auszuchecken. Es war dann vorgesehen, in genügend großer Entfernung von der Sperre zu stoppen, um auf der relativ engen Landstraße Platz zum Sammeln zu lassen. Dies hätte auch den unmittelbaren Zugriff der Bullen auf die PKWs erschwert.

Es hat dieses gemeinsame Vorgehen im weiteren Verlauf der Ereignisse von Kleve nicht gegeben. Die Spitze des Konvois hat offenbar in eigener Regie (aus uns bisher unbekannt gebliebenen Gründen) die Situation so eingeschätzt, daß eine genaue Information über das Vorgehen an der Bullensperre für den ganzen Rest des Konvois nicht notwendig ist. Man muß offenbar der Ansicht gewesen sein, die Sperre mit einer begrenzten Anzahl von entschlossenen Leuten überwinden zu können.

So wurde bis auf 50m an die im Ort Kleve postierte Sperre herangefahren und diese nach kurzer Zeit ohne Beratung angegriffen. Die ca. 30 Bullen zogen sich daraufhin bis zur Kreuzung mit der Hauptstraße zurück, wo schon zwei Hundertschaften SEK-Bullen (bis dahin nicht sichtbar) warteten. Diese gingen mit bisher nicht erlebter Brutalität gegen die nach vorne strömenden Menschen vor und drängten diese zurück; schließlich sogar in den parkenden Autokonvoi hinein. Durch die Enge auf der Straße war es nicht mehr möglich, mit einem größeren Block die Bullen aufzuhalten, immer mehr Menschen wichen zurück, ca. 30 Leute wurden dabei festgenommen und zum großen Teil zusammengeschlagen. Die Bullen rollten den Konvoi mehrere 100m auf. Dabei fielen ihnen die PKWs in die Hände, die sie zum großen Teil demolierten; aus vielen Autos wurde das Material geklaut; drei Autos brannten aus. Zu diesem Zeitpunkt hatte niemand mehr die Chance, nach vorne zu kommen, da ein Teil der Leute schon vor den SEK Bullen flüchteten und der andere Teil des Konvois überhaupt nicht wußte, was vorne passiert war.

Aufgrund der nicht abgesprochenen und viele überraschenden Situation blieb mehreren hundert entschlossenen Leuten nichts anderes mehr übrig, als sich ebenfalls nach hinten zurückzuziehen. Der weitausgrößte Teil der Menschen des restlichen Konvois hat die bisher geschilderten Ereignisse nicht miterlebt. Der gesamte Konvoi von

sich ebenfalls nach hinten zurückzuziehen. Der weitausgrößte Teil der Menschen des restlichen Konvois hat die bisher geschilderten Ereignisse nicht miterlebt. Der gesamte Konvoi von



Foto: Hinrich Schultze

10000 Leuten war so in eine Falle von 300-500 Bullen geraten. Diesen gelang es, uns mehrere Stunden festzuhalten, so daß es uns nicht mehr möglich war, zum Baugelände durchzukommen. Alle mußten schließlich nach Hamburg zurückkehren.

Soweit der Ablauf der äußeren Ereignisse.

Wir meinen jedoch, daß die bisherige Ablaufschilderung unsere Niederlage von Kleve nicht erklären kann. Dabei ist die (Nicht-)Überwindung einer Bullensperre für uns kein Maßstab für Erfolg oder Niederlage.

Wir finden es zweckmäßiger, diese Frage daran zu entscheiden, in welcher Art und Weise und vor allem, in welchem Umfang sich viele Menschen im Kampf gegen das Atomprogramm und diesen Staat einbringen. Dabei kann ein fehlgeschlagener Versuch, eine Bullensperre zu überwinden, durchaus ein politischer Sieg sein, wenn sich daran viele Menschen beteiligen; selbstbestimmt ihre Vorstellungen in diese Auseinandersetzung einbringen.

Es ist wichtig, unsere Auseinandersetzungen mit der Polizei so zu führen, daß viele Menschen begreifen, daß sie ein wichtiger Teil der politischen Auseinandersetzung gegen diesen Staat und das Atomprogramm sind.

Genau das ist im Hamburger Konvoi nicht gelaufen. Die Auseinandersetzung mit der Polizeisperre ist nur von einem kleinen Teil von Leuten geführt worden, die auf ihre Art klar haben, was sie von diesem Staat zu halten haben; und der ganze Rest der Leute im Konvoi saß als „unwissendes Demonstrantenvieh" in den Bussen und PKWs herum. Unsere Kritik richtet sich in erster Linie an die Spitze des Konvois, die sich nicht an die gemeinsamen Absprachen gehalten hat, leichtfertig, ohne genaue Kräfteeinschätzung in die Falle hereingefahren ist und dadurch verantwortungslos gegenüber dem gesamten Konvoi gehandelt hat. Darüber hinaus ist aber der Konvoi-Konsens aus unserer Sicht in Frage zu stellen, der das (Nicht-)Durchkommen an einer Sperre militärisch an gut ausgerüstete Leute vorne delegiert. Auch das ist Stellvertreterpolitik.

Wenn z.B. in der Situation von Kleve der größte Teil von Menschen aus dem Konvoi nach vorne hätte kommen können, wäre die Situation für die Bullen sicher anders gewesen. Damit wäre eine Durchkommen zwar auch nicht gesichert gewesen, aber viele Menschen hätten die Schweinereien der Bullen mitbekommen und wären mit einem anderen Gefühl nach Hause gefahren.

eine Durchkommen zwar auch nicht gesichert gewesen, aber viele Menschen hätten die Schweinereien der Bullen mitbekommen und wären mit einem anderen Gefühl nach Hause gefahren.

So bleibt für die meisten Menschen aus dem Konvoi von diesem Tag nicht viel anderes als die Hilflosigkeit, stundenlang irgendwo in der Pampa festzuhängen, ohne genaues Wissen, warum eigentlich, und ohne Möglichkeit, dagegen etwas unternehmen zu können.

Aussichten

Wir halten auch zukünftig die Durchführung von Konvois unter bestimmten Bedingungen für möglich und sinnvoll. Dabei ist es jedoch wichtig, deren Spitze mit verantwortungsvollen, umsichtigen und mit dem Rest des Konvois solidarischen Menschen zu besetzen. Wir müssen dabei verhindern, daß Abenteuerlust und für Bullen leicht berechenbare Aggression von Leuten in dem Sinne zu bestimmenden Momenten des Konvois werden, wie es in Kleve der Fall gewesen ist.

Wir denken, daß es für die Zukunft wichtig ist, unsere Aktionen solidarischer und genauer aufeinander abzustimmen. Dies bedeutet für uns insbesondere in Berlin, daß wir wieder miteinander reden müssen; daß wir zukünftig bessere Kommunikationsstrukturen aufbauen *(Na Prost, und entscheiden lernen, was konspi ist und wat nicht, oder wat, die Säzzerin)*. Die Erfahrung aus der Berlinvorbereitung zu Brokdorf und die Erlebnisse von Kleve heißen für uns: wir dürfen uns nicht stellvertreten lassen, weder im Denken, Fühlen und Handeln. Wir dürfen uns nicht spalten lassen.

HURRA, wir fighten noch — eine Polemik wider DIESEN Demotourismus

von Werner Schlegel



1

Ich wollte nicht nach Brokdorf. Wieder hunderte von Kilometern, nur um zu sehen, was ich ohnehin weiß — daß Tausende sind dagegen? Um der anderen Seite zu *demonstrieren*, was ihr so bekannt wie schnurzpiepe ist, Tausende ihre kaltschnäuzige Atommaffiapolitik ablehnen? *Wozu?* Was erreichen wir *Damit?* Noch dazu jetzt, eine Woche vor der Niedersachsenwahl? (Wer hat da hinter den Kulissen mitgemischt, um sein CDUSPD-Wahlsüppchen zu kochen, bei dem Aufruf, der Vorbereitung?). Eines war klar: Die anderen würden sich die Chance nicht entgehen lassen, dem braven Bürger das Medienschreckensbild von der Anarchie zu zeigen: gäbe es Gewalt denn nicht, sie provozieren, zu erzeugen, gezielt, was immer funktioniert, solange nicht *alle* Militanz akzeptieren. Da mitspielen, denen ins Messer laufen, meine Wut funktionalisieren lassen, zur Verbesserung ihrer (Wieder)Wahlchancen? Helfen beim Ausspielen der ,,Chaotenangst'' gegen die erstmals weit verbreitet vorhandene Atomangst? Nein und nochmals nein!

2

Freitagnacht fuhr ich doch. Mit Privatwagen, zwecks des Presseschildes an der Scheibe. Angehängt an die beiden Essener Busse. Die wurden beim Eintreffen an der Universität erstmal umstellt. 500 Kilometer vom Demonstrationsort entfernt. Wer mitwollte mußte sich filzen lassen. Transparente blieben da. Begründung: *keine*. Der Rechts-Staat machte mobil. Die Demonstranten: Wut und vor allem *Hilflosigkeit*. Warum fuhr ich trotz allem, was dagegen sprach? Die Wutangst war größer als alle politische Vernunft. Am Donnerstagabend plötzlich starke Schmerzen in der Schilddrüse, die anschwoll.
nerstagabend plötzlich starke Schmerzen in der Schilddrüse, die anschwoll.
Der Arzt konnte vor Dienstg nicht sagen, ob es nur eine Entzündung sei oder ... Die plötzliche Angst, vielleicht irrational, hatte Namen, stellte Assoziationen her: Tschernobyl, Hamm-Uentrop, Gorleben wo — was viele verdrängen — ein Zwischenlager in Betrieb ist (warum mißt dort niemand die Werte?). Die in Essen zehn Tage länger als bundesweit sehr hohen Meßdaten, mit defekten Geräten erklärt, Messungen darob eingestellt, *bevor* Hamm-Uentrop bekannt wurde und am Tag der Tschernobylwolke in Bonn im Gewitterregen, ohne Möglichkeit zu duschen, Kleider zu wechseln. Daher die Angst, neu emporschiessend, samt Wutreaktion: ,,Diese Schweine, jetzt erst recht''. Unmittelbare Betroffenheit war noch nie ein guter politischer Ratgeber. Heißes Blut ja, aber vor allem *kühler* Kopf ist wichtig. *Gerade jetzt*, wo wir die *letzte Chance* haben. Wir können nicht auf ein zweites Tschernobyl warten.

3

Die Fahrt ist zu lang für die Schmerzen. Nur eine Stunde schlafen, auf einem Parkplatz. Beim Wachwerden ist es neun. Um elf etwa zehn Kilometer vor Itzehoe. Nichts geht mehr. Stau. Kilometerlang Stau. Gerüchte werden von Wagen zu Wagen getragen. Die Polizei hat dichtgemacht! Nein, ein Unfall! *Doch* Polizei, auf der Gegenfahrbahn kommt kein Fahrzeug. Handlungsanleitungen. Laßt uns die Leitplanken abmontieren, auf der Gegenfahrbahn bis zur nächsten Abfahrt, über Seitenstraßen ... *Wie* bereiten wir uns auf Demos vor? Was muß noch passieren, bevor wir *planen*, nicht organisiert in X ausgespitzelten Gruppen, sondern jede und jeder für sich, damit doch gemeinsam. *Niemand* hat einen 24er Schlüssel für die Leitplankenmuttern dabei. Demonstration als Wochenendausflug. Vor der Haustür ins Auto und mal eben los? Das ist nicht *Widerstand*, das ist *Demo-Tourismus*. Modeerscheinung! Statt Freizeitpark AKW-Besichtigung. Welches Verständnis von *diesem* Staat steht dahinter? Trotz allem immer noch *so* naiv? Welche Geschichtsblindheit (vor allem bei den Grünen!), mangelnde Erfahrungsvermittlung, welch massive Verdrängung? Keine Erinnerung mehr an die Großdemos der Siebziger, das Auftreten der SPD-Staatsmacht (sic!)Arme Grün-Funktionäre! damals? Ausgerechnet die offenen Rechten sollten sich anders verhalten, nach Tschernobyl eine *Großdemo* vor einem AKW zulassen?

4

Chile-Bilder, direkt hier, auf der Autobahn. Zehn, zwölf BGS-Hubschrauber Typ Bell. Vietnambekannt. Apocalypse-Now a la geflickte Republik. Kreisen, Höhenstaffelformation, Landung auf der Autobahn. Rotoren dröhnen lassen, abheben, wieder kreisen, landen. Machtdemonstration. Wer es gesehen hat, vergißt es nie wieder. ,,Ich glaube, ich muß beim Gewaltbegriff umdenken'', sagt ein älterer Lehrer neben mir. In der Tat. *Da wird demonstriert*, von *denen!* Chile-Südafrika-Assoziationen bei den Bürgern wecken. Spalten, trennen. Die Friedlichen in verängstigte Resignation treiben, die Wütenden, Handlungs-, *widerstands*bereiten ausgrenzen, vereinzeln und einmachen. Und wir spielen mit.

5

5

Hinter den Containern ein Parkplatz. Weißbehelmtes Massenaufgebot, Wasserwerfer. Wagen für Wagen wird durchsucht. Ich werde durchgewunken. Presseschilds-Privileg (noch!). ,,Raubdrucker müßte man sein'', ruft mir der Hintermann neidvoll nach. Was nützt es? Dauerstau, Schleichtempo bis Wilster, mitten im Bremer Konvoi. *Die* haben nachgedacht, *vorher!* Kradstaffeln, Funkverbindung. Ausschwärmen, freie Nebenstrecke suchen. Eine Straße mit Kleincontainer ohne Polizei. Freischaufeln. Phantasie an die Macht. Radkappen sind bestens geeignet und kein halbleerer Container widersteht 20 Abschleppseilen und summierten KfZ-PS. Freie Bahn bis zum Kraftwerk!

6

14 Uhr 30. Tausende stehen auf der Straße vor dem AKW, Tausende sind noch im Anmarsch. Und hier auf dem Parkplatz gegenüber der Atomkuppel, wo die Staatsgewalt gerade grundlos die Menschen terrorisierte, verkünden die Veranstalter das Ende. Wieder und wieder heißt es ,,geht langsam nach Hause, geht langsam nach Hause!''. Das darf nicht wahr sein. Der spricht wie ein Einsatzleiter dort oben. *Wer* hat die dazu ermächtigt? Und wieder: *Wozu* fahren wir auf Demos, wir, die *ewigselben?* zeigen, daß es uns noch gibt? Und die Neuen, erstmals dabeigewesen? Sie kommen so schnell nicht wieder. Benutzt von Veranstaltern die Polizeiaufgaben erfüllen, funktionalisiert von Bundesgrenzschutzeinheiten, die Wahlkampfaufgaben erledigen. Sind wir wirklich so hilflos und *warum?* Niemand stürmt aufs Podium, um denen das Mikro wegzunehmen. Um 15 Uhr sind sie weg, ist die Demo offiziell beendet. Der Hamburger Konvoi steht bei Kleve ... Wieso überlassen wir die Organisation *solchen* politischen Suppenkochern, die uns ebenso benutzen, wie die anderen, Staatsgewalttätigen? Planlos, ziellos rumstehen. Weiter weg, auf der Wiese jenseits des Grabens tobt die Ritualschlacht. Gasschwaden ziehen heran. Heulen, husten, fluchen. Dann die Frau der Leitplanke, mit Megaphon. ,,Drüben, auf der Wiese, wurden Strommasten besetzt! Laßt uns alle da hingehen, zur Unterstützung?'' Niemand hat einen Feldstecher dabei, um die Angabe zu überprüfen (die nicht stimmte!). Aber alle sind froh. Handlungsanweisung! Wir brauchen unsere Führer/innen! Schon werden Leitplanken abmontiert, über die Gräben gelegt. Und siehe da, zweimal sechs Vermummte tauchen auf, schleppen Metallstege, wie geschaffen, um Gräben zu überwinden. Niemand fragt, wieso hier in der Landschaft plötzlich zwei Metallstege rumliegen. Vielleicht wurden sie wirklich von Militanten gefunden. Waren es Militante, die Vermummten? Jedenfalls überquert alls prompt den Graben, langsam genug, bis sämtliche Polizeieinheiten vom Werk abgezogen und auf der Straße gemütlich Richtung Wiese gelatscht sind. Der Rest ist Formsache. Schlachtfeld anno Achtzehnhundert. Eine große Wiese, zwei Fronten. Scharmützel, Ritualtanz. Angreifen, zurückweichen. Angreifen — dies zur Tagesshowgewalt — mit Schlammklumpen. *Anderes* ist auf der Wiese nicht zu finden. Zurückweichen vor dutzenden von Gasgranaten, teilweise gezielt auf einzelne Menschen abgefeuert. *Das* ist Gewalt!

7

7

Abends im Fernsehen ,,Anarchismus''. Werfende ,,Chaoten'', von denen niemand weiß, daß sie mit Erde schmeißen. Dichte Gasschwaden. *Produzierte* Bilder, *Ohne* BGS-Großhubschrauber, das AKW überfliegend (was, wenn einer abstürzt?), die Menschen bedrängend. Und erneut: Wie bereiten *wir* uns vor? Wo sind die eigenen Doku-Videoteams? Wo tausende Fotoapparate, statt fünf oder zehn, deren Träger — zu recht? — für Spitzel gehalten werden? Wo die ein, zwei Tage vorher deponierten Holzplanken, damit die Gräben überwunden werden können, dort wo es nötig ist, damit Angst vor einem Polizeiausfall gar nicht erst entstehen kann, weil Fluchtwege offen sind? Weshalb hat nur eine handvoll Gasmasken? Keine taz, keine ,,konkret'', die je eine Bezugsadresse veröffentlichte (aber ,,linken'' Geschäftemachern die Anzeigenspalten öffnen!), so, als glaubten wir alle eben doch nicht an das BRD-Tschernobyl, weswegen allein schon jede und jeder eine Gasmaske im Auto haben sollte!

8

Glauben wir unseren eigenen Experten? Kaum, denn dann müßten wir endlich *Widerstand* leisten. *Was wollen wir?* Ein bißchen Protest, aber bitte ohne allzuviel Unbequemlichkeit? Warum lassen wir aus NRW uns nach Brokdorf locken, statt die Hamm-Uentrop blockierenden Bauern dort zu unterstützen? Sind wir überhaupt noch fähig *allein* politisch zu *denken* oder sind wir alle nur noch ,,echt unheimlich betroffen'', brauchen unsere Vordenker, seien sie nun grün, lilaoder blaßrosablau? Müßten wir nicht den Druck der Straße verstärken, die Unentschlossenen, Ängstlichen, Zweifelnden gewinnen? Warum demonstrieren wir nicht — und sei es nach Feierabend — *jeden Tag* in unseren Städten? Kennen wir nicht die *dort sitzenden* Atom-Verantwortlichen? Wollen wir nichts wissen, von ihren Villen im Grünen, am Stadtrand? Wer veröffentlicht ihre Adressen? Sie lassen uns nicht ruhig schlafen (oder doch?), sollen wir sie ...?

9

Widerstand muß eine politische Absicht, ein Ziel verfolgen. Widerstand heißt: *Druck* ausüben. Den Handlungsspielraum derer einschränken, gegen die er sich richtet, heißt: dafür sorgen, daß der Preis ihrer Handlungen für sie unbezahlbar wird. *Täglich!* Was hindert uns 10, 15, viele Öko-Institute zu schaffen, finanziert mit Spenden, die an allen AKWs messen, *immer?* Was an Hungerstreiks vor den Energiezentralen? Was an Straßenblockaden, massenhaften Mastbesetzungen? *Wir selbst* hindern uns daran! Nein, wir fahren hunderte von Kilometern, an den Arsch der Welt, um im Rahmen von Polizeistrategien verplant zu werden. Massendemonstrationen a la Brokleben, Gordorf, Wackersgrohnde? *Ja*, wenn sie *politisch* durchdacht sind, wenn alle *vorbereitet* hinfahren. *Was heißt hier Gewalt?* ,,Würden Herr Staat die unendliche Güte besitzen, Ihro Atomkraftwerke abzuschalten, Ihro Majestät Sumpf aus Schmiergeldabhängigkeiten, Wirtschaftslobbyismus, Machtgeilheit, Steuergelder-Futtertrogsicherung trockenzulegen?'' *So etwa?* Ihr Narren!

10

10

,,Die Militanten schaden der Anti-AKW-Bewegung, sie stehen auf Seiten der Atomlobby!'' (Lukas Beckmann, Grünen-Bu-Vo, WDR II, 11.6.1986). Mit Verlaub, Herr Beckmann, Sie sind ein Arschloch! (so und jetzt schließt mich aus, wegen parteischädigendem Verhaltens). Eine rot-grüne Kopulation, die nach Tschernobyl auch nur einen Tag länger Biblis am Netz duldet, ohne Konsequenzen zu ziehen, schadet der Anti-AKW-Bewegung, ihrer Glaubwürdigkeit. Eine Landesversammlung, die putschistisch grüne Grundsätze über Bord wirft, Funktionären samt biographisch gebrochenem Herrn Fischer Spitzeneinkommen sichert, während die andere Fraktion in Brokdorf und Wackersdorf weilt — *das* schadet der Anti-AKW-Bewegung. Eine grüne Partei, deren Funktionäre sich einzuklinken beginnen in den Machtsumpf; auf deren Landesdelegiertenversammlungen die Basis mit Geschäftsordnungstricks kaltgestellt wird; die in ihren Orts- und Kreisverbänden die Gleichmacherei der Mittelmäßigkeit pflegt, weil Kompetenz die eigene Inkompetenz enthüllt, Basismacht die Funktionäre gefährdet — *das schadet*. Die Militanten schaden der Anti-AKW-Bewegung, das meint: Sie schaden den grünen Wahlchancen, dem persönlichen Fortkommen der Herren Beckmann und Co., kratzen das ministrable Image derer an, die ihre letzte Chance sehen, im Kapitalismus *doch noch* etwas zu werden. Man sehe sich an, wie da bei Wahlen Pöstchen geschoben werden, Liste auf, was binnen ein, zwei Jahren an grünen Grundsätzen über Bord geworfen wurde, beobachte das geschäftige, machtbewußte und -berauschte Treiben der gestern noch Ewigzukurzgekommenen, jetzt plötzlich Teilhabendürfenden; registriere das ganze erbärmliche Verhalten stinknormaler bürgerlicher Parteifunktionäre! *Das schadet der Anti-AKW-Bewegung!* Widerstand, der einer ist, tut es nicht, wenn er von Tausenden statt 100 ,,Chaoten'' praktiziert wird!
Tausenden statt 100 ,,Chaoten'' praktiziert wird!



11

Wir sollten nachdenken. Rasch! Sollten uns klarwerden, was wir wollen. Ein bißchen Protest, ein bißchen Demotourismus, mit den — aus sicherem Abstand beobachteten — angenehm gruseligen Ritualkampfeinlagen selbstzweckgewordener ,,Hurra-wir-fighten-noch-Aktionen'' einiger weniger oder *Widerstand*. Auch gegen die Suppenköche in den eigenen Reihen, die politischen Rattenfänger im Funktionärs- und Veranstaltergewand, deren Ziel nicht Widerstand, sondern Manipulation ist. (Schließlich könnten sie ja übermorgen gezwungen sein, selbst den Knüppel zu schwingen, als Machtteilhaber?) Wir müssen uns endlich mit allen Konsequenzen klarmachen, daß nach einem Tschernobyl in Stade diese Republik nicht wiederzuerkennen ist. Danach herrscht offene Diktatur, muß herrschen, um Massenpaniken und -fluchten, einen Wirtschaftszusammenbruch in den Griff zu kriegen. *Dann* wird *Gewalt herrschen*, ob wir wollen oder nicht, uns pazifistisch oder militant schimpfen. Dann bestimmen andere das Handeln. Handeln wir also jetzt. Hundert Chaoten? Zehntausende! Wir müssen uns entscheiden, heute, nicht übermorgen. Wollen wir das bißchen Zeit, das uns allen bleibt, so gut wie möglich ver-leben, in Szene-Kneipen, Beziehungschaos und beim Kindermachen (vielleicht trifft's ja nur Nord- oder Süddeutschland, die jeweils anderen kommen noch einmal davon) bis die nächste Wolke im Lande selbst entsteht oder wollen wir uns wehren? Dann aber bitte nicht mit Halbheiten. Ein bißchen Protest bringt uns nicht weiter, im Gegenteil. *Das* nützt in der Tat dem Rechts-Staat.

12

Wenn die Bekämpfer des Unrechts / ihre verwundeten Gesichter zeigen / ist die Ungeduld derer, die in Sicherheit waren groß // wer kämpft sagen sie, muß verlieren können / wer Streit sucht, begibt sich in Gefahr / wer mit Gewalt vorgeht / darf die Gewalt nicht beschuldigen // Ach, Freunde, die ihr gesichert seid / warum so feindlich? Sind wir / Eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind? / Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind / hat das Unrecht doch nicht recht! // Unsere Niederlagen nämlich / beweisen nichts, als daß wir zu / wenige sind / die gegen die Gemeinheit kämpfen / und von den Zuschauern erwarten wir / daß sie wenigstens *beschämt sind!* (B. Brecht ,,An die Objektiven'').

Fotos: W. Schlegel

Anmerkung
Der Beitrag wurde von der ,,taz'' als zu moralisch abgelehnt.



Foto: H. Wojahn

'Hamburger Kessel'

Ein Schuß ging nach hinten los

Fortsetzung von Seite 1

Es sei zu „entwürdigenden Zuständen" gekommen. Von der Polizei-Aktion seien „überwiegend friedliche Demonstranten" betroffen worden. **„Jetzt muß alles peinlich genau untersucht werden: Die Einschließungsaktion, die teilweise entwürdigenden Umstände, die Dauer — alles! Nichts wird unter den Teppich gekehrt."** (Kommentar Voscheraus in der SPD-nahen „Morgenpost")

Dieses Versprechen mag aus linker Sicht wohl allzu optimistisch anmuten. Richtig ist aber, daß mittlerweile die Polizeiführung samt Innensenator auf der öffentlichen Anklagebank sitzt. Die Chancen, Transparenz in das politische und polizeiliche Kalkül der Herrschenden zu bringen, sind in diesem Fall relativ gut.

Die Staatsversion zum Ablauf

Aus den bisherigen Aussagen der Polizeiführung und Langes im Innenausschuß der Bürgerschaft — es wird demnächst noch eine zweite Sitzung zum Thema stattfinden — ergibt sich folgende offizielle Version über den Entscheidungsprozeß hinter den Vorgängen: Der Polizei hätten im Vorfeld der Brokdorf-Demo Erkenntnisse vorgelegen, daß für den anschließenden Sonntag, 8. Juni, eine Demonstration in Hamburg verabredet worden sei, für den Fall, daß man am 7. Juni von der Polizei nicht nach Brokdorf gelassen würde. Als Treffpunkt sei das Heiligengeistfeld, 12 Uhr, festgelegt worden. Durch Bespitzelung einer Beratung am Abend des 7. Juni sei man jedoch zur Einschätzung gelangt, daß es bei den gemäßigten Gruppen Frustrationen gebe und daß man es am Sonntag auf dem Heiligengeistfeld im wesentlichen nur mit einem harten Kern von 100-150 Autonomen zu tun haben werde. Diese Einschätzung sei der Einsatzbesprechung im Polizeipräsidium zugrunde gelegt worden, die am Sonntag zwischen 10.30 und kurz nach 11 Uhr stattgefunden habe. Man habe sich bis zum letzten Moment drei Optionen prinzipiell offenhalten wollen, nämlich

1. die Zulassung einer von starken Polizeikräften eskortierten Demonstration, oder 2. die Zerstreuung der Teilnehmer am Sammelpunkt, oder 3. *„den Aufzug dadurch nicht zuzulassen, daß wir die Teilnehmer am Sammelplatz binden, um dann festzustellen, welche weiteren Möglichkeiten sich für die Polizei auftun."* (Aussage des Landespolizeidirektors Honka, der am 8. Juni den Polizeipräsidenten ver-

melplatz binden, um dann festzustellen, welche weiteren Möglichkeiten sich für die Polizei auftun." (Aussage des Landespolizeidirektors Honka, der am 8. Juni den Polizeipräsidenten ver-

trat) Die letzte Entscheidung, welche der Optionen praktiziert werden sollte, sei dem Einsatzführer der Bereitschaftspolizei vor Ort, Arthecker, überlassen worden.

In bisher nicht erläutertem Widerspruch zu dieser Darstellung steht, daß Herrn Arthecker kurz nach 11 Uhr ein handschriftlicher Einsatzbefehl übermittelt wurde, der nur eine einzige Option enthielt, nämlich: *„Die Abteilung* (konkret: vier Hundertschaften Bereitschaftspolizei) *schließt die Versammlung auf dem Heiligengeistfeld ein und gewährleistet nach Auflösungsverfügung kontrollierten Einzelabmarsch der Teilnehmer."* Arthecker gab vor dem Innenausschuß an, *„daß dieser Befehl nicht verbindlich, sondern daß ich bis zur letzten Minute berechtigt und verpflichtet war, anhand der Lage nochmals zu entscheiden."* Davon steht jedoch kein Wort im Einsatzbefehl, der im Innenausschuß vorgelegt wurde. Es müßte also, schriftlich oder mündlich, noch einen darüber hinausgehenden Einsatzbefehl gegeben haben, der den vorliegenden wieder relativierte und Herrn Arthecker eine weitgehende alleinige Entscheidungsvollmacht einräumte. Oder aber wir stehen bereits vor einem Gordischen Knoten von Lügen.

Seltsam auch, daß die im schriftlich vorgelegten Einsatzbefehl formulierte Kombination — erst einschließen, dann „kontrollierter Einzelabmarsch" — in den von Honka berichteten drei Optionen gar nicht auftaucht. Dort ist lediglich vorgesehen, zunächst einzuschließen und danach weiterzuentscheiden. Also genau das, was real ablief. Ganz in diesem Sinn auch die Aussage des Herrn Rürup, am 8. Juni Einsatzleiter vor Ort: *„Wir haben zunächst gesagt: Wir lösen nicht auf, sondern wir halten nur fest."* Diese Entscheidung sei gegen 12.10 oder 12.15 gefallen. Um 12.21 habe daraufhin Arthecker den ihm unterstellten Hundertschaften Befehl gegeben, die Fahrzeuge zu verlassen und „zur Einschließung vorzugehen". Als sicher

12.15 gefallen. Um 12.21 habe daraufhin Arthecker den ihm unterstellten Hundertschaften Befehl gegeben, die Fahrzeuge zu verlassen und „zur Einschließung vorzugehen". Als sicher

kann demnach gelten, daß die definitive Entscheidung zur Kesselbildung schon vor dem Anrücken der Polizei gefaßt wurde. Senator Lange hat also die Unwahrheit gesagt, als er die Einkesselung zunächst damit zu begründen versuchte, die Polizei habe gar nicht anders reagieren können, weil sie mit Steinwürfen empfangen worden sei.

Fassen wir an diesem Punkt einmal zusammen: Die oberste Polizeiführung (namentlich Honka) hatte nach eigenem Bekunden drei Optionen entworfen, die unmittelbare Entscheidung jedoch an die Einsatzleitung vor Ort delegiert. Sie hatte, um bei den eigenen Bekundungen der Herren zu bleiben, sich überhaupt noch keine Gedanken gemacht, wie die Dinge nach einer eventuellen Kesselbildung weiterlaufen könnten. Das ist, vorsichtig gesagt, höchst unwahrscheinlich. Gewiß haben die Herren sich spätestens am Sonntag-Vormittag bei der Einsatzbesprechung im Polizei-Präsidium auch schon Gedanken über mögliche Taktiken nach Schließung des Kessels gemacht, vielleicht wieder in Form von mehreren Optionen. Darüber sollte die Öffentlichkeit mehr erfahren.

Weiter: Der Kessel ist nun dicht, was macht man mit den Leuten? Dazu Rürup vor dem Innenausschuß: Es sei nicht von vornherein beabsichtigt gewesen, *„diese Personen über längere Zeit im Gewahrsam zu halten"*. Man habe sich erst vor Ort entschieden, *„die Einschließung aufrechtzuerhalten und hier zu einer Ingewahrsamnahme dieser Personen zu kommen"*. Diese Entscheidung sei im Laufe des Tages *„permanent überprüft worden, ob sie noch erforderlich und verhältnismäßig ist."* Die Ausgangslage sei gewesen, daß im Kessel „überwiegend gewaltbereite Personen" gewesen seien und zugleich die Polizei von Demonstranten außerhalb des Kessels angegriffen worden sei. Diese Lage habe bis weit nach Mitternacht angedauert. *„Insofern wurde dann der Entschluß gefaßt, die Personen aus der Einschließung in fest-*

außerhalb des Kessels angegriffen worden sei. Diese Lage habe bis weit nach Mitternacht angedauert. *„Insofern wurde dann der Entschluß gefaßt, die Personen aus der Einschließung in fest-*

gesetzte Sammelstellen, abgesetzt vom Ort dieses Geschehens, zu bringen und dort in Gewahrsam zu halten, bis die Krawalle draußen beseitigt worden sind und sie dann einzeln zu entlassen, damit sie dort nicht weiter mitmachen können." In den ersten zwei Stunden nach Schließung des Kessels sei an einen Abtransport der Gefangenen wegen der Krawalle überhaupt nicht zu denken gewesen. Man habe einfach keine Fahrzeuge heranführen können, und „wir mußten im Grunde auch die Gefährdung der Eingeschlossenen durch Steinwürfe und so weiter vermeiden" (Rürup). Als nach zwei Stunden *„ein Abtransport langsam möglich wurde"*, sei für die weitere stundenlange Verzögerung in erster Linie der Mangel an Kräften verantwortlich gewesen: *„Da wir dieses nicht geplant hatten, hatten wir keine Infrastruktur, die uns erlaubte, dieses mit einem großen Volumen an Kräften und Fahrzeugen zu machen"* (Rürup). Wohl aber konnte man rund um den Kessel insgesamt 1.200 Polizisten einsetzen und den ganzen Tag lang Mannschaftswagen mit undurchschaubaren Absichten durch Altona fahren lassen.

Nochmals zusammengefaßt: Die beispiellose Dauer der Einkesselung, die in den ersten Statements weder von Lange noch von Dohnanyi beanstandet wurde, aber die mittlerweile senatsoffiziell als nicht vertretbar kritisiert wurde, wird erstens zurückgeführt auf randalierende Chaoten außerhalb des Kessels und zweitens auf mangelnde Einstellung der Polizei auf eine Aufgabe dieses Volumens. Die Dauer habe sich also vollkommen spontan aus dem Verlauf der Aktion entwickelt, sei keineswegs beabsichtigt gewesen. Gleiches gelte für einige der Mißstände im Verlauf der Aktion, von denen die gröbsten zudem einfach abgestritten oder sehr relativiert werden.

Wenn dem Esel zu wohl ist...

Wenn dem Esel zu wohl ist...

Wenn dies alles so gewesen wäre, wie jetzt die Polizeivertreter behaupten, wären Lange und Dohnanyi in der Nacht zum 9. Juni mit folgender Situation konfrontiert gewesen: Die Polizei hatte sich mit ihrer Einschätzung der Lage total vertan, sowohl die Zahl der zu erwartenden Demonstranten als auch die Breite ihres Spektrums sehr unterschätzt. Die Polizei hatte sich als unfähig erwiesen, ihre Aktion zu einem halbwegs öffentlich vertretbaren Verlauf und Abschluß zu bringen. Die Dauer der Einkesselung hatte Ausmaße angenommen, die in der BRD beispiellos dastehen. Es wäre demnach offensichtlich gewesen, daß man einer skandalträchtigen Polizei-Panne gegenüberstand. Für einen klugen Politiker — und dazu konnte Dohnanyi bisher anscheinend gerechnet werden — wäre deutliche Zurückhaltung geboten gewesen. Tatsache ist aber, daß sich nicht nur Senator Lange, sondern auch Dohnanyi beeilten, die Polizei-Aktion ohne die geringste Distanz zu billigen und als notwendig zu rechtfertigen. Welcher Politiker wirft sich derart für Beamte in die Bresche, von denen er annehmen muß, daß sie sich grobe Fehler geleistet haben und demnächst ins Feuer der Kritik geraten werden? Vielleicht hatte Dohnanyi die Wucht der Kritik und der Proteste unterschätzt? Auch diese Deutung kann nicht überzeugen, denn Dohnanyi bekannte sich sogar am 16. Juni, also nach der Riesendemo vom 12. Juni und nach Sichtbarwerden der Unruhe in der SPD selbst, im ‚Abendblatt" ohne erkennbare Notwendigkeit erneut zu seiner Position: *„Manche Kritik ist aus meiner Sicht vorschnell geäußert worden, ohne alle Einzelheiten der Vorfälle zu kennen."* Über die Vorwürfe gegen die Polizei wegen menschenunwürdiger, sadistischer Behandlung der Eingekesselten gebe es widersprüchliche Aussagen. Hamburgs Polizei habe nach wie vor sein Vertrauen: *„Ich werde dies in den nächsten Tagen noch einmal deutlich machen. Ich plane Besuche bei der Polizeiführung, vielleicht auch bei Einsatzkräften."*

Warum dies von einem Mann, der sich bisher stets um ein liberales Image bemüht hat und der nach den gescheiterten Tolerierungsverhandlungen mit der GAL 1982 sogar öffentlich bekanntgab, er habe bei diesen Gesprächen viele bereichernde Erfahrungen gewonnen? Hat er das nötig, weil er selbst viel tiefer in der Affäre drinsteckt, als bekannt werden darf? Wer eine einleuchtendere Begründung weiß, möge sie vorbringen.

Die erste Runde geht an die Rechten

Am 11. Juni gingen Briefe der Senatoren Kuhbier (Wasserwirtschaft, Energie und Stadtentsorgung) und Ehlers (Soziales) an ihren Senatskollegen Lange und an die Presse. Beide verwahrten sich gegen eine Presseerklärung vom 10. Juni, in der der unzutreffende Eindruck erweckt worden sei, der Senat stehe geschlossen hinter der Billigung der Polizei-Aktion. Kuhbier äußerte Zweifel, *„ob die Polizei umsichtig und entschlossen gehandelt hat"*, ob alle Maßnahmen erforderlich und angemessen waren, ob auch *„viele gewaltlose Demonstranten"* mitbetroffen waren, und ob die Dauer der Festhaltung rechtmäßig war. Klarer zur Sache kam Ehlers: Er halte die Polizei-Aktion für *„rundum menschenunwürdig"* und werde *„eine Wiederholung nicht ohne öffentlichen Widerspruch hinnehmen"*. *„Diese Festsetzung auf*

werde *„eine Wiederholung nicht ohne öffentlichen Widerspruch hinnehmen"*. *„Diese Festsetzung auf*

dem Heiligengeistfeld ist entschieden nicht ein Sportstadion in Chile, aber die Grenzlinie dazu wird mir in der Methode polizeilichen Vorgehens zu undeutlich." Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Bodo Schümann, der Parteilinken zuzurechnen, erklärte am gleichen Tag: *„Die Berichte, die mich pausenlos erreichen, haben mich erschüttert. Sie bestätigen das, was Michael Herrmann* (Bürgerschaftsabgeordneter der GAL, am 8. Juni im Totaleinsatz rund um die Uhr zugunsten der Eingekesselten) *mir gesagt hat ... Für mich ist der Sonntag ein Tag der Scham und Trauer."*

Die Rechten, an deren Spitze sich Dohnanyi gesetzt hat, schlugen zurück: Der Senat erteilte Kuhbier und Ehlers eine deutliche Rüge. Die „Bild" berichtete süffisant, daß dieser Rüge „mit hochroten Köpfen" die beiden abgekanzelten Senatoren selbst zugestimmt hätten. Ebenfalls ohne Distan-



Foto: H.W.



Foto: argus

Fortsetzung von vorheriger Seite

zierung von Ehlers und Kuhbier wurde in der Nacht zum Freitag, 13. Juni, eine Stellungnahme des Senats zur Kessel-Aktion beschlossen. Abgesehen von der Kritik, die Dauer der Einkesselung sei ,,im Ergebnis nicht vertretbar'', stellt diese Senatserklärung eine reine Rechtfertigung des Polizei-Einsatzes dar: Die Einschätzung der Polizei, es auf dem Heiligengeistfeld mit einem ,,gefährlichen Gewaltpotential'' zu tun zu haben, sei ,,vertretbar''. Der Auffassung der Polizei, man habe die Eingekesselten nicht auf dem Heiligengeistfeld wieder freilassen können, stimmt der Senat ausdrücklich zu, *,,weil mit Angriffen der Freigelassenen im Rücken der Polizei zu rechnen war''*. Allen Beschwerden eingekesselter Demonstranten solle nachgegangen werden; jedoch wird sogleich die Polizei vorbeugend pauschal damit entschuldigt, daß sie bei solchen Einsätzen ungeheuerlichen Beschimpfungen und körperlichen Angriffen ausgesetzt sei.

Ausdrücklich wird festgehalten: *,,Der Senat hält Einschließungen in außergewöhnlichen Situationen für zulässig, wenn den rechtsstaatlichen Abwägungsgeboten genüge getan wird. Dies hat die Polizei aus ihrer Sicht bejaht.''* Anders gesagt: Einkesselungen gelten zukünftig als zulässig, wenn die Polizei sie für erforderlich hält. Denn niemand anders als die Polizei hat das Definitionsmonopol, ob im Einzelfall mit einem ,,gefährlichen Gewaltpotential'' zu rechnen ist und ob ein nichtfriedlicher Verlauf einer Demonstration zu erwarten gewesen wäre, die man schon am Sammelpunkt insgesamt einkassiert hat. Daß die Polizei im Chor mit der Springerpresse potentielle Krawalle vor Demonstrationen prognostiziert, die nachher völlig ruhig abgehen, ist natürlich keine Seltenheit. Aber wer Demonstranten schon am Sammelpunkt einkesselt, erspart sich den Gegenbeweis. Da solche Kessel-Aktionen Solidarität und ohnmächtige Befreiungsversuche von außen hervorrufen, schaffen sie sich ihre nachträgliche Rechtfertigung gleich selbst.

Die Senatserklärung stellte also einen klaren Sieg für Dohnanyi, Lange und Co. dar. Statt der Kritik aus den eigenen Reihen nachzugeben, hatten sie den gesamten Senat auf eine Erklärung verpflichtet, die nicht nur offensiv die Kessel-Aktion vom 8. Juni im wesentlichen verteidigte, sondern die dieses in Hamburg neu in das Polizei-Instrumentarium eingeführte taktische Mittel auch für die Zukunft als legitim billigte.

Dies geschah einen Tag nach der gewaltigen Demonstration von 50.000 Menschen am 12. Juni. Also in voller Kenntnis der Tatsache, daß die Kessel-Aktion nicht Spaltung und Resignation, sondern eine Solidarisierung von beispielloser Breite und Massivität hervorgerufen hatte. 15 SPD-Bürgerschaftsabgeordnete, Senator Ehlers und der SPD-Landesvorsitzende Runde hatten sich an der Demonstration beteiligt.

schaftsabgeordnete, Senator Ehlers und der SPD-Landesvorsitzende Runde hatten sich an der Demonstration beteiligt.

Ungeordneter Rückzug

Noch am 16. Juni verteidigte Dohnanyi scheinbar frech und unbeeindruckt in Springers ,,Abendblatt'' erneut die Polizei-Aktion und tat die Kritik als ,,vorschnell'' ab. Die Wende markierte der ,,Morgenpost''-Kommentar des SPD-Fraktionsvorsitzenden Voscherau. Ansonsten als harter Propagandist der Partei-Rechten profiliert, ließ er Dohnanyi und Ehlers im Regen stehen. Im Kessel seien ,,überwiegend friedliche Demonstranten'' gewesen, räumte Voscherau ein, während Lange doch behauptet hatte, es habe sich vor allem um ,,Gewalttäter'', ,,polizeibekannte Sympathisanten der RAF'', ,,Leute aus der Hafenstraße und sogenannte Autonome'' gehandelt. An dieser Stelle ein kleiner Exkurs: Im Innenausschuß wurde vom SPD-Abgeordneten Loewe an die Polizeivertreter die Frage gestellt: ,,Wieviele der überprüften Personen — Sie haben alle Personen aus dem Kessel überprüft — waren der Polizei als gewalttätig bekannt?'' An Stelle der Gefragten warf sich Senator Lange dazwischen: die Frage könne nicht beantwortet werden, es seien keine Daten der Festgenommenen abgeglichen worden, sowas gebe es in Hamburg im Gegensatz zu anderen Bundesländern gar nicht. Woher kam also Langes Behauptung am 9. Juni, im Kessel seien ,,polizeibekannte Sympathisanten der RAF'' etc. gewesen? Frei erfunden, Herr Senator?

Zurück zum Voscherau-Kommentar, wie gesagt am 20. Juni in der ,,Morgenpost''. Die harte Position Dohnanyis und Langes (,,Wir bereuen nichts!'') war damit aus dem eigenen Parteilager heraus gründlich blamiert und isoliert worden. Die Folgen zeigten sich alsbald. Am 23. Juni meldete das ,,Abendblatt'': *,,Bürgermeister entschuldigt sich''*. In einem Rundfunkinterview hatte sich Dohnanyi endlich gezwungenermaßen zu den Floskeln menschlichen Anstands bequemt, zu denen ihn die politische Vernunft schon zwei Wochen früher hätte veranlassen können. Im ,,Abendblatt'' vom gleichen Tage trat auch Lange einen taktischen Rückzug an: Die Entscheidung zur Einkesselung halte er zwar nach wie vor für richtig: *,,Die Dauer und die daraus resultierende Beeinträchtigung der Menschen war aber im Ergebnis nicht vertretbar. Ich bedaure das und hoffe, daß es nicht wieder vorkommt.''*

Ob das noch reicht, bezweifelt mittlerweile nicht nur die ,,taz'', sondern sogar die ,,Bild'', die am 27. Juni über Langes Ablösung spekulierte. Tatsache ist, daß wegen der Hamburger Vorgänge vom Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion eine Sondersitzung angesetzt wurde, auf der Dohnanyi, Lange und Voscherau zu berichten hatten. Pikanterweise war auch Langes Vorgänger Pawelczyk, derzeit Hamburger Vertreter in Bonn, hinzugezogen worden. ,,Unter Pawelczyk wäre so etwas nicht passiert'', ist die Flüsterparole unter Hamburgs Pawelczyk-nostalgischen SPD-Rechten.

Ganz ohne rollende Köpfe scheint es nicht mehr abzugehen. Die Frage ist nur noch, ob es bei einem oder mehreren Polizeivertretern bleibt (genannt werden schon Honka, Arthecker und

Krappen, Chef der unmittelbar für den
Ganz ohne rollende Köpfe scheint es nicht mehr abzugehen. Die Frage ist nur noch, ob es bei einem oder mehreren Polizeivertretern bleibt (genannt werden schon Honka, Arthecker und

Krappen, Chef der unmittelbar für den Polizei-Einsatz zuständigen Polizeidirektion Mitte), ob Lange mitgehen muß, oder ob gar Dohnanyi in den Strudel gerät. Gesichert scheint nur leider jetzt schon, daß höchstens um Personen, aber nicht um das Prinzip gestritten wird. Der ,,Hamburger Kessel'' ist wiederholbar, wenn auch wohl ohne die anstössigsten ,,Auswüchse'' und ,,menschlich verständlichen Entgleisungen einzelner Beamter''.

Fazit

Es bleibt die Frage nach den politischen Hintergründen des 8. Juni. Vereinfacht gefragt: Mißgeschick einer überforderten Polizei oder bewußtes politisches Kalkül, das freilich den Verantwortlichen als Bumerang an den Kopf zurücksauste? Angeblich wollte die Polizei auf dem Heiligengeistfeld 100 militante Autonome einfangen, und ihr gingen stattdessen über 500 Menschen aus der ganzen Breite des Protests, inclusive Juso-Mitgliedern ins Netz. Unbeabsichtigt, wider Willen? Tatsache ist, daß die Hamburger Polizei-Aktion vom 8. Juni auf seltsame Art und Weise mit der Polizei-Taktik vom Vortag rund um Brokdorf übereinstimmte: Gezieltes Einschlagen auf das gesamte beteiligte Spektrum, insbesondere auch auf ,,Gemäßigte'' und ,,Friedliche''. Den ,,Friedlichen'' soll eingeprügelt werden, daß eigene Nicht-Gewalt nicht ausreicht, sondern daß man sich von ,,Gewalttätern'' oder auch von potentiell gewaltträchtigen Situation gefälligst weit fern zu halten hat. Andernfalls man eben eine Bestrafung durch Verprügeln (als offizielles juristisches Instrument längst abgeschafft) und/oder außergerichtlichen Arrest und sadistische Demütigungen riskiert. Motto: ,,Wer nicht hören will, muß fühlen'' und ,,Was geht ihr denn auch zu solchen Demos!''.

Und das soll in Hamburg völlig unbeabsichtigt, aus bloßer Unfähigkeit der Polizei, passiert sein? Wenn man im Polizeipräsidium jemals den Plan ausgeheckt hatte, 100 Chaoten einzufangen, so war am 8. Juni schon um 12.30 sichtbar, daß man sich in jeder Hinsicht schwer vertan hatte: viel zu viele Leute, viel zu wenig vorzeigbare Gewalttäter im Kessel. Wenn dies ein Fehlschlag war, so hätte man Wege finden können, um ihn schnellstmöglich zwar nicht ungeschehen zu machen, aber nicht noch schlimmer werden zu lassen. Es drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß das tatsächliche Ergebnis den Verantwortlichen, falls sie es denn schon nicht von vornherein gewollt hatten, beim näheren Hinsehen zumindest nicht unlieb war. Im übrigen kann als sicher gelten, daß die Polizeiführung nicht so eine bisher beispiellose Aktion über 13 Stunden fortsetzt, ohne sich vorher oder spätestens während der Aktion Deckung bei den politisch Verantwortlichen zu holen. Was dabei die Rolle Langes angeht, so wissen wir aus seinen Aussagen vorm Innenausschuß: Er sei auf einer Parteiveranstaltung gewesen und habe sich ,,um die Mittagszeit'', als noch ,,alles in der Vorbereitung'' war, einen ersten telefonischen Lagebericht durchgeben lassen. Spätestens zu dieser Zeit müßte

er also von der beabsichtigten Kessel,
veranstaltung gewesen und habe sich ,,um die Mittagszeit'', als noch ,,alles in der Vorbereitung'' war, einen ersten telefonischen Lagebericht durchgeben lassen. Spätestens zu dieser Zeit müßte

er also von der beabsichtigten Kessel-Bildung erfahren haben, falls er sie nicht selbst mitveranlaßt hatte. In der ,,Bild'' hatte Lange aber am 14. Juni behauptet, er sei über die Polizeipläne nicht vorher informiert gewesen (Was ist bei Ihnen denn Inhalt eines Lageberichts, Herr Senator?), sondern sei erst unterrichtet worden, als der Kessel schon stand. Weiter Lange vorm Innenausschuß: Um 12.59 sei bei ihm der nächste Lagebericht erfolgt, also gut eine halbe Stunde nach Schließung des Kessels. Er sei daraufhin sofort in den Führungsstab gefahren, dort um 13.20 Uhr angekommen, habe sich dort den nächsten Lagebericht geben lassen, sei um 14 Uhr im Polizeirevier Wache 16 und um 14.15 Uhr ,,vor Ort'' gewesen. Zwischen 15.15 und 15.35 Uhr habe er sich mit dem Hubschrauber über das Gelände fliegen lassen. Aufgrund seiner eigenen Eindrücke habe er die Einschätzung der Polizei, daß nicht mit einer Freilassung der Eingekesselten begonnen werden könne, ,,für absolut richtig gehalten''. Er hat zumindest bis zu diesem Zeitpunkt die Polizei-Taktik also unmittelbar gebilligt, wenn schon nicht selbst mitbestimmt. Leider brach seine chronologische Rechenschaftslegung vorm Innenausschuß an diesem Punkt ab.

Wenn man eigentlich nur 100 militante Autonome einkesseln wollte, warum doziert dann Senator Lange vorm Innenausschuß: *,,Die Solidarisierung anderer nicht per se gewaltbereiter Personen ist seit Tschernobyl erheblich größer — erheblich größer —, als sie es früher gewesen ist. Wir haben bei anderen Demonstrationen (13. Mai)* (erste Demonstration nach der Katastrophe von Tschernobyl in Hamburg) *erleben müssen, daß offen von — ich will mal sagen — friedfertigen Demonstranten Beifall geklatscht worden ist, als Scheiben eingeworfen und Steine auf Polizeibeamte geschleudert wurden. Hier gibt es einen Solidarisierungseffekt von sehr vielen, eigentlich nicht gewaltbereiten Personen und denen, die sich zur Gewalt verabredet haben und Gewalt anwenden, denen Deckung und Unterschlupf zu gewähren. Von daher darf ich sagen, daß auch bei einer kritischen Nachbereitung dieses Polizeieinsatzes ein Zug durch die Hamburger Innenstadt durch diesen Personenkreis aus meiner heutigen Sicht nicht in Betracht hätte kommen dürfen.''* Also, gerade weil der Kreis der Eingekesselten so heterogen zusammengesetzt war, mußte zugeschlagen werden! Bemerkenswert auch die Aussage des Einsatzleiters Rürup vorm Innenausschuß: *,,In dem Kreis waren nach unserer Einschätzung überwiegend gewaltbereite Personen, wobei wir von einem Gewaltbegriff ausgehen müssen, der nicht dem klassischen Begriff oder den klassischen Vorstellungen entspricht, daß es nur die Leute unter Gewaltpotential sehen — die Leute, die nicht tragen und nicht werfen, die aber den Gewalttäter abschirmen, wenn die Polizei zugreift. Das ist eine Erfahrung, die wir in den letzten Einsätzen haben machen müssen. Wenn ich diesen Maßstab an den Personenkreis anlege, der hier vorhanden war, dann ist die Polizei sehr sicher, daß diese Leute, die sich in der Einschließung befanden, in der überwiegenden Zahl diesem Gewaltbegriff zuzurechnen sind.''*

Zunehmende Gewaltakzeptanz, lautet vor allem nach Tschernobyl das Stichwort. Da ist die weitverbreitete Angst vor dem, was noch kommen könnte, die sich in ohnmächtige Wut verwandelt und die auch schon mal zur klammheimlichen Freude wird, wenn eine Scheibe klirrt oder ein Polizist aus den Stiefeln kippt. Da greift die alte Doktrin — die Gutwilligen von den Gewalttätern trennen, unnötige Solidarisierungseffekte vermeiden — schlechter denn je. Also war eine Lektion fällig. Und wenn, siehe Rürup, die *sind, die aufgrund ihres Äußeren vom Normalbürger als Gewaltpotential eingestuft werden, sondern dieses waren unter Umständen Leute, die erstmals einen Stein in die Hand genommen haben. Nur für die Polizei kann dies kein Maßstab sein zu sagen, diese Leute dürfen raus und dürfen das, was sie vorgehabt haben, draußen durchführen. Das heißt also, es waren einmal diejenigen, die tatsächlich werfen würden, dann haben wir in der Struktur dieser Gruppen auch die Personen gehabt, die die Steine getragen haben, praktisch zugereicht hätten, und nicht zu vergessen — das müssen wir auch* alten Gewalttäter-Kennzeichen (Helm, schwarzes Leder etc.) nicht mehr ausreichen, wird automatisch jede/jeder verdächtig, der/dem eine Wut über die herrschenden Zustände zugetraut wird, die/der also potentiell gerade jemand sein könnte, die/der demnächst den ersten Stein ihres/seines Lebens wirft. Also kein Grund, die Kessel-Aktion vom 8. Juni, samt all ihren Begleiterscheinungen, für das ungewollte Ergebnis einer unzulänglichen Polizei-Führung zu halten. Daß der Schuß dann allerdings so kolossal nach hinten losging, war wohl die einzige wirkliche Panne.

Die Einschüchterung des Heiligengeistfeld-Kessels gegen die Hamburger AKW-Gegner hat nicht gegriffen. Nach der großen Protestdemonstration der über 40.000 am 12. Juni werden Hamburgs regierende Sozialdemokraten parteiintern angegriffen, die Jusos haben Verweigerung des Bürgerschaftswahlkampfs angekündigt. Dohnanyi mußte sich bei der Eröffnung einer Nicaragua-Ausstellung von Pastor Frenz böse Kritik anhören, der Vater seines Patenkindes, Pastor Bode, hat ihn öffentlich angegriffen. In der Universität mußte eine Diskussionsveranstaltung des ASTA abgebrochen werden, weil Studenten Dohnanyi eingekesselt hatten. Auf das Haus von Innensenator Lange wurde ein nächtlicher Steinwurf-Anschlag verübt.

Am 27. Juni hatten eingekesselte Demonstranten zum ,,Tanz der Chaoten'' eingeladen und die Kesselsituation und den AKW-Widerstand, Möglichkeiten praktischen und juristischen Widerstands diskutiert. 800 Anwesende verabschiedeten die nachstehende Resolution. Anschließend feierten über 1000 Leute, viele neue aus der staatsfeindlichen Anti-AKW-Bewegung, kirchliche Leute, Autonome, Kommunisten und Grün-Alternative. Sie waren sich einig: Spaltung und Distanzierung klappt nicht, entmischt wird nicht, war die vorherrschende Bombenstimmung.

Erklärung der am 27.6.86 in der HWP versammelten ,,Eingeschlossenen vom Heiligengeistfeld'':

Die Absicht der in diesem Atomstaat Herrschenden, uns durch ihre Terroreinsätze in Brokdorf, Kleve und Hamburg einzuschüchtern und aufzuspalten, ist gründlich mißlungen. Wir lassen uns weder von unseren Protest- und Widerstandsaktionen gegen die Atomanlagen abschrecken, noch unser Recht auf Demonstration und Widerstand einkesseln, lassen uns nicht in gute und schlechte, friedfertige und militante, legale und illegale Demonstranten sortieren — weder durch staatliche Gewalt noch durch sog. Entschuldigungen.

Die medienwirksam servierten **Pseudo-Entschuldigungen von Bürgermeister Dohnanyi und Innensenator Lange nehmen wir nicht an:** Sie stellen den erneuten durchsichtigen Versuch dar, uns in arme Schafe und böse Wölfe zu unterteilen. Sie sind nichts als pure Heuchelei, solange der Hamburger Senat Einkesselungen und Massenverhaftungen wie am 8. Juni für „prinzipiell vertretbar", also jederzeit wiederholbar erklärt. Statt solcher Entschuldigungen verlangen wir die **sofortige Freilassung von Frank Stülcken und den sofortigen Rücktritt von Polizeisenator Lange.**

Obwohl wir alle aus ganz unterschiedlichen Traditionen von Protest und Widerstand gegen das Atomprogramm kommen und uns nicht immer über die anzuwendenden Aktionsformen einig sind, werden wir uns nicht an der Frage der Widerstandsformen spalten lassen und uns diese nicht von den Herrschenden diktieren lassen. **Einmütig stellen wir fest:** Kriminell sind nicht diejenigen, die — in welcher Form auch immer — Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen leisten, kriminell sind vielmehr die Betreiber dieses mörderischen Atomprogramms und ein Staat, der es uns mit allen Mitteln aufzwingen will.

schenden diktieren lassen. **Einmütig stellen wir fest:** Kriminell sind nicht diejenigen, die — in welcher Form auch immer — Widerstand gegen die lebensbedrohenden Atomanlagen leisten, kriminell sind vielmehr die Betreiber dieses mörderischen Atomprogramms und ein Staat, der es uns mit allen Mitteln aufzwingen will.

Freiwillig wird dieser Staat nicht nachgeben. Ein langanhaltender Kampf in vielen verschiedenen Formen ist angesagt. Das staatsterroristische Vorgehen in Brokdorf, Kleve und Hamburg hat uns erneut verdeutlicht, wie **wichtig und notwendig die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen diesen Atom- und Polizeistaat** ist. So kündigen wir schon heute an: Die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf wird keiner von uns protest- und widerstandslos hinnehmen. Wir werden für Unruhe sorgen, wo immer und wie immer wir es für sinnvoll und notwendig erachten. Wir werden diskutieren, ob und wie wir am **Tag X von Brokdorf** vielfältige dezentrale Aktionen durchführen, und, ob und wie der Protest erneut in einer Großaktion zusammengefaßt werden soll. Dazu wird es notwendig sein, in der Anti-AKW-Bewegung neue organisierte Zusammenhänge zu schaffen.

Wir bekräftigen die Forderungen der Anti-AKW-Bewegung und der Demonstration der 50.000 vom 12. Juni:

— Gegen Polizeistaat und Einschränkung des Demonstrationsrechts
— sofortiger Rücktritt von Innensenator Lange
— keine Kriminalisierung der AKW-Gegner/innen, Einstellung aller Staf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner/innen
— Freilassung von Frank Stülcken
— Abschaffung des Atomprogramms, sofortige Stillegung aller Atomanlagen
— Das AKW Brokdorf darf nie ans Netz!

Foto: argus

Grüner Abschied von der außerparlamentarischen Bewegung

Fortsetzung von Seite 1

Das autonome Gespenst mit schwarzer Lederjacke und Motorradmaske, mit gespannter Zwille und Mollie in Brokdorf und in Wackersdorf schreckte den grünen Kleinbürger mehr, als die offenkundige staatliche Brutalität am 7. Juni: Nicht Demonstrationsverbote und militärische Polizeiaufmärsche, nicht Gaseinsätze und Straßensperren, nicht Einkesselung von Demonstranten, nein, militante Gegengewalt einer demonstrierenden Minderheit provozierte sie. Der vorher vielzitierte Atomstaat zeigte in äußerster Brutalität seine Polizeizähne und die grüne Bewegungsavantgarde versagte auf der ganzen Linie. Wo blieb der Versuch einer grünen Gegenoffensive? Klägliche und halbherzige Anklagen von Polizei- und Staatsgewalt wurden gleich wieder relativiert, indem sie mit distanzierenden Gleichsetzungen von Gegengewalt versehen wurden. Die vielzitierte „Gewaltfalle", in die laut grüner Interpretation die Bewegung am 7. Juni angeblich gelaufen sei, sie wurde von Staatssseite nicht nur weit geöffnet, sondern die GRÜNEN befinden sich bereits drin. Diese grüne Partei wird immer weniger zum Gewinn für die politisch-emanzipatorischen Bewegungen in der Bundesrepublik undkönnte sich sehr bald als eine Belastung herausstellen. Die allenthalben postulierte grüne Gewaltfreiheit, die man der neu entstehenden Anti-AKW-Bewegung verordnen möchte, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als der Aufruf zur Staatsanpassung. Sie ist eine Beleidigung für jeden bekennenden, radikal-gewaltfreien Staatsgegner. Wie sagte doch Hamburgs Oberintegrierer vom Verfassungsschutz, Christian Lochte, nach dem 7. Juni: *„Insgesamt bin ich zuversichtlich, daß sich die Grünen bundesweit von den Krawallanten distanzieren werden."* Seine Zuversicht ist begründet.

Die staatliche Gewaltkampagne

Die staatliche Gewaltkampagne

Aus Wackersdorf häuften sich insbesondere nach den Pfingstdemonstrationen die Klagen von Politikern über steigende Gewaltakzeptanz in der Bevölkerung. Für „Chaoten", so schrieb die FAZ, *„empfinden Tausende von braven, biederen Bürgern Bewunderung, ja Sympathie"* (12.6.86). Allenthalben machten Berichte von Oberpfälzer Frauen und Kindern die Runde, die den Bauzaun-Fightern in Tüten gesammelte Steine als Nachschub organisiert hätten. Das Wackersdorfer Ärgernis drohe nach Tschernobyl, so die Sorge oberster Verfassungsschützer, sich auszubreiten. Zimmermann nutzte die Vorlage seines jährlichen Verfassungsschutzberichtes, „wachsende Gewaltbereitschaft" und eine „neue Ebene der Radikalität" zu registrieren. Die Proteste gegen die Kernenergie, das ist jedem Staatsschützer offensichtlich, lassen sich nicht verhindern. Wohl aber kanalisieren und einschüchtern. Sozusagen die polizeiliche Lösung des politischen Problems, nach Tschernobyl nicht nur die Atomanlagen weiterlaufen zu lassen, sondern mit Brokdorf weitere in Betrieb zu nehmen: *„Das Gesetz des Handelns wollten wir uns heute nicht aus der Hand nehmen lassen"*, wie Polizeieinsatzleiter Hempel das Vorgehen am Reaktorgelände in Brokdorf begründete (PANORAMA, 17.6.86). Mit der Wirkung, *„wer dem Demonstrations-Recht wirklich dienen will, der trennt sich von den Chaoten — oder geht zur nächsten Demo gegen Brokdorf und Wackersdorf nicht hin"*, so die einfache Formel in BILD (Kommentar vom 10.6.86).

Die rechte Wahlstrategie

Was macht der Staat, dem droht, daß ihm in einer wichtigen Frage ein Stück weit die Legitimation entzogen wird? Er mobilisiert seine Staatsgewalt und die Bürgerangst vor dem Chaos. Viele Grüne haben offenkundig in ihrer Nachtschernobyl-Euphorie übersehen, daß bereits die Umfragen auf dem Höhepunkt des Bewußtwerdens vom radioaktiven Niederschlag wichtige Differenzierungen anzeigten: 71 Prozent der Bevölkerung bekannten sich zur Kernkraftgegnerschaft, 28 Prozent für die Kernkraftwerke. Aber: nur 14 Prozent wollten die sofortige Stillegung, 57 Prozent waren der Meinung, die AKWs *„sollen vorläufig in Betrieb bleiben und nach einer Übergangszeit stillgelegt werden"* (so die Ergebnisse der Bielefelder Emnid-Untersuchung im SPIEGEL vom 26.5.86). Diese 57 Prozent sind das im wesentlichen politisch umkämpfte Potential der bürgerlichen Parteien. Die CDU in Niedersachsen dürfte aufmerksam registriert haben, daß 40 Prozent ihrer Anhänger mit der SPD-Formel vom allmählichen Ausstieg sympathisieren (Umfrage des Forsa-Instituts, STERN, 12.6.86). Politisch war also die Situation nicht die, daß den GRÜNEN der große Einbruch ins bürgerliche Lager bevorstand (es gab nicht eine einzige Umfrage vor der Wahl, die sie bei mehr als acht Prozent sah), sondern wieweit der Wähleraustausch zwischen den großen Parteien CDU und SPD sich an der Atomfrage entschiden könnte. Die CDU war daher nicht schlecht beraten, extrem auf die law and order-Mentalität ihres und des rechten SPD-Potentials zu setzen, um angesichts prognostizierter Verluste wieder etwas Boden gutzumachen.

Man muß daher zunächst mal mit dem Unsinn aufräumen, die CDU-Kampagne gegen die GRÜNEN richte sich in erster Linie gegen diese selber. Sie zielte vielmehr in die eigenen Reihen und gegen die SPD. Neu ist diese Warnung vor dem rot-grünen Chaos — oder in früheren Zeiten vor sozialistischer Mißwirtschaft — nun beileibe nicht. Neu war nur die konkrete Äußerungsform und die Fähigkeit der CDU, aktuelle Anknüpfungspunkte in eine konkrete Kampagne umzumünzen. Den Anlaß hatten zunächst einmal die GRÜNEN selber geboten, und nicht die „Stahlkugelfraktion", indem sie sich zu Pfingsten in Hannover für den Weg der radikalen Atomgegnerschaft und andere Ausstiege entschieden hatten. Hier hat die CDU-Kampagne ihren Ursprung. In Niedersachsen wurde sie Anfang Juni mit aufwendigen Hetzanzeigen eröffnet, deren Stoßrichtung gen SPD im Titel klar war: *„Mit diesen Leuten will die SPD gemeinsame Sache machen"*, waren die antigrünen Tiraden überschrieben (siehe nebenstehendes Faksimile). Die Bundestagsdebatte vom 4. Juni, in der die CDU das grüne Programm als

SPD gemeinsame Sache machen", waren die antigrünen Tiraden überschrieben (siehe nebenstehendes Faksimile). Die Bundestagsdebatte vom 4. Juni, in der die CDU das grüne Programm als

„Rezeptbuch wie man auf schnellstem Weg eine Demokratie, eine soziale Gesellschaft und ein reiches Land ruinieren kann" attackierte; die Neuauflage einer mehrfach praktizierten CDU-Kampagne am 5. Juni mit der Vorlage der Dokumentation „Die Kader der Grünen" und 65 Lebensläufen grüner Funktionäre; Dreggers Bundestagsangriff vom 6. Juni, die GRÜNEN seien mit der Forderung nach Abschaltung der BRD-Atomkraftwerke „Agenten der Sowjetunion" — all dies diente der rechten Mobilisierungskampagne.

Nach dem 7. Juni wurde die Kampagne gesteigert: Chaos-Bilder, eine Puppe wurde zum in der BILD-Zeitung zum gasmaskierten SA'äugling, woraus Zimmermann den Verfassungsschluß zog, daß die Gewalttäter sich hinter Kindern verschanzten, schließlich Stoltenbergs Vergleich der Grünen mit der baskischen ETA, einem legalen und einem militärischen Flügel.

Wahlkampf, Polarisierung des bürgerlichen Lagers (Geißler: Richtungswahl) sowie Schubkraft für die umstrittenen Pläne der Änderung des Demonstrationsstrafrechts, waren die eindeutigen Zielsetzungen dieser Kampagne. Die Grünen, vom Demagogen Geißler zum „faschistoiden Volkssturm der SPD" ernannt (SPIEGEL, 16.6.86), zogen den Kopf zwischen die Schultern. Staatsfrömmlerisch jammerten sie, jawohl, es habe Gewalt unter Demonstranten gegeben, aber diese sei ja maßgeblich von V-Leuten initiiert worden (Presserklärungen von Ströbele, Haupttendenz der ersten grünen Pressekonferenz nach Brokdorf am 18. Juni), die man angeblich sogar selbst gesehen habe. Solche pauschalen Provokateursvorwürfe sind uns aus der Vergangenheit zur Genüge bekannt, insbesondere von der DKP, die sie liebend gern zur Linksausgrenzung benutzte. Sie sagen mehr über den Zustand des Behauptenden, als über die derzeitige reale Auseinandersetzungssituation auf Demonstrationen aus. In ihrer Beurteilung unterscheiden sich die GRÜNEN daher auch kaum von der SPD, deren schleswig-holsteinischer Fraktionsführer Klingner eine *„schwarze Zusammenarbeit zwischen den schwarzen, vermummten Gewalttätern und schwarzer Politik"* entdeckt hat (Kieler Nachrichten, 19.6.86). Da darf man denn gespannt sein, wie sich der Hamburger Kessel seines Parteikollegen Lange auflöst.

Grüne Lehre aus Niedersachsen: Realo? Etwas mehr bitte sehr

„Offensichtlich gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der persönlichen Betroffenheit nach Tschernobyl und dem Wahlverhalten ... Die Zustimmung zur grünen Gesamtpolitik liegt bei 7 %. Das ist Realität." So wertete die Mehrheit des grünen Bundesvorstands den Ausgang der niedersächsischen Wahlen sehr realistisch. Doch dürfte er damit vermutlich eine grüne Minderheitsmeinung vertreten. Nahezu alle bekanntgewordenen Stellungnahmen prominenter Grüner wissen das viel besser. Schuld am grünen Wahlergebnis sei die Radikalität grüner Forderungen auf dem Hannoveraner Pfingstparteitag gewesen, die der CDU die Munition für ihre Hetzkampagne geliefert habe; die fehlende Vermittlung des Wie beim AKW-Abschalten, dies habe man der SPD überlassen; schließlich die „Gewaltfalle" von Brokdorf, in die man getappt sei. Wozu soll man solche Behauptungen beweisen? Lieber wird, wie im nebenstehend dokumentierten Beitrag der Bundestagsabgeordneten Borgmann, die Realo-Sau rausgelassen: Die Parteilinken leisteten *„Verzicht auf tatsächlich umsetzbare Verbesserungen"*. Dreimal darf geraten werden, wie heute ein grüner Parteitag in seinen Beschlüssen zum Atomausstieg, zur NATO, zum § 218 ausgehen würde! Es gibt keine Partei, die FDP eingeschlossen, die sich einen dermaßenen wetterwendischen Umgang mit ihren eigenen Zielen leistet, wie die GRÜNEN. Dabei wären solche Wahleinschätzungen durchaus nachprüfbar und widerlegbar.

Es gibt nicht eine einzige Wahlanalyse, die den Grünen in Niedersachsen Stimmverluste wegen Brokdorf und Wackersdorf bescheinigt! Die Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen kommt in ihrer Analyse der Landtagswahl zu dem Ergebnis: *„Nach den Ereignissen von Tschernobyl hatte sich die politische Stimmung zu Lasten der Union und zugunsten der Grünen verändert."* Schon vor der Wahl gab es *„Anzeichen dafür, daß die Stimmungsveränderungen bereits wieder rückläufig waren und das ganze Ausmaß der Verunsicherung sich nicht in Wählerstimmen ausdrücken würde"*. Stimmungen, so die Mannheimer, sind noch keine Stimmen. Mit zunehmendem Abstand zu Tschernobyl seien die ursprünglichen Streitthemen wie Sozialabbau, § 116 und Kritik an der Bundesregierung (wenn auch abgeschwächter) wieder bedeutender geworden. Fazit: *„Der Erfolg der Grünen bei dieser Landtagswahl liegt im Rahmen dessen, was nach den Ereignissen in Tschernobyl und den Reaktionen der etablierten Parteien darauf erwartet werden konnte."* (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen Nr. 42, 18.6.86).

Nicht der verschreckte Wähler ist Indiz für das grüne Wandeln, sondern die eigene innere Aufgeschrecktheit, bzw. in nicht wenigen Fällen das parteitaktische Kalkül, die eigene Position mit günstigem Wind nach vorne zu bringen. Da blüht der grüne Opportunismus.

Die GRÜNEN in der Sackgasse

„Sehr selten gibt es dramatische historische Augenblicke, in denen neue Entwicklungspfade und entscheidende gesellschaftliche Kurskorrekturen auf demokratischem Wege möglich werden. Mit der Katastrophe von Tschernobyl ist ein solcher Augenblick in greifbare Nähe gerückt", so der Ministerialbeamte im hessischen Umweltministerium Winfried Kretschmann und der Westberliner Wagenbach-Lektor Thomas Schmid im SPIEGEL („David hat gegen Goliath eine Chance", 16.6.86). Was die beiden ökolibertären Realos da zum besten geben, ist nicht mehr, als verstaubte Hoffnung auf ein „parteiübergreifendes Atomausstiegsbündnis", ist schlicht überholter Sozialdemokratismus in grün, der die hochtrabende Phrase braucht, um den Mief zu überdecken. Belegt wird nämlich gar nichts. Nur versprochen, daß sich alles ändere, wenn nur die Ausstiegsvernunft statt des Radikalismus herrsche.

So isoliert die beiden häufig bei den GRÜNEN auch sind, sie liegen im Parteitrend, so wie ein Fischer oder der Null-Löser Stamm, die jeder für sich grünintern nicht mehrheitsfähig sind. Sie weisen der Partei die einzige noch greifbare Perspektive: Machtbeteiligung oder Erhalt des Status quo (Stamm) bei Hoffnung auf Erneuerung. Nur, wo soll die herkommen? Aus der inzwischen immer mehr verknöchernden Partei? Da glaubt kein Erzgrüner dran. Von politischen Bewegungen von außerhalb? Mit diesen orgiastischen Distanzierern, die eher Zuchtmeister politischer Bewegungen spielen wollen, denn in der Lage sein können, neue Impulse aufzunehmen? Mit Leuten, die zwar vom atomaren Wahn reden (Kretschmann/Schmid), bei jedem gegen diesen Wahn geschleuderten Stein aber in Bürgersorge zusammenzucken, ohne daß deswegen dieser Bürger seine Sorgen bei den GRÜNEN aufgehoben sieht? Die Linken aber, die mehr wollen, sind paralysiert. Sie haben sich einer grünen Parteilogik gebeugt, die da lautete, kein Flügel könne ohne den anderen auskommen. Das mag für die Partei auch weiterhin gelten, aber daraus erwächst keinerlei politische Dynamik mehr, denn das hat Tschernobyl gelehrt: Die

Flügel könne ohne den anderen auskommen. Das mag für die Partei auch weiterhin gelten, aber daraus erwächst keinerlei politische Dynamik mehr, denn das hat Tschernobyl gelehrt: Die

Linken und ihre Resolutionen mögen auf Parteitagen Balsam für das grüne Gemüt sein. Aber die Politik machen die Rechten in der Partei und die heißt Staatsintegration, und Realpolitik als sozialdemokratischer Juniorpartner — alternativ das kleinere Übel der Stammschen Nullösung.

Der Grund dafür: Die Grenzen grünen Wachstums sind erreicht. Dabei sollte man nicht kleinlich über ein Prozent mehr oder weniger streiten. Aber die Niedersachsenwahl hat gezeigt: Das grünwählende Potential wurde ausgeschöpft, darüberhinaus ist derzeit kein Protestwählerpotential sichtbar. So wenig, wie die Bedrohung durch Atomraketen diesen radikalen Wählerschub brachte, so wenig bringt ihn die Bedrohung durch die Atomanlagen. Tschernobyl liegt zu weit weg, als daß nicht die sozialdemokratische Variante „Umstieg statt sofortiger Ausstieg" wirken würde. Das ist Wählerrealität in der BRD. Die wütende grüninterne Debatte nach Niedersachsen droht eher den Blick für die grüne Realität zu verstellen: die Enttäuschung über das Wahlergebnis widerspiegelt nichts, als den eigenen überhöhten Erwartungshorizont. Tschernobyl hat vielmehr verhindert, daß die GRÜNEN in Niedersachsen in die Nähe des Existenzminimums geraten. Es könnte bei der Bundestagswahl daher enger werden, als alle derzeitigen Stimmungsumfragen vermitteln. Denn auch der grüne Weg der Realpolitik ist keine Gewähr für Wählerstimmen, die nicht auch die Sozialdemokratie erreichen könnte. Die GRÜNEN könnten auf ihr Stammpotential zurückgeworfen werden.

Die Sackgasse besteht in der Vereinseitigung und Verabsolutierung eines politischen Weges: Wahlbeteiligung und Parlamentarismus. Aus eigener Kraft werden die GRÜNEN den derzeitigen Entwicklungsstillstand nicht aufbrechen können. Strategisch sind sie am Ende.

Für die Linke im Lande, die mehr will, naht möglicherweise die Zeit, die grüne Lähmung aufzubrechen und die notwendige Diskussion um die weitergehenden Perspektiven gesellschaftlicher Veränderungen, das Aufbrechen eines sich verfestigenden Rot-grün-Blocks, zu führen. Neue politische Bewegung, Zusammenarbeit, Aktion und Organisierung sind gefragt. Oder?

hr.

Mit diesen Leuten will die SPD gemeinsame Sache machen:

Die Grünen nennen sich Partei des Lebens. Das sind sie nicht.

1. Die Grünen wollen sofort die Kernenergie durch Kohlekraftwerke ersetzen, d.h. 1,4 Milliarden Tonnen zusätzliche Schadstoffbelastung unserer Luft. Das ist das Todesurteil für unsere Wälder.

2. Die Grünen wollen den straffreien Drogengebrauch. Hunderttausende von Jugendlichen werden damit ins Elend gestürzt und frühzeitig seelisch und körperlich vernichtet.

3. Die Grünen diffamieren unsere Polizei als „Bürgerkriegsarmee" und wollen die Bereitschaftspolizei abschaffen. Landfriedensbruch soll nicht mehr strafbar sein. Chaoten und Radikale ziehen dann plündernd und zerstörend durch unsere Straßen.

4. Die Grünen halten die Gefängnisstrafe für inhuman und wollen die Gefängnisse abschaffen. Mörder, Sexualverbrecher u.a. laufen dann frei herum.

5. Die Grünen wollen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, d.h. die Ausbürgerung unserer Landsleute.

6. Die Grünen wollen, daß alle Babies im Mutterleib bis zur

5. Die Grünen wollen die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, d.h. die Ausbürgerung unserer Landsleute.

6. Die Grünen wollen, daß alle Babies im Mutterleib bis zur Geburt hin getötet werden können. Das ist unmenschlich.

7. Die Grünen haben nicht wegen der Opfer von Tschernobyl gegen die Sowjetunion demonstriert. Das zeigt: Es geht ihnen nicht um das Leben, sondern um das Lahmlegen unserer Energieversorgung.

8. Der Minister der Grünen, Fischer, will Deutsche, die unter Einsatz ihres Lebens in den freien Teil Deutschlands geflohen sind, wieder an die DDR ausliefern. Das ist unmenschlich!

9. Die Grünen wollen aus der Verteidigungsgemeinschaft des freien Westens austreten und uns schutzlos machen. Das gefährdet unser Leben in Frieden und Freiheit.

Was die Grünen vorhaben, ist lebensgefährlich!

Die Grünen kommen in Niedersachsen aber nur mit der SPD und Schröder an die Macht. Keine Stimme für die SPD oder Grüne. Wählen Sie das Bekenntnis zum Leben. Wählen Sie CDU.

Paß' gut auf Dich auf, Niedersachsen: Unser Land darf nicht rot-grün werden!

Wir wollen Aufsteigerland bleiben!

CDU

Aus: „Hannoversche Allgemeine Zeitung", 1.6.86

Lochte: "GAL wußte, daß Gewalt geplant war"

13.5.86: Friedliche Tschernobyl-Demonstration von 30.000 in Hamburg. Aus dem schwarzen Block fliegen Steine gegen Banken, später auch gegen das Hamburger Rathaus. Chaos-Geheule der BILD-Zeitung, aber auch Demonstranten-Beschwerden. Die Schwarzen hätten Kinder und Mitdemonstranten gefährdet. Im Auftrag des GAL-Landesvorstands verfaßt GAL-Fraktionsgeschäftsführer Schalthoff einen taz-Kommentar, der sich ausdrücklich von Steinewürfen distanziert, da sie dem Demoziel geschadet hätten. Dann aber kündigt die GAL unter Berufung auf größere Verantwortung für Erfolg oder Mißerfolg von Demonstrationen Konsequenzen an. Welche? Eine Kommandoerklärung der Stadtteilgruppe Eimsbüttel-Nord der GAL hat das so verstanden: „*Die GAL als die größte organisierte Oppositionsbewegung in dieser Stadt, sollte sich darüber klar werden, daß es vor allem an ihr liegt, dem verantwortungslosen Aktionismus Einhalt zu gebieten", Punkt.*

Einen Monat später, am 12. Juni, protestieren mehr als 40.000 in Hamburg gegen die Brokdorfer Ereignisse, den Polizeikessel und die Atomkraft. Die Demo war im herkömmlichen Sinne friedlich. Sie war es, weil auf der einen Seite unter den Beteiligten Übereinstimmung bestand, an diesem Tage muß eine gemeinsame massenhafte Protestmobilisierung Kriterium für den Erfolg sein. Und sie war es, weil die Gegenseite mittlerweile politisch durch ihre Kesseltaktik unter so großen Druck geraten war, daß jeder polizeiliche Exzess den angerichteten politischen Schaden für die SPD hätte vermehren können.

Namens der GAL ließ Fraktionsgeschäftsführer Schalthoff einen Tag vorher warnend verlauten: „*Die GAL wird nichts tolerieren, was die Demo gefährdet*". Bürgerliche Interpretation: „*Die gewalttätigen Chaoten ... marschierten entweder gar nicht mit oder sie hielten sich ... auffällig zurück. Der Grund: Die GAL hatte sie ausdrücklich darum gebeten, das friedliche Bild nicht zu stören, weil das augenblicklich nicht in ihre Kampagne gegen SPD-Senat und Polizei passe*". So zumindest die Interpretation des „Hamburger Abendblatt" vom 13. Juni unter Berufung auf Schalthoffs Drohung. Schlußfolgerung: „*Viele fragen sich nun: Warum nicht immer so?*"

Offenkundig ist sich die GAL gar nicht der Rolle bewußt, in die sie sich unter Berufung auf die eigene größere Verantwortung begibt. Will man tatsächlich zukünftig dem Staat Garantien abgeben, wie Demos laufen werden? Der wenigstens faßt dies so auf und wetzt bereits die Messer für seine Kampagne beim nächsten Steinwurf. Dann nämlich ist die GAL direkt verantwortlich, weil sie nicht für Ordnung gesorgt hat, obwohl sie das doch eigentlich könnte. (Eine Einschätzung, die sämtliche alternative Hühner der Stadt in schallendes Gelächter ausbrechen läßt).

Einer weiß es auf jeden Fall besser. Hamburgs VS-Chef Lochte ist die Quelle für die Behauptung, in Brokdorf hätten sich die GRÜNEN den Aktionskonzepten der Militanten angeschlossen. Zwar weiß er auch, daß es so nicht ist. Aber schließlich hat er die Distanziererei nach der Demo vom 13.5. und den Eklat auf der Brokdorf-Aktionskonferenz am 24. Mai zwischen Grünen und Autonomen mitbekommen. Umso mehr mußte die Einigung in Hamburg auf ein gemeinsames Vorgehen für die Anreise am 7. Juni überraschen. Was lag da näher, als in diesen Widerspruch hineinzustoßen und auch auf die GAL den Distanzierungsdruck zu erhöhen? Lochte: Die GAL habe aufgrund linker Kritik in der Gewaltfrage nachgegeben („in der sie ohnehin unsicher ist"). Lochte zur möglichen Rolle der GAL, auf die Frage, wie die Chaoten stoppen, gibt es eine neue Gewaltdimension?: „*Es hat früher schon Schlimmeres gegeben. Neu ist nur, daß nach Tschernobyl viele glauben, sich mehr als bisher herausnehmen und auch mehr akzeptieren zu können ... Wir brauchen eine politische Auseinandersetzung, die deutlich macht: Bei uns kann jeder jeden Tag für jedes Anliegen demonstrieren — aber friedlich. Wenn alle Gruppen, auch die GAL, sich von Gewalt distanzieren, wären die Krawallanten isoliert. Sie sind momentan ja nur deshalb erfolgreich, weil sie toleriert und zum Teil sogar angefeuert werden.*" (Hamburger Abendblatt, 11.6.86). Und wie die Distanzierung weitergehen soll? Lochte: die GAL muß „*künftig ihr Verhalten zum Kommunistischen Bund ändern, also einer verfassungsfeindlichen Organisation ... Insgesamt bin ich zuversichtlich, daß sich die Grünen bundesweit von den Krawallanten distanzieren*" (Interview im Weser-Report, 15.6.86).

Grüne Distanzierungsorgie

Martin Benedikt Kaltenhauser: „Gewalttätige Ausschreitungen"

In einem Offenen Brief an die bayerischen Anti-AKW-Initiativen vom 9. Juni schreibt der Landesvorstandssprecher der Grünen in Bayern:

Die Demonstration der 30.000 am 7. Juni sei ein großartiger Erfolg gewesen. „Getrübt wurde dieser Erfolg abermals von gewalttätigen Ausschreitungen. Darüber bin ich sehr bestürzt ... Die überwältigende Mehrheit der Demonstranten hat sich durch das martialische Polizeiaufgebot nicht provozieren lassen ... Leider ließ sich eine kleine Anzahl von Demonstranten durch Polizeiübergriffe in Auseinandersetzungen hineinziehen und schreckte auch vor gewalttätigen Angriffen gegen Polizisten nicht zurück. Die gewalttätigen Ausschreitungen sind, für mich, mit nichts zu rechtfertigen und sind für die Verhinderung der WAA schädlich."

Auch wenn die WAA eine „Kriegserklärung an die Bevölkerung sei", „kann Gewaltanwendung nie ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. In einem modernen Verfassungsstaat ist ziviler Ungehorsam ein legitimes Recht, dabei darf es aber nicht zur Gewalt gegenüber Gegnern und Dritten kommen.

Ich verurteile die aggressive Strategie der von Strauß eingesetzten Polizeileitung. Ebenso deutlich distanziere ich mich von Steinwürfen, Brandbomben usw. gegen die Polizisten.

Selbst unter Berücksichtigung dessen, daß die Staatsregierung gezielt und bewußt ein Klima der Aggression erzeugt und Polizeileitung Provokateure eingesetzt hat, ist es nicht zu leugnen, daß eine kleine Szene die Demonstrationen für Gewalttätigkeiten gezielt nutzt. Ich finde, wir müssen uns von diesen Gruppen klar abgrenzen, denn durch Gewalt wird die gesellschaftliche Mehrheit, die es gegen die WAA gibt, wieder zunichte gemacht. Die Grünen treten ein für das Prinzip der Gewaltfreiheit und wir lassen uns nicht als Plattform für gewalttätige Auseinandersetzungen mißbrauchen.

Wir müssen überlegen, wie das Klima der Aggression am Bauzaun entzerrt werden kann. Weitere Auseinandersetzungen am Bauzaun sind genau das, was Strauß für die Diffamierung des Widerstandes braucht. Um eine Entzerrung zu erreichen, ist zu überlegen, ob es nicht sinnvoller ist, da zu demonstrieren, wo die politisch Verantwortlichen für die WAA sitzen.

Wenn Demonstrationen nicht mehr von gewaltsamen Ausschreitungen begleitet werden, dann können wir auch die gesellschaftlichen Mehrheiten gegen die Vernichtungspolitik der Bay. Staatsregierung mobilisieren."

Die Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-BIs, die Veranstalter der Demonstration am 7. Juni war, hat am 15.6. auf Kaltenhausers Offenen Brief reagiert: „Wir lassen uns von niemandem vorschreiben, wo und wie wir unseren Widerstand in die Tat umsetzen."

Grüner Jubel

Die Grünen hätten auf ihrer Pfingstversammlung in Hannover gejubelt, als die Meldung von 130 verletzten Polizisten in Wackersdorf bekanntgegeben wurde, wußten CDU und ihr nahestehende Medien zu berichten. Die „Stuttgarter Zeitung" hat versucht, diesen Vorgang aufzuklären. Die Meldung sei „*ausweislich des Protokolls und der übereinstimmenden Erinnerung vieler Beobachter schlicht falsch.*" Gelaufen sein soll folgendes:

„*Beim Bericht über die Demonstration hieß es verharmlosend, ein Wasserwerfer sei »in Brand geraten«. Diese gekonnte Formulierung entlockte einigen Delegierten ironisches Gelächter. Als die Rednerin jedoch berichtete, die Polizei melde 130 verletzte Beamte, habe sich, so die Grünen, in der Versammlung keine Reaktion gezeigt. Eine kleine Gruppe, der Gewalt bei Demonstrationen offensichtlich ins Weltbild paßt, war freilich erfreut. Der Korrespondent einer Nachrichtenagentur berichtete nach den Erkenntnissen der Grünen, Freunde des fundamentalistischen Vorstandsmitglieds Rainer Trampert hätten bei der Nachricht gejubelt.*" (Stuttgarter Zeitung, 20.6.86).



Alles nicht neu: Am Boden liegend ein Mitglied der 68er „Stahlkugelfraktion" (J. Fischer)

Jürgen Gneiting (Landesvorstandssprecher Baden-Württemberg): „Nachdenklichkeit aller Beteiligten"

Nach seiner Ansicht „müssen die zurückliegenden Demonstrationen zur Nachdenklichkeit aller Beteiligten führen, um künftig gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden. Für die Grünen bedeutet dies, daß in der Vorbereitung kommender Demonstrationen alles getan werden müsse, um einen friedlichen Ablauf zu ermöglichen.

‚Gewalt ist für die Grünen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung', erklärte Gneiting unmißverständlich. ‚Nur auf friedlichen Demonstrationen können viele Menschen, darunter Familien und ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen.'

Für die Grünen seien grundsätzlich nur solche Gruppen bündnisfähig, die sich auf den Konsens der Gewaltfreiheit einließen." (Presseerklärung der Grünen Baden-Württemberg vom 12.6.86).

Lukas Beckmann (Bundesvorstand): „Gewaltfalle der Polizei"

Lukas Beckmann (Bundesvorstand): „Gewaltfalle der Polizei"

„Die Forderung von CDU/CSU nach einer ergänzenden Bewaffnung der Polizei und eine Kompetenzerweiterung des Vorfassungsschutzes ist nichts anderes, als die bereits vor den Demonstrationen gewollte Aufstockung der staatlichen Militarisierung. Nicht zuletzt deshalb spricht vieles dafür, daß die Anti-AKW-Demonstrationen nach dem Muster von Celle zunehmend von staatlich bezahlten Spitzeln angereichert werden mit dem Auftrag, unter den Demonstranten eine Stimmung für die Bereitschaft zur offenen Gewalt zu schaffen ...

Wir müssen Strategien entwickeln, die es verhindern, in die Gewaltfalle der Polizei zu laufen. Hierzu gehört eine breite öffentliche Darstellung der Demonstrations- und Aktionsformen über den Insider-Kreis hinaus. Hierzu gehört auch eine aktive Isolierung derjenigen Kleingruppen, die mit Schleudern und Knüppeln zu den Demonstrationsörten anreisen. Diese Gruppen vertreten objektiv nicht die Interessen der Anti-AKW-Bewegung und ohne eine klare und öffentliche Distanzierung von diesen Gruppen, deren Mitglieder vereinzelt auch unter staatlichem Einfluß stehen, wird die Bewegung viel an Ausstrahlung und Überzeugungskraft verlieren und es umso schwerer haben, das Ziel der Abschaltung aller Atomanlagen durchzusetzen. Gewalt legitimiert sich auch immer gegenseitig." (Pressemitteilung vom 13.6.86)

Norbert Kostede/Helmut Wiesenthal (Bundesvorstand): „Schärfere Kritik an der ‚Stahlkugelfraktion' "

Über die Ursachen der niedersächsischen Wahlniederlage, für die die Grünen selbst verantwortlich seien:

„Geschadet haben den Grünen und der sich neu belebenden Anti-Atomkraft-Bewegung auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen der Demonstrationen der vergangenen Wochen. Ohne von den massiven und äußerst aggressiven Einsätzen der Polizei abzulenken, ist eine schärfere Kritik an der ‚Stahlkugelfraktion' notwendig, die noch jedesmal den Anlaß für verzerrte Berichterstattung und eine vordergründige Rechtfertigung für bürgerkriegsähnliche Polizeieinsätze liefert." (Erklärung zum Ausgang der Niedersachsenwahl vom 16.6.86).

Rezzo Schlauch (MdL Baden-Württemberg): „Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols"

Die Stuttgarter Zeitung vom 20.6.86 berichtet über ein Hintergrundgespräch mit dem grünen Landtagsabgeordneten:

„Für ihn ist die Anwendung von Gewalt eine ‚ungeheure Sackgasse', denn gerade der Widerstand gegen Brokdorf Anfang der achtziger Jahre habe doch gezeigt, daß Gewaltanwendnung durch die Demonstranten zur Verringerung des Widerstandes in der Bevölkerung führe. Der Stuttgarter Rechtsanwalt hegt den Verdacht, daß es ‚da via Tschernobyl gegen das System geht'.

hegt den Verdacht, daß es ‚da via Tschernobyl gegen das System geht'.

Solche falschen Ansätze müßten offengelegt werden, um Schlimmeres zu vermeiden ... Schlauch meint, daß das Verhalten seiner Partei noch immer vom ‚tiefen Mißtrauen gegen das Gewaltmonopol des Staates' geprägt sei. Das Verhältnis zu den Staatsorganen sei noch ungeklärt. Übergriffe der Polizei — wie in Brokdorf oder Wackersdorf — förderten das Festhalten an alten Positionen. Schlauch fordert, daß seine Partei das Gewaltmonopol des Staates anerkennt. Er weiß sich darin einig mit Otto Schily oder einem großen Teil des baden-württembergischen Landesverbands ...

Eine endgültige Klärung glaubt der Landtagsabgeordnete, müsse in möglichen Koalitionen mit anderen Parteien stattfinden, etwa wie in Hessen, wo die Grünen faktisch den Staat anerkennen, indem sie einen Minister ins Kabinett entsenden."

Allerdings hätten die Grünen auch eine positive Funktion, weswegen „Abgrenzungsrituale" fehl am Platze seien: „In den Reihen der Grünen gebe es viele, die durchaus einmal gewalttätig werden könnten, durch ihr Engagement bei den Grünen aber davon abgehalten würden ..., Da ist ein Potential, da muß man aufpassen'".

Otto Schily (Ex-MdB): Gespräche mit der Polizei

Interview mit dem STERN, 26.6.86:

„Schily: In der Tat müssen die Grünen dafür sorgen, daß keine Undeutlichkeit entsteht. Friedliche Demonstrationen, die von uns veranstaltet werden, dürfen der ‚Stahlkugelfraktion' kein Aktionsfeld bieten. Hier muß ganz klar eine politische Abgrenzung stattfinden.

(...)

STERN: Sie fordern eine bessere Vor-

Fortsetzung nächste Seite

Annemarie Borgmann(MdB Die GRÜNEN):

"Linke Systemkritiker liefern Munition für die Dreckschleuder"

Nachdem die Prozentzahlen nun feststehen und die grüne Zuversicht sich in hastig übertünchte Ernüchterung verwandelt hat, besteht keinerlei Anlaß mehr, irgendwelche Rücksichten zu nehmen. Rücksichten vor allem in bezug auf die vielbeschworene „neue Einheit" der Flügel, die bereits auf dem Hagener Parteitag zwangsgestutzt wurden, um ja das hehre Bild der Einheit und Harmonie unter dem Eindruck der Janssen-Rede nicht anzukratzen. Damals hieß die Parole: Auf der nächsten BDK nach der Niedersachsenwahl wird der Flügelkonflikt das zentrale Thema sein.

Welche Musik dann in Hannover gespielt wurde, haben wir ja erlebt. Da gab es kein faires Bemühen um Konsens. Das Forum wurde von den Fundamentalisten regelrecht vereinnahmt. Der vermeintliche Power-Effekt „Tschernobyl" ließ unsere Puristen-Garde ein emotionales Klima der Selbstüberschätzung entfachen, das die Delegierten in Unkenntnis der alltäglichen Knochenarbeit in den Parlamenten zu Extrembeschlüssen verleitete. Die versimpelnde Weg-mit- bzw. Raus-aus-Strategie ist nun mal, wie wir alle wissen, kein Instrument umsetzbarer Politik, sondern eher ein besserer Wahlslogan. Die altlinken und autonom orientierten Gallionsfiguren bei uns wissen das. Gleichwohl setzen sie diese Taktik bedenkenlos ein, um durch zunehmende „Verelendung der Massen" Druck zu erzeugen, der, wie die letzte Wahl gezeigt hat, so nicht zu erzeugen ist. Dieses Vorgehen erscheint letztlich menschenverachtend und in gewisser Weise an Russisches Roulette erinnernd. Aber es muß nicht immer Tschernobyl sein. Der Verzicht auf tatsächlich umsetzbare Verbesserungen im Sinne von Katastrophenabwendung zugunsten eines theoretischen Maximalprinzips ist schlicht als vernagelt zu bezeichnen.

Es erscheint vernagelt, die politische Hilfe für die unter dem Atomschock stehende Bevölkerung mit systemsprengenden Pauschalformeln zu überfrachten.

Wir sollten den Modus der Beschlußund Entscheidungsfindung auf Bundes- und Landesversammlungen noch einmal überdenken. Nach der bisherigen Verfahrensweise entscheidet praktisch die Anwesenheit eines rethorisch versierten Flügelvertreters, Tagesform, Zahl und Zusammensetzung der Delegierten usw. über das Schicksal eines Antrags. Wieviel sinnvoller wäre es, jeweils widersprechende Positionen in einem vorgeschalteten Gremium „vorgären" zu lassen? „Knackpunkte" können wir im Falle der Nichtvereinbarkeit kurz schriftlich nach Pro und Kontra fixieren, um bei den Delegierten eine möglichst sachliche Betrachtungsweise zu fördern. Dies wäre e i n Aspekt einer flügelübergreifenden Diskussion, die immer dringender wird.

Leider ist festzustellen, daß die Wahlkommentare von grüner Seite leider jeglicher Selbstkritik entbehrten. Schuld waren, wie immer, die anderen. Bitte vergeßt nicht, daß wir der Regierungskoalition für ihre unglaubliche Dreckkampagne durch einige der in Hannover gefaßten Beschlüsse selbst die Munition geliefert haben.

Die Parallele zu der verlorenen Wahl in NRW ist unverkennbar: hier wie da Extremforderungen! Ein drittes Desaster 1987 können wir uns weiß Gott nicht leisten, da die Konsequenz uns allen hoffentlich vor Augen steht: Vier weitere Jahre unionsgeprägter Zerstörungspolitik!

17.6.86

"Einzig dumm da stehen die Grünen"

von Michael Breitkopf-Seiger



Foto: H.W.

Fortsetzung von vorheriger Seite

bereitung von Demonstrationen. Wie soll das gehen?
Schily: Die großen Friedensdemonstrationen in Bonn sind für mich beispielhaft. Aber ich zögere nicht zu sagen, daß hier die Polizei ein Lob verdient. Die kam zum Beispiel mit ganz normalen Polizeimützen. Und die Demonstranten verzichteten auf Helme. Das war sehr vernünftig, vernünftiger jedenfalls, als die Strategie der Konfrontation von Ministerpräsident Barschel in Schleswig-Holstein oder Innensenator Lange in Hamburg.
STERN: Sollten sich also Grüne und Polizei an einen Tisch setzen?
Schily: Bei bestimmten Demonstrationen halte ich das für sinnvoll. Die aufgerissenen Gräben dürfen nicht tiefer werden.
STERN: Wie sollten friedliche Demonstranten mit Militanten umgehen — sie der Polizei übergeben?
Schily: Das ist eine kitzelige Frage. Sie sollten dafür sorgen, daß weder mit Stahlkugeln, noch mit Molotow-Cocktails hantiert wird. Die Friedlichen sind ja in der Regel weit in der Überzahl. Den friedlichen Demonstranten die Bürde aufzuerlegen, selbst Gewalttäter festzunehmen, ist problematisch. Wir können nicht alle als kleine Polizisten auftreten."

Christina Morgenschweis-Willwacher (Vorstandssprecherin NRW)

„Wir müssen Strategien entwickeln, die es verhindern, daß Demonstrationen in gewalttätigen Auseinandersetzungen enden. Dazu gehört, daß wir Gruppen, die mit Stahlschleudern und Knüppeln anreisen, aktiv isolieren." (Zitiert in STERN, 26.6.86)

Helmut Lippelt (Vorstand Niedersachsen)

Er findet es „zum Kotzen, daß wir uns durch Brokdorf die historische Chance eines Regierungswechsels in Niedersachsen haben kaputtmachen lassen: Wir haben gewußt, daß sich die CDU diese letzte Möglichkeit nicht entgehen lassen würde, noch mal richtige Schaubilder zu stellen. Wir sind wirklich sehenden Auges in diese Falle hineingelaufen ... Meine Hoffnung ist ein grüner Polizeiminister, der mit diesem polizeistaatlichen Sumpf mal aufräumt, die Polizei entmilitarisiert und so auch eine Abrüstung auf der anderen Seite ermöglicht." (Zitiert in STERN, 26.6.86)

Autor dieses Textes ist Michael Breitkopf-Seiger, Grüner aus Bielefeld. Es handelt sich dabei um die zweite Hälfte einer Analyse, die der Autor nach Brokdorf für die UAG „Innere Sicherheit" der Grünen geschrieben hat. Die erste Hälfte des Papiers beschäftigt sich mit der politischen Strategie des Staates. Fazit: die staatlichen Reaktionen gegen die Brokdorf-Demo und danach werden gewertet als „eine politisch unterschiedlich motivierte und damit zeitlich begrenzte Große Koalition der Gewalt gegenüber der neuen Anti-AKW-Bewegung." Eine Fortführung dieser „Strategie der harten Linie" sei jedoch im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes nur von der CDU/CSU, nicht von der SPD zu erwarten. Im Bundestagswahlkampf biete es sich für die SPD eher an, „sich dem neuen Teil der Bewegung als großer Bruder anzudienen, als Schutzschild gegenüber der ‚Schund-Kampagnen-CDU'."

Die Reaktionen der Anti-AKW-Bewegung

Hier muß (leider) unterschieden werden zwischen den Reaktionen der Bewegung und den Reaktionen der Grünen.

Die Bewegung: Nach Kalkar '77 hat die harte Linie zum Auseinanderplatzen und zur Resignation der Bewegung geführt, später zur Spaltung (Brokdorf '81) und in Bezug auf die Friedensbewegung zur Festlegung auf friedliche Demonstrationsformen und später zivilen Ungehorsam. Diesmal hat die harte Linie des Staates die Bewegung gewissermaßen zusammengezwungen. Selbst die grundsätzlich friedlich und reformistisch eingestellten neuen Teile der Bewegung waren zu einer Distanzierung von den Autonomen nur selten bereit. Den Grund sehe ich in der Erfahrung dieser Leute, daß nicht die Autonomen die AKW-Bauten angegriffen haben, sondern im Vorfeld oder am Gelände die Polizei unterschiedslos die gesamte Demonstration angegriffen hat. Die Autonomen kamen daher kaum zum Zug, das Thema war allein die Strategie der Polizei. Diese wurde als derartig massiv empfunden, daß sogar Verständnis für die Autonomen aufkam, auf jeden Fall aber Verständnis für gute Vorbereitung und Selbstschutz bei Großdemonstrationen, während in der Vorbereitung noch Verständnislosigkeit („Wir haben doch nichts zu verbergen") aufgrund mangelnder Erfahrungen vorherrschte. In Einzelfällen konnte ich sogar Dankbarkeit gegenüber den Autonomen beobachten („Wenn die die Polizei nicht zurückgedrängt hätten, wäre es uns noch schlechter ergangen") und sogar aus einer spontan aufkommenden Wut heraus, die Bereitschaft, „den ersten Stein zu werfen". Da sie aber nach wie vor Auseinandersetzungen mit der Polizei ablehnen, dürfte sich im Nachhinein eine gewisse Ratlosigkeit breitgemacht haben, wie man denn in Zukunft überhaupt noch wie gewünscht demonstrieren könnte, wo doch „der Staat" derartig durchpowert. Ratlosigkeit, aber keine Resignation (wie nach Kalkar). Eine Spaltung der Bewegung ist für diese Kräfte kein Thema, die Aktionsbereitschaft ist weiterhin vorhanden (zu den Konsequenzen s.u.). Die sozialdemokratischen Strategen haben sich komplett verrechnet. Sie haben nicht in Rechnung gestellt, daß zwischen Kalkar '77 und heute neun Jahre unterschiedlichster Erfahrungen liegen.

Ähnliches gilt m.E. für die Reste der alten AKW-Bewegung, die ja ebenfalls traditionell friedlich eingestellt ist, aus der Erfahrung heraus aber Demonstrationsprinzipien entwickelt hat („Freiheit der Aktionsformen", „keine Spaltung der Bewegung", etc.), die die neuen Teile der Bewegung bisher nicht teilten. Ich würde behaupten, daß die Polizei-Strategie eine Annäherung, wenn nicht ein Zusammenwachsen dieser beiden Teile gebracht hat.

Der gewaltbereite Teil der Bewegung sieht sich im Aufwind. Noch nie war er zahlenmäßig so stark, noch nie vom Groß der Bewegung derartig toleriert. Außerdem weiß er sich taktisch auf die Bewegung angewiesen („Fisch im Wasser"). Zusätzlich dürfte er nach dem staatlichen Demonstrations-Putschismus weitgehend durchmobilisiert sein. Zu den Konsequenzen s.u.

Einzig dumm da stehen die Grünen. Aus mehreren Gründen: a) Grüne Spitzenfunktionäre haben sich (zu) eilfertig zu Distanzierungen hergegeben, zu denen nicht einmal der friedliche Teil der Bewegung bereit ist. b) im Mittelbau der grünen Funktionäre herrscht Resignation und Passivität im Bezug auf Groß-Demonstrationen, der sich z.T. im Verzicht darauf äußert, z.T. in der Orientierung auf parlamentarisch machbare Strategien (Fischers vertröstendes „Ausstiegs"-Szenario, „Abschaltungs"-Volksbegehren in NRW). c) Der Ruf nach „anderen", bzw. „neuen" Aktionsformen kommt auf, es gibt aber keine Ideen. d) Die Grünen haben der weiterhin aktionsbereiten Anti-AKW-Bewegung nichts anzubieten, sie haben daher auch — im Unterschied zu den Aktionen nach Tschernobyl — einen deutlich geringeren Einfluß auf sie.

Diese Situation bringt vor allem die „Realos" zur Verzweiflung, schließlich müssen sie einen Wahlkampf gewinnen und den gewinnt man mit Aktionen. Ein typischer Ausfluß dieses Dilemmas ist das Volksbegehren in NRW. (Es wurde auf der LDK Mitte Mai als Volksbegehren zur Abschaltung der Atomanlagen in NRW beschlossen. Der Landesvorstand hat dies — im Bemühen, das Begehren „juristisch wasserdicht" zu machen — zu einem Volksbegehren zum Ankauf der Anlagen — Kalkar ist nicht mal mitgemeint — verändert, „um der Landesregierung den nötigen Handlungsspielraum" gegenüber dem Bund zu geben.) Dieses Volksbegehren wurde nach den Demonstrations-Ereignissen quasi putschartig serviert, ohne den Funktionärs-Mittelbau (Kreisvorstände), die grüne Basis, geschweige denn die Anti-AKW-Bewegung zu beteiligen. Es ist für mich noch nicht klar erkennbar, aber dieses Vorgehen scheint — unabhängig von der jeweiligen Bewertung auf eine gewisse Reserviertheit zu stoßen. Obwohl, und das ist der eigentliche Hammer, diese Kräfte im Prinzip ein Volksbegehren lebhaft unterstützen. Ich möchte an dieser Stelle mal eine Prognose wagen: Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, wird dieses Volksbegehren — unabhängig von der Bewertung der juristischen Konstruktion, die auch nicht „wasserdicht" ist (finanzielle Auswirkungen) — ein Flop. Es steht zu befürchten, daß die grüne Basis und die Bewegung, die schließlich die Trommel rühren müßte, durch dieses Vorgehen verprellt wurde.

Da diese Kräfte in der Anti-AKW-Bewegung zur Zeit eh keine Rolle spielen, bliebt an ihre Adresse hier nur zu sagen: Der Verzicht auf Groß-Demonstrationen ist ein Verzicht auf Politik, den die Bewegung nicht mitmachen wird. Ferner sollten sie sich klarmachen, daß ihre Geringschätzigkeit der Bewegung gegenüber zu ihrer Isolierung von dieser führen wird und damit mittelfristig der Spielraum für parlamentarische Initiative jedweder Art drastisch zusammenschrumpft. Im eingenen Interesse sollten sie begreifen, daß ohne „Druck von außen" letztlich auch parlamentarisch nichts läuft. Am Volksbegehren in NRW wird sich zeigen, ob die Hoffnung aufgeht, ob bürgerliche Kräfte die Politik der Grünen transportieren, oder nicht. Ganz abgesehen von der Frage, wer am Wahltag wo sein Kreuzchen macht, bzw. zu Hause bleibt.



Foto: H.W.

Konsequenzen

Nach meinen Beobachtungen ist die Anti-AKW-Bewegung weiterhin — vielleicht jetzt erst recht — aktionsbereit. In überwiegender Mehrheit will sie keine Auseinandersetzungen mit der Polizei, will aber auch keine Spaltung der Bewegung und ist deswegen im Konkreten ratlos. Der gewaltbereite Teil der Bewegung sieht sich im Aufwind, ist bei Aktionen also unvermeidlich mit von der Partie. Auf die Orientierung der Bewegung haben die Grünen zur Zeit nur geringen Einfluß.

Auf der anderen Seite ist mit einer Fortsetzung der staatlichen Gewaltstrategie m.E. nur in den CDU/CSU-regierten Bundesländern zu rechnen, dagegen nicht in SPD-regierten Bundesländern.

Wenn diese Analyse stimmt, bietet sich folgendes an: Auf jeden Fall eine Groß-Demonstration im Herbst in einem SPD-regierten Land. Das Objekt muß symbolträchtig sein. Infrage kommen Biblis, Nukem-Alkem, HTR Hamm-Uentrop und Kalkar, wobei Nukem-Alkem und Kalkar herausstechen. In Bezug auf die Kanzler-Kandidatur von Rau, aber auch aus historischen Erwägungen (Kalkar 1977) in Bezug auf polizeiliche Totalrepressionen gegen die Anti-AKW-Bewegung würde sich der Schnelle Brüter als das geeignetste Objekt einer Groß-Demonstration anbieten.

In Bezug auf die gewaltbereiten Teile der Bewegung bleibt zu sagen: Wir sind nicht der Zuchtmeister der Bewegung, auch die Grünen nicht, die das gerne sein würden. Die nun seit 15 Jahren andauernde, konsequente Durchsetzung der Staatsräson bringt unvermeidlich einen immer größer werdenden Teil von gewaltbereiten Personen hervor. Wir müssen lernen, damit zu leben. Wir können daran nichts ändern und wir tragen dafür auch keine Verantwortung.

Allerdings muß die organisatorische Durchführung der Groß-Demonstration seitens der Veranstalter dieser Situation Rechnung tragen und verbessert werden. Das betrifft die Verkehrslenkung, die Verbesserung der Kommunikationsmittel während der Demonstration (Funkgeräte, Megaphone, flexible Lautsprecherwagen), die sanitäre Betreuung (einschließlich Verpflegung), den Ermittlungsausschuß und — vor allem — das Verbleiben der Veranstaltungs- bzw. Demonstrationsleitung als Ansprechpartner vor Ort bis zum tatsächlichen Schluß der Demonstration. Es muß alles getan werden, um den anreisenden Demonstranten ein Gefühl wenigstens relativer Sicherheit zu geben.

Sinn für Realität verloren

Stellungnahme der BAG 'Grüne und Gewerkschafter/innen' zu den Äußerungen einiger Grüner zur Niedersachsenwahl

Seit der Wahl in Niedersachsen haben nun verschiedene ‚Promis' der Partei ihre Meinung zum Wahlausgang kundgetan. Aufgrund dieser Äußerungen erscheint es uns notwendig, hierzu Stellung zu beziehen.

Nach der verständlichen Enttäuschung darüber, daß auch so eklatante Vorfälle wie das Reaktorunglück in Tschernobyl keine weitgehenderen Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Mehrheit der Bevölkerung hat, haben unsere sogenannten ‚Vordenker/innen' (laut Ludger Volmer) anscheinend *ihren Sinn für Realität verloren.* Anstatt eine sachliche Auseinandersetzung über z.B. Verhältnis Sachmehrheiten — Wähler/innenverhalten, politisches Kräfteverhältnis in der BRD etc. zu führen, nutzt der vorwiegende Teil *dieser ‚Promis'* die Gelegenheit, *ihr eigenes Süppchen zu kochen* und die Partei *auf Linie zu bringen.*

1. „Parteitag — Unglückstag"

Aussagen über die Bundesversammlung in Hannover, wie

— „,... der Parteitag in Hannover habe die Munition für die Hetzkampagne geliefert ...''; „,... Desaster ...''; „,... wir sollten den Modus der Beschluß- und Entscheidungsfindung noch einmal überdenken ... in einem vorgeschalteten Gremium „vorgären'' zu lassen ...'' (Zitate Anne Brogmann);

— „,... es ginge nur um Ideologiepropagierung ...''; „,... wir haben versagt ...''; „,... ein Haufen radikalisierter/ideologisierter Kleinbürger ...'' (Zitate Jo Müller);

— „,... Debakel ...''; „,... sogenannter Parteitag ...'' (Zitate Norbert Mann);

— „,... unerfahrene Mitglieder, die

— „,... Debakel ...''; „,... sogenannter Parteitag ...'' (Zitate Norbert Mann);
— „,... unerfahrene Mitglieder, die

sehr leicht auf Stimmungsmache reagieren ...''; „,... Die Benennung der Politikziele haben ... aus Angst vor Opportunismusvorwürfen ... zu großes Übergewicht gegenüber ihrer Vermittlung ...''; „,... Schritte hin zu einem Bruch mit der NATO statt der antiseptischen NATO-Raus-Forderung ...'' (Zitate Ludger Volmer);

— „Bei der SPD ... da werden die Delegierten *sauber* ausgewählt ...'' (Zitat Hendrik Auhagen)

machen deutlich, wo's lang gehen soll!

Die Kampagne der CDU hat gefruchtet, bis in unsere eigenen Reihen! Da werden Beschlüsse aus der Bildzeitung zitiert, Zwischenschritte zur Realisierung der Endziele, die im Programm aufgenommen sind, als nicht existent betrachtet und außerdem *sind alle Delegierten sowieso dumm, unerfahren, manipulierbar* und fallen grundsätzlich auf jeden ‚Furz' der ‚Promis' rein.

Was aus Sicht der Schreiber/innen folglich nötig ist, ist logisch: Die Beschlüsse müssen von einer Antragskommission auf ihre Akzeptanz für andere Parteien überprüft und gesäubert werden; Delegierte müssen sauber ausgewählt werden und sogar der Sinn und Zweck von Bundesversammlungen wird problematisiert.

Die BAG stellt sich in diesem Zusammenhang allerdings die berechtigte Frage, *wer der Partei mehr schade!* Wir weisen den Vorwurf des nur aus Stimmungsmache heraus entstandenen Programmes *auf's Schärfste zurück.* Jede/r Anwesende der Bundesversammlung in Hannover wird bestätigen, daß die Programmerstellung auf einer sachlichen Debatte basierte und in fast allen wichtigen Bereichen *ein breiter Konsens* gefunden wurde.

Es wurden nicht, wie Anne Borgmann verkündete, nur Weg-Mit- und Raus-Aus-Beschlüsse gefaßt, sondern Schritte — hin ... zu — formuliert, gerade so wie es Ludger Volmer als sinnvolle politische Strategie erachtet. Wir empfehlen unseren politischen Strategen die ausführliche Lektüre des Programmes!! Fatal wäre es unserer Meinung nach, wenn der folgende Parteitag dazu benutzt werden würde, die Beschlüsse revidieren zu wollen. Allein die Diskussion darüber würde die Möglichkeit der Hetzkampagne der CDU nur verstärken, egal ob die alten Beschlüsse bestätigt oder verändert werden würden. Diese Defensivhaltung hätte *den einzigen Effekt, uns für unabsehbare Zeit unglaubwürdig zu machen.*

Nur eine offensive Politik unsererseits gegen die Politik und die Stimmungsmache der Bundesregierung, wie auch die breite Veröffentlichung unserer Positionen ermöglichen die Verbesserung unserer derzeitigen Situation. Ebenso erscheint es uns notwendig, eine Strategie zu entwickeln, die der voraussehbaren Fortsetzung *der CDU-Hetzkampagne adäquat entgegentritt.* Hierzu könnten die Briefeschreiber/innen, die vorwiegend hauptberuflich bei Partei oder Fraktion beschäftigt sind, bestimmt einen wichtigen und sinnvolleren Beitrag leisten.

2. „Distanzierung ist ‚IN' — wer hat sich heute noch nicht distanziert?"

Neben den stark erregten Veröffentlichungen der ‚Promis' zu den Bundesversammlungen tragen für einige auch noch die Demonstrationen gegen die AKWs die Schuld an dem „Wahldesaster'' in Niedersachsen.

Mit zunehmender Empörung müssen wir Äußerungen vernehmen, wie es wäre „eine schärfere Kritik an der ‚Stahlkugelfraktion' (Kostede/Wiesenthal) und „eine klare und öffentliche Distanzierung'' (Beckmann) notwendig gewesen oder es wurde sogar die Frage aufgeworfen, ob Demos vor der Wahl sinnvoll wären (Uschi Eid).

Ganz zu schweigen davon, ob die GRÜNEN die entscheidende Kraft für die Bestimmung des Zeitpunktes der Demonstrationen gewese wären, *ist die neue Distanzierungswelle politisch sehr ernst zu nehmen.*

Anstatt sich zu fragen, wie das Lob eines bayerischen Ministers Hillermeier über die ‚endlich vernünftig werdenden GRÜNEN' zu werten sei, *tönen einige GRÜNE mit denen,* die jeglichen Widerstand gegen die Atomkraft zunichte machen wollen.

Wer an den Demos in Brokdorf oder Wackersdorf, wie auch in Hamburg, teilgenommen hatte, dem/der müßte die Strategie des Staates ‚hautnah' bewußt geworden sein. Der brutale Polizeieinsatz ist nicht aus dem besonders offensiven Verhalten von Demonstrationsteilnehmer/inne/n zu erklären, sondern es ging darum, eine Situation entstehen zu lassen, die das Vorgehen der Polizei und die geplanten Vorhaben zur Verschärfung des Demonstrationsrechts und zur personellen Aufstockung z.B. des BGS im Nachhinein rechtfertigen.

Die wiederholten Distanzierungen bestimmter GRÜNER bewirken hierzu weder eine genauere Informationslage über den tatsächlichen Verlauf der Demos und über die Rolle, die die GRÜNEN dabei gespielt haben, noch leisten sie einen konstruktiven Beitrag!zur Diskussion über Widerstandsformen gegen die Atomanlagen und für die Stärkung der Bewegung.

Es ist unserer Meinung nach notwendig, daß *die Partei sich solidarisch mit den anderen Kräften über die Perspektiven des Widerstandes auseinandersetzt und eigene Vorstellungen einbringt. Nicht die Spaltung der Bewegung* verhindert die AKWs, sondern *allein der Versuch einer konstruktiven Zusammenarbeit!*

BAG „Grüne und Gewerkschafter/innen

Für die BAG: Martina Helbing, München; Jürgen Rubarth, Berlin; Hans Hettler, Frankfurt; Sieglinde Friess, Nürnberg; Thomas Dittberner, Hamburg; Michael Schlickwei, Münster.



Gute Demo: Bauernprotest vor dem Reaktor in Hamm

Alexander Schubart:

"Selbstbestimmung lernen"

„Bannmeile gilt nichts. Wortgewaltig wieder ‚Aschu' Schubart'', meldete die BILD-Zeitung über eine Demonstration des hessischen Aktionsbündnisses zur Stillegung aller Atomanlagen am 14.6. in Wiesbaden. Mit der routinierten Gelassenheit sogenannter Startbahn-Chaoten schlug die Demo der Polizei ein Schnippchen, um sich verbotenerweise direkt vor dem Landtag zur Kundgebung zu versammeln. Trotz verwirrender Informationen, ob der Marsch überhaupt stattfinden würde, waren immerhin 8000 gekommen. An der Konfusion war ein Teil des Bündnisses nicht unschuldig. Denn fünf Tage zuvor hatte eine Mehrheit der Gruppen- und BI-Vertreter das Unternehmen mit der Begründung absagen wollen, man falle damit den Brokdorf- und Wackersdorf-Demonstranten in den Rücken. Eine „Latsch-Demo'' in Wiesbaden lenke vom faktischen Versammlungsverbot vor den Bauzäunen ab. Man solle eine „Denkpause'' einlegen und erst im Herbst weitermachen. Tatsächlich hätte man mit einem solchen Verfahren den Eindruck geschaffen, die Bewegung trete nach den Ereignissen vom 7.6. den Rückzug an. Im übrigen hätte man in fataler Weise freiwillig darauf verzichtet, den Protest gegen die brutalen Polizeieinsätze der Vorwoche sofort an die Öffentlichkeit zu tragen. Daher war die Spekulation nicht ganz unbegründet, einige Mitglieder des Aktionsbündnisses hätten andere Motive für ihre Skepsis vor der Demo gehabt: Grüne Ängste vor einem unfriedlichen Verlauf am Tag vor der Niedersachsenwahl. Wie dem auch sei: Das Komitee für Grundrechte und Demokratie (Klaus Vack) und der KB beharrten darauf, die Sache durchzuführen, einen Tag später waren auch alle anderen wieder dieser Meinung und am 14.6. waren sie froh darüber. Von den Demonstranten laut beklatscht: Die Versicherung, man werde sich nicht in Militante und Friedfertige spalten lassen und man sei beileibe nicht

den Demonstranten laut beklatscht: Die Versicherung, man werde sich nicht in Militante und Friedfertige spalten lassen und man sei beileibe nicht

gekommen, um an Parlamentarier gleich welcher Couleur zu appellieren. Zum Abschluß der Kundgebung zog Alexander Schubart eine eher nachdenkliche Bilanz, die wir im folgenden wiedergeben.

Alle menschliche Geschichte ist auch eine Geschichte von Widerständen gegen unerträgliche Zustände. Unerträglich sind die Zerstörungstendenzen, die sich in den letzten Jahrzehnten in den Industriestaaten der nördlichen Hemisphäre angehäuft haben. Die Nutzung der Atomkraft — zivil und militärisch — ist die Kulmination dieser Zerstörungstendenzen. Den Widerstand gegen sie gibt es nicht erst seit Tschernobyl, und auch nicht erst seit Harrisburg. Es gibt in diesem Land einen jahrzehntelang gewachsenen Widerstand gegen die zivile Nutzung der Atomkraft, nicht nur gegen die Atomkraftwerke von Biblis bis Brokdorf, sondern gegen den ganzen atomaren Kreislauf, festgemacht am Hanauer Plutoniumkomplex über die Atomkraftwerke, über die in Bau befindliche Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf bis zur Endlagerstätte in Gorleben.

Es gibt aber auch den Widerstand gegen das mutwillige Einsetzen der atomaren Zerstörungskraft zwecks Vernichtung von Menschen durch Menschen, ja zur Vernichtung dieses Planeten mit seiner Millionen Jahre währenden Evolution des Lebens. Und es gibt schließlich eine breite Ökologiebewegung, die sich gegen sehr unterschiedliche Zerstörungstendenzen wehren muß, vor allem gegen die umweltfeindlichen und lebensbedrohlichen Großprojekte. Als hessische Beispiele nenne ich nur: Startbahn West, Giftmülldeponie Mainhausen und die Frankfurter Stadtautobahnen.

Doch die Frage ist: Was haben alle diese Kämpfe gebracht? Viele beantworten diese Frage verkürzt, wenn sie sagen, es gebe doch keine nachweisbaren Erfolge; die Atomkraftwerke wurden errichtet, in Gorleben und Wackersdorf ziehen die Atomkraftbetreiber ihren Plan durch und auch die Startbahn West wurde gebaut. Den so verkürzt Antwortenden möchte ich entgegenhalten, daß sie an der Oberflächenerscheinung der Kämpfe der sozialen Bewegungen verharren und Wesentliches übersehen.

Erstens: Es stimmt einfach nicht, daß es keine konkret nachweisbaren Erfolge gäbe. Ich möchte nur an die hier in Hessen sehr konkret geplanten umweltfeindlichen Großprojekte erinnern, die wie heiße Kartoffeln fallen gelassen werden mußten, weil sie aufgrund des Widerstandes von unten politisch nicht durchsetzbar waren: Daß es keinen Block C in Biblis, daß es keine atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wethen gibt und daß das monströse Projekt der Ernstbachtalsperre bei Rüdesheim nicht gebaut wird, hat nichts mit irgendwelchen grün-roten Vereinbarungen zu tun, denn als diese Projekte fallengelassen wurden, sprach niemand von solchen Vereinbarungen. Vielmehr hat das Fallenlassen dieser Projekte sehr viel mit den entwickelten Kämpfen der sozialen Bewegungen zu tun, vor allem dem an der Startbahn West.

Zweitens möchte ich auf der Gewinnseite der sozialen Bewegungen verbuchen, daß es ein gewachsenes Selbstbewußtsein von vielen Menschen gibt, die das Sich-Wehren gelernt haben. Sicherlich: Es sind noch lange nicht viele genug, und das ist unser Problem. Doch diejenigen, die den Lernprozeß durchgemacht haben, haben eine Absage an jenes Staatsverständnis erteilt, das da besagt: Wenige bestimmen, was alle angeht.

Sie haben gelernt, wie man sich gegen eine menschenverachtende Politik wehrt, menschenverachtend im doppelten Sinn: Einmal deshalb, weil sie die lebensbedrohlichen Großprojekte realisiert, zum anderen Mal deshalb, weil sie über den Willen der Menschen wie eine Dampfwalze hinweggeht. So haben denn etliche ihre Erfahrungen mit Polizeiknüppel, Tränengas und Wasserwerfern gemacht. Sie haben gleichwohl Selbsttätigkeit gelernt, nämlich daß Frau und Mann ihre Geschicke nicht länger irgendwelchen Stellvertretern, auch nicht grünen Stellvertretern, anvertrauen können, sondern daß sie ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen müssen. Die sozialen Bewegungen sind daher auch so etwas wie ein authentischer Ausdruck für das Verlangen nach Selbsttä-

sozialen Bewegungen sind daher auch so etwas wie ein authentischer Ausdruck für das Verlangen nach Selbsttä-

tigkeit und Selbstbestimmung geworden.

Unsere aktuelle Forderung, die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, werden wir dann voranbringen, wenn es entwickelte Kämpfe der sozialen Bewegungen geben wird. Nicht das Vertrauen auf Regierungen und Parlamente, sondern ein entschlossenes Handeln von unten ist jetzt, nach Tschernobyl das Gebot der Stunde. Doch damit sich etwas in dieser Richtung bewegt, ist der Kern der jetzt bestehenden sozialen Bewegungen noch nicht ausreichend. Er muß sich verbreitern — und das ist das Problem. Es ist nämlich nicht ausreichend, daß es eine massenhaft verbreitete Einsicht in die Gefährlichkeit der Nutzung der Atomkraft gibt. Diese Einsicht ist ja jetzt, nach Tschernobyl schon vorhanden. Was hinzukommen muß, ist die zweite und viel schwierigere Einsicht, die bisher erst im Kern der sozialen Bewegungen stattgefunden hat, die Einsicht nämlich, daß man sich gegen die Gefahr wehren muß und wehren kann, mit vielfältigen, phantasievollen Mitteln. Der Sprung von der ersten Einsicht — der Einsicht in die Gefahr — zur zweiten Einsicht — der Einsicht des sich wehren Müssens — ist ein beschwerlicher Sprung, gerade hier in deutschen Landen. Sehr zu Recht heißt es im Heilbronner Aufruf der Schriftsteller von 1983, der unter dem Motto stand „Den Widerstand lernen'':

„Es gibt Völker, etwa das polnische Volk, die ihn nicht lernen müssen, weil ihre Geschichte eine Geschichte des Widerstandes ist. Wir haben immer wieder versäumt, ihn zu leisten. Die deutsche Geschichte ist eine Geschichte des versäumten Widerstandes.''

Ich möchte dem nur hinzufügen: In der Tat sind Staatshörigkeit, Untertanengeist und legalistisches Denken gerade in Deutschland so weit ausgeprägt, daß sie in offene Feindseligkeit gegenüber denjenigen umschlagen können, die Widerstand gegen unerträgliche Zustände leisten, und zwar selbst dann, wenn die Ziele der Widerstand-Leistenden geteilt werden. Und ich frage mich: Kann das erst anders werden, wenn sich Tschernobyl vor unserer Haustür, z.B. in Biblis ereignet hat? Muß es erst auch bei uns zehntausende Strahlenopfer und zehntausende Quadratkilometer strahlenverseuchten Boden geben, um Widerstand massenhaft zu praktizieren?

Die Antwort auf diese Fragen kann nur die Erfahrung geben. An den Atomkraftgegnern liegt es jetzt, diese Erfahrung zu machen. Es ist nicht sicher, aber möglich, daß wir schließlich sagen können: Die Atomkraftbetreiber sind am Ende, wir am Anfang.

Tschernobyl — schon vergessen?

In Hessen gibt es im Juni höher verseuchte Milch als im Mai zu kaufen. Die Strahlen und die radioaktive Verseuchung gingen runter, die Grenzwerte nach oben. Die CDU stellt in Niedersachsen wieder den Ministerpräsidenten, die Angst flachte ab, die übliche Tagesordnung ist weitgehend wieder eingekehrt. Noch nicht beim ARBEITERKAMPF. Dieser Artikel gibt einige Nachbetrachtungen zur Politik der CDU, zum Einstieg in den Ausstieg der SPD, zur Politik der Grenzwerte für Radioaktivität und dem Stand der Messungen und Nachrichten aus Tschernobyl in der Sowjetunion.



Deutschland, Deutschland, über alles

Nach einigen Spielerfolgen erhoffte sich doch noch eine Mehrheit der Bevölkerung vor dem Endspiel, daß unsere international anerkannte „Gurkentruppe" Fußballweltmeister 1986 werde. Nach Tschernobyl hat in typisch nationalistischer Bescheidenheit die CDU/CSU die BRD lauthals für den Weltmeistertitel in Sachen Kernkraftsicherheit angemeldet.

Unmittelbar nach dem Unfall bot der Kanzler der Sowjetunion „deutsche Hilfe" an. Der forschungspolitische Sprecher Lenzer wollte alle sowjetischen AKWs erst eimal stillegen und international überprüfen lassen. (Welt, 30.4.) Geißler machte das verkorkste sowjetische System, Strauß dessen „Sorglosigkeit und Schlampigkeit" für den Unfall verantwortlich.

„*Die Katastrophe enthüllt die Katastrophe des Systems. Die Technologie des Reaktors, der seit Tagen giftet, ist nach dem Urteil der seriösen Wissenschaft rückständig — ein gefährliches Fossil. (...) Man kennt das leider aus allen kommunistischen Systemen, die so rückständig sind, wie ihre Reaktoren. (...) In der Ukraine ereignete sich keine Tragödie. Es ereignete sich Schuld*", leitartikelte Herbert Kremp in der „Welt" (30.4.).

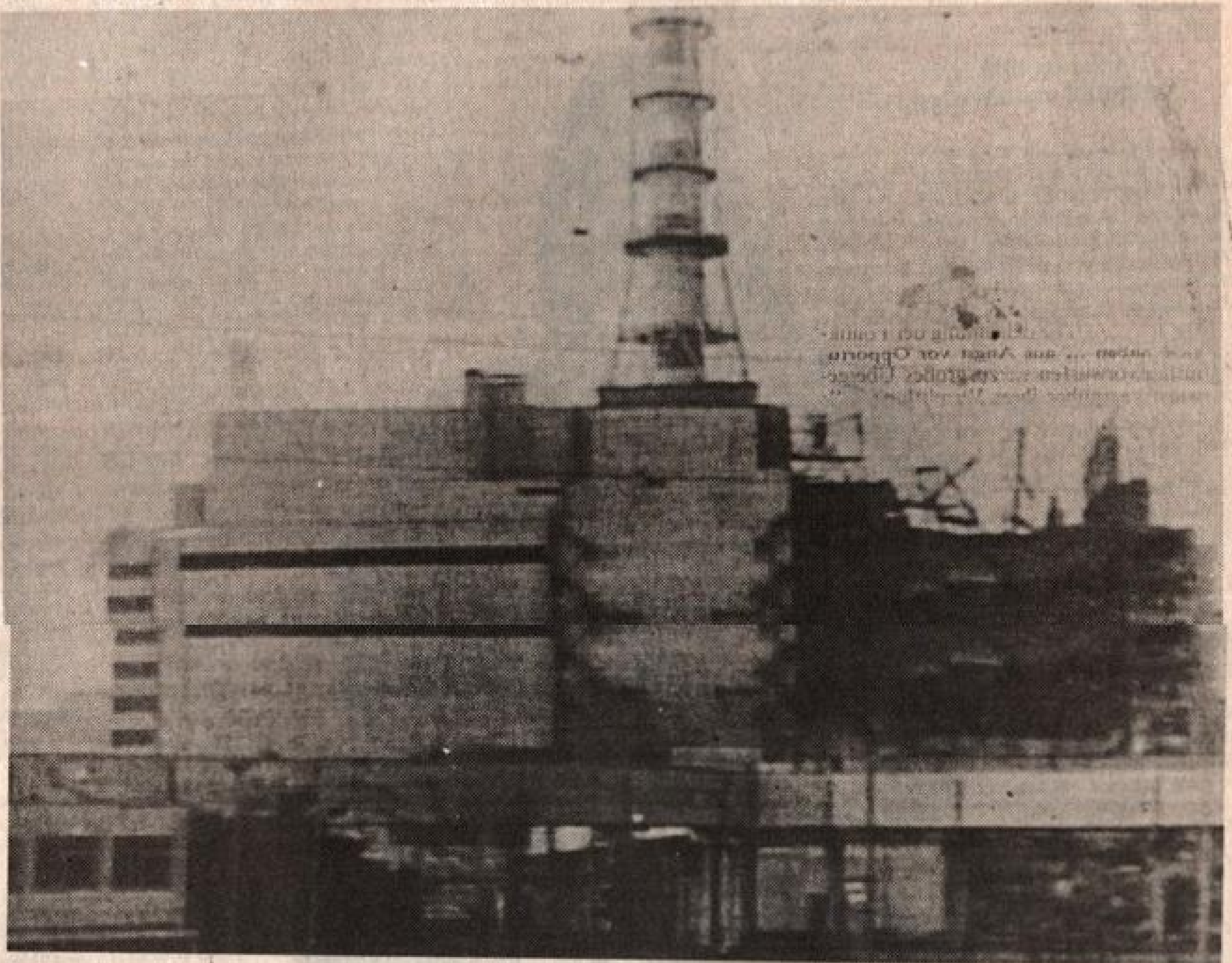
Ende Mai/Anfang Juni wurde in den USA von höchster Stelle unter Einschluß des CIA, aber bis heute nicht in der BRD, zugegeben, daß der Tschernobyl-Reaktor sogar ein Containment, also einen Stahl- und Betonmantel für den Berstschutz besaß. (International Herald Tribune, 20.5., Times, 2.6.)

Man habe auch innerhalb der EG „*die größten Schwierigkeiten mit Frankreich*" meinte Böhr von der Jungen Union. (FAZ, 13.5.) Inzwischen ist dem eine offene Kampagne zum Reaktor Cattenom gefolgt. Strauß sprach davon, daß es nicht zu mehr Sicherheit führe, wenn „*die ungefährlichen deutschen Anlagen stillgelegt, dagegen in anderen Ländern die gefährlichen Anlagen weiterbetrieben und ausgebaut werden*". (Welt 15.5.) „*Wir haben Anspruch darauf, daß die UNO sich dieses Themas annimmt*", eine Internationale Reaktorsicherheitskonferenz müsse her. Für den CSU-Landesgruppenchef Waigl lautet die Konsequenz aus Tschernobyl ganz klar: „*Alle Hebel in Bewegung setzen, damit die Reaktoren in allen Betreiberstaaten den optimalen und weltweit anerkannten Sicherheitsstandard deutscher Anlagen erhalten.*" (Welt, 15.5.) „*Bis dahin mögen sich die Sowjets schon mal Gedanken machen, womit sie die Schadenersatzforderungen ihrer europäischen Nachbarn bezahlen wollen*", forderte Horst Stein in der „Welt" (3.5.). Neben Forderungen aus Österreich, war es ausgerechnet Kohl, der solche Forderungen erhob; wir haben dort seit dem letzten Krieg bekanntlich noch eine Rechnung zu begleichen. Andere Länder wie Schweden sahen dies von vornherein für unsinnig an, weil es dafür keine internationalen Regeln gebe.

Für die AKWs in der BRD wurde ein solcher Unfall wie in Tschernobyl von der ersten Stunde an ausgeschlossen. Deutsche Sicherstandards weltweit, das war fortan das Stichwort. Am 9. Mai gab Kohl bekannt, er lade alle 26 Länder mit AKWs zu einer Konferenz ein. Die internationale Atomenergie-Behörde (IAEO) soll inzwischen federführend an dieser Konferenz beteiligt sein, deren Richtlinien sind uns Deutsche aber nicht mehr gut genug. So bescheinigte der CDU-Bürgermeister Diepgen von Westberlin den AKWs der DDR zwar IAEO-Standard, „*den hohen Sicherheitsanforderungen der bundesdeutschen Kraftwerke*" würden sie aber nicht genügen. Das soll in deutsch-deutscher Kooperation behoben werden. Der chauvinistischen Kampagne („Deutsche Kernkraftwerke sind die besten") soll nach dem Willen der CDU/CSU und der interessierten Industriekreise eine riesige Exportkampagne deutscher AKWs und Technologie folgen.

Keine Kernkraftfetischisten?

Nicht wanken und wackeln solle die CDU, kabelte Kanzler Kohl aus Tokio. Um zu vermeiden, daß durch das



Atomunglück von Tschernobyl und die damit geweckten Ängste in der Bevölkerung die Position der CDU/CSU geschwächt wird, wurde erst einmal Mitte Mai den Landwirten eine halbe Milliarde zugebilligt, später noch einmal dasselbe, für Entschädigungen wegen Tschernobyl: „Durchstehen lohne sich", hieß die Parole. (FAZ, 13.5.) „Ohne Wenn und Aber" stehe die CSU zum Ausbau der Kernenergie, verkündete anfangs Franz Josef Strauß. Für die BRD schloß Zimmermann als zuständiger Ressortchef jede Gefährdung von vornherein absolut aus. Es gab nur wenige besonnenere Stimmen aus der CDU/CSU: Biedenkopf plädierte für einen „langfristigen Ausstieg", der aber „gewaltige Anstrengungen" bei der Energieeinsparung zukünftig voraussetze; pauschal einen Ausstieg zu propagieren, sei demagogisch. Der saarländische CDU-Chef sprach offen von einer „*Abkoppelung von der Kernenergie*", weil auch die friedliche Nutzung „*im höchsten Maß gefährlich und eben nicht, wie immer behauptet wurde, absolut sicher*" sei („Welt", 13.,25.5.). Der ehemalige Münchner CSU-Oberbürgermeister Kiesl forderte gar eine „Denkpause" für Wackersdorf.

Allerdings fühlen sich die CDU/CSU-Politiker inzwischen zunehmend bemüßigt, sich besonnener zu geben. Der neue Minister in Bonn für Umwelt und Reaktorsicherheit, Wallmann, betonte nach seinem Amtsantritt am 4. Juni nicht nur die Unverantwortlichkeit des Einstiegs in den Ausstieg, sondern behauptete andererseits, er sei kein „Kernkraftfetischist". Er habe als Oberbürgermeister einen permanenten Krisenstab unterhalten und sogar den Sand auf Spielplätzen wechseln lassen, obwohl er das für überflüssig halte. („FR", 5.6.) Alois Glück hielt auf dem CSU-Parteitag dem ums Umweltressort gebrachten Zimmermann vor, dessen Äusserungen hätten nach Beschwichtigungen geklungen. „*Wenn Angst nur verlagert oder verdrängt wird, dannn wird sie bei nächster Gelegenheit wieder aufbrechen.*"

„*Wir sind keine Kernkraftfanatiker*", meinte sogar Strauß plötzlich, „*die Kernkraft wird eines Tages abgelöst werden.*" Niemand könne sagen, wann, und sicherlich nicht vor dem Jahre 2030, und dann zog er über die Lügner her, die anderes behaupten würden. („FAZ", 23.6.) „*In Wirklichkeit wird niemand behaupten wollen, verantwortliche Politiker aus dem Lager der Union wüßten nicht, welche Gefahren das Atom-Programm mit sich bringt*", schrieb die „FAZ" schon am 16. Mai. Schwer zu glauben, wenn etwa Strauß die WAA für so sicher wie eine Fahrradspeichenfabrik erklärte. („FR", 23.6.) Vielleicht brauche man ja die Atomkraft irgendwann nicht mehr, „*soweit sei es aber noch nicht. CDU-Politiker, die jetzt laut über diesen Fall in der Zukunft nachdenken und darüber sprechen, sollten darauf achten, daß sie nicht Illusionen nähren*", mahnt die „FAZ".

Das „Ende der Industriegesellschaft", sei der Ausstieg aus der Kernenergie, mit 10 Mio. Arbeitslosen vielleicht, sagte Strauß, um ja keine Illusionen aufkommen zu lassen. Eine „totale Verelendung" sah Kohl vor der Niedersachsenwahl in Hannover drohen („FR", 3.6). Eine „kaum vorstellbare Umweltzerstörung" von 160.000 Tonnen Schwefel- und Stickoxyd im Jahr allein über Schleswig-Holstein sah Ministerpräsident Barschel herniederregnen. („FAZ", 19.6.) In Nordrhein-Westfalen würde die Radioaktivität (aus Kohlekraftwerken) beim Abschalten des Hochtemperatur-Reaktors gar noch zunehmen. Ein Billion DM (= zwölf Nullen) Kosten für den Ausstieg errechnete die Bundesregierung bis zum Jahre 2000, obwohl die Elektrizitätswirtschaft „nur" von 200 Mrd. DM, dem doppelten Preis des grünen Fischer-Szenarios (= 6,8 Mrd DM pro Jahr), ausgeht, wobei die Hälfte für die Entschädigung für vorhandene AKWs gerechnet wird. Aber die CDU/CSU will — wie gesagt — auf keinen Fall Illusionen aufkommen lassen. Doch Fetischisten und Fanatiker gibt es dort nicht mehr.

Jährlich eine Milliarde Forschungsgelder forderte inzwischen der Bundesverband Solarenergie, der Verband der großen Firmen, die sich mit Energiegewinnung aus Sonnenstrahlen, Umweltwärme, Wind und Biomasse beschäftigen. Unter Riesenhuber sei die Summe von 248 auf 92 Mio. DM jährlich geschrumpft, und die Kernenergie habe doch weit mehr Geld bekommen. („FAZ", 24.6.) Immerhin will Strauß jetzt ein Gespräch führen, um sich über Alternativen informieren zu lassen. Andere Energieformen seien zu teuer, niemand wolle das gern bezahlen: „*So weicht die erste Aufwallung — Schluß mit der Kernenergie — inzwischen weithin differenzierteren Überlegungen. Daß die Menschheit noch eine Weile mit dem ‚Teufelszeug' leben muß, begriffen inzwischen auch engagierte Gegner.*" Das meint Fritz Ullrich Fack in der „FAZ" (28.5.). „Vertrauen zurückgewinnen", heißt die Überschrift.

Wieder Salat und Schluß mit dem Wertesalat

Walter Wallmann soll der Beste dafür sein, solche Ängste nach Tschernobyl abzubauen („FAZ", 4.6.): „*Ängste bauten sich auf, das Vertrauen in die Aussagen von Behörden und Experten schwand, hysterische Reaktionen blieben nicht aus, und das angelesene Halbwissen selbsternannter Experten wurde zur täglichen Tyrannis. (...) Ein neues Bundesministerium (...) wird diese Ängste nicht von heute auf morgen abbauen können.*" Aber es soll damit eine zentrale Institution geschaffen werden, die zukünftig möglichst ein Gerangel um Grenzwerte und Daten vermeidet. Dazu ist inzwischen einiges geschehen. 200 Mio. DM Entschädigungshilfe stellte am 21. Mai die Bundesregierung für die Bauern in Aussicht. 150 Mio. für Milch und 50 Mio. für Gemüse. Entschädigung sollen für Verluste zwischen dem 2. und 23. Mai gezahlt werden. Jedoch: Bei niedrigeren Grenzwerten in einzelnen Bundesländern will die Bundesregierung nur die Hälfte der Kosten tragen. Inzwischen hat die Bundesregierung großzügig aufgestockt, der Finanzminister geht von bis zu einer halben Milliarde DM aus, dafür sind die Länder auf Bundeslinie eingeschwenkt.

Die EG einigt sich am 30. Mai auf Strahlengrenzwerte für Lebensmittel, das Embargo gegen Lebensmittellieferungen aus acht Ländern des Ostblocks, das am 12. Mai verkündet worden war, ist damit aufgehoben. Milch darf pro Kilo 370 Bequerel (radioaktive Zerfälle pro Sekunde), und sonstige Lebensmittel 600 aufweisen. Frankreich und Griechenland hielten auch diese Werte für übertrieben, stimmten aber zu. Diese Werte liegen noch über den Werten der Strahlenschutzkommission, die einzelnen Bundesländern viel zu hoch waren; vorneweg hatte Hessen Grenzwerte von 20 Bq bei Milch und 100 für Fleisch festgesetzt. Diesmal funktioniert es, es wird noch im Mai überall Entwarnung gegeben. Ministerin Süßmuth erklärt am 3. Juni die EG-Werte für verbindlich; eine erneute, „*für die Bevölkerung verwirrende und beunruhigende Situation*" solle vermieden werden.

Inzwischen darf es in Hessen wieder höhere Strahlenwerte in der Milch und Milchprodukten geben, die im Mai noch als unverantwortlich galten. Ein Drittel der gemessenen Werte beim Fleisch überschreitet den im Mai zulässigen hessischen Grenzwert. Der hessi-

Meldungen aus Tschernobyl

21. Mai
Die 92.000 aus der Region um Tschernobyl evakuierten Bewohner werden in diesem Jahr nicht mehr zurückkehren können. 20.000 haben eine neue Arbeitsstelle bekommen, noch immer werden Bewohner der Region von Angehörigen vergeblich gesucht. Der Leiter einer Transporteinheit bei der Evakuierung ist „wegen mangelnder Erfüllung seiner Aufgaben" gefeuert worden.

Der Betonkern unter dem Reaktor, der ein Durchschmelzen ins Grundwasser verhindern soll, ist noch im Bau. 400 Arbeiter sollen einen Tunnel zum Reaktorkern bauen, was durch Hitze (200 Grad im Reaktor) stark behindert werde. Der Reaktor „*atmet wie ein tödlich verletztes Raubtier immer noch*". „*Die Menschheit muß für den technischen Fortschritt bezahlen, aber sie kann ihn nicht aufhalten*", schreibt die „Prawda".

30. Mai
Inzwischen werden 23 Todesfälle in der SU gemeldet; die Feuerwehrleute, die die Eindämmung des Brandes zu Beginn mit ihrem Leben bezahlen mußten, werden als „Helden" bezeichnet. „Nowosti" zufolge gibt es 80 bis 120 Patienten in akuter Lebensgefahr.

Im Moskauer Olympiastadium findet vor 30.000 Zuschauern ein Popkonzert statt, das live im Fernsehen übertragen wird. Der Erlös von 100.000 Rubel soll den Katastrophenopfern zugute kommen.

4. Juni
Nicht nur aus der Ukraine, sondern auch aus der Region um die weißrussische Stadt Gomel seien 60.000 Kinder in Ferienlager geschickt und 26.000 Menschen umgesiedelt worden. Dort ist anscheinend das Grundwasser verseucht gewesen, zahlreiche Menschen wurden in Krankenhäuser geschickt, Lebensmittel werden regelmäßig kontrolliert. Es gebe auch außerhalb der Gefahrenzone 30 km um Tschernobyl „einzelne verseuchte Flecken", schreibt die „Prawda".

7. Juni
26 Menschen seien infolge Tschernobyl inzwischen verstorben, berichtet der US-Spezialist Gale nach seiner Rückkehr in die USA. Es sei eine Vereinbarung getroffen worden, um die gesundheitliche Entwicklung von 100.000 Menschen, die von dem Unglück betroffen waren, bis zu 35 Jahre lang zu verfolgen.

15. Juni
Zwar seien die Kinder aus Gomel in Sicherheit gebracht worden, 7.000 Erwachsene hätten sich aber in Bragin (bei Gomel) mit den Streitkräften „*im Kampf für Bragin vereint.*" Das sei eine ebenso „*überraschende wie kühne Entscheidung*", denn die Radioaktivität dort berge zwar keine Gefahren „*für das Leben*", aber man könnte dort nicht Monate oder Jahre leben. Alle Häuser und Bäume müßten dort gewaschen werden, eine zehn Zentimeter tiefe Bodenschicht müsse abgetragen und ein Eindringen des Spülwassers in den Trinkwasserhaushalt verhindert werden.

17. Juni
Nahezu die gesamte Werksleitung von Tschernobyl soll inzwischen gefeuert und teilweise aus der Partei ausgeschlossen worden sein. Sie hätten „*keine Führungsqualitäten, zu wenig Disziplin und Verantwortung bewiesen*", ein Teil der Angestellten habe im Zuge des Unglücks die Flucht ergriffen.

Hunderte von Bürgern würden sich freiwillig zum Notstandseinsatz in Tschernobyl melden, was deutlich mache, daß „*das Vertrauen in die Zukunft der Atomenergie ungebrochen*", sei, meldete die „Prawda". Es müßten aus der Katastrophe Lehren für die Sicherheit gezogen werden, von den meisten Leuten aber würden Kernkraftwerke nicht in Frage gestellt.

18. Juni
In der Vorlage des kommenden Fünfjahresplanes bestätigte Ministerpräsident Ryschkow die Korrektheit des uneingeschränkten Festhaltens am Ausbau der Kernkraftindustrie, bei gleichzeitiger Notwendigkeit einer „hohen Zuverlässigkeit".

sche Sozialminister Clausen kann zwar *„nach wie vor ein Risiko für Langzeitschäden nicht ausschließen"*. Hessen könne aber keine niedrigeren Grenzwerte „mehr durchsetzen". Gemeint ist, daß Hessen sonst selbst die Entschädigungen zahlen müßte und da ist die alte Sicherheit nicht mehr zu haben. Der Aufschrei der Empörung bleibt aus. Ende Mai reichten Hamburger Universitätswissenschaftlern noch Sandmessungen, wo ein Gramm Sand ein Millirem verursacht (zum Vergleich: ein Liter Milch nach SSK-Empfehlung verursacht hunderte Millirem), um zu erklären, Kinder dürften zwar wieder im Sand, aber nur unter Aufsicht spielen. Im Juni ist das vorbei. Die Molkereiwirtschaft gibt nach Verlusten im Mai von 180 Mio. DM an, daß auch Mitte Juni noch Umsatzeinbußen von 10 bis 20 Prozent zu verzeichnen sind. Ein Rest Verunsicherung ist also noch da.

Die „ministeriell gesteuerte Strahlenschutzkommission" habe ihre Glaubwürdigkeit verloren, die Mitglieder seien zu „Leibeigenen der Atomfabrikanten" geworden. Deshalb hatte der BUND für Umwelt und Naturschutz eine eigene alternative Kommission einberufen. Diese kritisierte am 5. Juni die nach kurzer Zeit gegebene Entwarnung und machte auf die erhöhten Werte in Hessen aufmerksam. Es werde auch noch längere Zeit höhere Werte geben. Im Winter werde nach Heufütterung Milch und Fleisch besonders belastet sein. Im frischeingefahrenen Heu habe man in einem Fall in Süddeutschland 2.500 Bq pro Kilogramm gefunden, d.h. 100 Mio in einer Scheune; nur 37.000 seien zulässig. Die Bonner Kommission habe für Cäsium überhaupt keine Grenzwerte genannt, die EG-Grenzwerte seien zu hoch. Luftfilter seien hoch verseucht, Verbrennungsanlagen müßten abgeschaltet werden, Klärschlamm sei für die nächsten 30 Jahre nicht mehr als Dünger verwendbar. Es müsse bundesweit die Belastung der Böden festgestellt werden.

Es ist ganz offensichtlich, die Grenzwerte sind rein aus Opportunitätsgründen festgesetzt worden. Die Strahlenschutzkommission rechnete auf der Basis, daß die übliche Jahresdosis bzw. die üblichenHöchstwerte im allgemeinen nicht überschritten werden sollen. Man liegt dann bei einer verschwindenden Todesrate im Promillebereich. Anders ausgedrückt, statt einer Todesrate von 20% Krebs, wird man bei 20 Komma und etwas landen. *„Ein solcher Anstieg wäre nach übereinstimmenden Aussagen verschiedener Fachleute auch durch eine epidemiologische Untersuchung der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik nicht nachzuweisen,"* schlußfolgert aus einer Untersuchung der Arbeitsgruppe „Strahlenrisikoanalyse" am Münchener Institut für Strahlenschutz der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung („FAZ", 18.6.). Umgekehrt ist die Politik von Grünen und alternativen Wissenschaftlern, mit ständigen Verhaltensmaßregeln Panik vor der Strahlen-Bedrohung zu erzeugen, als kurzfristiges Staubaufwirbeln zusammengebrochen. Es wird wieder zur üblichen kriminellen Tagesordnung übergegangen, wo Todesraten eben nicht erkennbar sein dürfen.

SPD: Leben mit der Zeitbombe

Er selbst und die Partei habe sich seinerzeit beim Ja zur friedlichen Nutzung der Kernergie geirrt, erklärte Willy Brandt auf dem Juso-Kongreß am 1. Juni. Der Preis, den die Menschen *„für Abwegigkeiten der modernen Technologie"* bezahlen müßten, werde zu hoch. Die SPD hoffe, daß dieser Meinungswandel ihr beim Wähler nicht schaden werde. Das Verlangen der Jusos nach einem konkreten Zeitplan für den Ausstieg blieb von Brandt jedoch unbeantwortet. Überall spricht jetzt die SPD vom sofortigen Einstieg in den Ausstieg. Auch der DGB will angeblich aussteigen: *„Der Einsatz der Kernenergie ist grundsätzlich nur noch für einen begrenzten Zeitraum verantwortbar"*, heißt es im Beschluß des 13. DGB-Bundeskongresses vom 29.5. Nur der „Aktionskreis Energie", der rechte SPD-Betriebsräte aus Energie-Unternehmen versammelt, hält das für politischen Unsinn, der allein in NRW 100.000 Arbeitsplätze kosten würde. Sie selbst würden sich *„gegenüber unserer Mitbevölkerung für die höchstmögliche Sicherheit"* verbürgen. Man werde mit Demonstrationen die Arbeitsplätze verteidigen. Die Jusos wollen am schnellsten, 1991 ausgestiegen sein; andere Landesparteitage wollen dies Ziel 1995 erreicht haben; Mitte der 90er Jahre möchte Börner erst entscheiden, ob und wann überhaupt ausgestiegen werden soll. Je höher in der SPD-Hierarchie, um so später der Ausstieg, bis zum Jahre 2010 oder 2020 reichen die Vorstellungen, wenn welche genannt werden. Das sind von heute gerechnet noch 24 oder 34 Jahre, die wir mit einer Energieform leben sollen, von der die SPD andererseits selbst sagt, daß sie unkontrollierbare Gefahren und Risiken enthalte. Das wäre ein erheblich längerer Zeitraum als der, in dem in der BRD bisher AKWs laufen (maximal 14 Jahre).

Die meisten SPDler warten auf ein Wort des Vorstands. Dieses soll bis zum Parteitag Ende August fallen; eine Kommission unter Volker Hauff (Exminister der SPD) soll Klärung verschaffen. Klar ist nur: die SPD will das Atomgesetz ändern, um die WAA zu stoppen, Kalkar soll nicht ans Netz, neue AKWs sollen nicht betrieben werden, sieht man einmal vom Hochtemperatur-Reaktor ab, den bis vor kurzen Rau und die SPD (z.B. Börner in Borken) als „sicheren Typ" ausbauen lassen wollten.

Auf einem Treffen der SPD-Ministerpräsidenten am 20. Mai in Hannover wurde offengelassen, ob die geforderten neuen Sicherheitsüberprüfungen zum Weiterbetrieb oder zu Stilllegung und Nicht-Inbetriebnahme führen sollen. Gerade der „schrittweise Verzicht" wurde als „realistisches, realisierbares Ziel" gekennzeichnet. („FAZ", 21.5.) Den grünen Realos in Hessen ist aber eine Festlegung nach 1993 zu spät, *„weil dann eine Wende nicht mehr möglich"* sei. Die SPD sei sich offenbar nicht klar, *„ob sich Auswirkungen von Tschernobyl kurzfristig mit Wahltaktik auffangen ließen oder ob ernsthafte Schritte zum Ausstieg unternommen werden müßten."* Auch hier ist der Wählerwille oberstes Gebot.

Tatsache aber ist doch, daß entweder die AKWs tatsächlich eine Zeitbombe sind, und dann ist es abenteuerlich, ihre Stillegung hinauszuschieben, oder man hält sie für einen Weiterbetrieb sicher genug, wie es Börner z.B. Biblis Anfang Mai noch bescheinigt hat. Dann wäre aber gar nicht einzusehen, warum sie im Jahre 1995 oder 2010 abgeschaltet werden sollten.

Das Vorbild könnte Schweden werden: Dort dürfte aus dem 1980 beschlossen Ausstieg aus der Atomwirtschaft bis zum Jahre 2010 trotz Tschernobyl wohl nichts werden, wie dies die schwedische Botschaft der SPD-Bundestagsfraktion auf Anfrage hin mitteilte; man rechne jetzt mit dem Jahre 2030. Tschernobyl habe für die schwedische Regierung keinen Anlaß zur Beschleunigung gegeben. („FR", 4.6.)

Aber wenn es noch mal oder wieder zum nächsten größeren Knall in einem AKW kommen sollte, die SPD hat immerhin ernsthaft vom Ausstieg schon geredet.

HH

Strahlenwolke wieder weg?

2. Juni
In Italien werden in der Provinz Como nach kräftigen Regenfällen erneut erhöhte radioaktive Strahlungen gemessen, die „Entwarnung" wird wieder aufgehoben. In Freigehegen gezüchtete Kaninchen sollen geschlachtet werden; es wird das Mähen des Grases verfügt. Der Verkauf von Schaf- und Ziegenmilch wird verboten, Kinder unter zehn Jahren und Schwangere sollen keine Frischmilch trinken. In der BRD habe der Regen keine erhöhte Radioaktivität hervorgerufen, erklärt der Deutsche Wetterdienst. Die Werte lägen „durchweg im Bereich der Norm", es bestehe kein Anlaß für neuerliche Einschränkungen. Cäsium-Werte drei- bis fünffach über den zulässigen Grenzwerten werden in Kärnten in Österreich bei Frühkirschen, Erd- und Holunderbeeren gemessen.

5. Juni
Die Bundesforschungsanstalt für Ernährung rät vom Genuß von Pilzen, Rentier- und Schaffleisch ab, da hier Cäsium und Strontium angereichert werden.

8. Juni
Schwedische Gesundheitsbehörden verbieten das Schlachten von Rentieren, wo Werte von 2-15.000 Bq pro Kilo Fleisch gemessen wurden.

18. Juni
Nach neusten Messungen haben Milchprodukte in Hessen bis zu 90 Bq Cäsium-Aktivität aufzuweisen (Grenzwert im Mai 20 Bq), bei Wild werden bis 300 Bq gemessen (alter Grenzwert 100). Die alten hessischen Grenzwerte seien nicht mehr „durchsetzbar", erklärt der Sozialminister.

19. Juni
In Algen in schwedischen Seen wurden Werte von über 1000 Bq (pro Kilo) gemessen, einzelne Forellen wiesen schon 700 Bq auf, man befürchtet einen Anstieg auf bis zu 30.000 Bq im Herbst, ein Fangverbot wird erwogen. In der BRD gaben die zuständigen Behörden Entwarnung, man liege maximal bei 200 Bq in Bayern.

21. Juni
In Hamburg hat die Milch durchschnittlich 14,1 Bq, Milchprodukte bis über 90 Bq; 1984 waren es 0,2 Bq.



Unfälle

Nach dem Super-Gau in Tschernobyl erfährt die Öffentlichkeit wieder etwas mehr von anderen Betriebsunfällen in AKWs. Hier eine sicherlich unvollständige Liste in letzter Zeit bekanntgewordener Störfälle.

9. Mai
In Atomkraftwerk „Hinkley-Point B" nahe Bridgewater in Großbritannien tritt ein Defekt in der Stromerzeugungsanlage auf. Das AKW wird stillgelegt. Es habe keine Verletzten gegeben. Schon im Oktober 84 waren dort mehrere tausend Liter radioaktiv verseuchten Wassers ausgetreten. Im November traten 15 Tonnen radioaktives Kohlendioxid aus einem der beiden Reaktoren.

20. Mai 1986
In der WAA in La Hague in Frankreich kommt es zu einem „Strahlenunfall", fünf Beschäftigte bekommen bis zu 18 rem Strahlendosis ab. (Jahreshöchstgrenze: 5 rem)

Erst jetzt wird bekannt, daß es am 14.4.84 beinahe zu einem GAU im AKW Bugey bei Lyon gekommen wäre. Nach einem Stromabfall sei erst das dritte und letzte Notstromaggregat zur Kühlung nach Stunden angesprungen. Der zuständige Direktor des Atomkommissariats versicherte, man habe inzwischen daraus „alle Lehren gezogen".

29. Mai
Das Freiburger Ökoinstitut hatte Anfang Mai bei Hamm-Uentrup 50.000 Becquerel (pro Quadratmeter) gemessen, wovon 70% nach der Berechnung des Instituts aus dem HTR stammen sollten (500 Becquerel pro Quadratmeter sind zulässig). Die Betriebsleitung gibt erstmal zu, daß es am 4. Mai zu einem Störfall gekommen ist. Vorgeschriebene Werte seien aber niemals überschritten worden. Nur 0,1 Becquerel sei der Höchstwert aus dem HTR gewesen. Der Reaktor wird am nächsten Tag abgeschaltet, die NRW-Landesregierung fordert eine Stillegung bis zur Aufklärung des Vorfalls. Versuche, diesen Reaktortyp, der sich seit Mitte April im Probebetrieb befindet, als neue deutsche, ganz sichere Zukunfts-Variante zu verkaufen, sind damit gescheitert.

3. Juni
Die Betreiber von Hamm-Uentrop haben Aufnahme des Reaktorbetriebs für diesen Tag angekündigt. 40 Bauern mit Treckern und Mähdreschern haben die beiden Hauptzufahrten blockiert, sie fordern die endgültige Abschaltung des Reaktors. Die Betreiber drohen dem Innenminister Jochimsen mit einer Klage, wenn er seine Vorwürfe nicht zurücknimmt.

7. Juni
In Harrisburg im zweiten Atomreaktor von Three Mile Island, der seit Oktober 85 wieder in Betrieb ist, kommt es erneut zu einem Störfall, radioaktiver Dampf entweicht. Beim Umschalten der Anlage kommt es zur Schnellabschaltung. Die Betreiberfirma spricht von einer „sehr geringen" Radioaktivität.

8. Juni
Acht Kilogramm verschwundenes Plutonium (ungefähr die für eine A-Bombe notwendige Menge) sind wieder da. Die britische WAA in Sellafield hatte das Material „versehentlich" an eine Kernenergie-Forschungsanlage in Schottland geschickt. In der WAA wurde der Vorgang als „Buchungsfehler" kaschiert. In Schottland fiel auf, daß sich das Zeug statt aufzulösen zusammenklumpte. Nach 11 Monaten wurde die Ursache entdeckt. Aber gefährlich sei das Material nicht gewesen, versicherte der Betriebsleiter. Abgespielt soll sich das ganze Anfang 84 haben, jetzt wurde es durch den „Observer" bekannt.

17. Juni
Im AKW Hunterston in Großbritannien bricht im Turbinenraum eines der vier Kraftwerke Feuer aus, das zehn Minuten später gelöscht worden sei. Der Störfall habe keine radioaktiven Bereiche betroffen, das AKW habe sich automatisch abgeschaltet.

25. Juni
Auf Anfrage eines SPD-Abgeordneten teilt das Bundesinnenministerium mit, daß es 1982 bis 1984 in den 17 bundesdeutschen AKWs zu 427 Störfällen und 42 Schnellabschaltungen gekommen sei, einer davon in der schweren Kategorie A, 84 in der meldepflichtigen Kategorie B. In 123 Fällen hätten Komponenten oder Bauteile versagt, 103 mal habe es fehlerhafte Bedienung, Wartung, Reparatur oder Montage gegeben. Bei 190 Störfällen ist die Ursache nicht bekannt.



Foto: H.W.

Plebiszitäre Unruhe — der Ruf nach Volksentscheid

Die Debatte um die Notwendigkeit eines bundesweiten Volksentscheides hat nach dem Super-GAU in Tschernobyl eine Aufmerksamkeit gefunden, die es in dieser Intensität bislang noch nicht gab. Dies betrifft sowohl die Breite des politischen Spektrums, als auch die Aufnahme an der Basis der neu entstandenen Anti-AKW-Bewegung. Im folgenden ein Überblick über die verschiedenen Ansätze.

Fingerübungen

Die breite plebiszitäre Stimmung konnte sich auf entsprechende Vorbereitungen stützen, die in den letzten Monaten gelaufen waren:

— Beim Grünen Parteitag in Offenburg im Dezember 1985 war ein ,,*Manifest für direkte Demokratie*'' verabschiedet worden, das die Einführung eines Bundesabstimmungsgesetzes fordert, die ,,*direkte Demokratie als Ergänzung zum repräsentativen System*''. Die ,,*heutige, repräsentative Demokratie, die von einer Elite verwaltet wird*'', müsse ,,*durch direkte Einflußmöglichkeiten der Bevölkerung wieder lebendig werden*''. Beliebten Einwänden (auch von linker Seite), daß Volksentscheide ggf. von Faschisten für z.B. die Todesstrafe benutzt werden könnten, wird entgegengehalten: ,,*Bei insgesamt ca. 100 Volksentscheiden auf internationaler Ebene wurde bisher nicht einmal die Todesstrafe entschieden. Ebensowenig wurde eine Diktatur durch das Volk selbst beschlossen. Dies gilt auch für die Nationalsozialisten, die mit keinem einzigen Volksentscheid in der Weimarer Republik Erfolg hatten und vielmehr mit Hilfe des parlamentarischen Systems an die Macht kamen. Haben wir denn bei allem, was wir erleben, bei* *stems an die Macht kamen. Haben wir denn bei allem, was wir erleben, bei* *Umweltvergiftung und Atomprogramm (...) tatsächlich mehr Vertrauen in die Regierungen als in das Bewußtsein der Bevölkerung?*''.

Ebenfalls war auf der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1./2. Februar beschlossen worden, daß ,,*die Forderung nach Volksbegehren und Volksentscheid (...) von uns ergänzend zu den einzelnen friedenspolitischen Themen entwickelt und öffentlich thematisiert werden*'' müsse.

Vorläufer

Insgesamt blieben diese Beschlüsse jedoch eher auf dem Papier stehen. ,,Gepusht'' worden waren sie in beiden Fällen von einer kleinen Gruppe grüner Aktivisten um den anthroposophisch orientierten ,,Achberger Kreis'' mit Lukas Beckmann, Antje Vollmer und Gerald Häffner als Wortführer. Die Mehrheit der ,,Ökopaxe'' auf beiden Versammlungen stimmte den genannten Resolutionen nur als Pflichtübung zu. Nur so ist zu erklären, daß z.B. bei der zentralen bundesweiten Demokratie-Veranstaltung der Grünen, dem Kongreß ,,Kein Staat mit diesem Staat'' am 31.5./1.6., nicht einmal eine kleine Arbeitsgruppe zum Punkt Volksentscheid vorgesehen war.

Zu diesem geringen Interesse dürfte beigetragen haben, daß die plebiszitären Vorstöße im Jahre 1984/85 allesamt ausgetrickst und abgewürgt werden konnten, ohne daß es zu größeren Protesten gekommen war:

— Das Volksbeghren gegen die WAA Wackersdorf war im Frühjahr 1984 mit ca. 20.000 Unterschriften abgelehnt worden;

— das ,,Hessische Volksbegehren für den Frieden'' hatte (statt der gesetzlich zur Einleitung vorgeschriebenen 120.000) nur etwa 100.000 Unterschriften zusammengebracht und wurde Börner dann lediglich als Petition vorgelegt.

— das ,,Baden-Württembergische Volksbegehren für den Frieden'' war mit 110.000 Unterschriften im Januar '85 von der Späth-Regierung abgelehnt worden, was der Staatsgerichtshof im März 1986 bestätigt hatte.

In allen drei Fällen war mit der mangelnden Zuständigkeit des Landes argumentiert worden. Insbesondere die Friedens-Volksbegehren hatten nicht den erhofften und in der hessischen Startbahn-West-Bewegung seinerzeit erreichten gesellschaftlichen Druck erzeugen können, weil das Spektrum um SPD und DKP von Anfang an diese Unternehmungen verzögert und blockiert hatte und schließlich unter dem Motto ,,Volksbefragung'' sogar ein Konkurrenzunternehmen startete. So konnte es nicht zu einer gegenseitigen Verstärkung von außerparlamentarischem und plebiszitärem Kampf kommen.

Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen

Schon knapp drei Wochen nach Tschernobyl gab es einen Aufruf mit der Aufforderung, ,,*nicht ein weiteres Mal bei Appellen stehen zu bleiben, die für die verantwortliche Regierung keine Konsequenzen haben*''. Ausdrücklich wird in diesem Zusammenhang der Krefelder Appell kritisiert. In der beigefügten Unterschriftensammlung werden gleich drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

1. Für die Abschaltung aller Atomanlagen.
2. Für die Durchführung eines Volksentscheides, der dies ermöglichen soll.
3. Für die Verabschiedung eines Gesetzes, das Volksentscheide auf Bundesebene nicht nur in diesem speziellen Fall, sondern generell einführt.

ebene nicht nur in diesem speziellen Fall, sondern generell einführt.

Das eigentlich Sensationelle an diesem Initiativkreis ist seine Breite. Neben bekannten Persönlichkeiten aus der Umweltbewegung umfaßt er Grüne aller Schattierungen bis hin zu Joschka Fischer, mit Ewald Lienen einen Repräsentanten der Friedensliste und neben Personen aus den Randbereichen der SPD schließlich mit Jo Leinen sogar einen leibhaftigen sozialdemokratischen Minister.

Verständlicherweise fehlt das gesamte DKP-Spektrum und die SPD-Spitze. Selbst Aushängeschild Lafontaine war die Sache zu heiß gewesen, was soll Bruder Johannes denken?

Der Aufruf wurde Pfingsten vom Grünen Partteitag verabschiedet, soll jedoch weiterhin als unabhängige Kampagne betrieben werden. Auch bei Infoständen — so schärft Beckmann in einem Rundbrief ein — sollen Kreis- und Ortsverbände ,,*in diesem Zusammenhang den Zusatz 'Die Grünen' vermeiden, um die Überparteilichkeit nach außen zu dokumentieren.*''

Aktion Volksentscheid

Schon seit 1983 macht eine ,,Aktion Volksentscheid'' Werbung für die Einführung eines Bundesabstimmungsgesetzes. Nach Tschernobyl hat die Initiative ihre Aktivität beträchtlich erhöht und in bundesweiten Zeitungs-Großanzeigen für fünfstellige Summen ihr Anliegen publik gemacht. Im wesentlichen deckt sich der Initiatorenkreis mit der eingangs erwähnten Pressure-Group um die grünen Antroposophen aus Achberg und Polit-Profi Lukas Beckmann. Wesentlich ihrer zähen und vor allem juristisch sehr penibleu Arbeit ist es zu danken, daß das Thema Plebiszit bei den Grünen überhaupt in der Diskussion gehalten und dann förmlich beschlossen werden konnte.

Eine Besonderheit der Aktion Volksentscheid ist, daß sie die Durchsetzung des Volksentscheids an sich als Hauptziel ihrer Arbeit sieht, dagegen die mit dem Volksentscheid einklagbaren politischen Ziele nicht zur Voraussetzung der Unterstützung ihres Anliegens macht. Besonders ärgerlich war, daß die Gruppe früher mit einer betont ,,staatsbürgerlichen'' Argumentation haarscharf an ihrer potentiellen Zielgruppe vorbei arbeitete. Kostprobe: ,,*Bleibt das Parlament der ausschließliche Ort der Entscheidung über die Lebensfragen der Gesellschaft, so droht die Gefahr, daß der Rechtsstaat an inneren Spannungen zerbrechen wird (...) Wenn wir bereit sind, unser demokratisches System jetzt in der hier aufgezeigten Richtung weiterzuentwickeln, wird solchen Befürchtungen gewiß der Boden entzogen.*''

Hat diese Sorge um den ,,Rechtsstaat'' noch 1984 die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative mitgeprägt, so ist seit letztem Jahr hier eine Verschärfung und Radikalisierung der Argumentation zu verzeichnen. Hervorgehoben wird jetzt, daß die Bürger legitimiert sind, ,,*Widerstand zu leisten gegen alle Gebote oder Verbote des Staatsapparates*'', weil durch die Nicht-Erfüllung des Volkabstimmungs-Gebotes des Grundgesetzes (Artikel 20,2) ,,*die 'verfassungsmäßige Ordnung' in einem wesentlichen Teil ihrer Substanz beseitigt sei*'', was ja bekanntlich selbst in den Augen von Verfassungsrichtern das ,,Recht zum Widerstand'' für alle Staatsbürger ermöglicht (s. Artikel 20,4 GG). Mit dieser originellen Argumentation schaffen es die Stichwortgeber der Aktion Volksentscheid immerhin, eine Brücke zwischen plebiszitären Zielsetzungen und zivilem Ungehorsam/Widerstand zu schlagen und mit der abgeschmackten ,,Sorge um den Rechtsstaat'' zu brechen.

In dieselbe richtige Richtung geht es, wenn der Volksentscheid als Korrektiv auch gegenüber einer ,,rot-grünen'' Koalition empfohlen wird: ,,*Doch selbst, wenn sich die Mehrheitsverhältnisse ändern würden und die grüne Kraft die Regierungspolitik mit prägen könnte: Wäre das genug, um Schritt für Schritt den notwendigen grundlegenden Wandel zu bewirken?*''

Diese Skepsis gegen ,,Rot-grün'' ist zwar sehr soft formuliert, was vor em Hintergrund des politischen Standortes der Autoren (von ihnen stammt der Slogan: ,,*Nicht links, nicht rechts, sondern vorn*'') nicht verwundert. Im Kern läuft dieses Mißtrauen gegenüber Regierung und Parlament aber quer zur Staatsgläubigkeit der Schily, Fischer und Kretschmann und könnte — bei entsprechender Zuspitzung durch linke Kräfte — auch eine regelrechte Kampfansage an diese Strömung werden.

Problemchen

Rudimente der früheren ,,staatsbür-

Rudimente der früheren ,,staatsbürgerlichen'' Argumentation der Aktion Volksentscheid finden sich allerdings auch noch in ihrer neuesten Tschernobyl-Kampagne. So ist zunächst verblüffend, daß sie ihren Anzeigentexten nicht die Unterschriftenliste des politisch sehr breiten Initiativkreises Volkentscheid gegen Atomanlagen (s.o.) angehängt haben, sondern eine eigene Sammelliste. Das Rätsel löst sich, wenn mensch sich den Text genauer anschaut: Während der Initiativkreis die pointierte Ablehnung der AKWs in den Vordergrund des Textes stellt, geht es der Aktion Volksentscheid zunächst ausschließlich um die Durchsetzung des Plebiszits, mittels dessen dann — so der Achberger Text — ,,über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft'' entschieden werden kann. Mit dieser ,,wertfreieren'' Formulierung hoffen die Achberger anscheinend, auch Unterschriften von AKW-Befürwortern zu sammeln. Das ist zum einen vergebliche Liebesmühe, und verspielt zum anderen die im Augenblick entstehende Verzahnung zwischen außerparlamentarischem Kampf und der Forderung nach dem Plebiszit.

Jürgen

Initiativkreis Volksentscheid gegen Atomanlagen

Brigitte Goßwitzer (Bundesvorsitzende der Gustav Heinemann Initiative, GHI)
Prof. Dr. Jürgen Seifert (Bundesvorsitzender der Humanistischen Union e.V.
Prof. Dr. Gerhard Thielcke (Stellv. Bundesvorsitzender des Bundes für Umwelt- und Naturschutz, BUND)
Petra Kelly (MdB, Grace P. Kelly Vereinigung zur Unterstützung der Krebsforschung für Kinder e.V.)
Klaus Vack (Sekretär vom Komitee für Grundrechte und Demokratie)
Prof. D. Helmut Goßwitzer (Theologe)
Dr. Beatrix Tappeser (Stellv. Vorstandssprecherin Ökoinstitut Freiburg)
Ina Deter (Musikerin)
Dr. Christa Reißner (Pressesprecherin der Badisch Elsässischen Bürgerinitiativen)
Lukas Beckmann (DIE GRÜNEN, Sprecher im Bundesvorstand)
Karl Bergmann (Ökobank-Initiative)
Gerd Billen-Girmscheid (Die Verbraucher Initiative e.V.)
Wolfgang Dropmann (Robin Wood, Mitglied des Bundesvorstandes)
Joschka Fischer (Minister für Umwelt und Energie, Hessen)
Herbert Grönemeyer (Musiker)
Willibald Kunisch (Bürgerinitiative Stop Kalkar, Kläger gegen den Schnellen Brüter)
Jo Leinen (Minister für Umwelt, Saarland)
Ewald Lienen (Bundesliga-Fußballspieler, Sportler für den Frieden, Friedensliste)
Günther Lott (Apotheker, Friedenssteuerinitiative, FSI)
Ulla Meinecke (Sängerin, Autorin)
Barbara Senffl (Frauen für den Frieden)
Michael Sexauer (Volksbegehren für den Frieden Baden-Württemberg)
Martin Singe (Initiative Kirche Von Unten, IKVU)
Konstantin Wecker (Texter, Musiker, Sänger)
Johannes Stüttgen (Freie Internationale Universität, FIU)
Prof. Dr. Horst-Eberhard Richter (Internationale Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges, IPPNW)
Andreas Zumach (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste)
Trude Unruh (Graue Panther)
Hans Schuierer (Landrat im Landkreis Schwandorf)
Christa Reetz (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)
Karlheinz Koppe (Pax Christi)
Monika Griefahn (Vorstand Greenpeace International)
Werner Konias (Sprecher des Dachverbandes der Oberpfälzer Bürgerinitiativen gegen die WAA)
Dr. Jens Scheer (Professor für Kernphysik Universität Bremen)
Michael Bader (Aktion Dritter Weg)
Gert Bastian (MdB, Generale für den Frieden)
Ulli Beller (Geschäftsführer des Deutschen Umwelttages)
Gerald Häfner (Aktion Volksentscheid)
Wilfried Heidt (Arbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht)
Arno Huber (Netzwerk, Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreis, SPAK)
Prof. Dr. Robert Jungk (Publizist)
Matthias Kollatz (Stellv. Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD)
Brigitte Krenkers (Organisation für Direkte Demokratie)
Marie Marcks (Karikaturistin)
Detlef zum Winkel (Hessisches Volksbegehren für den Frieden)
Wolfgang Niedecken (Komponist, Texter, Gruppe BAP)
Henning Obst (Vereinigung Demokratischer Juristen, VDJ)
Karl Friedrich Osenberg (Bauer, Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft-Bauernblatt)
Alexander Schubart (Bundeskongreß Unabhängiger Friedensgruppen, BUF)
Prof. Dr. Ernst Schuberth (Mathematiker, Mitbegründer der Freien Hochschule für Anthroposophische Pädagogik)

Die Atomkatastrophe von Tschernobyl — Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Ein Offener Brief

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

wir müssen die Atomkatastrophe von Tschernobyl, diese deutlichste Warnung seit Hiroshima und Nagasaki, zum Anlaß nehmen, so schnell wie möglich die **Abschaltung aller Atomanlagen** zu erreichen.

Die unmittelbare Betroffenheit sehr vieler Menschen hat in den letzten Tagen an vielen Orten zu Aktionen, Demonstrationen, Appellen, Unterschrifteninitiativen und Anzeigen in verschiedenen Zeitungen geführt. Dies sind wichtige und notwendige Teile eines Protestes gegen die umfassende Gefährdung unseres Lebens und unserer Lebensgrundlagen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten – wir erinnern an die starke Anti-Atomtod-Bewegung der 50er und 60er Jahre und an die Anti-AKW-Bewegung der 70er Jahre – haben zwar viele Menschen aktiv gegen den Atomstaat protestiert, doch letztlich ist das Atomprogramm im zivilen und militärischen Bereich weiter und weiter ausgebaut worden.

Wir halten es deshalb für erforderlich, daß wir unsere Protestformen erweitern. Was den Menschen in Schweden, in Österreich, in der Schweiz, in Spanien und anderen Ländern möglich ist, darf auch uns nicht länger verwehrt werden. **Wir brauchen einen bundesweiten Volksentscheid über die Abschaltung aller Atomanlagen, bei dem jede/r Bürger/in verbindlich mit Ja und Nein abstimmen kann.** Obwohl das Grundgesetz der Bundesrepublik in Art. 20/2 neben Wahlen auch ausdrücklich Abstimmungen vorsieht, gibt es hierzu bisher auf Bundesebene keine Ausführungsbestimmungen. Anders in den meisten Bundesländern: Hier sind Volksbegehren und Volksentscheid möglich und mit diesem Instrument wurde ja in den letzten Jahren auch in Hessen, in Baden-Württemberg und in Bayern versucht, die Startbahn-West, die Stationierung von neuen atomaren Mittelstreckenraketen und die Wiederaufarbeitungsanlage zu verhindern. Unterschriften gab es in sehr kurzer Zeit genug, doch die Volksbegehren wurden wegen der Zuständigkeit des Bundes vom Gericht verworfen.

Deshalb: Um nicht ein weiteres Mal bei Appellen stehen zu bleiben, die für die verantwortliche Regierung keiner Konsequenzen haben – die Anti-Atomtod-Bewegung erreichte 1958 über zehn Millionen Unterschriften, der Krefelder Appell sieben Millionen – **müssen wir uns jetzt zusammenschließen und mit vielen Menschen, Gruppen, Initiativen und Verbänden, die sich seit langem oder auch erst jetzt einer Anti-Atompolitik verpflichtet fühlen, einen bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen durchsetzen.**

Es ist an der Zeit: Wir müssen uns demokratische Instrumente erkämpfen, die uns nicht länger zu Bittstellern-innen gegenüber der jeweiligen Regierung machen.

Der beigefügte Unterschriftentext für den bundesweiten Volksentscheid gegen Atomanlagen ist bewußt einfach und kurz formuliert. Er kann nur das wesentliche enthalten.

Bitte unterstütze/n Sie/Du mit Ihrer/Deiner Unterschrift diese Initiative.

Für die Veröffentlichung einer ersten mobilisierenden Anzeige mit den Erstunterzeichnern-innen (Gruppen, Organisationen, Personen) bitten wir um schnelle Zurücksendung Ihrer/Deiner Unterschrift.

Zur Finanzierung der Anzeige bitten wir um Überweisung von mindestens DM 10,– (nach Möglichkeit mehr) auf das unten angegebene Sonderkonto.

Auf lokaler Ebene sollten sich Initiativen zusammenschließen, um die Öffentlichkeitsarbeit und das Sammeln von Unterschriften zu koordinieren.

Danke für Ihre/Deine Unterstützung!

Herzliche und solidarische Grüße!
Die Mitglieder des Initiativkreises

Bonn, den 12. Mai 1986

Offener Brief des KB/NRW zum Volksentscheid über Kernenergie

Liebe Freundinnen und Freunde,

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl scheinen die Menschen zwar etwas anderes zu essen, aber immer noch dasselbe zu wählen. Ein (nicht der) Grund dürfte darin bestehen, daß es auf der Ebene von Parlamentswahlen keine mehrheitsfähige Alternative gibt, die mit der Abschaltung aller Atomanlagen, oder auch nur mit dem ,,Einstieg in den Ausstieg'' tatsächlich ernst machen würde.

Lukas Beckmann, Mitglied des Grünen Bundesvorstandes, hatte daher völlig recht, als er nach der Niedersachsenwahl darauf hinwies, daß in der Bundesrepublik die Möglichkeit von Volksabstimmungen über alle wichtigen Fragen fehle, an denen sich in den letzten Jahren soziale Bewegungen entwickelt haben.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Alle entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Staat und oppositionellen Bewegungen endeten mit einer Niederlage. Das liegt auch daran, daß es bisher nicht gelungen ist, den **aktiven** Protest gegen lebensbedrohende Maßnahmen der Herrschenden über eine letztlich doch relativ kleine Minderheit hinaus zu verankern. Die einzige Möglichkeit, hieran etwas zu ändern, besteht u.M.n. in der Durchsetzung und Entfaltung **DIREKTER DEMOKRATIE.** Es darf nicht weiter angehen, daß eine kleine, aber zu allem entschlossene Minderheit in Gestalt einer Handvoll Politiker der etablierten Parteien über Leben und Gesundheit von Millionen von Menschen, über Krieg und Frieden entscheidet — und sich dafür auch noch alle vier Jahre eine scheinbare Legitimation auf dem Stimmzettel abholen kann.

Im Gegensatz zu dieser, der **repräsentativen Demokratie**, entscheidet bei der **direkten Demokratie** die Mehrheit des Volkes selbst.

Hierzu gibt es u.M.n. keine Alternative. Wer dagegen ist, daß die Mehrheit des Volkes entscheidet, muß sagen, wer denn anstelle der Mehrheit entscheiden soll. Für die Herrschenden ist die Antwort auf diese Frage klar: sie selbst treffen die Entscheidungen. **Wie anders** als mit einem ausdrücklichen Votum der Mehrheit des Volkes können wir dem Machtmonopol der Herrschenden und ihres Staatsapparates **ernsthaft** entgegentreten?

Entfalten wir die zarten Risse im Massenkonsens dieser Gesellschaft zu tiefen Gräben! Nur eine scharfe Polarisierung bietet letztendlich die Chance, die für eine **Durchsetzung** unserer Forderungen notwendige Energie gegen den Gewaltapparat der herrschenden Klasse freizusetzen. Dafür oder dagegen/Sein oder Nicht-Sein — diesen Fragen muß sich jede und jeder stellen, deshalb brauchen wir den Volksentscheid.

*****

Warum wir das Ganze schreiben, wo Ihr doch auch für Volksentscheid eintretet — das laufende Volksbegehren gegen Atomanlagen in Nordrhein-Westfalen sei doch der beste Beweis?

Die von uns hier angeschnittenen Fragen spielten leider in der bisherigen Diskussion über Volksbegehren/-entscheid keine Rolle. Ja, schlimmer noch! Über die Stoßrichtung und Perspektive dieses Volksbegehrens ist in der interessierten Öffentlichkeit bisher überhaupt nicht diskutiert worden. Wir wollen mit unseren Ausführungen über die Bedeutung von Plebisziten folgendes deutlich machen: wer in so einer Frage wie der Nutzung von Atomenergie, gerade unter dem Eindruck des schweren Reaktorunfalls in der Sowjetunion, mit dem Mittel des Volksentscheides Politik macht, kann dies verantwortlich und glaubwürdig (!) nur dann tun, wenn sie/er entschlossen ist, erstens dieses Plebiszit
der Sowjetunion, mit dem Mittel des Volksentscheides Politik macht, kann dies verantwortlich und glaubwürdig (!) nur dann tun, wenn sie/er entschlossen ist, erstens dieses Plebiszit
auch gegen den entscheidenden Widerstand der staatstragenden Parteien, die nach wie vor über 90% der Wähler repräsentieren, **durchzusetzen** und zweitens in diesem Plebiszit auch tatsächlich die Mehrheit der Befragten zu gewinnen. Anders ausgedrückt: **eine glaubwürdige Volksentscheidkampagne muß von dem unbedingten Willen zum Erfolg getragen sein!**

Es fragt sich, ob das gestartete NRW-Volksbegehren diesem Anspruch genügt. Bisher offensichtlich nicht! Im Gegenteil hören wir in den letzten Tagen immer öfter das Argument, das Volksbegehren könne nicht der entscheidende Hebel sein, die Atomanlagen abzuschalten. Es ginge darum, Menschen eine Form des Protestes zu eröffnen, die bislang mit Mitteln wie Demonstrationen nicht mobilisiert werden konnten. Darum geht es sicherlich auch, aber eben nicht nur darum (s.o.).

Beim hessischen Volksbegehren gegen die Startbahn West, sowie bei den Volksbegehren gegen die ,,Nachrüstung'' erklärten sich die Länder als für diese Fragen nicht zuständig. Auf Bundesebene aber ist die Möglichkeit von Volksentscheiden nicht vorgesehen. Stichwort: Landes- und Bundeskompetenz.

Es ist im Grunde genommen ein Widerspruch, einerseits zum Mittel des Plebiszits greifen zu wollen und sich andererseits an die Grenzen der Landeskompetenz zu halten. Denn: beim Volksbegehren geht es ja gerade darum, daß das Volk den Herrschenden die Kompetenz **abspricht**, weiter über Überlebensfragen zu entscheiden.

Dieser Anspruch ist bei der Atomtechnologie ebenso wie bei den Atomwaffen der Natur der Sache nach nicht auf Nordrhein-Westfalen begrenzt, zumal die meisten AKWs in anderen Bundesländern zu finden sind.

*****

Dabei ist die Überlegung im Prinzip richtig, zunächst den bereits vorhandenen Spielraum, der in landesweiten Volksbegehren besteht, für eine Volksentscheidkampagne bundesweit zu nutzen.

Das jetzt gestartete Volksbegehren beantwortet die Frage nach dem Spielraum allerdings rein juristisch, was u.E. aus mehreren Gründen falsch ist:

1. Recht und Rechtssprechung sind nichts Endgültiges, von Gott oder sonstwem Vorgegebenes. Was Recht ist, ist eine Frage des esellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Nichts hat dies in den letzten Jahren deutlicher demonstriert als das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Volkszählung '83, wo mit dem Verweis auf die Wahrung des sozialen Friedens die damals vorgesehene Volksaushorchung in dieser Form erstmal zurückgezogen werden mußte.

2. Welche Kompetenz ein Land, bzw. eine Landesregierung hat, hängt entscheidend vom politischen Willen ab. Und dieser ist letzten Endes wiederum abhängig vom politischen Kräfteverhältnis. Ernst Albrecht erklärte nach jahrelangen Auseinandersetzungen, die WAA sei in Gorleben nicht durchsetzbar. Die Kompetenz, d.h. die Einflußmöglichkeiten auf die Bundespolitik, hat niemand deutlicher vor Augen geführt als Franz Josef Strauß, der sich sogar das Recht herausnimmt, in die Außenpolitik der Bundesregierung einzugreifen.

Bei gutem Willen, und der steht nicht fest, sondern läßt sich bei entsprechendem Druck beeinflussen, kann das Land NRW sehr wohl ,,aussteigen'' aus der Atomenergie, zumindest den Konflikt mit der Bundesregierung darum wagen.

3. Ein seriöser Jurist, befragt, wie es mit der juristischen Machbarkeit eines nordrhein-westfälischen Volksbegehrens gegen Atomanlagen aussieht, müßte sinngemäß folgendes antworten: ,,Ich kann Euch ein Gutachten schreiben, das die Zulässigkeit eines solchen Begehrens anhand des Geists der Verfassung, gewisser unveräußerlicher Rechte usw. nachweist. Ich kann aber juristisch auch das genaue Gegenteil beweisen. Was zulässig und was unzulässig ist, ist eine Frage, die sich nicht allein juristisch entscheidet.''

Wir wollen hier nicht die Begründungen vorwegnehmen, die die Johannes Rau-Regierung anführen wird, um eine Ablehnung des jetzt laufenden Volksbegehrens durchzusetzen. Wir wollen nur darauf aufmerksam machen, daß auch die Landesregierung über schlaue Juristen verfügt.

Mit dem jetzigen Gesetzesentwurf, der Gegenstand des Volksbegehrens ist, wird in dem Bemühen, den juristischen Hürden aus dem Weg zu gehen, die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen bereits von vorneherein in
der Gegenstand des Volksbegehrens ist, wird in dem Bemühen, den juristischen Hürden aus dem Weg zu gehen, die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen bereits von vorneherein in
Schutz genommen, indem erklärt wird: ,,Eine rechtliche Bindungswirkung der Landesregierung, bzw. des Landesparlaments wird dadurch (durch die Zweckbestimmung, Anm. von uns) **nicht** entfaltet.'' (aus dem Gesetzestext)

Auch der in der Begründung des Textes bereits aufgenommene Hinweis auf die Bundeskompetenz, ist — milde ausgedrückt — sehr unglücklich formuliert, wenn es darin heißt, das Atomgesetz regele den Schutz der Bevölkerung vor den Gefahren der Kernenergie. Da es offensichtlich nötig ist, wollen wir darauf hinweisen, daß das Atomgesetz der **Fördeung der Atomenergie, und nicht (!) dem Schutz der Bevölkerung dient.**

,,Bei der Bemühung um die Form geht der Stoff verloren'', diesem Resümee unseres Gastkommentators Herrn K. (siehe Kasten) können wir uns nur anschließen. Der Stoff, der zugunsten der Form sehr weit in den Hintergrund getreten ist, ist die Stillegung aller Atomanlagen. Die Überführung dieser Anlagen in Staatseigentum, das ist, nebenbei bemerkt, lediglich eine juristische Änderung der Besitzverhältnisse, keine tatsächliche. Logischer als dieser weitere ,,Einstieg'' des Landes wäre im Interesse des Inhalts sicher gewesen, den Rückzug NRWs aus der Atomenergie zum Gegenstand eines eines Volksbegehrens zu machen (NRW steigt aus). Jetzt wird wegen der Entschädigung (§ 2, Satz 2 des Volksbegehrens) sogar noch zusätzlich Kohle locker gemacht.

Das bisherige Vorgehen der ,,Macher'' dieses Volksbegehrens ist alles andere als seriös. Das Argument, eine breite Diskussion um die hier angeschnittenen Fragen sei aus zeitlichen Gründen nicht drin gewesen, zieht nicht, da zum einen die erste große Betroffenheit, die ein Volksbegehren im Selbstlauf vorstellbar gemacht hätte, bereits vorbei ist (wofür u.a. das relativ bescheidene Abschneiden der niedersächsischen Grünen ein Beleg ist); zum anderen hätte durchaus die Möglichkeit bestanden, die hinter den Kulissen geführten Diskussionen **öffentlich** zu machen und eine breitere Beteiligung bereits im Vorfeld zu gewährleisten.

*****

Mit der Einleitung eines Volksbegehrens soll der Versuch gemacht werden, die Mehrheit des Volkes zu einem politischen Faktor für die Abschaltung aller Atomanlagen zu machen. Das ist u.E. gerade in Nordrhein-Westfalen nicht unbescheiden und es wird da einiges auf uns zukommen. Mit dem Volksbegehren besteht die Möglichkeit, aber auch vor allem die Pflicht, Millionen von Menschen zu mobilisieren. Dies muß in einer Weise geschehen, die über das bisherige, unverbindliche ,,eine Meinung haben'' erheblich hinausgeht. Meinungen werden in Umfragen erkundet, hier geht es aber um folgendes: die Unterschrift unter das Volksbegehren soll mittelbar (besser wäre natürlich unmittelbar) zur Abschaltung von Atomanlagen führen. Das erste Mal würde dem Volk, das gewohnt ist, alle Entscheidungen zu delegieren, eine Frage zur Entscheidung vorgelegt, die Leben und Gesundheit von Millionen betrifft.

Der Kampf soll also geführt werden um die Köpfe und um das Verantwortungsbewußtsein der breiten Masse, und das ist zu einem guten Teil ein
Der Kampf soll also geführt werden um die Köpfe und um das Verantwortungsbewußtsein der breiten Masse, und das ist zu einem guten Teil ein
Kampf zur **Veränderung** des bestehenden Bewußtseins.

Die hierfür erforderliche Ernsthaftigkeit scheint uns beim derzeitigen Stand nicht gegeben. ,,Um zu retten, was zu retten ist'', da das Ganze nunmal schon so läuft, schlagen wir folgendes vor:

1. Heraufsetzung der Hürde für die erste Phase des Volksbegehrens auf mindestes 1 Million Unterschriften. Wie anders sollen wir sonst die zweite Phase, wo innerhalb von 14 Tagen 2,5 Millionen selbständig in die Rathäuser und Ämter gehen müssen, um sich einzutragen in die Listen, erfolgreich bestehen.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist, daß im frühen Herbst vielleicht knapp 100.000 Unterschriften abgegeben werden, ohne die nötige Mobilisierung erreicht zu haben. Das wäre die beste Garantie dafür, daß nicht nur, wie bereits geschehen, die Vorbereitung dieses Volksbegehrens den Juristen überlassen bleibt, sondern auch die Nachbereitung (folgenloser Streit vor dem Staatsgerichtshof usw.).

2. Begleitung der Unterschriftensammlung mit großen Demonstrationen und spektakulären Aktionen an den Standorten, die im Volksbegehren genannt sind, um auch vor Ort unsere Entschlossenheit auszudrücken, die Atomanlagen stillzulegen. Diese Aktionen müssen geeignet sein, in NRW ,,den sozialen Frieden zu stören'', um auf diese Weise zu einer intensiven und polarisierten Diskussion pro und contra Atomenergie zu kommen (siehe oben zum Urteil des BVG zur Volkszählung).

3. Initiierung einer Debatte um die von uns angeschnittenen Fragen, insbesondere: direkte Demokratie versus repräsentative Demokratie — wer soll bei Überlebensfragen entscheiden? Dies kann in Form von Veranstaltungen geschehen, wo u.a. die Erfahrungen aus anderen Staaten mit Volksentscheiden (Österreich, Schweiz) oder die hessischen Erfahrungen mit dem Volksbegehren gegen die Startbahn West dargestellt werden sollten.

Wir schlagen dies vor, weil am Ende doch ein bißchen mehr herauskommen soll, als ein geschickter wahltaktischer Schachzug, der Rau ein wenig in die Klemme bringt. Rau in der Zwickmühle, dagegen haben wir ja gar nichts, nur, dafür Hunderttausende in Bewegung setzen wäre jedoch Verarschung. Zeit zur Umsetzung unserer Vorschläge ist reichlich vorhanden, zur Hektik besteht jedenfalls kein Anlaß.

In Erwartung einer Antwort und mit lieben Grüßen

Kommunistischer Bund (NRW)
Bielefeld, den 24.6.86

Gastkommentar zum Volksbegehren

Form und Stoff

Herr K. betrachtete ein Gemälde, das einigen Gegenständen eine sehr eigenwillige Form verlieht. Er sagte: ,,Einigen Künstlern geht es, wenn sie die Welt betrachten, wie vielen Philosophen. Bei der Bemühung um die Form geht der Stoff verloren. Ich arbeitete einmal bei einem Gärtner. Er händigte mir eine Gartenschere aus und hieß mich einen Lorbeerbaum beschneiden. Der Baum stand in einem Topf und wurde zu Festlichkeiten ausgeliehen. Dazu mußte er die Form einer Kugel haben. Ich begann sogleich mit dem Abschneiden der wilden Triebe, aber wie sehr ich mich auch mühte, die Kugelform zu erreichen, es wollte mir lange nicht gelingen. Einmal hatte ich auf der einen, einmal auf der anderen Seite zu viel weggestutzt. Als es endlich eine Kugel geworden war, war die Kugel sehr klein. Der Gärtner sagte enttäuscht: ,Gut, das ist eine Kugel, aber wo ist der Lorbeer?' ''

Italien:

Referendum über Atomenergie

Während eines Aufenthaltes in Italien hatten wir die Möglichkeit, mit Genossen von Democrazia Proletaria (DP), einer linksradikalen Gruppierung mit Sitzen im nationalen und regionalen Parlamenten, über die Entwicklung der Oppositionsbewegung in Italien zu diskutieren. Aus diesem Gespräch und weiteren Materialien entnahmen wir die Informationen zum Referendum gegen die zivile Nutzung der Atomenergie.

Da./fo.

Das Reaktorunglück von Tschernobyl hat auch in Italien die Diskussion um die zivile Nutzung der Kernenergie neu entfacht. Neben weiteren Großdemonstrationen protestierten am 10. Mai 200.000 Menschen in Rom gegen AKWs. In Italien sind gegenwärtig 2 AKWs in Betrieb, 2 abgeschaltet, 2 befinden sich im Bau und weitere drei sind geplant. Der Anteil des Stroms aus AKWs am Gesamtstrom beträgt weniger als 1% (Democrazia Proletaria 6/1986). Grundlage des italienischen Atomprogramms ist der Nationale Energieplan (PEN), der 1981 von den bürgerlichen Regierungsparteien und der KPI verabschiedet wurde und bei dessen Fortschreibung 1983 erneut die KPI im Verein mit den Regierungsparteien am Werk war. Seit 1982 existiert außerdem das ,,Gesetz Nr. 8'' über die ,,monetizza'', d.h., Kommunen erhalten besondere staatliche Zuschüsse, wenn dort AKWs gebaut werden.

Dieser ,,Lohn der Angst'' und das italienische Atomprogramm sind in den Mittelpunkt der Kritik geraten, seit linksradikale und ökologische Strömungen die Kampagne für ein Referendum gegen die zivile Nutzung der Atomenergie aufgenommen haben. Zu den Betreibern der Kampagne zählen neben DP und Partito Radicale, Lotta Continua, Lega per l'ambiente und die Jugendorganisation der PCI, die Federatione Giovanile Communista Italiana. Die Tagezeitung ,,Il Manifesto'' stellt für die publizistische Begleitung der Kampagne regelmäßig eine Seite zur Verfügung. — Drei Gesichtspunkte werden in den Mittelpunkt der Kampagne gestellt und sollen letztlich getrennt entschieden werden:
zur Verfügung. — Drei Gesichtspunkte werden in den Mittelpunkt der Kampagne gestellt und sollen letztlich getrennt entschieden werden:

— die Möglichkeiten der Zentralregierung, AKWs gegen die Haltung der unmittelbar betroffenen Kommunen durchzusetzen;

— das ,,Gesetz Nr. 8'' und

— die Möglichkeiten der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft ENEL, sich am Bau von Atomanlagen im Ausland zu beteiligen.

Die PCI beteiligt sich an der Kampagne für das Referendum nicht. Um den Anschluß an die Bewegung dennoch nicht zu verlieren, versucht die PCI den Gedanken einer nur beratenden Volks b e f r a g u n g der Möglichkeit des Volks e n t s c h e i d s entgegenzustellen. Mit solchen durchsichtigen Mätzchen kann de PCI ihre Glaubwürdigkeit kaum erhöhen, denn auf ihrem Parteitag sprach sich die Mehrheit der Delegierten vor wenigen Wochen für Atomstrom aus. Mit einer Änderung ihrer Haltung ist bei der PCI kaum zu rechnen, da sie unbedingt in die Regierung des kapitalistischen Italiens will und jegliches Ansehen bei den bürgerlichen Partnern verlieren würde, wenn sie sich in der AKW-Frage nicht systemkonform verhalten würde.

Dem Optimismus und Schwung der Referendums-Unterstützer tut dies allerdings keinen Abbruch. Kaum ein Tag, an dem mensch nicht an mehreren Ecken Roms auf Stände mit Unterschriftenlisten und Informationsmaterial der AKW-Gegner trifft. Von den 500.000 Unterschriften für das Referendum, die bis zum 22. August vorgelegt werden müßten, waren Anfang Juni bereits 300.000 gesammelt. Der Erfolg der Kampagne wird u.a. daran deutlich, daß das Referendum auch in Kreisen, die nicht zum traditionellen Anti-AKW-Spektrum gehören, positiv aufgenommen wird. Unter den Arbeitern von Alfa Romeo bei Mailand wurden am ersten Tag 800 Unterschriften gesammelt. Das selbstgesteckte Ziel der Anti-AKW-Bewegung ist die Sammlung von 700.000 Unterschriften bis zum 15. Juli. Die Unterschriften müssen dann dem Corte di cassazione zur Prüfung vorgelegt werden. Sofern dort keine Beanstandungen vorgenommen werden, ist es dann Sache des Staatspräsidenten — derzeit der Christdemokrat Cossiga —, einen Termin für das eigentliche Referendum festzulegen. Gerechnet wird mit dem April oder Mai des nächsten Jahres.
Staatspräsidenten — derzeit der Christdemokrat Cossiga —, einen Termin für das eigentliche Referendum festzulegen. Gerechnet wird mit dem April oder Mai des nächsten Jahres.

Wie immer; wir wünschen der italienischen Anti-AKW-Bewegung jedenfalls viel Erfolg.



Ärzte gegen Atomkrieg:

Unsere dringendste Aufgabe:

Die Verhinderung des Atomkrieges

Spätestens seit Verleihung des Friedensnobelpreises 1985 und Heiner Geißlers Haßtiraden gegen dessen Empfänger sind die ,,International Physicians for the Prevention of Nuclear War'' (IPPNW), die ,,Ärzte gegen Atomkrieg'', auch größeren Kreisen bekannt geworden. Diese internationale Vereinigung von Ärztinnen und Ärzten unterschiedlichster politischer Auffassungen hat vom 29.5.-1.6.86 ihren 6. Weltkongreß in Köln abgehalten. Wir wollen diese Gelegenheit nutzen, unseren Leser/inne/n einen Einblick in die Aktivitäten dieser weltweiten Friedensinitiative zu verschaffen. Zu diesem Zweck haben wir ein Interview mit Wolfram Panzer, Narkosearzt an der Göttinger Universitätsklinik und Pressesprecher des obengenannten Kongresses, geführt.

Antimilitarismus-Kommission, KB Göttingen



AK: Kannst Du uns einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte der IPPNW und ihrer bundesdeutschen Sektion geben?

Wolfram Panzer: Die Geschichte der Ärzte gegen den Atomkrieg reicht zurück bis in das Jahr 1962. Bereits damals hatten amerikanische Physiker und Ärzte die Folgen eines Atomangriffes untersucht und daraus entsprechende Folgerungen und Forderungen abgeleitet. Angesichts der dennoch nahezu unverminderten Hochrüstungsmaßnahmen der Atommächte ist Ende der 70er Jahre aus dieser Gruppe — Physicians for Social Responsibility (Ärzte für soziale Verantwortung) — die amerikanische Bewegung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges hervorgegangen, die mittlerweile etwa 40.000 Mitglieder umfaßt.

Internationale Zusammenarbeit

1980 ist es dem Herzspezialisten Prof. Lown dann gelungen, zusammen mit seinem sowjetischen Kollegen Prof. Tschasow die Gründung der IPPNW zu initiieren, welche im März 1981 erfolgte. In der Sowjetunion sind inzwischen 50.000 Ärzte in der IPPNW organisiert. Die internationale Vereinigung umfaßt heute 60 nationale Sektionen.

In der BRD ist ein Zusammenschluß von Ärzten im Rahmen der IPPNW durch die Professoren H. Begemann (München), H. E. Richter (Gießen) und U. Gottstein (Frankfurt) im Jahre 1982 veranlaßt worden. Vorher hatten bereits zwei nationale Kongresse ,,zur Verhinderung des Atomkrieges'' stattgefunden, die jedoch allen ,,Gesundheitsarbeitern'' offenstanden. Im Verhältnis zu anderen Ländern ist die Zahl der Mitglieder in der BRD mit ca. 5.000 bei etwa 200.000 approbierten Ärzten sehr niedrig.

Welche Aktivitäten und Erfolge hat Eure Arbeit bisher national und international zu verzeichnen? Wo seht Ihr Eure spezifischen Aufgaben?

Schwerpunkt der Arbeit der IPPNW ist sowohl national als auch international die Aufklärung der Völker und ihrer politischen Führer über die Aussichtslosigkeit einer medizinischen Versorgung im Falle eines Atomkrieges, die Zerstörung der Illusion, die Medizin könne die Überlebenschancen des Einzelmenschen bzw. der Menschheit als ganzes in einem solchen Krieg vergrößern. Damit wollen wir deutlich machen, daß es einen weiteren Grund gibt, diesen Krieg mit allen Mitteln zu verhindern.

Um das zu erreichen, war es einerseits erforderlich, selber wissenschaftliche Grundlagen darüber zu schaffen, welche Auswirkungen nukleare Katastrophen auf die Menschheit haben können, was für ein Szenario man sich vorstellen muß, wenn es zu einem Krieg mit Kernwaffen kommt, und andererseits über diese Erkenntnisse aufzuklären mit dem Ziel, Menschen aufzurütteln, sich gegen den Krieg zu engagieren und vor allem gegen seine schleichende Vorbereitung, in die auch die Medizin zwecks Verharmlosung der Kriegsfolgen einbezogen werden soll.

Dazu hat es viele Aktivitäten national wie international gegeben, von Info-Veranstaltungen vor kleinen Friedensgruppen über Großveranstaltungen bis hin zu den jährlich stattfindenden Ärztekongressen, die auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen durchgeführt werden. Ebenso arbeiten wir als unabhängige Organisation in die Parteien hinein, in alle Parteien von den Grünen bis hin zur CDU, und versuchen, auf möglichst hoher Ebene zu informieren und überall dort gegenzusteuern, wo versucht wird, die Medizin in Kriegsvorbereitungen einzubinden.

Die internationale Arbeit besteht vor allen Dingen darin, das Vertrauen der Staaten und Völker untereinander zu fördern. Wir bemühen uns, durch gegenseitige Bereisung der Länder der einzelnen Sektionen die Vertrauensbildung auf nichtstaatlicher Ebene zwischen den verschiedenen Machtblöcken und in zunehmendem Maße Ländern der Dritten Welt voranzutreiben, um auf diesem Wege gemeinsame Forderungen zu entwickeln.

Eine dieser Forderungen, die auf dem Kongreß in Budapest 1985 entwickelt wurde, ist diejenige nach einem sofortigen weltweiten Atomtestmoratorium bis zum erfolgreichen Abschluß eines umfassenden Teststoppabkommens. Unserer Auffassung nach würde die Durchsetzung einer solchen Maßnahme (angesichts der mittlerweile sicheren seismologischen Nachweismöglichkeiten gegenüber Nuklearexplosionen auch ohne Vor-Ort-Kontrollen) zum einen verhindern, daß bereits existierende Kernwaffen weiterentwickelt werden können, und zum anderen Staaten, die noch nicht im Besitz solcher Waffen sind, aber über das Potential dazu verfügen, die Möglichkeit nehmen, selbst welche zu entwickeln.

Bundesdeutsche Ärzteschaft

Wie verhält sich die bundesdeutsche Ärzteschaft in Gestalt ihrer Standesorganisationen und -vertretungen gegenüber Eurem Engagement?

Während die Standesorganisationen sich nach wie vor im Grunde heraushalten, hat die Bundesärztekammer (BÄK) unsere Vereinigung zunächst schlicht und ergreifend ignoriert, was wegen der geringen Zahl an Ärzten, die wir organisieren konnten, nicht weiter verwunderlich war. Unsere inhaltlichen Positionen haben sie versucht zu umgehen, indem sie sie verächtlich und lächerlich gemacht haben. Als dann offensichtlich wurde, daß unser Einfluß trotz der relativ geringen Mitgliederzahl wuchs — nur etwa 2,5% der bundesdeutschen approbierten Ärzte sind in der IPPNW, in anderen Ländern sind dies teilweise bis zu 90%! —, als bemerkt wurde, daß wir in der Bevölkerung Rückhalt gefunden hatten, daß wir selbst innerhalb der Parteien zum Teil anders beurteilt wurden als von der Ärztekammer, als man sah, daß unsere Arbeit international zunehmend anerkannt wurde, da ist man dazu übergegangen, durch Verleumdung und gezielte Schläge unterhalb der Gürtellinie uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Zu der Taktik, die dort betrieben wird, gehört u.a. die Ignoranz gegenüber unseren Angeboten zu Diskussionen: Es gibt keine öffentlichen Diskussionen von Vertretern der BÄK mit Vertretern der IPPNW über anstehende Fragen bis auf absolut seltene Ausnahmen; und da versuchen sie, sich dümmer zu geben, als sie sind, und nehmen eher in Kauf, als Trottel dazustehen, statt ihre Positionen inhaltlich darzustellen, die sie einen Tag später aber im Ärzteblatt massivst vertreten.

Man muß dazu sagen, daß die Spitze der BÄK mittlerweile leider zu einem Großteil von ehemaligen Militärs besetzt ist, die bis vor kurzem hohe Positionen in der Bundeswehr innehatten, so daß es nicht verwunderlich ist, daß sie in diesem Punkt so massiv reagieren. Das steht in völligem Gegensatz zu anderen Ärztekammern oder vergleichbaren Institutionen in anderen Ländern: Sowohl in den USA als auch in Großbritannien sowie anderen westlichen Staaten sind die Führer der entsprechenden Einrichtungen teilweise mit in der Spitze der nationalen IPPNW-Sektion, organisieren die Arbeit der IPPNW und unterstützen sie, indem sie z.B. Studien, die wir hier mühsam auf eigene Kosten selbst erarbeiten, erstellen lassen und in ihren ärztlichen Mitteilungsblättern regelmäßig mindestens einmal im Jahr aufgreifen.

Vertrauen schaffen

Hat die Tatsache, daß der 6. Weltkongreß der IPPNW ,,in Deutschland'' stattfand, eine besondere Bedeutung?

Ja und nein. Die IPPNW veranstaltet seit ihrer Gründung einmal jährlich — das ist satzungsmäßig festgelegt — einen Delegiertenkongreß. Der erste hat in der Nähe von Washington mit noch fast 70 Ärzten aus 11 Ländern stattgefunden, hier in Köln waren es bereits über 1200 aus fast 60 Nationen. Dieser Kongreß wird jedesmal in einem anderen Land ausgetragen mit dem Hintergrund, im Sinne von Vertrauensbildungsmaßnahmen allen Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, andere Länder kennenzulernen — auch wenn dies im Rahmen eines solchen Kongresses nur sehr beschränkt gelingen kann. Jeder Kongreß sieht dadurch etwas anders aus.

Die Vergabe an die BRD ist vom internationalen Rat der IPPNW auf dem vorletzten Kongreß in Helsinki beschlossen worden. Meines Wissens hat es dafür keine besondere Begründung gegeben. Dennoch wurde auf dem Kölner Kongreß sowohl von Vertretern des Exekutivkomitees wie vom Kongreßpräsidenten Prof. Karl Bonhoeffer auf diesen Punkt gesondert eingegangen: Prof. Bonhoeffer ist der Enkel des Theologen Bonhoeffer, der durch seinen Widerstand während der Nazi-Diktatur bekanntgeworden war. Er bedankte sich dafür, daß mit der Entscheidung durch die IPPNW und damit die internationale Ärzteschaft der bundesdeutschen Ärzteschaft ein Vertrauen ausgesprochen worden sei, für das es mittlerweile eine Grundlage gebe, nachdem deutsche Ärzte sich auf so grauenvolle Weise an den Verbrechen der Nazizeit beteiligt hatten.

Zum anderen wurde von dem Mitglied des Exekutivkomitees, Prof. Susan Hollan, in der Abschlußsitzung deutlich gemacht, daß insbesondere einige der älteren Kollegen mit Skepsis in die BRD gekommen sind, vor allem aus Ostblockländern, aber ebenso aus den USA und Israel — und es sind viele ältere Kollegen aufgrund ihrer Erfahrungen im 2. Weltkrieg in der IPPNW organisiert! Sie brachte zum Ausdruck, daß dieser Kongreß das wahre Gesicht der Deutschen aufgedeckt und den Charakter der offiziellen bundesdeutschen Politik relativiert habe, und sie hoffe, daß die alten Ressentiments, die in anderen Ländern immer noch vorhanden seien, damit ein Stück weit abgebaut werden könnten.

Während des Kongresses wurde dem Oberbürgermeister der Stadt Köln außerdem eine Gedenktafel übergeben, die an dem Messegelände, auf dem wir getagt haben, angebracht werden soll: Die Messehallen waren während des Nazi-Faschismus eine Außenstelle des KZ Buchenwald. Einer der Überlebenden dieses Lagers überreichte die Plakette auch als Mahnung für die anwesenden deutschen Ärzte, sich die Schuld ihres Berufsstandes an den damaligen unmenschlichen Verhältnissen immer wieder bewußt zu machen.

6. Weltkongreß

Welche inhaltlichen Schwerpunkte habt Ihr Euch auf dem diesjährigen Zusammentreffen gesetzt? Welche Beschlüsse sind gefaßt worden?

Die Kongresse dienen im allgemeinen zweierlei Dingen: erstens dem Zweck, die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse, die es gibt, zu veröffentlichen und damit anderen Nationen zugänglich zu machen, und zweitens dem gegenseitigen Kennenlernen. Aufgrund der Entwicklung in der IPPNW hat sich nun gezeigt, daß man mit der Beschränkung auf einen Punkt nicht sehr weit kommt, wenn man sich bemüht, die Hintergründe der atomaren Hochrüstung aufzuarbeiten und etwas dagegen zu unternehmen.

So war in diesem Jahr die Betrachtung des pazifischen Raumes ein Schwerpunkt, d.h. die Beeinträchtigung der dortigen Bevölkerung durch die Atomtests, die vor allem von den US-Amerikanern, zum Teil von den Briten und noch heute von den Franzosen in dieser Region durchgeführt wurden und werden. Damit wollten wir deutlich machen, daß Rüstung nicht erst im Krieg tötet oder gefährdet, sondern schon zu Friedenszeiten und nicht nur durch Entzug von Ressourcen, Ausnutzung und Ausbeutung der Dritten Welt, sondern in der ganz konkreten Form der Strahlenverseuchung. Die Testopfer dort sind so wenige im Vergleich zu Hiroshima z.B., das ja in aller Munde ist, daß sie in der Welt in Vergessenheit geraten sind und von den USA in Vergessenheit gebracht werden konnten. Sie haben weder eine vernünftige Entschädigung bekommen, noch wissen sie heute über ihren Gesundheitszustand Bescheid, wissen nicht, was die Strahlung für sie in Zukunft bedeuten wird.

Ein weiterer Schwerpunkt war: Welche Rolle spielt eigentlich die Ausbildung der Mediziner, wie wird weltweit ausgebildet, wie ist es möglich, daß Mediziner zu einer Verhinderung des Krieges beitragen, welche Möglichkeiten haben wir dort und welche Gründe können wir unter Umständen dafür finden, daß Mediziner sich oft so schwer und so spät engagieren?

Ein dritter Punkt, der für uns eine wichtige Bedeutung hat, ist die Zusammenarbeit mit den Medien und der Einfluß, den diese im Kampf gegen den Atomkrieg besitzen. Es gab eine große internationale Podiumsdiskussion mit Journalisten über die Fragen: Welchen Beitrag leisten gerade Journalisten zum Auf- oder Abbau von Feindbildern durch die veröffentlichte Meinung? Was können wir dafür tun, daß das, was von Ärzten gesagt wird, so übersetzt wird, daß es eine breite Bevölkerung erreicht?

Natürlich diskutierten wir auch über andere Aufgaben, die sich die IPPNW zu eigen gemacht hat, z.B. die Bekämpfung von Hunger, Elend und Seuchen in der Welt und vor allem die Förderung der internationalen Zusammenarbeit wie etwa bei den Immunisierungskampagnen der Weltgesundheitsorganisation.

An Beschlüssen wurden im Grunde nur die bereits bestehenden noch einmal bekräftigt, die alle die Forderung nach einem Atomteststopp betreffen. Dazu wurde ein Brief an die Führer der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion gerichtet, in dem ein deutliches Lob für die Haltung der sowjetischen

Fortsetzung nächste Seite

Resolution

Die Anwesenden auf dem Symposium ,,Nukleare Katastrophen'' beim 6. Internationalen Kongreß zur Verhütung des Atomkrieges (zirka 2000 Personen) diskutierten über die Auswirkungen der atomaren Bedrohung auf die menschliche Gesundheit.

Es bestand Übereinstimmung, daß neben den militärischen auch die Gefahren der zivilen Nutzung der Kernenergie eine krankmachende Dauerbedrohung mit unübersehbaren Langzeitfolgen für die körperliche und seelische Gesundheit der Menschheit darstellen. Noch ist es Zeit, das Schlimmste zu verhüten, indem wir uns alle für folgende Forderungen an die Politiker aktiv engagieren:

1. Sorgen Sie in weltweiter Zusammenarbeit für einen Abbau der Atomwirtschaft zugunsten alternativer Energieträger!
2. Leiten Sie in unserem Land einen Ausstieg aus der Kernenergie ein und verzichten Sie auf die Plutoniumwirtschaft!
3. Sorgen Sie für einen sofortigen internationalen Stopp aller Kernwaffentests und für ein Europa, das frei ist von atomaren, biologischen und chemischen Waffen!
4. Machen Sie zusammen mit den Ärzten der Bevölkerung klar: Nur indem wir gemeinsam einen Atomkrieg verhindern, nicht aber indem wir eine utopische Bekämpfung seiner Folgen trainieren, können wir unser und unserer Nachgeborenen Überleben sichern!
5. Setzen Sie an die Stelle einer Politik der atomaren Bedrohung eine Politik der ,,Ehrfurcht vor dem Leben'' (A. Schweitzer)!

Ohne Gegenstimme verabschiedet.
Köln, 31.5.1986
Für die Richtigkeit:
gez. Dr. T. Bastian



Fortsetzung von vorheriger Seite

Führung bezüglich der einseitigen erneuten Verlängerung ihres Moratoriums bis zum Hiroshima-Tag ausgesprochen wurde sowie eine dringende Bitte an Präsident Reagan, sich diesem anzuschließen. Hingewiesen wurde dabei auf die Unterstützung, die dieser Schritt u.a. seitens der UN-Vollversammlung und der sog. ,,5-Kontinente-Initiative'' des ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme genießt. Des weiteren gab es eine Bestätigung der sog. ,,Medizinischen Verordnung'' der IPPNW vom letzten Jahr, in der diese Forderung damals aufgestellt und begründet worden war.

Tschernobyl

Die Ereignisse von Tschernobyl konnten an diesem Kongreß nicht spurlos vorübergehen. Von interessierter Seite wurden sie zum Existenzproblem der IPPNW erklärt. Gibt es Anhaltspunkte dafür, daß die Ablehnung der ,,friedlichen Nutzung'' der Atomenergie konsensfähig werden könnte?

In der Tat hat Tschernobyl unseren Kongreß sehr stark beeinflußt: Es gab — in nationaler Verantwortung — ein eigenes Symposium zu diesem Thema, auf dem von den Anwesenden eine entsprechende Resolution für den Ausstieg aus der Atomenergienutzung verabschiedet wurde.

Auf den parallel zum Kongreß stattfindenden Sitzungen des Exekutivkomitees und des internationalen Rates wurde ebenfalls sehr intensiv und engagiert über dieses Problem gesprochen, aber immer unter Berücksichtigung der nationalen Interessen der einzelnen Sektionen. D.h. nicht etwa, daß Dinge dort beschönigt oder verharmlost worden wären, sondern daß die IPPNW auch in dieser Frage ihrer Politik treu blieb, auf dem Wege der Diskussion und des Vertrauens Veränderungen der Einstellung der einzelnen Mitglieder oder bei allen zu erreichen und nicht durch Abstimmungen mit Mehrheitsbeschlüssen.

Insbesondere gab es eine Erklärung von Prof. Tschasow, dem sowjetischen Co-Präsidenten der IPPNW, und Prof. Ilyin, dem Vorsitzenden des sowjetischen Komitees für Strahlenschutz, in der detailliert über die Situation in Tschernobyl berichtet wurde. Darin schilderten sie u.a. eindrucksvoll die Hilflosigkeit der Medizin und des Zivilschutzes in einem solchen Fall — eine Erkenntnis im übrigen, die von sowjetischen Ärzten erst seit ca. zwei bis drei Jahren geteilt wird. Einzelne Länder trugen vor, daß sie als nationale Sektionen sich bereits gegen Kernenergienutzung ausgesprochen haben, wie z.B. die Schweiz und die Iren, oder daß bei ihnen die Aufnahme einer solchen Forderung in die Politik der Organisation diskutiert werde. Der internationale Rat der IPPNW, in dem unab-

Forderung in die Politik der Organisation diskutiert werde. Der internationale Rat der IPPNW, in dem unab-

hängig vom jeweiligen Mitgliederstand jede Nation mit nur einer Stimme vertreten ist, erklärte, daß Tschernobyl ebenso wie die Challenger-Explosion gezeigt habe, daß die moderne Hochtechnologie immer so fehlbar sei wie die Menschen, die sie bedienen. Ganz abgesehen davon seien solche Anlagen, je komplexer sie würden, umso schwerer kontrollierbar, wir könnten viele ökologische Folgen kaum abschätzen und außerdem würden Warnungen oftmals in den Wind geschlagen. Schließlich wurde nochmals darauf hingewiesen, daß es angesichts dessen umso notwendiger sei, sich gegen atomare Rüstung zu wenden: Schon dieses ,,kleine'' Unglück — klein im Verhältnis zum atomaren Krieg oder nur einer einzigen Nuklearbombe; in Tschernobyl hat es ja keine nukleare Explosion gegeben, sondern eine chemische im Kühlbereich, durch die nicht unerhebliche Mengen an radioaktiven Elementen in die Umwelt geschleudert wurden —, schon dieses ,,kleine'' Unglück habe gezeigt, wie ungeheuer das Ausmaß der Auswirkungen auf alle Menschen, und eben nicht begrenzt auf die Sowjetunion oder Europa, ist.

Die bundesdeutsche Sektion hat im Herbst dieses Jahres ihre nächste Mitgliederversammlung, und wir — die relativ große Gruppe der Atomkraftgegner in der IPPNW, die bereits einen Großteil ihrer Kollegen davon überzeugt haben, daß wir das eine nicht ohne das andere sehen können — wollen erreichen, daß dort die Forderung nach Ausstieg aus der ,,friedlichen Nutzung'' der Kernenergie beschlossen wird. Wir hoffen, daß dies im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre auch innerhalb der internationalen IPPNW möglich wird.

der nächsten zwei bis drei Jahre auch innerhalb der internationalen IPPNW möglich wird.

Als internationale Vereinigung von nationalen Mitgliedsgruppen sehr heterogener politischer Zusammensetzung beschränkt sich die IPPNW ja überhaupt auf einen sehr eingeschränkten Minimalkonsens bezüglich der Atomrüstung. Den nationalen Sektionen wird jedoch ausdrücklich die Möglichkeit gegeben, eigene Vorstellungen und Programme mit nationaler Ausrichtung zu entwickeln. Gibt es da z.B. weitergehendere Forderungen der bundesdeutschen Initiativen?

Was die internationale IPPNW angeht, ist es richtig, daß sie sich sehr eng auf die von ihr selbst gesetzten Ziele in ihrer politischen Aktivität beschränkt: zum einen den überprüfbaren Stopp der Entwicklung und Stationierung neuer Atomwaffensysteme, zweitens den Verzicht auf Ersteinsatz solcher Waffen durch die Nuklearmächte und als drittes das Eingeständnis der Regierungen, daß Zivilschutz in einem Kernwaffenkrieg nicht wirksam sein kann und ein Land nicht sicherer macht.

Was die konkrete Arbeit betrifft, gehen die Aktivitäten der IPPNW über diese allgemeinen Ziele hinaus, z.B. bezüglich der Ursachen und Grundlagen der Atomrüstung. Ansonsten ist es natürlich so, daß die nationalen Sektionen viel mehr auf die Politik des einzelnen Landes eingehen müssen, d.h. daß uns quasi von Regierungsseite aufgezwungen wird, wo die Schwerpunkte unserer Arbeit zu bestimmen sind.

BRD-Spezialität ,,Katastrophenmedizin''

Das ist für uns in der BRD vor allem ein Thema, für das in anderen Ländern zum Teil nicht einmal ein vergleichbares Wort vorhanden ist: die sog. ,,Katastrophenmedizin'', die sich aus unserer Sicht ganz eindeutig von jeder anderen Medizin absetzt.

Wenn man auf den Kern der Sache zurückgeht, kann man feststellen, daß sie zu nichts anderem in der Lage ist, als die normale ärztliche Ethik auf den Kopf zu stellen und das Denken der Ärzte zu verändern, daß sie letztlich eine inhaltliche Militarisierung des Gesundheitswesens bedeutet. Für uns ist dagegen nur eine Position akzeptabel: Die einzige wirksame Hilfe gegen einen Krieg ist seine Verhinderung. Prophylaxe vor Therapie ist ja auch sonst ein anerkannter Grundsatz in der Medizin.

Andere Schwerpunkte ergeben sich teilweise vor Ort. Die IPPNW-Mitglieder arbeiten ja in der Hauptsache dezentral, d.h. es gibt zwar eine nationale Sektion, aber es gibt so gut wie keine Ortsgruppen der IPPNW: In den lokalen Gruppen arbeiten in der IPPNW organisierte und unorganisierte Ärztinnen und Ärzte mit Vertretern anderer Gesundheitsberufe zusammen. Sie richten ihre Aktivitäten nach den jeweiligen Gegebenheiten, z.B. gegen ein Reservelazarett in ihrer Nähe o.ä.

Aber all diese Initiativen wirken letztlich mit auf das gleiche große Ziel hin, einen Krieg mit Kernwaffen und natürlich einen Krieg überhaupt bzw. die Durchsetzung politischer Absichten mittels Gewaltmaßnahmen unmöglich zu machen und zu verhindern.

In der BRD hat es bereits vor Grün-
lich zu machen und zu verhindern.

In der BRD hat es bereits vor Gründung der nationalen IPPNW-Sektion Ärzteinitiativen gegeben, die sich aus Anlaß der öffentlich gewordenen Planungen für ein ,,Gesundheitssicherstellungsgesetz'' gebildet und mittlerweile fünf Kongresse ,,zur Verhinderung des Atomkrieges'' durchgeführt haben. Seit Anfang dieses Jahres existiert gleichfalls ein ,,Arbeitskreis Krankenpflege gegen Atomkrieg''. In welchem Verhältnis stehen diese Initiativen zueinander und zur allgemeinen Friedensbewegung sowie deren Aktionen?

Die IPPNW als Zusammenschluß einer besonderen Berufsgruppe ist ja insofern nichts Besonderes, als es mittlerweile und zum Teil schon vor uns andere Berufsgruppen gegeben hat, die sich mit derselben Absicht wie wir zusammengeschlossen haben.

Stärkung der Friedensbewegung

Meiner Meinung nach ist das eine ganz wesentliche Möglichkeit, Menschen für die Friedensbewegung zu gewinnen einerseits und andererseits die spezifischen Aufgaben herauszuarbeiten, die jeder Berufsgruppe in diesem Bereich zukommen.

Begonnen hat das bei uns, als Ärzten deutlich geworden ist, daß ein Krieg nicht in erster Linie aufgrund einer zunehmenden Aufhäufung von Waffen zustandekommt — obwohl das selbstverständlich seine Bedeutung hat —, sondern daß so ein Krieg umso wahrscheinlicher wird, je mehr wir uns schleichend darauf vorbereiten lassen und selbst vorbereiten. Und das heißt, daß jede Berufsgruppe sehen muß, wo eine Militarisierung des Denkens Einfluß auf ihr Fachgebiet nimmt.

Das Verhältnis zu den anderen Berufs- und Friedensgruppen bestimmt sich zum einen dadurch, daß wir sagen: Offensichtlich ist es so, daß die Ärzteschaft einen recht guten Ruf in der Bevölkerung hat und von Politikern anders ernst genommen wird als andere Gruppen. Und genau diesen Kredit, den wir haben, den wollen wir einmal ganz positiv und nicht wie sonst sehr leicht negativ nutzen, um sowohl in der Bevölkerung wie bei den Politikern Dinge unter Umständen besser zu Gehör zu bringen, die sonst zwar ebenfalls vorgetragen, aber im allgemeinen als Spinnereien unkompetenter Laien abgetan werden. Insofern verstehen wir unsere Rolle als eine besondere. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir nicht bereit wären, mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten. Natürlich sind Ärzte von ihrem Selbstverständnis her leicht etwas elitär, und es kostet viel eigenes Erkennen und eigene Überzeugungsarbeit, um gerade bei konservativen Kollegen, von denen es in unseren Reihen gar nicht so wenige gibt, andere Formen der Zusammenarbeit zu etablieren und festzustellen, daß dies sehr gut funktioniert und man ohne diese neuen Errungenschaften gar nicht auskommt.

Zum anderen ist die Erkenntnis, daß die IPPNW als eine Repräsentantin für alle Friedensinitiativen mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde — vielleicht gerade, weil sie sehr eindeutig international und blockübergreifend arbeitet —, innerhalb der Ärzteschaft weit verbreitet. Und außerdem sind wir uns alle darüber im klaren, daß es eine Ärztebewegung mit dem Einfluß, den

weit verbreitet. Und außerdem sind wir uns alle darüber im klaren, daß es eine Ärztebewegung mit dem Einfluß, den

wir meinen zu haben, ohne die Friedensbewegung, die in der BRD entstanden ist, ohne den vielgeschmähten ,,Druck der Straße'' nicht geben würde.

Welche Aufgaben und Aktivitäten habt Ihr Euch für die nächste Zeit vorgenommen? Werdet Ihr Euch an den Herbstaktionen der Friedensbewegung im Hunsrück beteiligen?

Für die internationale IPPNW gibt es im Moment den Schwerpunkt einer weltweiten Kampagne gegen die Nuklearwaffen, wobei im direkten Anschluß an den Kongreß eine internationale Delegation von fünf Ärzten zunächst die Sowjetunion, China und Japan bereist. In den folgenden zwölf Monaten sollen weitere Ärztegruppen Gespräche in Afrika, Asien, Europa sowie Nord- und Südamerika führen. Dort sollen die Ergebnisse des Kölner Kongresses referiert sowie neue Mitglieder für die IPPNW geworben werden.

In der BRD ist ein Großteil von uns im Augenblick damit beschäftigt, die Ängste, Befürchtungen und Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich der Katastrophe von Tschernobyl aufzugreifen. Dies soll nicht etwa, wie uns immer vorgeworfen wird, einer weiteren ,,Panikmache'' dienen, sondern ganz im Gegenteil dazu beitragen, daß diese Ängste ihre lähmende Wirkung verlieren und sich mehr Menschen für ihre eigene Sicherheit und Umwelt engagieren. Von Seiten der offiziellen Ärzteschaft ist außer den Verlautbarungen der Kernenergiebefürworter in der ,,Strahlenschutz''-Kommission ja nichts dazu zu hören gewesen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird nach wie vor das Thema Katastrophenmedizin/Zivilschutz bleiben. Die Einbringung des geplanten Zivilschutzgesetzes einschließlich seiner Regelungen zur ,,Gesundheitssicherstellung'' im Bundestag ist bereits im letzten Frühjahr auf nach der Sommerpause verschoben worden, in diesem Jahr wird es wieder erst die Zeit nach der Sommerpause werden, und wir hoffen, daß wir diesen Zustand in den nächsten Jahren so aufrechterhalten können.

Von Anfang an haben Mitglieder der bundesdeutschen Sektion sowohl an unbekannteren als auch mehr oder weniger spektakulären Aktionen der Friedensbewegung, wie in Mutlangen, teilgenommen. Wir haben uns nicht gescheut, Formen des gewaltfreien Widerstandes auszuüben selbst auf die Gefahr hin, uns bei unserer Kollegenschaft in Mißkredit zu bringen. Man kann, glaube ich, davon ausgehen, daß wir uns in Zukunft ebenfalls an allen Aktionen, die uns eben noch vertretbar erscheinen, beteiligen werden.

Vielen Dank für das Interview!

(Die Zwischenüberschriften wurden von der AK-Redaktion eingefügt.)

Resolution

Die Resolution der Deutschen Sektion lautet in Übereinstimmung mit dem Appell der ,,International Physicians for the Prevention of Nuclear War'':

,,Niemand sollte der atomaren Drohung gleichgültig gegenüberstehen. Sie schwebt über Hunderten von Millionen Menschen. Als Ärzte, die sich dieser Gefahr bewußt sind, müssen wir die höchste Aufgabe präventiver Medizin ausführen — die Verhinderung der größten Katastrophe der Menschheitsgeschichte.

Für ein wesentliches Element der durch Mediziner zu leistenden Prävention eines Atomkrieges halten wir es, daß ein Umdenken in Richtung auf den Abbau von Feindbildern und auf eine gegenseitige Vertrauensbildung zwischen den Völkern in Ost und West einsetzt. Da die Konsequenzen eines Atomkrieges alle Völker treffen können, treten wir für die rückhaltlose Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen von atomaren Waffen und atomaren Kriegen ein. Wir sind der Meinung, daß die Sicherheitskonzeptionen in Ost und West, die mit dem Mord an ganzen Völkern drohen, letztlich keine Sicherheit bringen. Wir fordern deshalb, keine Installation weiterer Atomwaffen in Ost und West, sondern ihre Abrüstung.

Resolution

Im Vorfeld des 6. Internationalen Ärztekongresses für die Verhütung eines Atomkrieges in Köln sind grob irreführende Vorwürfe und Verdächtigungen gegen die veranstaltende Weltorganisation der Ärzte und speziell auch gegen deren bundesdeutsche Sektion erhoben worden. Als deren Vertreter stellen wir klar:

1. Wir Internationalen Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) verurteilen den atomaren Rüstungswettlauf der Atommächte und enthalten uns dabei strikt jeder einseitigen Parteinahme. Wir vertreten ausschließlich die Lebensinteressen der bedrohten Weltbevölkerung, zu keinem Zeitpunkt indessen die Machtinteressen der einen oder anderen Supermacht.
2. Um das atomare Wettrüsten zu stoppen, erneuern wir die Forderung, die der Deutsche Ärztetag bereits 1958 wie folgt formuliert hatte: ,,Der Deutsche Ärztetag ... verlangt eine internationale Vereinbarung über den Verzicht auf weitere Atomwaffenversuche.'' Nachdem sich die Risiken für die Menschen durch das Wettrüsten in den vergangenen 28 Jahren noch beängstigend erhöht haben, ist ein totaler nuklearer Teststopp heute mehr denn je geboten. Deshalb definiert die Weltorganisation der IPPNW ihre Position durch die strikte Aufrechterhaltung jener alten Forderung.
3. Wir appellieren an die Bundesärztekammer, an den Deutschen Ärztetag

Forderung.
3. Wir appellieren an die Bundesärztekammer, an den Deutschen Ärztetag

und an die Öffentlichkeit, dieses Verlangen an die verantwortlichen Politiker mit allem Nachdruck zu unterstützen. Damit betreiben wir Ärzte keine Politisierung der Medizin, wie es uns die Bundesärztekammer kürzlich unterstellt hat, sondern wir verlangen von der Politik — genau wie jener Deutsche Ärztetag — daß sie durch einen Verzicht auf weitere Atomwaffentests die größte medizinische Gefahr für die Völker abwendet. Die Politiker müssen sich dessen bewußt werden, daß heute ihnen die wichtigste Aufgabe einer präventiven Medizin zufällt, nämlich der endgültig letzten Epidemie der Menschheit vorzubeugen.
4. Unsere Warnung schließt selbstverständlich alle Massenvernichtungswaffen ein und richtet sich darüber hinaus gegen jede Strategie, die zur Durchsetzung politischer Ziele die Bedrohung mit totaler Zerstörung rechtfertigen zu können glaubt.
5. Wir danken dem Herrn Bundespräsidenten, daß er uns in einem Brief anläßlich des bevorstehenden Weltkongresses ausdrücklich seine lebhafte Anteilnahme an unserem Engagement bekundet und wünscht, daß dieses Engagement einen guten Beitrag zu unserer aller gemeinsamen Verpflichtung leisten möge, die Ursachen der Friedensgefährdung zu erkennen und die Ausscheidung des Krieges als Mittel zur Lösung politischer Konflikte endgültig zu ermöglichen.

8. April 1986
Für den Vorstand: Prof. Dr. Dr. H. E. Richter

"Das kann sich draußen niemand vorstellen"

Interview mit Ilse Schwipper

Was war Deine Motivation, nach Kiel zu kommen und an der Diskussion zum Stammheim-Film in der Pumpe teilzunehmen?

Für mich ist es erstaunlich gewesen, als der Film, der auf dem Buch von Stefan Aust basiert, ins Leben trat und ich mir den Film angesehen habe, wie viele Menschen positiv auf ihn reagierten. Schon da habe ich mir vorgenommen, wenn irgendwo Gegenveranstaltungen sind, dann fahre ich dahin. Und zwar aus mehreren Gründen:

Es liegt mir ganz, ganz viel daran, Dinge aus diesem Film richtigzustellen. Richtigzustellen die Diffamierungen der Gefangenen, die Auslassungen des Films und das, was er suggerieren soll.

Was meinst Du, wenn Du von der Diffamierung der Gefangenen in dem Film sprichst?

Also, die Diffamierung der Gefangenen besteht für mich zum einen darin, daß die ganze Politik, die zur Entstehung der RAF geführt hat, rausfällt.

Dann auch die persönliche Darstellung in dem Film. Auf der einen Seite wirken sie wie Marionetten und in den politischen Erklärungen, die sie abgeben, nicht glaubwürdig. Das, was sie in dem Film sagen *dürfen*, ist völlig zusammenhanglos, es ist alles zerrissen.

Zum anderen ist es eine Diffamierung der Toten, denn der Film ist darauf angelegt, die Selbstmordthese zu stützen. Einmal, Ulrike Meinhof betreffend, ist es so, daß nur gezeigt wird, wie Gudrun und Ulrike sich gegenseitig kritisieren und auch Baader sich einschaltet. Die nächste Szene ist dann schon die leere Zelle, wo eben klar ist, daß Ulrike sich erhängt hat. Das heißt, hier wird politische Auseinandersetzung — die es ganz sicher gegeben hat, sonst könnte es Kritik und Selbstkritik nicht geben — derart brutal dargestellt, daß der Eindruck entsteht, es bliebe dem Kritisierten nichts anderes übrig als sich umzubringen.

Eindeutig in dieser Hinsicht ist auch das Ende des Films. Die Angeklagten erscheinen nicht mehr beim Prozeß. Während dann schon der Abspann läuft, sagt der Sprecher: „Die Staatsanwaltschaft hat ermittelt — Selbstmord!" Verschwiegen wird, daß es mit Irmgard Möller eine Überlebende gibt, die vor einem Untersuchungsausschuß ganz klare Aussagen gemacht hat, die die Vorbereitungen zu dieser Nacht erlebt hat. Sie hat eindeutig gesagt, man habe versucht, sie zu ermorden. Es braucht sich eigentlich auch nur jeder vorstellen, er nähme eine Schere und würde sich selbst *viermal* in die Brust stechen.

Auf der Diskussionsveranstaltung in der Pumpe sagte jemand, es sei ihm egal gewesen, ob Mord oder Selbstmord. Was sagst Du dazu?

Das ist politisch unverschämt, denn es ist selbstverständlich ein Unterschied, ob jemand durch die Haftbedingungen emotional derart in die Enge getrieben ist, daß er keine andere Möglichkeit mehr sieht, als in der Todessehnsucht seine Ruhe zu finden (was objektiv betrachtet auch ein in den Tod treiben ist) oder ob der Staat irgendwelche Figuren beauftragt, seine politischen Gegner zu ermorden. Das hat eine andere Bedeutung auch für die legale Linke und die Art, wie sie ihre Politik betreibt.

Kannst Du noch etwas zu der Darstellung des Hochsicherheitstraktes in diesem Film sagen?

Der Trakt wird in diesem Film dargestellt, wie es die Bundesregierung auch immer propagandistisch verkauft hat: Was wollen die denn, die haben doch alles!

Wer aber wie ich lange im Trakt gesessen hat, kann sagen: Es ist Folter!

Diese Trakts sind keineswegs in so einem ästhetischen Blau gehalten, wie es der Film zeigt, sondern in einem Gemisch aus Gelb und Weiß. Wenn Du Dich darin bewegen mußt, bist Du ständig in Grelligkeit eingetaucht. Dies gehört mit zum Konzept des Reizentzuges. Deine Fähigkeit, differenziert sinnlich wahrzunehmen, wird Dir damit zerstört. Eine Auswirkung ist, daß Du kein Raumgefühl mehr hast. Also ich wurde 1982 ja wegen Haftunfähigkeit entlassen, und ich habe dann Probleme gehabt, Abstände richtig einzuschätzen. Ich hatte gar keine räumliche Orientierung mehr. Ich bin Treppen runtergegangen, und es ist mir passiert, daß ich sie runtergefallen bin, ganz einfach, weil ich dachte, mein Fuß ist schon auf der Stufe — aber ich hatte sie noch gar nicht erreicht. Genauso bei Bürgersteigen oder beim Einsteigen in Busse, auch beim Überqueren der Straße usw.

Die Zeit-Raum-Orientierung geht Dir durch die Haftbedingungen verloren.

Es wird häufig eingewandt, daß politische Gefangene etwas für sich einklagen, was „normale" Gefangene auch nicht bekommen. Wie stehst Du dazu? Fordern politische Gefangene Privilegien?

Die „Normalgefangenen" haben einen ganz anderen Lebensbereich. Von dem sogenannten Gefängnisleben sind die Leute, die im Trakt sitzen, abgeschnitten — ganz sinnlich auch durch Hören,



Der Staatsschutz war da

Sehen, Fühlen und auch durch die Dimension des Raumes.

Sie sind reduziert auf einen Raum, der 20 mal 6 oder 8 m groß ist, während der „Normalgefangene" die Möglichkeit hat, sich innerhalb des Gefängnisses zu bewegen. Er macht auch ganz andere sinnliche Wahrnehmungen: Er steigt Treppen, er geht über Flure, er hat ganz andere Bewegungsabläufe. Die politischen Gefangenen im Trakt sind durch diese Einengung auf den kleinen Raum in ihren Bewegungsabläufen reduziert.

Ansonsten haben wir begrenzt Bücher haben können, wir haben Radios gehabt — UKW war allerdings eingeklemmt, damit wir keinen Sender/Empfänger daraus bauen konnten — wir hatten Zeitschriften und auch eine Schreibmaschine. Solange die Haftbedingungen noch nicht wirken, kannst Du mit diesen Dingen arbeiten, d.h. Du kannst die politische Entwicklung draußen weiterverfolgen. Das alles ist natürlich möglich, aber das macht nicht das Leben aus. Das sind Dinge, die Du auch brauchst, um Überleben zu können. Du mußt Dich beschäftigen können in dieser Enge.

Die „Sozialgefangenen" haben ja eine richtige Lebensstruktur innerhalb des Gefängnisses. Das ist eine richtige Monokultur. Sie haben Veranstaltungen für sich, Sportgruppen, Schachgruppen. Zu bestimmten Gelegenheiten kommen sogar Theatergruppen rein. Viele Gefängnisse haben Kinos. Zudem gibt es kirchliche Veranstaltungen, die meist nicht schlecht sind, denn die Kirche nimmt heute auch schon eine kritische Position ein.

D.h. diese Gefangenen kommen zusammen — nicht nur mit drei oder höchstens vier Personen — sondern in richtig großen Gruppen. Sie haben selbstverständlich auch ihre Bücher, ihre Zeitungen usw. Sie haben all das auch.

Das Privileg, das die politischen Gefangenen haben, ist ein perverses Privileg — es ist das Privileg der Folter!

Beschreib uns doch bitte vor dem Hintergrund Deiner Erfahrungen, wie so ein Trakt aussieht.

Wie ich schon sagte, ist der Trakt ca. 20 m lang und zwischen 6 und 8 m breit. In der Mitte liegt ein Flur. Meistens haben die Trakts 16 bis 19 Zellen. In Stammheim waren vier inhaftiert, in Berlin, wo ich war, auch vier — aber es gab auch Trakts, in denen nur zwei inhaftiert waren, etwa in Köln-Ossendorf. Aber das ist so ein Grundmuster. Auf diesen Fluren sind unter der Decke Kameras angebracht. Zu diesem Trakt gehört auch eine etwas größere Zelle, der sogenannte Gemeinschaftsraum, oder aber in Stammheim haben sie sich ja auf dem Flur getroffen. Das war bei uns anders. Wir haben einen Gruppenraum gehabt, wo ein Fernseher drin war. Du möchtest gerne fernsehen, um politisch den Anschluß zu behalten. Doch Du mußt da jedesmal eine Hemmschwelle überwinden, denn dieser Raum hat auch zwei Kameras, die Dich bewachen. D.h. jede Lebensäußerung von dir wird von dieser Kamera festgehalten, genau wie auf dem Flur auch. Bei jedem Schritt aus der Zelle raus bist Du ständig unter Kontrolle, und das weißt Du auch. Es begleitet Dich ein ständiger Druck.

Diese Kameras finden dann ihr Gegenstück vor dem Trakt in einem großen Raum, in dem die Schließer und Schließerinnen sitzen. Dort sind Monitore, auf denen sie uns beobachten. Wobei wir eben nie wissen, wann mal der Staatsschutz zu Gast ist.

Diese Trakts haben in ihrer Konzeption nicht nur physische, sondern auch psychologische Folgen. Gleichzeitig sind sie auch Forschungsprojekte, die ihren Niederschlag gefunden haben im Neubau des Frauengefängnisses Plötzensee in Berlin. Dieses Gefängnis ist rundrum ein einziger Hochsicherheitsbereich — gebaut aufgrund der Erfahrungen mit Hochsicherheitstrakts und einem Forschungsprojekt im Gefängnis St. Marion in Amerika.

Die Zelle ist ausgestattet mit einem Bett, einem Tisch, einem Stuhl, einem Schrank. Farblich hatten die Möbel bei uns so einen Naturfarbcharakter, aber glänzend, sodaß sich diese grellen Wände in den Möbeln widerspiegeln. Du bist ständig irgendwie in so einen absoluten Farbtopf getaucht. Der einzige farbliche Kontrast bist Du selbst. Da Du aber keinen Spiegel hast, sondern nur entweder so'n Stück Blech oder einen Taschenspiegel, kannst Du Dich nie sehen! Wirklich große Spiegel, wo Du Dich mal sehen kannst, gibt es nicht. Das kann sich jemand draußen nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn Du Dich nicht mehr siehst; Du spürst Dich nur noch. Du kannst Dich nicht mehr als äußerliche Person reflektieren. Also, es ist schon ganz schön ausgetüftelt, was in den Trakts passiert.

Was Klamotten angeht, ist es begrenzt, was Du haben darfst. Viele haben auch Gefängniskleidung, so daß die Garderobe, die ja irgendwie zu Deiner Persönlichkeit gehört, Dir auch weggenommen wird. Noch etwas ganz wichtiges: Diese Trakts haben, wenn sie Fenster haben, vor den Fenstern Gitterstäbe und vor den Stäben Fliegengitter. Das kannst Du Dir nicht so vorstellen, wie es z.B. in Gartenlauben verwandt wird, sondern die Zwischenräume sind größer — so groß wie der Durchmesser eines kleinen Fingers. So war es in dem Trakt im Flügel des Gefängnisses Moabit, der 1976 fertiggestellt wurde. Wenn Du es geschafft hast, Dich an dem Fenster hochzuhangeln und Dich an das Fliegengitter zu drücken, kann kannst Du Deine Pupillen direkt in diese Lücken reinkriegen und was sehen. Für die Augen ist das eine irrsinnige Anstrengung. Du siehst nur verschwommen und zerrissen, was ein Flimmern der Augen erzeugt. Du kriegst Augenschmerzen, die Schläfen schmerzen. Somit hörst Du irgendwann von selbst auf, da rauszugucken.

Dies Fliegengitter hat auch zur Folge, daß Du in der Zelle unter permanentem Sauerstoffmangel lebst. Es gibt keinen Luftaustausch mehr. Was mir persönlich, wenn ich draußen bin, gut gefällt, ist der Wind; wenn er mir so durch's Gesicht geht. Das hast Du da drin nicht mehr; die Luft fängt irgendwann richtig an zu stehen. Das liegt aber auch an der gesamten Traktkonstruktion, weil die Zelltüren vorne so gebaut sind, daß sie mit einem Rahmen abschließen, da also auch nochmal eine Luftzirkulation verhindern. Und der Flur vorne — was auch in dem Film falsch dargestellt ist, Du siehst als Gefangener nicht über diesen Trakt hinaus — ist mit dicken Stahltüren verrammelt. Alles geschieht immer plötzlich — oder der Staatsschutz kommt oder die Schließer.

Zu den Zellentüren gehört auch noch der Breitbandspion. Wenn sie reingucken und Du sitzt zufällig auf der Toilette, sehen sie das natürlich auch. Jeder Winkel in der Zelle ist sichtbar.

Ist das Einschmuggeln von Waffen, was Baader und Raspe ja gemacht haben sollen, möglich?

Nein. Zu dem Vernichtungskonzept gehören nämlich auch ständige Körperkontrollen. Wenn Du aus diesem Trakt rausgeführt wirst, wirst Du abgetastet und abgesondert. Und — je nach Situation — können sie Dich zwingen, weil sie Macht und das Recht dazu haben, Dich nackt auszuziehen. Dagegen kannst Du Dich wehren durch Strampeln oder Sonstiges, aber dann kommt eben das Rollkommando, dann halten sie Dich mit zehn Leuten fest, und dann ziehen sie Dich aus. Da überlegst Du Dir schon, ob Du Dich wehrst oder es lieber selbst machst. Also, das ist eben auch eine persönliche Entscheidung, wie Du damit umgehst.

Auf der anderen Seite gibt es Gerichtsbeschlüsse, nach denen Du absolutes Berührungsverbot hast. Du darfst Deinen Besuch weder begrüßen noch umarmen. Jegliche menschliche Berührung, jegliche Körpernähe ist weggenommen.

Wie lief das ab, wenn Du zum Prozeß geführt wurdest?

Du wirst, wie ich schon sagte, abgetastet und abgesondert und Deine Verteidigerakte, in der Du die wichtigsten Papiere hast zur Prozeßvorbereitung, wird akribisch durchgeblättert. Das passiert bei der Ausführung ins Prozeßgebäude und auch auf dem Rückweg. Es ist *unmöglich*, auch nur irgendetwas einzuschmuggeln, weil diese

Fortsetzung nächste Seite

Ilse Schwipper, Jahrgang 1937, ist eine der fünf Angeklagten im sogenannten Schmücker-Prozeß in Westberlin. In diesem in der bundesdeutschen Justizgeschichte einmaligen Verfahren versucht die Staatsanwaltschaft seit nunmehr über 12 Jahren, den Beweis dafür zu führen, daß die Gruppe um Ilse Schwipper im Juni 1974 Ulrich Schmücker im Grunewald als „Verräter" erschossen hat. Damals hatte ein Kommando der „Bewegung 2. Juni" in einem Bekennerschreiben die Verantwortung für diese Tat übernommen.

Die **„Bewegung 2. Juni"** knüpfte in ihrer Namensgebung an den Tag an, an dem der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration in Berlin 1967 von einem Polizisten erschossen worden ist. Sie verfolgte ebenso wie die etwa zur selben Zeit entstehende RAF ein Politikkonzept, das auf militanten Kommandoaktionen orientierte, setzte dabei aber andere Schwerpunkte als die RAF. Beispielsweise ging auch die Entführung des Berliner CDU-Abgeordneten Peter Lorenz im Jahr 1975 auf das Konto der „Bewegung 2. Juni". Seit Anfang der 80er Jahre existiert diese Bewegung nicht mehr.

Im **Schmücker-Prozeß** beruht nun die gesamte Anklage auf dem „Geständnis" des Kronzeugen und ehemaligen Gruppenmitgliedes Jürgen Bodeux, dessen Glaubwürdigkeit zum Dreh- und Angelpunkt der Beweisaufnahme geworden ist. Die Verteidigung hat bereits zahlreiche Indizien zusammengetragen, die dafür sprechen, daß Bodeux schon vor seiner Festnahme für den Staats- und Verfassungsschutz gearbeitet und in dieser Rolle an den — von ihm behaupteten — Mordplanungen der Gruppe mitgewirkt hat. Um diese Verwicklungen des Verfassungsschutzes in den Mordfall Schmücker zu verdunkeln, halten die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden seit Jahren geheime Akten zurück und behindern so die Beweisaufnahme vor Gericht. Währenddessen hat Ilse Schwipper über 8 1/2 Jahre in Untersuchungshaft gesessen, die meiste Zeit davon in Isolation. Erst als sich ihr Gesundheitszustand trotz Verlegung in den Regelvollzug immer mehr verschlechtert hatte, so daß medizinische Gutachter eine akute Lebensgefahr feststellen mußten, wurde Ilse Schwipper nach zähem Ringen mit der Staatsanwaltschaft und dem Gericht im Sommer 1982 wegen Haftunfähigkeit vorläufig entlassen.

Inzwischen ist das Verfahren in ein Stadium gekommen, in dem jederzeit mit dem Ende des Prozesses gerechnet werden muß. Die Beweisaufnahme ist schon seit mehr als einem Jahr praktisch zum Stillstand gekommen, da das Gericht sämtliche Beweisanträge der Verteidigung ablehnt. Den Angeklagten ist kürzlich vom Gericht mitgeteilt worden, daß sie sich für die Ladung zum „letzten Wort" bereithalten sollen, das nach der Strafprozeßordnung unmittelbar der Urteilsverkündung vorangeht. Die Vorstellung, daß eine mögliche Verurteilung zu lebenslanger Knaststrafe jede weitere Lebensperspektive zerstören könnte, ist für Ilse Schwipper jetzt also wieder sehr akut geworden. Einen „fairen Prozeß" jedenfalls hat es auch in der Nach-Stammheim-Justiz bei politischen Anklagen nicht gegeben. Und nur bei einem „fairen Prozeß" hätte Ilse Schwipper sicher sein können, daß nur ein Urteil möglich ist: Freispruch.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Sonden schlagen auf alles, was metallisch ist, an.

Auch das vermittelt dieser Film weder im Zusammenhang mit den Haftbedingungen — die überhaupt nicht darin vorkommen — noch während des Prozesses. Sondern der Film endet damit, daß sie sich umgebracht haben. Und auch darin seh' ich die Diffamierung der Gefangenen.

Die entstehenden Haftschäden werden bei diesem Film ja insgesamt völlig ausgelassen. Wie ist Deine Sicht der Dinge, nachdem man Dich ja 1982 entlassen mußte, aufgrund der durch die Haftbedingungen entstandenen psychosomatischen Schäden?

Man sieht in diesem Film die Gefangenen nur hölzern an der Barriere sitzen und abgehackte Erklärungen abgeben. Daraus wird überhaupt nicht klar, daß eine Folterauswirkung Deine Konzentrationsschwäche ist. Wie Ihr jetzt auch bei dem Interview merkt, wo wir viel unterbrechen müssen, leide ich *heute* noch, wo ich vier Jahre Therapie mache, unter Konzentrationsschwäche. Als ich rauskam, war das ganz stark, da hätte ich sowas gar nicht machen können.

Dieser Film läßt bewußt raus, warum die Gefangenen verhandlungsunfähig sind!



Das geteilte Selbst



Das geteilte Selbst

Ja, und mich haben sie 1982 rauslassen müssen, weil sie damit rechnen mußten, daß ich sonst sterbe.

Auf der gestrigen Veranstaltung sprachst Du noch einen anderen Punkt der Folter an: die stündlichen Nachtkontrollen. Kannst Du uns das no einmal schildern?

Nach dem sogenannten Nachteinschluß wird der Gefangene aus Sicherheitsgründen jede Stunde kontrolliert. Sie begründen es einerseits mit Fluchtgefahr und zum anderen damit, daß Dir ja was hätte passieren können. Für alle, die überzeugt sind, daß die Stammheimer ermordet worden sind, bekommt die Mordnacht dadurch noch zusätzliche Perversität.

Es läuft so ab, daß alle Stunde Schließerinnen und Schließer reinkommen und das Licht anmachen, um zu gucken, ob Du noch da bist. Das hat zur Folge, daß Du eigentlich immer unter Hochspannung im Bett liegst. Einerseits sehnst Du Dich nach Schlaf, denn Du suchst ihn ja auch, und andererseits geht dann das Licht wieder an. Wenn Du dann wirklich mal einschläfst, bist Du jedesmal im ersten Tiefschlaf, wenn sie kommen. Und Du wirst wach — also, ich habe mir nie einen solchen psychischen Mechanismus zulegen können, der das ignoriert hat. Das Ganze ist bewußter Schlafentzug.

Eine andere Variante des Schlafentzugs ist die, daß in anderen Trakten das Licht erst gar nicht ausgemacht wird.

Allgemein ist Dir die Kontrolle über das Licht im Gefängnis genommen. Du selbst kannst keinen Lichschalter betätigen. Der ist außerhalb der Zelle. Im Winter wird morgens um sechs Uhr das Licht angemacht und abends um 22 Uhr beim sogenannten Nachteinschluß ausgemacht. Für die Normalgefangenen gilt das heute nur noch z.T., denn vielfach sind die Lichtschalter im Zuge der Resozialisierungsgesetze nach innen verlegt worden.

Ein weiteres ständiges Störmanöver sind ja wohl die Staatsschutzfilzen. Wie läuft das ab?

Da gibt es zwei Arten der Kontrolle, also wir haben eben immer Filze dazu gesagt. Die eine gilt für alle politischen Gefangenen. Jeden Tag, wenn Du zum einstündigen Hofgang, der sogenannten Bewegung im Freien, geführt wirst, durchsuchen sie Deine Zelle. Auch das wird übrigens nicht im Film gezeigt — es paßt nicht zu der These mit den angeblich angelegten Verstecken mit den Waffen!

Deine Zelle wird täglich mindestens einmal gründlich abgetastet und abgesondet.

Zum Programm gehört auch, daß Deine gesamten Sachen vom Bettzeug bis zur Schreibmaschine in Körbe gepackt werden und — mitsamt Dir selbst — zur Kontrolle in die Sonde gehen. Es wird durchstrahlt. Das wird im Rhythmus von drei Wochen gemacht. Wenn Du wieder hochkommst, bist Du für den Rest des Tages damit beschäftigt, Deine Zelle wieder einzuräumen.

Genauso gehören dazu die regelmäßigen Verlegungen, D.h. wir sind nie länger als vier Wochen in einer Zelle gewesen im Trakt. Du konntest insofern nie zu einem der Räume ein heimisches Gefühl entwickeln, kein Gefühl der Ruhe.

Dazu kommen dann noch die Staatsschutzkontrollen, wenn irgendwo draußen eine Aktion gewesen ist, dann stand der Staatsschutz vor der Tür. Und das ist immer überfallsartig; Du hörst nicht, wenn der Trakt aufgeschlossen wird. Dann stehen da also -zig Schließerinnen und 10 bis 20 Staatsschützer. Dann mußt Du sofort die Zelle verlassen, wirst abgetastet, abgesondet, kommst in die sogenannten Leerzelle und dann haust der Staatsschutz. Wenn Du dann wieder in Deine Zelle kommst, dann findest Du ein Schlachtfeld vor. Wenn Du Glück hast, ist nichts Persönlichses zu Bruch gegangen, aber wenn Du Pech hast, ist auch noch ein Bild von Deinen Kindern — ich hab' ja auch Kinder — kaputt gegangen. Sie gehen mit den Dingen um, als würden sie Dreck anfassen. Es wird alles rumgeschmissen.

Damit hast Du dann einen ganzen Tag zu tun.

Nach der Todesnacht in Stammheim war es ganz schlimm. Da habe ich drei Tage gebraucht, ehe ich alles wieder eingeräumt hatte. Da haben sie gehaust wie die Vandalen — obwohl dieser Begriff dafür eine Beleidigung des Stammes der Vandalen ist.

Was für gesundheitliche Schäden haben diese Haftbedingungen bei Dir bewirkt?

Der ganze Körper kommt durcheinander. Ob es die Nieren sind, der Kopf, der Magen — alles. Im Grunde genommen ist Dein gesamter Körper eine Schmerzzone. Du hast Magenkrämpfe, Bauchschmerzen, Dir tun Gelenke und Glieder weh; du hast Muskel- und Nervenschmerzen. Das verursachen die Haftbedingungen, die Dich zusammengenommen in diesem Trakt treffen. Bei Frauen kommt der Zyklus total durcheinander und irgendwann bleiben die Blutungen völlig aus.

Was übrigens alle politischen Gefangenen machen, ohne daß es abgesprochen ist, ist Gymnastik, aber das hält das natürlich nicht auf. Du bist einfach in der Bewegungsmöglichkeit zu sehr reduziert.

Die psychischen Störungen, die jeder mehr oder weniger kriegt, sind Konzentrationsschwäche, tiefe Traurigkeit — was man alles unter dem Sammelbegriff Depressionen versteht. Du entwickelst diffuse Ängste. Irgendwann ganz schnell im Trakt habe ich aufgehört, wirklich zu träumen. Du träumst nicht mehr wie sonst zur Regulierung, Dein Schlaf wird bleiern. Wenn Du einschläftst, dann vor Erschöpfung, weil Dir die Energie abgezogen wird durch die Haftbedingungen.

Bei mir hat das dazu geführt, daß ich arbeitsunfähig bin. Ich mache seit vier Jahren zweimal die Woche eine Therapie. Ich bin also vom Amtsärzt arbeitsunfähig geschrieben, und Ihr wißt sicherlich, daß es für viele Menschen schwer ist, das bescheinigt zu kriegen.

Der Amtsarzt hat auch gesagt, solange der Prozeß läuft, können wir eigentlich nur verhindern, daß die Depressionen sich wieder verselbstständigen. So bin ich wieder da, wo ich einmal angefangen habe: Bei einer relativen Depression, d.h. wenn ich in Situationen gestellt werden, die belastend sind, reagiere ich nach wie vor mit Depressionen darauf. Aber sie ist bei mir nicht mehr verselbstständigt, das ist das einzige, was wir erreicht haben. Durch meine Wohnsituation habe ich mich dem entzogen. Ich wohne in einem Einfamilienhaus, habe auch ein Stück Garten dabei, und auch mein Zimmer habe ich voller Blumen. Du darfst ja im Trakt auch keine Blumen haben. Das gehört zum Konzept des Reizentzuges.

Als ich am Anfang in einem ganz gewöhnlichen Mietshaus gewohnt hab', bin ich nachts plötzlich schlagartig wach geworden. Ich wußte lange nicht, wieso eigentlich. Es stellte sich heraus, daß es immer dann war, wenn irgendwelche Leute nach Hause gekommen sind und mit dem Schlüsselbund klapperten. Das sind die Staatschutzfilzen, dieses Überfallartige. Das ist 'ne Sache, die habe ich nicht weggekriegt. Damit muß ich micht für den Rest meines Lebens einrichten. Es ist ein innerer Reflex geworden, konditioniert.

Ich krieg es auch nicht weg, auf Belastungen mit Bauchschmerzen zu reagieren. Genauso hier das Interview mit Euch. Das ist eine Anspannung, der ich trotz Therapie immer noch nicht gewachsen bin.

Ilse, man hat Dich wegen Haftunfähigkeit am 4. Mai 1982 aus dem Gefängnis entlassen — als erste und einzige politische Gefangene. Worauf führst Du das zurück?

nem Einfamilienhaus, habe auch ein Stück Garten dabei, und auch mein Zimmer habe ich voller Blumen. Du darfst ja im Trakt auch keine Blumen haben. Das gehört zum Konzept des Reizentzuges.

Als ich am Anfang in einem ganz gewöhnlichen Mietshaus gewohnt hab', bin ich nachts plötzlich schlagartig wach geworden. Ich wußte lange nicht, wieso eigentlich. Es stellte sich heraus, daß es immer dann war, wenn irgendwelche Leute nach Hause gekommen sind und mit dem Schlüsselbund klapperten. Das sind die Staatschutzfilzen, dieses Überfallartige. Das ist 'ne Sache, die habe ich nicht weggekriegt. Damit muß ich micht für den Rest meines Lebens einrichten. Es ist ein innerer Reflex geworden, konditioniert.

Ich krieg es auch nicht weg, auf Belastungen mit Bauchschmerzen zu reagieren. Genauso hier das Interview mit Euch. Das ist eine Anspannung, der ich trotz Therapie immer noch nicht gewachsen bin.

Ilse, man hat Dich wegen Haftunfähigkeit am 4. Mai 1982 aus dem Gefängnis entlassen — als erste und einzige politische Gefangene. Worauf führst Du das zurück?

Mit unserem ersten Antrag sind wir ja vor dem Berliner Kammergericht erstmal gescheitert. Sie haben den Antrag abgelehnt mit der Begründung, wer wie ich für Gewalttaten angeklagt sei, müsse auch in Kauf nehmen krank zu werden. Das ist nichts anderes, als die Verrechtlichung der Todesstrafe! Es ist nämlich klar, wenn ich in Haft bleibe, werde ich sterben.

Es kamen dann mehrere Dinge zusammen: In verschiedenen deutschen Städten haben sich Schmücker-Initiativen gegründet, die sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet haben.

Der Hamburger Gesundheitstag hat eine Veranstaltung zur Isolationshaft und ihren Folgen gemacht — untermauert mit den ärztlichen Gutachten, die in meinem Fall erstellt wurden.

Es hat außerdem eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof gegeben, die über die Vorzimmer auch schon hinaus war.

All diese Öffentlichkeitsarbeit und mein tatsächlicher Zustand haben zu meiner Entlassung geführt.

Ich bin bis heute die einzige politische Gefangene, die aus den Trakts rausgekommen ist, weil die Haftbedingungen sie zerstört haben, die damit allerdings auch gearbeitet hat. Wir sind damit in die Öffentlichkeit gegangen.

Das Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof ist dann eingestellt worden mit der Begründung, ich sei ja inzwischen entlassen. Leider gibt es dagegen keine Revision, so daß *mir* die Möglichkeit genommen war, die Bundesrepublik wegen Menschenrechtsverletzungen anzuklagen. *Ich tue es ohne den Gerichtshof!*

Dieses Interview wurde von S. Reimers für die Zeitung des AStA der Uni Kiel „*Kassandra*" geführt. Wir danken für die Genehmigung für den Abdruck.



„Machen Sie sofort die Schranktür zu!"

Unter diesem Titel fand in West-Berlin eine ungewöhnliche Ausstellung statt, auf der es für nur 10 DM einen ebenso ungewöhnlichen Katalog zu erstehen gab: „Zweiunddreißig Zeichnungen und eine Plastik zur Isolationshaft. Gezeichnet und modelliert nach Schilderungen ehemaliger Isolationshäftlinge." Veranstalterin der Ausstellung: Die Humanistische Union. Die Künstler: Helmut Kubitschek und Günter Vossiek. Herausgeber des Katalogs: Uwe Ahrens. Die Gefangenen bleiben ungenannt.

In den nächsten Monaten sollen die Bilder als Wanderausstellung durch verschiedene Städte der BRD gehen. Es ist zu wünschen, daß sie von vielen Menschen, nicht nur Linken, besucht wird.

Die Bilder auf diesen Seiten sind dem Katalog entnommen. Der folgende Text ist die gekürzte „Vorbemerkung zu unserem Projekt", in dem Herausgeber und Autoren ihre Motive

„Machen Sie sofort die Schranktür zu!"

Unter diesem Titel fand in West-Berlin eine ungewöhnliche Ausstellung statt, auf der es für nur 10 DM einen ebenso ungewöhnlichen Katalog zu erstehen gab: „Zweiunddreißig Zeichnungen und eine Plastik zur Isolationshaft. Gezeichnet und modelliert nach Schilderungen ehemaliger Isolationshäftlinge." Veranstalterin der Ausstellung: Die Humanistische Union. Die Künstler: Helmut Kubitschek und Günter Vossiek. Herausgeber des Katalogs: Uwe Ahrens. Die Gefangenen bleiben ungenannt.

In den nächsten Monaten sollen die Bilder als Wanderausstellung durch verschiedene Städte der BRD gehen. Es ist zu wünschen, daß sie von vielen Menschen, nicht nur Linken, besucht wird.

Die Bilder auf diesen Seiten sind dem Katalog entnommen. Der folgende Text ist die gekürzte „Vorbemerkung zu unserem Projekt", in dem Herausgeber und Autoren ihre Motive

und Arbeitsweise erklären.

Wenn heute im In- und Ausland schon wieder der Vorwurf der Folter in westdeutschen Gefängnissen erhoben wird, dann muß die Öffentlichkeit erfahren, was daran ist. Es ist zu beobachten, daß Aufklärungsversuche über Isolationshaft und Forderungen nach ihrer Abschaffung mit Drohungen beantwortet oder massiv unterdrückt werden. Das deutet darauf hin, daß Isolationshaft aus dem öffentlichen Bewußtsein herausgehalten werden soll und eine öffentliche Debatte darüber als störend angesehen wird. Will man uns zwingen, hinterher einmal mehr „von all dem nichts gewußt" zu haben?

Auch die Tatsache, daß trotz der ungeheuren Flut von Bildern, die täglich in geballter Penetranz über uns hereinbricht, kein Bild vom Alltag auch nur eines einzigen Isolationshäftlings von den vielfältigen visuellen Medien verbreitet wird, hat uns mißtrauisch gemacht und uns darin bestärkt, selber solche Bilder herzustellen.

Wenn wir uns in Geschichte und Gegenwart ansehen, wie einerseits Bilder absichtsvoll produziert werden, andererseits aber auch ebenso absichtsvoll *nicht* produziert werden, dann erkennen wir daran, daß Bilder Zeugen sind (auch wenn sie zur Produktion von Halb-, Viertel- und Unwahrheiten mißbraucht werden können); und daß die *nicht*-produzierten Bilder ebenfalls Zeugen sind: dafür, daß bestimmte Zustände nicht öffentlich einsehbar sein sollen. Diesem absichtsvollen *Nichtproduzieren* von Bildern aus den Isolationstrakten und -zellen stellen wir unser absichtsvolles *Produzieren* von Zeichnungen über Isolationshaft gegenüber.

Das sind die Gründe, weshalb wir versucht haben, Situationen aus der Isolationshaft darzustellen.

Natürlich haben wir uns auch gefragt: Wie können wir als Künstler glaubwürdige Darstellungen vom Alltag der Isolationshäftlinge machen, wenn wir diesen Alltag nicht selbst kennen, ja nicht einmal einen Schritt in solch einen Trakt getan haben? Um eine Antwort auf diese Fragen zu bekommen, haben wir in intensiven Gesprächen über die Erlebnisschilderungen der ehemaligen Isolationshäftlinge in Skizzen und Kompositionsentwürfen mit den Betroffenen unsere Arbeitsmethode geklärt. Wir haben erprobt, was wir mit künstlerischen Darstellungen aussagen können:

Wir können darstellen, wie sehr die Gefangenen unter der Isolation einerseits Schaden nehmen, andererseits aber darum kämpfen, zu überleben und zu leben — selbst unter solchen Bedingungen zu *leben* — ohne ihre Identität aufzugeben.

versucht haben, Situationen aus der Isolationshaft darzustellen.

Natürlich haben wir uns auch gefragt: Wie können wir als Künstler glaubwürdige Darstellungen vom Alltag der Isolationshäftlinge machen, wenn wir diesen Alltag nicht selbst kennen, ja nicht einmal einen Schritt in solch einen Trakt getan haben? Um eine Antwort auf diese Fragen zu bekommen, haben wir in intensiven Gesprächen über die Erlebnisschilderungen der ehemaligen Isolationshäftlinge in Skizzen und Kompositionsentwürfen mit den Betroffenen unsere Arbeitsmethode geklärt. Wir haben erprobt, was wir mit künstlerischen Darstellungen aussagen können:

Wir können darstellen, wie sehr die Gefangenen unter der Isolation einerseits Schaden nehmen, andererseits aber darum kämpfen, zu überleben und zu leben — selbst unter solchen Bedingungen zu *leben* — ohne ihre Identität aufzugeben.

Damit wollen wir uns ausdrücklich von dem oberflächlichen und vor allem falschen Bild distanzieren, das die Isolationsgefangenen als bedauernswerte — weil lebendig eingesargte — *Objekte* bezeichnet. Methodisch gehen wir dabei so vor, daß wir *nur* das darstellen, was die ehemaligen Gefangenen rückblickend von heute aus als wesentlichste Momente, Empfindungen, Auseinandersetzungen ihrer Isolationshaft ansehen. Wir stellen also nicht „die Isolationshaft" in vermeintlicher Objektivierung dar, sondern versuchen, gestützt auf die Erinnerungen einzelner, Tatbestände festzustellen. Da der Zweck unserer Bilder sein soll, dem Betrachter das subjektive Erleben in Isolationshaft zugänglich zu machen, so daß er versucht, diese Haftbedingungen nachzuempfinden, erscheint uns dies als eine angemessene Vorgehensweise.

Unsere Arbeiten sind eine Synthese aus der sorgfältigen Erinnerung der ehemaligen Isolationshäftlingen und einem entsprechenden Bildvorschlag der Künstler. Die Künstler müssen in diesem Arbeitsprozeß wissen, wie und woran man etwas sichtbar machen kann. Die ehemaligen Gefangen müssen dann das Bild, das nach ihrer Schilderung, ihrer gestischen und mimischen Demonstration gemacht worden ist, mit ihrer ganzen Empfindung überprüfen, es genauestens an ihrer Erfahrung messen. Korrekturen werden dann solange gemacht, bis die ehemaligen Gefangenen sagen können: Ja, so wars! Zusammen mit der Ausdruckskraft der Zeichnung ist das das Wichtigste.

Der Katalog ist zu beziehen über: Buchvertrieb Grimmstraße, Grimmstraße 27, 1000 West-Berlin 61, Tel. 030/6933069.

Stille Großoffensive des türkischen Miltärs gegen Kurdistan

,,Die Kleidung der Soldaten ist schlicht und unauffällig. Doch beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch die Körper der todesmutigen bärenstarken Männer. Sie recken sich, brüllen wie die Löwen und zielen. Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind, nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verräter die tödliche Lehre erteilt haben.''

,,Wir wachten morgens auf und alle unsere Häuser waren umzingelt. Wir wurden von den Soldaten in die Volksschule gebracht und dort erst einmal verprügelt. Ihr helft den Anarchisten sagten sie uns, ihr ernährt sie. Dann sagten sie: ,Jetzt übergießen wir euch und die Häuser mit Benzin und zünden alles an.' Wir mußten alle dort bleiben, keiner durfte nach Hause gehen. Dann sagte der Kommandant zu den Frauen: ,Ich lege euch nackt vor die Polizeiwache. Auf jeden von euch kommen 5-6 Soldaten.' Und zu den Männern: ,Und ihr seht zu.' Jeder, der den Soldaten entkommen konnte, floh. Dann fingen sie an, die Kinder zu prügeln und dann haben sie unsere Männer gefoltert.''



Das erste Zitat (aus der türkischen Tageszeitung ,,GÜNES'' vom 1.4.86) ist ein Ausschnitt aus dem Bericht eines Journalisten, dem der Zutritt zu dem Ausbildungslager der geheimen Sondereinsätzkommandos des türkischen Heeres gestattet wurde. Diese Kommandos erhalten eine Spezialausbildung für den Einsatz gegen ,,spalterische Terroristen'' in Kurdistan. Das zweite Zitat ist einem Bericht von Hüsniye Bilin entnommen. Diese junge Frau wohnte bis zum Juli 1985 in dem kleinen Dorf Doganli bei Bingöl im türkischen Teil Kurdistans. Sie berichtet von einer Razzia türkischer Soldaten im Juli 1985, bei der Volksschullehrer Siddik Bilgin während der Folterungen ermordet und das Dorf schließlich von seinen Bewohnern aus Furcht verlassen wurde.

Seit dem 15.8.1984 halten im türkischen Teil Kurdistans die Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Guerilla und türkischem Heer an. Seit dem 15.8.84 verkünden offizielle Meldungen, daß das ruhmreiche türkische Heer die Situation im Griff habe und kurz davor sei, den letzten Verräter völlig auszulöschen. Außer diesen periodisch alle zwei bis drei Monate wiederkehrenden Zeitungsmeldungen wird im Rest der Türkei nicht viel über die Vorgänge in Kurdistan geredet. Zum Teil aus Angst, zum Teil aus einer Art chauvinistischen Desinteresse. Was die europäische Öffentlichkeit angeht, so macht im Moment allerhöchstens der innere Machtkampf der PKK und seine schon ziemlich makabere Ausfor-

Art chauvinistischen Desinteresse. Was die europäische Öffentlichkeit angeht, so macht im Moment allerhöchstens der innere Machtkampf der PKK und seine schon ziemlich makabere Ausfor-

mung Schlagzeilen. Zwei Beobachter des Europaparlaments, die vom 11.-15.3. in die Türkei gereist kamen, fuhren so auch nur bis Ankara und hatten Kurdistan und die dortigen ,,Heeresbewegungen'' nicht auf ihrer Tagesordnung.

Was die türkische Öffentlichkeit angeht, so änderte sich diese Situation schlagartig, allerdings auch nur vorübergehend, als im Januar dieses Jahres drei Abgeordnete der oppositionellen sozialdemokratischen Partei (SHP) von einer Inspektionsreise aus den östlichen Provinzen der türkischen Republik zurückkamen und — wenn auch nur vorsichtig — einen Blick auf die dunkle Rückseite der seit 15.8.84 laufenden Militäroperation ,,Sonne'' ermöglichten.

Anlaß der Reise war der Tod eines Volksschullehrers gewesen. Wie seine Familie der SHP mitteilte, sollte der Lehrer Siddik Bilgin bei Folterungen der türkischen Soldaten ermordet worden sein. Die drei Abgeordneten fuhren los, um an der Leiche des Lehrers eine Autopsie vorzunehmen. In Bingöl angekommen, wurde ihnen die Leiche des Lehrers jedoch von den dortigen Sicherheitskräften nicht ausgehändigt. Die Abgeordneten konnten auf jeder ihrer Reiseetappen Spuren von Verwüstung und Panik sehen, die das türkische Heer hinterlassen hatte. Das Dorf, in dem Siddik Bilgin gelebt hatte, fanden sie als Geisterdorf vor, das frischgehackte Holz neben den Häusern und die Teller und Gläser in den Küchenschränken vermittelten den Eindruck, als seien die Bewohner mal eben auf die Weide gegangen. Aber in dem Dorf Doganli wie auch allein in der Provinz Tunceli, in ca. 20 anderen Dörfern lebt heute niemand mehr. Wer nicht verschleppt oder festgenommen ist, wohnt heute in den größeren Städten wie Elazig, Adana oder Mersin. Der größte Teil dieser Leute sind Bauern, die durch ihren Umzug in die Stadt ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden. Alle wollen zurück ,,wenn die Soldaten uns bloß in Ruhe lassen würden''.

Aus Augenzeugenberichten, die allerdings bis heute noch nicht in dieser Form an die türkische Öffentlichkeit gelangen konnten, wird deutlich, daß das ,,ruhmreiche türkische Heer'' in getreuer Pflichterfüllung nicht nur den letzten ,,Terroristen'' sondern auch den letzten kurdischen Bauern auszulöschen gedenkt. Beim Einsatz gegen kurdische Guerilla handelt das Heer

getreuer Pflichterfüllung nicht nur den letzten ,,Terroristen'' sondern auch den letzten kurdischen Bauern auszulöschen gedenkt. Beim Einsatz gegen kurdische Guerilla handelt das Heer

nach der Strategie der verbrannten Erde. Wenn sich in einem Dorf ein Terrorist befinden könnte, so ist das Grund genug, das gesamte Dorf auszulöschen. Die ,,Antiguerillaoperation'' ist sowohl Einsatz gegen die Guerilla als auch ein Großangriff auf das kurdische Volk.

,,Die Soldaten haben ihre Gefangenen auf den Dorfplatz gebracht und sie dort splitternackt ausgezogen. Alle Dorfbewohner mußten auf den Platz kommen und die nackten Gefangenen ansehen. Wer den Kopf senkte oder wegschaute bekam einen Faustschlag ins Gesicht. Unter den Gefangenen wareen auch zwei Frauen. Sie wurden auf dem Dorfplatz vor allen Leuten von den Soldaten der Reihe nach vergewaltigt.'' Dieser Bericht eines Bewohners aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Kahramanmaras ist kein brutaler Einzelfall. Ein Bewohner aus Yenibas bei Tunceli erzählte, was passierte, als die Bewohner sich weigerten ihr Dorf zu verlassen: ,,Sie haben uns alle mit dicken Prügeln geschlagen und unsere Frauen und Mütter beleidigt. Sie haben unsere Töchter an sich gerissen und sie gezwungen mit ihnen zu tanzen. Dann haben wir es nicht mehr ausgehalten und sind gegangen.''

In den Dörfern, die noch nicht evakuiert sind, kann es vorkommen, daß Dörfler, die sich zu weit von den Häusern entfernen, ,,aus Versehen'' erschossen werden. Die Soldaten haben den absoluten Schießbefehl, d.h. wenn jemand eventuell ein ,,Terrorist'' sein könnte, darf ohne jede Warnung auf ihn geschossen werden. Neben dem kollektiven Druck auf ganze Dörfer, verfolgen die Soldaten, oder besser ihre Drahtzieher, die Taktik, einzelne Familien, besonders solche, die einen gewissen Einfluß auf ihre Umgebung haben, systematisch fertigzumachen.

Ein pensionierter Lehrer aus Hozat wurde, nachdem sein Sohn in einem Gefecht mit den Soldaten ums Leben gekommen war, zum ,,ich weiß gar nicht mehr wievielten'' Mal abgeholt und schwer gefoltert. Als er dennoch beteuerte, nichts sagen zu können, drohte man ihm damit, auch seine Tochter zu foltern und zu vergewaltigen. Eine Mutter aus der Provinz Elazig kam bis nach Istanbul, um ihren Sohn, der in das dortige Militärgefängnis transportiert wurde, zu sehen. Nachdem ihr Sohn aus dem Gefängnis von Elazig geflohen war, wurde auch ihr Mann abgeholt und ,,starb'' auf

Sohn, der in das dortige Militärgefängnis transportiert wurde, zu sehen. Nachdem ihr Sohn aus dem Gefängnis von Elazig geflohen war, wurde auch ihr Mann abgeholt und ,,starb'' auf

der Polizeiwache. Daraufhin nahmen die Soldaten auch ihren 14jährigen Sohn fest. Ein Vater erzählt, daß ihm schon zwei Söhne von den Soldaten ermordet worden sind. Der dritte wurde nach dem Abitur verhaftet, freigelassen und wieder verhaftet. Der Vater sieht nun seine einzige Rettung darin, diesen Sohn nach Istanbul zu schicken, ,,damit wenigstens einer überlebt''. Die Familien in Kurdistan, denen neben ihren, meist winzigen, Feldern, auch noch ihre Kinder genommen werden, stehen so vor dem totalen Nichts.

Mit dem Vorwand ,,Ihr habt einen Terroristen in der Familie'' werden mehrere Geschwister gleichzeitig verhaftet, verschleppt, erschossen. Nach Aussagen des SHP Abgeordneten Fikri Saglar gibt es seit 1980 in den kurdischen Provinzen bis zu 800 Verschwundene. ,,Terroristenbekämpfung'' heißt hier neben dem brutalen ungleichen Kampf gegen die Guerilla auch die Terrorisierung eines ganzen Volkes.

In beiderlei Hinsicht hat das türkische Heer in den letzten zwei Jahren erheblich dazugelernt. Um die Bevölkerung besser unter Druck und Kontrolle zu halten, nutzen sie neben ihren eigenen Waffen auch die traditionellen Strukturen und Widersprüche Kurdistans. Dafür ist die Einführung der ,,Dorfschützer'' das beste Beispiel: Durch eine Änderung im türkischen Dorfgesetz wurde ab 4.4.85 bewirkt, daß ,,wenn es zu ernsthaften Anzeichen für einen gewaltsamen Angriff auf das Dorf kommt, vorübergehend Dorfschützer ernannt und bewaffnet werden können.''

Die Dorfschützer sollen also die ,,türkischen Bauern'' vor den Angriffen ,,separatistischer, verräterischer Terroristen'' schützen. So die offizielle Version. Jemanden zum Dorfschützer zu ernennen heißt allerdings in der Praxis, ausgesuchte Männer des Dorfes mit einer Waffe und gesetzlicher Unangreifbarkeit zu versehen. Im Klartext: bestimmte Männer bekommen eine Waffe und werden für ihre Morde nicht bestraft. Wer diese Männer sind, bestimmt die Kreiskommandatur in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Aga (Großgrundbesitzer) des Dorfes. So wurde in einem Dorf der Provinz Siirt ein Mann zum Schützer ernannt, der wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft gesucht wurde. Er erfreute sich jedoch der Protektion eines Aga und erfüllt heute eine zweifa-

vinz Siirt ein Mann zum Schützer ernannt, der wegen Mordes von der Staatsanwaltschaft gesucht wurde. Er erfreute sich jedoch der Protektion eines Aga und erfüllt heute eine zweifa-

che Funktion: für die türkische Regierung hält er aufmüpfige Dorfbewohner in Zaum, für ,,seinen'' Aga trägt er dessen Privatfehden aus. Seit Ernennung der Dorfschützer sind schon sechs fortschrittliche Bürgermeister kurdischer Dörfer zurückgetreten worden. Diese Methode, die Bevölkerung des Ostens der türkischen Republik auf sich selbst zu hetzen, findet ihre Fortsetzung in der Ausschreibung hoher Prämien für die Mitarbeit bei der ,,Terroristenfahndung'' und in der Verteilung von Propagandaflugblättern.

Hinzu kommt, daß in den östlichen Provinzen der Parteipolitik oder auch dem was für die restliche Türkei mit ,,Scheindemokratie'' zu bezeichnen ist, nicht der geringste Raum gegeben wird. Schon Mitglieder der offiziellen Oppositionspartei SHP werden bedroht oder z.B. während des Wahlkampfes ganz einfach festgenommen. Das geht sogar so weit, daß Überfälle inszeniert werden, um sie dann bestimmten Politikern in die Schuhe zu schieben und so die sozialdemokratischen Parteibüros schließen lassen zu können. Auch die Behörden sind keinerlei Anlaufstellen für die Bürger sondern reine Institutionen des Drucks und der Kontrolle. Gesuche und Anfragen der Dorfbevölkerung landen im Papierkorb der Kreisverwaltung. Der Siirter Bürger Abdullah Yardim ging sogar soweit, einen Brief an Kenan Evren zu schreiben, in dem er einen Mann aus seinem Dorf als Mörder bezichtigte. Der Brief erhielt nie eine Antwort und der beschuldigte Mann ist heute Dorfschützer.

Es gibt also keinen Raum für Politik im türkischen Teil Kurdistans. Einem vom Militär gepeinigtem und von den eigenen Leuten bedrohten Volk, soll hier nur noch der Weg der Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung offengelassen werden.

Trotz allem haben die bewaffneten Auseinandersetzungen seit dem August 1984 nie aufgehört. ,,Wieder sind zwei unserer Offiziere den Heldentod gestorben'', verkünden die türkischen Zeitungen dann, wenn es ihnen in den Propagandakram paßt. Wieviel Verluste das türkische Heer wirklich hat, weiß niemand außer der Guerilla. Auch die beharrlich wiederholten Versicherungen, ,,wir haben sie bald alle'' verlieren mit der Zeit ihre Glaubwürdigkeit. Vorfälle wie die Sabotageakte der Guerilla gegen die iranische Ölpipeline, kommen nur durch Flüsterpropaganda in den westlichen Teil der Türkei. Während die Zeitungen am 24./25.4.86 verkündeten: ,,Sabotageakt verhindert'' erreichte die inoffizielle Nachricht, daß eben dieser Sabotageakt stattgefunden habe, Istanbul einige Tage später. Keine genauen Nachrichten gibt es z.B. auch über die Verluste des Heeres bei der Frühjahrsoffensive der Guerilla im März dieses Jahres. Umso mehr häuften sich die Nachrichten über die Frühjahrsoffensive des Heeres, das mittlerweile, was die Guerillabekämpfung angeht, eines der bestgerüstetsten Heere sein dürfte. Darf man den Meldungen der Tageszeitungen glauben, so werden bei der Suche nach den Stützpunkten der Guerilla (wahrscheinlich aus den USA) importierte Detektoren verwendet. Eine neu eingerichtete schnelle Einsatztruppe aus Elazig leitet die Einsätze.

Der Trumpf der türkischen Regierung sind allerdings die anfangs erwähnten ,,löwenstarken'' Sondereinsatzkommandos. Zur Zeit werden diese Einheiten mit dem Namen ,,Schwarze Käfer'' in der Nähe von Ankara ausgebildet. Ca. 600 Mann werden mit den M16 und A2 Maschinengewehren versehen, die sowohl Patronen als auch Handbomben verschießen und von der Presse stolz — und vielleicht gar nicht unzutreffend — als ,,Rambo-Waffen'' bezeichnet werden. Die Ausbilder dieser Einheiten, so die Tageszeitung GÜNES, waren zur Vervollständigung ihrer Fähigkeiten in Amerika und — der BRD, wo sie zusammen mit den ,,Spezialisten der GSG 9 ausgebildet wurden.'' Ein großer Teil der ,,Käfer'' kommt aus dem Osten und beherrscht kurdisch. ,,Wir lernen alles'', erklärt einer der Soldaten, ,,was zur Kunst gnadenlosen Tötens gehört!''

Dem steht, nachdem sich die Türkei zumindest vom Irak offiziell die Erlaubnis zum Grenzübertritt eingeholt hat, nichts mehr im Weg. Nach allgemeinen Vermutungen werden die Sondereinsatzkommandos wohl in diesen Tagen an ihre Einsatzorte geschickt, wo sie — diese Vermutung liegt nahe — auch von den Verfechtern der internationalen Zusammenarbeit gegen den Terrorismus interessiert beobachtet werden. Können doch hier die deutschen und amerikanischen Terrorspezialisten die Wirksamkeit ihrer Methoden in der Praxis überprüfen.

Zur gleichen Zeit häufen sich in der Türkei die Propagandaangriffe gegen die PKK. Das verwundert insofern, als bis vor 2-3 Monaten in bezug auf die

den in der Praxis überprüfen.
Zur gleichen Zeit häufen sich in der Türkei die Propagandaangriffe gegen die PKK. Das verwundert insofern, als bis vor 2-3 Monaten in bezug auf die

PKK nach der Devise ,,Totschweigen'' vorgegangen worden war. Nicht einmal ihr Name durfte in der Presse erwähnt werden, man sprach allenfalls von ,,separatistischen Terroristen''. So wurde per Hubschrauber eine ca. dreißigseitige Broschüre über den PKK-Vorsitzenden Abdullah Ocalan über Kurdistan abgeworfen, in der man ihn schlicht zum Unmenschen erklärte, und ihn so ziemlich für alle, während der letzten zehn Jahre in der Türkei begangenen Verbrechen, verantwortlich machte. In den Zeitungen erschienen auf einmal Namenslisten der Führungskader, und sogar die linksmöglichste Presse veröffentlichte lange Artikel mit Kritiken an der PKK. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die PKK, sowohl in Kurdistan als auch im Exil, genug Futter für eine solche Kampagne geliefert hatte. Der PKK wird außer ihren inneren Machtkämpfen auch von vielen kurdischen Revolutionären vorgeworfen, mit ihrer ,,Angriff um jeden Preis''-Strategie die momentane Hilflosigkeit und Handlungsunfähigkeit der kurdischen Bevölkerung zu übersehen. Man kann durchaus nicht behaupten, daß die PKK momentan die einzige und voll unterstützte Vertretung des kurdischen Volkes sei.

Mit seiner Propagandakampagne versucht die türkische Regierung allerdings nun, die PKK mit Kurden und Kurdistan gleichzusetzen und so deren Fehler und Widersprüche für sich auszunutzen. Durch die detaillierten Veröffentlichungen soll außerdem der Eindruck entstehen, sie habe eben diese Kurden völlig unter Kontrolle. Um die

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Tierhaftigkeit der PKK aufzuzeigen, greift man dann auch zu offenen und frechen Lügen. So wurde am 29.3.86 einer der führenden Kommandanten der PKK Mahsum Korkmaz erschossen. Die Tageszeitung MILLIYET veröffentlichte daraufhin Aussagen seiner Geschwister, die gesagt haben sollen, sie seien ,,froh über seinen Tod'', denn er wäre ,,zum Tier geworden''. Solche Aussagen hatten seine Geschwister nie gemacht. Aus Angst gingen sie jedoch nicht gegen die Zeitung vor. Während man so auf der einen Seite Kurdentum (gleich PKK) gleich Unmensch setzt, versucht man auf der anderen Seite, alles, was sich an positiven kurdischen Traditionen nicht auslöschen läßt, zu vertürken. So wurde am Tag des traditionellen kurdischen Neujahrsfestes ,,Newroz'', ebenfalls mit Hubschrauber ein Faltblatt verteilt, daß die Kurden darüber aufklärte, daß ihr seit Jahrhunderten zelebriertes Newrozfest eigentlich ein türkisches Frühjahrsfest sei (das allerdings an keinem Ort der Türkei gefeiert wird).

Was für Schlußfolgerungen ergeben sich aus dieser Ansammlung von Details?

Die türkische Regierung führt eine Großoffensive in allen Bereichen, die kurdische Bevölkerung ist von den verschiedensten Seiten einem ungeheuren Druck ausgesetzt, die PKK ist — daran ist nicht zu rütteln — die Kraft, die den bewaffneten Angriff auf das türkische Militär fortsetzt, wird aber von vielen Seiten kritisiert, da sie keine sorgfältige Einschätzung der Situation vornimmt und die momentane Hilflosigkeit des Volkes nicht in ihre Rechnung einbezieht, die großen westlichen Brüder der Türkei unterstützen die Aktionen des Heeres auf den verschiedensten Ebenen. Wohin führt das alles?

Kurdistan ist die Region in der türkischen Republik, in der die großangelegte Gleichschaltung der Bevölkerung seit 1980 nicht greifen konnte. Auf den ersten Blick mag die Situation anders erscheinen. Der größte Teil der Bevölkerung ist nicht aufständisch, viele sagen sogar ,,Gut, wir sind türkische Bürger, soll uns die türkische Regierung aber auch helfen.'' Das beste Beispiel für eine solche Haltung ist eine alte Frau, die ihrem Sohn, der überzeugt für die kurdische Unabhängigkeit eintritt, sagt: ,,Was sollen wir machen, mein Sohn, wir sind jetzt eben Türken.'' Das Beispiel ist deshalb typisch, weil diese alte Frau diesen Satz auf kurdisch sagt, sie kann kein türkisch. Ihre Traditionen und ihre Lebensweise sind in der Landbevölkerung so fest verankert, daß sie eine Art natürliche Opposition gegen die türkische

kisch. Ihre Traditionen und ihre Lebensweise sind in der Landbevölkerung so fest verankert, daß sie eine Art natürliche Opposition gegen die türkische

Regierung, die ihnen all dieses verbieten will, darstellen. Die Bevölkerung ist zwar mit Druck zum Schweigen gebracht worden, aber es ist, trotz allem, ein gespanntes Schweigen, das jederzeit wieder ausbrechen kann. Bis jetzt war Kurdistan eine arme, unterentwickelte Region, in der dieser Ausbruch mit nackter Gewalt verhindert werden konnte. Dazu kam, daß die — äußerst dünne — kurdische feudale Oberschicht sich mit dem türkischen Staat verbündet hatte und das Volk in beider Interesse unterdrückte.

Diese Situation wird sich in den kommenden Jahren zwangsläufig ändern. Kurdistan wird nicht mehr das unterentwickelte Land sein, in dem sich die ,,Ausbrüche'' der Kurden nur um Polizeiwachen und in den Bergen abspielen. Es ist die einzige Region im Staatsgebiet der Türkei, in der schon Öl gefördert und noch mehr davon gefunden werden kann. Die Erdölpipeline führt ebenfalls durch kurdisches Gebiet. Die Türkei, die schon länger mit größerer Unabhängigkeit auf dem Erdölsektor liebäugelt, kann sich in ihrem einzigen Fördergebiet keine Angst vor ständigen Sabotageakten leisten.

Weiterhin hat es in Kurdistan in den letzten Jahren einen Bauboom auf militärischem Gebiet gegeben. In den Protokollen der Kongreßdebatten 1979-80 über ,,military constructions'' wird immer wieder die strategische Wichtigkeit Kurdistans betont. 4 Militärflughäfen sind, wie bekannt ist, bereits aus- oder neugebaut und alles spricht dafür, daß es dabei nicht stehenbleiben wird. Nach der Unterzeichnung des türkischen Host Nation support Programmes ist auch in Kurdistan, wie zuvor schon z.B. in Italien, ein enormer Ausbau von Straßen und anderen Infrastrukturen zu erwarten (z.B. Verbindungen der US-Basen am Mittelmeer und den Flughäfen in Kurdistan).

In Kurdistan steht also eine Modernisierung in allen Bereichen an. Das völlig vernachlässigte ,,Armenhaus der Türkei'', in dem es immer noch Dörfer ohne Strom und Straßen gibt, wird so weltvergessen nicht mehr lange bleiben können. Dann ist auch nicht mehr möglich, daß kurdische Volk einfach in der ,,Barbarei'' zu vergessen und mit Soldateneinsätzen zum Schweigen zu bringen. Mit einem Wort, die gesamte Region wird sensibler gegen Angriffe. Das legt den Gedanken nahe, daß die Lösung des Kurdenproblemes diesmal endgültiger sein muß, als bei der bisherigen Aufstandsbekämpfung.

Der bevorzugte Einsatz kurdischer Soldaten gegen die kurdische Bevölkerung läßt darauf schließen, daß nach dem Motto vorgegangen wird: ,,Sollen sie sich zuerst einmal gegenseitig umbringen.'' Auf beiden Seiten billiges ,,Material'', von dem nichts übrigzubleiben braucht. Wer dann noch nicht tot oder ausgewandert ist, soll grundsätzlicher als bisher vertürkt werden. Wenn dann die Rebellen ausgemerzt und der Rest umgedreht ist, brauchen die Fabriken, Raffinerien und Militäranlagen nicht mehr vor Attentaten und Sabotage geschützt werden und alle Bewohner der türkischen Republik vergessen langsam, daß es einmal Kurden gegeben hat — hofft die Regierung.

E., Istanbul, 1.5.86

rung.

E., Istanbul, 1.5.86

Nachbemerkung:
In diesem Bericht wird nicht besonders detailliert auf die Situation im kurdischen Widerstand eingegangen. Das liegt ganz einfach daran, daß sich im Moment dazu keinerlei genaue Informationen finden lassen. Deshalb wollte ich nicht den Fehler machen, als Deutsche, die eine oder andere kurdische Bewegung von außen zu kritisieren, ohne das nötige Hintergrundwissen zu haben. Es kommt mir darauf an, die momentane Situation in dem türkischen Teil Kurdistans aufzuzeigen, denn das scheint mir die unabdingbare Voraussetzung, um über Widerstand in Kurdistan diskutieren zu können.



Nordirland vor einem heißen Sommer



Ein halbes Jahr nach Unterzeichnung des irisch-britischen Abkommens, daß nach Auffassung der südirischen Regierung den ,,Alptraum'' der nationalistischen Minderheit im ,,Norden'' beenden sollte, zeigt sich der Dubliner Außenminister Barry zutiefst ,,unbefriedigt'' bezüglich der Realisierung seines Inhalts.

Staatsmännisch und diplomatisch setzt er hinzu, daß eine Veränderung der unhaltbaren Situation der Nationalisten selbstverständlich keine Angelegenheit von ,,wenigen Wochen und Monaten'' sein könnte. Indes: es waren die von Dublin protegierte gemäßigte SDLP (die größte nationalistische Partei, sozialdemokratisch) und die südirische Regierung, die seinerzeit großmäulig verkündeten, daß sich die Dinge im ,,Norden'' ,,eher innerhalb von Monaten, denn von Jahren'' zum Besseren wenden würden.

Was Dublin und die SDLP so nervös macht ist u.a. die Tatsache, daß der Glauben an die Reformierbarkeit des sektiererischen nordirischen Staatswesens, der in den Wochen unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens gewisse Renaissance und Auftrieb erfuhr und wieder stetig abnimmt. Als Indiz hierfür dürfen die kürzlich abge-

gewisse Renaissance und Auftrieb erfuhr und wieder stetig abnimmt. Als Indiz hierfür dürfen die kürzlich abge-

haltenen Nachwahlen zu zwei nordirischen Kommunalparlamenten gewertet werden, die in mehrheitlich nationalistisch besiedelten Gebieten stattfanden. Hatte Sinn Féin noch im Januar — anläßlich der durch den Rücktritt unionistischer/loyalistischer Abgeordneter erzwungenen Nachwahlen zum britischen Unterhaus — Verluste zugunsten der SDLP-Vertragsbefürworter zu beklagen gehabt,so konnte der ,,politische Arm'' der IRA nun seinen Stimmenanteil auf Kosten der SDLP erheblich ausbauen.

Tatsächlich wurde bislang noch keine der Reformen — bei genauerer Betrachtung zum großen Teil nicht mehr als symbolische Gesten —, die das Abkommen verspricht, in die Tat umgesetzt. Mit Rücksicht auf die rebellierenden Protestanten/Loyalisten verzichtete London gar auf die Suspendierung jenes völlig anachronistischen und in der Realität des Alltags ohnehin ständig unterlaufenen Gesetzes, das das Hissen der irischen Trikolore und das Sprechen der irischen Sprache gegenüber ,,Amtspersonen'' untersagt. Von einer Reform der sektiererischen ,,Sicherheitskräfte'' (Polizei und Parapolizei), die von den Nationalisten nicht anerkannt werden, ist überhaupt nicht mehr die Rede, zumal dies auch gar nicht unbedingt im britischen Interesse liegt. Eine Rebellion von Teilen der ,,Sicherheitskräfte'' würde Londons Probleme noch vergrößern. Im Gegensatz zur RUC-Führung (RUC = Polizei), die in London ausgebildet wurde und sich primär der Aufrechterhaltung von ,,law and order'' verpflichtet sieht, dürfte die RUC-Basis mehrheitlich gegen das Abkommen und einen ,,Verhaltenskodex'' für die Polizei eingestellt sein. Desweiteren wird London kaum dazu bereit sein, das ,,Ulster Defence Regiment'' (Parapolizei), aufzulösen, wie dies vor einiger Zeit auch noch von der SDLP gefordert wurde. Im Rahmen der ,,Ulsterisierung'' hat das UDR in den letzten Jahren eine wichtige Rolle gespielt und die britische Armee z.T. ersetzt. Die Auflösung des UDR würde bedeuten, daß London mehr Truppen nach Nordirland schicken müßte, was jedoch nicht dem Interesse der britischen Regierung entspricht. Die Ausbildung eines britischen Soldaten in der BRD kostet sehr viel Geld. Ein Soldat, der in der BRD u.a. in der komplizierten Bedienung von Nuklearwaffen ausgebildet wird, ist der britischen Regierung zu teuer und zu schade, als daß man ihn im Belfaster Stadtteil Ballymurphy Patrouille laufen läßt, wo eventuell eine IRA-Kugel auf ihn wartet. Wenn dies irgendwie anders zu organisieren ist, so sollte man dies auch tun. Nichtdestotrotz sah sich die britische Regierung genötigt, seit Unterzeichnung des Abkommens weitere 1.500 Soldaten nach Nordirland zu entsenden. Dies widerspricht allerdings der Intention des Abkommens, daß die direkte britische Präsenz — durch Einbeziehung Dublins in die ,,sicherheitspolitische'' Verantwortung wie Anerkennung der nordirischen Polizeikräfte durch die Minderheit — mittel- bis langfristig entbehrbar machen sollte. Zur protestantischen/loyalistischen ,,marching season'' (12. Juli) wird das Eintreffen weiterer Truppenkontingente erwartet.

Loyalistische Progrome

Loyalistische Progrome

Derweil bereiten sich die Loyalisten auf den 12. Juli vor, an dem sie alljährlich den Sieg Wilhelm von Oraniens über seinen Widersacher Jakob II (Schlacht am Boyne, 1690) zelebrieren, der den Prozeß der Ansiedlung der Protestanten in Ulster militärisch abschloß. Einmal mehr wird der internationalen Öffentlichkeit demonstriert werden, daß sich das Denken der nordirischen Protestanten in den Kategorien des 16. und 17. Jahrhunderts bewegt. Thatchers Bemühungen, die Protestanten in das 20. Jahrhundert zu ziehen, sie mit einer imperialistischen Modernisierung zu konfrontieren, hat die Rebellion der ,,Ulstermen'' provoziert.

Für die Zeit um den 12. Juli herum sind mehrere hundert Märsche angekündigt, einige davon sollen durch katholische/nationalistische Wohnbezirke führen. Das irisch-britische Abkommen verspricht jedoch, daß derartige Märsche künftig ,,nur'' noch um die katholischen/nationalistischen Wohnbezirke herum führen dürfen. Hier deutet sich ein Konflikt mit den ,,Sicherheitskräften'' an. Die RUC ist in den letzten Monaten unter starken Druck geraten. Wiederholt wurden die Häuser von RUC-Beamten, die — zum Schutz vor der IRA — in den loyalistischen Wohnbezirken leben, von radikalen Protestanten angezündet. Auf diese Weise sollen die Widersprüche innerhalb der RUC bezüglich des Abkommens verschärft werden, um die RUC als ,,Executor'' des Abkommens letztendlich lahm zu legen.

Sinn Féin und die IRA organisieren derweil den Schutz der nationalistischen Minderheit, insbesondere dort, wo diese in Enklaven — inmitten loyalistischer Wohnbezirke — lebt. Denn einmal mehr kompensieren die Loyalisten ihren Frust und ihre Identitätsprobleme in Form von aggressiven sektiererischen Attacken gegen die Minderheit. Seit Unterzeichnung des Abkommens wurden immer wieder Schulen, Kirchen und insbesondere Wohnhäuser niedergebrannt. Allein im Norden Belfasts wurden 6 katholische Zivilisten ermordet. Die Attacken der Loyalisten gelten insbesondere solchen Menschen, die in (protestantischer/katholischer) ,,Mischehe'' leben.

Während West Belfast, wo sich die größten (und zusammenhängenden) nationalistischen Wohnbezirke befinden, als verhältnismäßig ,,sicher'' gelten kann, steht zu befürchten, daß es um den 12. Juli herum zu schweren Angriffen auf die Enklaven im Norden und Osten der Stadt kommt. Sinn Féin und die IRA treffen hier Vorbereitungen auf eine eventuelle Evakuierung, desweiteren werden umfangreiche Vorräte an Lebensmitteln und Medikamenten angelegt, um gegen eine eventuelle Belagerung gewappnet zu sein. An ältere Bürger werden bereits vorab Beruhigungsmittel ausgegeben. Ähnlich wie Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre befindet sich die IRA wieder in einer Situation, wo sie den Schutz der Minderheit vor faschistischen Programen und den sektiererischen Attacken der ,,Sicherheitskräfte'' zu organisieren hat.

Internierung

Die radikalrepublikanische Bewegung geht mittlerweile davon aus, daß es im Laufe der kommenden 12 Monate die Wiedereinführung der Internierung von politischen ,,suspects'' erfolgen wird.

Internierung bedeutet die Festsetzung von ,,verdächtigen'' Bürgern, ohne Angabe von konkreten Gründen und ohne daß ein Gerichtsverfahren stattfindet. Im August 1971 war die Internierung schon einmal in Nordirland eingeführt worden, erwies sich jedoch seinerzeit als Eigentor. Zum einen befanden sich unter den ca. 350 Verhafteten, die in den frühen Morgenstunden des 9. August aus dem Schlaf gerissen und auf Lastwagen abtransportiert wurden, nur wenige IRA-Leute. Die IRA hatte rechtzeitig von der bevorstehenden Massenverhaftung, die die IRA im Keim ersticken sollte, erfahren. Zum anderen provozierten die Bilder von der Aktion den Protest der internationalen Öffentlichkeit. Die britische Nordirlandpolitik war diskreditiert, die IRA erlangte internationale Reputation. Die Internierungspolitik erwies sich auch deshalb als uneffektiv, weil die Republik Irland nicht mit von der Partie war. Im Gegenteil: zahlreiche IRA-Leute flüchteten in den ,,Süden'', wo sie in der Regel zunächst unbehelligt blieben. Ohnehin war die Republik das logistische Hinterland der militärischen IRA-Kampagne im ,,Norden''.

publik das logistische Hinterland der militärischen IRA-Kampagne im ,,Norden''.

Die britische Regierung hat aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt: die Wiedereinführung der Internierung soll in Abstimmung mit der Dubliner Regierung erfolgen. Die zeitgleiche Einführung der Internierung in Nordirland wie in der Republik Irland würde dem Unternehmen mehr Effizienz verleihen und zudem für seine ,,internationale Abdeckung'' sorgen. Führt Dublin ebenfalls die Internierung ein, wird sich das britische Vorgehen im ,,Norden'' weniger leicht denunzieren und leichter die Behauptung kolportieren lassen, es handle sich bei der Aktion um einen Akt der ,,Terrorismusbekämpfung''.

Auch dürfte die Aktion dieses mal weniger spektakulär und provozierend erfolgen: Anstelle von Massenverhaftungen dürfte wohl eher ein ,,sukzessives'' Vorgehen gewählt werden, wie es ohnehin schon seit einigen Monaten zu beobachten ist: Mal werden 30 Leute in Derry verhaftet, dann 15 in Belfast, 20 in Armagh etc. ,,Selective Internment'' wird diese Strategie genannt. Wie ernst die Lage ist, wurde kürzlich anläßlich der Jahrestagung der südirischen ,,Prison Officers' Association'' deutlich: Der stellvertretende Vorsitzende dieser zweifelhaften Berufsvereinigung gab bekannt, daß das ,,Curragh Military Camp'' (in der Nähe von Dublin) und das Gefängnis von Armagh (Nordirland) auf die Einführung der Internierung vorbereitet seien. London verbindet mit der Internierung die Hoffnung, die Loyalisten ruhig zu stellen und einen ,,Zweifrontenkrieg'' zu vermeiden. Überdeutlich soll den rebellierenden Loyalisten demonstriert werden, daß das Abkommen ihrer Sicherheit und der IRA-Bekämpfung dient. Die Dubliner Regierung wiederum plagt ein Alptraum: Die Destabilisierung des ,,Südens'' infolge der anhaltenden Auseinandersetzungen im ,,Norden'' und der eigenen innenpolitischen Probleme; ein Autoritätsverlust des Establishments und ein Erstarken der radikalrepublikanischen Bewegung, die mittlerweile auch im ,,Süden'' längst mehr ist, als ein purer Traditionsklub.

dsm

Die ''Europäische Union'' — ein Ding der Unmöglichkeit?



Teil 4: Politische Integration

In diesem anschließenden Teil, der die Integrationsverläufe und Widersprüche der EG zum Inhalt hat, soll der Versuch unternommen werden, die Westeuropa-Politik des BRD-Imperialismus nachzuzeichnen, aber auch einen Ausblick auf die Zukunft der EG zu riskieren. Dies anhand der westdeutschen Außenpolitik zu tun, liegt nahe, denn der BRD-Imperialismus ist die unbestrittene ökonomische Macht innerhalb der EG (1). Zu fragen ist daher, inwieweit es der BRD gelungen ist, diese wirtschaftliche Dominanzposition auch politisch umzumünzen. Außerdem lassen sich anhand der westdeutschen Westeuropa-Politik auch die Widerspruchslinien innerhalb der EG nachzeichnen, sodaß daran auch grundsätzliche Kontroversen sichtbar werden.

Die Integration der EG-Staaten hat sich immer im Spannungsfeld der „Sachzwänge des Weltmarktes" einerseits und der nationalen ökonomischen und politischen Interessen andererseits bewegt. Im ersten Teil (AK 269) stellten wir die historische Entwicklung der EG und die unterschiedlichen nationalen Ausgangspositionen und Interessen der einzelnen EG-Staaten dar. Dem schloß sich die Vorstellung des „Europäischen Währungssystems" an. Im zweiten Teil (AK 270) wurde der Stand der wirtschaftlichen und wirtschaftlichspolitischen Integration in der EG dargestellt. Im dritten Teil kamen die chronischen Probleme der EG (Agrar- und Haushaltspolitik) zur Sprache. In diesem abschließenden Teil vier werden Fragen der politischen Integration behandelt.

Nicht behandelt wird die neokoloniale EG-Politik, weil es an dieser Stelle auf die Problematik der inneren Entwicklung der EG ankommt; nur am Rande werden militärpolitische Fragen gestreift, da dieser Komplex an anderer Stelle schon recht ausführlich behandelt worden ist.

Die lange Tradition deutscher Europakonzepte

In der Außenpolitik des deutschen Imperialismus spielen die Europa-Ideen eine dominierende und durchgängige Rolle. Schon Bismarck erteilte einem europäischen Gleichgewichtssystem eine Absage, da das Deutsche Reich aufgrund seiner ökonomischen Potenzen, der militärischen Stärke und seiner geographischen Lage eine Hegemoniestellung beanspruchen müsse.

Vor dem ersten Weltkrieg kam diese Europa-Konzeption voll zum Tragen. Der deutsche Imperialismus brauchte eine Hegemoniestellung vor allem in Süd- und Osteuropa, um auf dieser Basis erfolgreich gegen die USA, England und Rußland konkurrieren zu können.

Die deutschen Faschisten verfolgten diesen Kerngedanken weiter: ein abgesicherter ,,europäischer Lebensraum'' für die volle Entfaltung der ökonomischen Potentiale des deutschen Faschismus mußte her — die ganze Welt sollte bekanntlich am ,,deutschen Wesen'' genesen.

Die beiden blutigen Anläufe des deutschen Imperialismus scheiterten. Auch die bürgerliche Opposition unter dem Hitler-Faschismus war von Europa-Gedanken beseelt; Leute wie Generaloberst Beck und Goerdeler sahen unter dem Eindruck der sich abzeichnenden Niederlage des deutschen Faschismus ein Überleben des Deutschen Reiches nur in einem europäischen Staatenbund als gesichert an.

Und schon fast prophetisch formulierte der Großindustrielle Richard Riedl in seiner Denkschrift bereits 1941, daß die ,,*Bildung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*'' als Vorstufe einer politischen Union vonnöten sei, in der der deutschen Industrie ,,*kraft ihrer geschichtlichen Entwicklung*'' und dank ihrer ,,*kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen*'' so oder so wieder eine Führungsrolle zufallen würde (2).

Nach 1945: Westdeutsches Kapital strebt westeuropäische Einigung an

Die Sowjetunion machte diesen Europa-Konzeptionen einen Strich durch die Rechnung. Bekanntlich stand für das deutsche Kapital Osteuropa nicht mehr zur Verfügung, und es mußte auch die deutsche Teilung hinnehmen.

Von daher gab es für die Kapitalisten nur eine gangbare Alternative: Sie bevorzugten die Westintegration und benötigten dazu das amerikanische Startkapital für ihre Restauration (Marshall-Hilfe), während die USA ihrerseits ein Interesse an einem westeuropäischen Markt und der Stabilisierung kapitalistischer Verhältnisse in Westeuropa hatten. Die Westintegration implizierte auch den Verzicht auf eine sofortige Wiedervereinigungsoption, zumal alle westeuropäischen Staaten überhaupt kein Interesse daran haben konnten. Die deutsche Teilung war gewissermaßen ein Beitrag zur Entschärfung des deutschen ,,Sicherheits''risikos in Europa.

Das westdeutsche Kapital strebte gleich nach dem Kriege die supranationale westeuropäische Integration an — als Emanzipationsvehikel zur Wiedererlangung seiner ökonomischen Stärke und vollen politischen Gleichberechtigung. Das innenpolitische Föderationsmodell der BRD sollte das Vorbild für einen föderativen westeuropäischen Staatenbund abgeben. Und alles lief ganz gut an: 1948 bereits wurden die drei damaligen Westzonen in die ,,Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit'' einbezogen und mit der Bildung der Montanunion 1951 wurde die westdeutsche Schwerindustrie von ökonomischen Hemmnissen befreit und konnte expandieren.

Diese Fortschritte in der ökonomischen Integration wurden einerseits durch politische Zugeständnisse erwirkt. Adenauer war bewußt, daß das Wiedervereinigungsgebot nur im Konsens mit Frankreich möglich war, so daß er dieses hintenan stellte. Frankreich wiederum fürchtete das ökonomische Potential der BRD und wandte sich 1949/50 Westeuropa zu, um vor allem die westdeutsche Industrie politisch einzubinden. Genau das war ja der Sinn der Montanunion: Die sechs westeuropäischen Länder stellten ihre nationalen Kohle- und Stahlindustrien unter gemeinsame Kontrolle, um die westdeutsche Schwerindustrie unter Kontrolle zu halten.

Der westdeutsche Imperialismus wurde jedoch spätestens 1954 desillusioniert: Die Pläne einer militärischen Einigung im Rahmen einer ,,Europäischen Verteidigungsgemeinschaft'' (EVG) scheiterten am Widerstand Frankreichs.

Damit waren die Pläne einer supranationalen westeuropäischen Einigung obsolet geworden: Das Scheitern der EVG war gleichbedeutend mit dem Scheitern der westeuropäischen Bundesstaaten-Konzeption.

Die Wiederherstellung der politischen Gleichberechtigung

Somit verlor die Westeuropa-Integration des BRD-Imperialismus ihren bisherigen führenden Stellenwert. Die Wiedervereinigung und die bilateralen Beziehungen zu den USA rückten in den Vordergrund. Die NATO-Mitgliedschaft der BRD und der Deutschland-Vertrag von 1955 gaben dem BRD-Imperialismus auch formal die Souveränitätsrechte und internationale Positionen zurück. Der westdeutsche Revanchismus kam erst dann voll zum Zuge, als die BRD stärker auf das Bündnis mit den USA setzte.

Außerdem hatte der Mohr seine Schuldigkeit getan. Die BRD stieg bereits Ende der fünfziger Jahre zur ökonomisch führenden Macht Westeuropas auf, und es zeigte sich, daß die westdeutsche Industrie auch ohne die westeuropäische Integration weltweit sehr gut mithalten konnte. Von daher standen weltweite Handelspielräume im Vordergrund. In den damaligen Kontroversen bei der EWG-Gründung kam dies dadurch zum Ausdruck, daß die BRD — zumeist verschanzt hinter den französischen Positionen — überhaupt kein Interesse mehr an supranationalen Einigungsprojekten zeigte, und diese eher als Hindernis betrachtete.

Und die ,,atlantische'' Orientierung der BRD zeigte sich u.a. darin, daß sie — zusammen mit den USA — sehr vehement für die Pläne einer westeuropäisch-amerikanischen Multilateralen Atomstreitmacht eintrat. Dieses Projekt (MLF) scheiterte bekanntlich an Frankreich.

Der politische Stellenwert der westeuropäischen Integration war also gesunken, im Rahmen der EWG ging die BRD eher einen pragmatischen Weg.

Die Entspannungspolitik

Mit dem Übergang zur Entspannungspolitik seitens der USA und Frankreichs zu Beginn der sechziger Jahre gerieten Westintegration und Wiedervereinigungsoption des BRD-Imperialismus in einen Widerspruch; das lange hochgehaltene revanchistische Wiedervereinigungspostulat erwies sich als illusionär.

Außerdem geriet die BRD in die Gefahr der außenpolitischen Isolation gegenüber Osteuropa und Ländern der ,,3.Welt''.

In dieser Phase, also etwa Mitte der sechziger Jahre standen sich im wesentlichen zwei Konzeptionen in der BRD gegenüber:

— F. J. Strauß forderte in einem ,,Entwurf für Europa'' einen westeuropäischen Bundesstaat, den er zur ,,dritten weltpolitischen Kraft'' einschließlich seiner atomaren Bewaffnung machen wollte, um über diesen Weg der Stärke langfristig die ,,deutsche Frage'' zu lösen.

— Demgegenüber vertrat die SPD das Konzept, die bestehenden politischen ,,Realitäten'' in Europa anzuerkennen (ohne freilich dabei auf die Wiedervereinigungsoption langfristig verzichten zu wollen), um damit die Voraussetzungen der ,,Neuen Ostpolitik'' zu schaffen. Über eine gesamteuropäische Friedensordnung, durch den ,,Wandel durch Annäherung'' (Bahr) sollte die ,,deutsche Frage'' gelöst werden.

Bekanntlich setzte sich unter Brandt die SPD-Konzeption durch, wobei betont wurde, die ,,Neue Ostpolitik'' auf Basis der Westintegration betreiben zu wollen, um etwaige Befürchtungen Frankreichs eines ,,deutschen Sonderwegs'' zu zerstreuen.

Innenpolitisch trat die SPD den nationalistischen Kampagnen gegen die Ostverträge seitens der CDU/CSU vor allem mit einem Reformmodell, dem ,,Modell Deutschland'', entgegen. Dieses ,,Modell'' hatte seine materielle Grundlage vor allem in der Ende der sechziger Jahre vollen internationalen Konkurrenzfähigkeit des BRD-Imperialismus, seiner ökonomischen Stärke und der damaligen Stabilitätspolitik unter Karl Schiller, der Einbindung der Gewerkschaften in dieses ,,Modell'', der ,,Konzertierten Aktion'' usw.

Die Hinwendung zur EWG

Im Übergang der sechziger zu den siebziger Jahren kam die EWG wieder in Schwung. Die Wirtschaftskrise 1967/68 offenbarte die ökonomische Stärke der BRD, die dank ihrer Exportoffensive nicht nur diese Krise glatt ,,wegsteckte'', sondern obendrein auch noch — vor allem gegenüber den EG-Ländern — gestärkt aus ihr hervorging.

Dies führte zu einer Änderung der französischen Politik. Nachdem Frankreich sich lange geweigert hatte, Großbritannien in die EG aufzunehmen, trat Präsident Pompidou nun für diesen Beitritt ein, um mit Großbritannien ein stärkeres Gegengewicht gegenüber der BRD in der EG zu bilden. In der Tat traten 1972 Großbritannien, Irland und Dänemark der EG bei. 1969 bis 1971 wurde in der damaligen EWG über einen Plan zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion bis 1980 debattiert, wobei die BRD insgesamt dahingehend wirkte, es bei bloßen Absichtserklärungen zu belassen, keinerlei Einschränkungen ihrer internationalen Handlungsspielräume zuzulassen und supranationale Bestrebungen abzulehnen.

Lediglich die Bildung der ,,Europäischen Politischen Zusammenarbeit'' (EPZ) war der BRD willkommen. Sie sollte im wesentlichen dazu dienen, die internationalen Positionen der BRD abzustützen oder sogar zu erweitern.

Abgestützt wurde im Rahmen der EPZ vor allem die ,,Neue Ostpolitik'' und das gemeinsame Auftreten der EG im Rahmen der KSZE (1975), wo es der BRD u.a. gelang, das Recht auf friedliche Grenzveränderungen vertraglich zu sichern und zur gemeinsamen Sache der EG-Länder zu machen.

Erweitert wurden die Positionen der BRD vor allem gegenüber den Ländern der ,,3. Welt''. Im Rahmen der EPZ gewann die BRD politischen Einfluß auf die ehemaligen Kolonien Frankreichs und Großbritanniens, im Nahen Osten konnte die BRD ihren Einfluß unter dem Namen der EG vergrößern, da sie selbst historisch ,,vorbelastet'' war (3a).

Weltwirtschaftskrise und Krise der EG

Die Ölpreissteigerungen 1973, die Weltwirtschaftskrise 1974/75 und der Zusammenbruch des Weltwährungssystems seit 1971 veränderten die weltweiten Rahmenbedingungen grundlegend. Wie nicht anders zu erwarten, ging der BRD-Imperialismus aus diesen Krisen wiederum gestärkt hervor. Diese ökonomische Dominanz der BRD zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß ihre exportorientierten Industrien zum großen Teil mit den fortgeschrittenen Branchen der USA und Japans Schritt halten konnten, wozu die übrigen EG-Länder entweder überhaupt nicht oder nur sehr begrenzt in der Lage waren.

Und es gelang der BRD sogar noch, im Verlaufe der siebziger Jahre ihre Exporte weiterhin beträchtlich zu steigern.

Innenpolitisch wurde dieses Exportmodell durch die Austerity-Politik abgesichert, die die Gewerkschaften durch freiwillige Lohnverzichte voll mittrugen. Während die Schillersche Stabilitätspolitik im wesentlichen der Preisstabilität verpflichtet war, kam seit etwa Mitte der siebziger Jahre durch die Austerity-Politik die Ausgabenkürzung, vor allem im Sozialbereich, hinzu.

Diese Austerity-Politik der BRD erfolgte einseitig und war dem weltweiten Konkurrenzkampf geschuldet. Diese Politik verschärfte die Krisen in den übrigen EG-Staaten, so daß einige von ihnen 1974 Importbeschränkungen erließen (Italien und Dänemark). Großbritannien verlangte Neuverhandlungen über ihre EG-Mitgliedschaft. Produktivität und Preisstabilität der BRD waren so hoch, daß alle westeuropäischen Staaten mehr oder weniger gezwungen waren, dieser Austerity-Politik zu folgen, denn der andere Ausweg — protektionistische Maßnahmen und Inflationswettlauf — hätte den Zusammenhalt in der EG wohl gesprengt. In der Währungspolitik wurde als Reaktion auf die massiven ,,freien'' Dollarkurs-Schwankungen zunächst die ,,Währungsschlange'' geschaffen, um die EG-Währungen untereinander zu fixieren. Länder wie Großbritannien, Italien und Frankreich beteiligten sich nicht an ihr, weil die ,,Währungsschlange'' eine restriktive Politik bedeutet hätte, die zum Teil nicht gewollt, zum Teil gegenüber der Arbeiterklasse nicht durchsetzbar gewesen wäre.

Allerdings mußte die BRD aufpassen, nicht in die politische Isolation zu geraten, denn die übrigen EG-Länder machten ihrer Kritik Luft. In der französischen ,,Le Monde'' wurde in jenen Tagen offen vom ,,deutschen Imperialismus'' gesprochen, in Italien vom ,,Modell Deutschland'' usw.

Besonders spektakulär war die massive Einflußnahme der BRD in Italien; die BRD gewährte diesem Land einen 5-Milliarden-DM-Kredit und verband diesen mit Auflagen zu einer restriktiven Haushaltspolitik, denen Italien auch nachkam.

Auf der anderen Seite war die BRD im Rahmen des ,,Lastenausgleichs'' zu massiven Zugeständnissen gezwungen. Vor allem Großbritannien, Irland und Italien forderten die Einrichtung der EG-Regional- und Sozialfonds, um die angewachsenen ökonomischen Disparitäten in ihren ,,strukturschwachen'' Regionen zumindest ansatzweise zu begradigen.

Insgesamt verschärften sich die Auseinandersetzungen in der EG aufgrund der ökonomischen Disparitäten erheblich; für den BRD-Imperialismus kann gesagt werden, daß eine stärkere EG-Orientierung in ihrer Außenpolitik zu verzeichnen war. Die BRD war vor allem bestrebt, die EG als Basis und Sprungbrett für ihre weltweiten Ambitionen zu stabilisieren. Und dazu mußte die Austerity-Politik durchgesetzt werden. (Allerdings muß einschränkend hinzugefügt werden, daß die Austerity-Politik nicht allein durch die BRD in der EG ,,hoffähig'' gemacht oder auch erzwungen wurde — sondern daß insgesamt die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür sorgten.)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die EG im Übergang zu den achtziger Jahren

Schon vor der nächsten zyklischen Weltwirtschaftskrise war eine weitgehende konjunktur- und wirtschaftspolitische Konvergenz in der EG realisiert. Auf dieser Basis erst war eine Einigung der EG auf das gemeinsame „Europäische Währungssystem" (EWS) möglich (3).

Die Krise 1980/83 offenbarte erneut die ökonomischen Disparitäten der EG-Staaten — und wiederum ging die BRD aus dieser Krise gestärkt hervor. Die EG schleppte sich Anfang der achtziger Jahre von Krise zu Krise hin. Die Hauptprobleme waren vor allem Finanzierungsfragen beim Agrarmarkt, dem EG-Haushalt und Produktionsquotenregelungen der Fischerei oder der Stahlindustrien. Es ging also um das gegenseitige Abwälzen der Krisenlasten.

Vor allem Großbritannien drohte, die EG zu verlassen, wenn ihm nicht endlich in der Frage der EG-Beitragsrückzahlungen entgegengekommen würde. Die Krise 1980/83 ließ auch die grundlegenden Differenzen zwischen Frankreich und der BRD deutlicher werden; Frankreich forderte eine stärkere Abschottung der EG gegenüber den Hauptkonkurrenten USA und Japan, um die Modernisierungspolitik der westeuropäischen Industrien unter dem Schutze protektonistischer Maßnahmen voranzutreiben. Die BRD wiederum spielte den „Makler" zwischen den USA und der EG: einerseits unterstützte sie die westeuropäischen Optionen Frankreichs (Eureka, Raumfähre Hermes, gemeinsame Forschungspolitik usw.), andererseits setzte die BRD aufgrund ihrer nationalen weltpolitischen und -ökonomischen Interessen auf die Kooperation mit den USA (siehe SDI-Programm).

Diese westdeutsche Politik hat ihr seitens Frankreichs schon den Vorwurf der „Doppelzüngigkeit" eingebracht. Die BRD müsse sich endlich entscheiden, wie „europäisch" oder wie „atlantisch" sie orientiert sei (4).

Ein „außeninduzierter" Integrationsschub?

Mehrere Faktoren weisen darauf hin, daß die BRD sich in ihrer Außenpolitik wieder stärker der EG widmen wird:

1. Kanzler Kohl kündigte im letzten Jahr an, daß für die EG nun „die Stunde der Wahrheit" gekommen sei. Die EG müsse bei der Realisierung eines gemeinsamen Binnenmarktes verbindlich vorankommen. Der weltweite Konkurrenzkampf hat offensichtlich dazu geführt, daß der westdeutsche Imperialismus mehr denn je den Binnenmarkt als Sprungbrett für seine globalen Interessen benötigt. Diese Erkenntnis hat sich im übrigen nicht nur bei den Konservativen durchgesetzt, sondern auch bei den Sozialdemokraten („Selbstbehauptung Europas").

Dieser außeninduzierte Integrationsschub leitet sich materiell daraus ab, daß die BRD allein nicht über die nötigen finanziellen Ressourcen verfügt, um auch nur annähernd mit den USA und Japan, die ein Vielfaches für die Modernisierung ihrer Industrien investieren, langfristig Schritt halten zu können. Die Frage wird sein, inwieweit diese Vorstellungen aufgrund der ökonomischen und politischen Ungleichgewichte innerhalb der EG politisch durchsetzbar sein werden, oder anders ausgedrückt: inwieweit sich der EG-Rahmen für die BRD als Hindernis oder „Sprungbrett" erweist.

Realistisch ist davon auszugehen, daß die BRD zu einem Kurs der „abgestuften Integration" oder dem „Europa der zwei Geschwindigkeiten" übergeht, zumal sie erreicht hat, das bisherige Einstimmigkeitsprinzip in der EG ansatzweise zu durchlöchern. Damit werden sich die Widersprüche innerhalb der EG zwischen den „starken" und „schwachen" Ländern verschärfen, wobei die „schwachen" Länder in zunehmende ökonomische und politische Abhängigkeit geraten werden.

2. Die BRD wird allerdings daran festhalten, ihre nationalen Handlungsspielräume aufrechtzuerhalten, um ihre globalen Interessen realisieren zu können. Sie wird gegenüber den USA weiterhin einen Kurs der Konfliktbegrenzung steuern. Bei einer weiteren Zunahme der ökonomischen Widersprüche jedoch wird die BRD Schwierigkeiten bekommen, beide Strategien miteinander in Einklang zu halten.

3. Auch außenpolitisch sind Differenzen zwischen der BRD und den USA zutage getreten. Der Übergang der USA von der Entspannung zu mehr Konfrontation hat zu relativ einheitlichen Gegenreaktionen der EG-Staaten geführt. Die EG-Staaten trugen die US-Boykottmaßnahmen gegen die Sowjetunion anläßlich der Afghanistan-Krise genauso wenig mit wie den Boykotten gegen den Iran (Geisel-Affäre) oder jüngst gegen Libyen.

In Bezug auf die Länder der „3. Welt" will die EG ihr Image als „gemä-

genauso wenig mit wie den Boykotten gegen den Iran (Geisel-Affäre) oder jüngst gegen Libyen.

In Bezug auf die Länder der „3. Welt" will die EG ihr Image als „gemä-

ßigter" Flügel weitgehend wahren — wenngleich Großbritannien in Falkland und Frankreich im Tschad gezeigt haben, daß die EG auch anders kann, wenn''s sein muß.

Die jüngsten „Tauwetter" zwischen Washington und Moskau sind schließlich auch unter dem Aspekt zu sehen, daß die USA in der Frage der Ostpolitik keine schärfere Konfrontation mit den EG-Ländern wollen.

4. Die jüngsten Reaktivierungsversuche der WEU und der Ausbau der westeuropäischen Rüstungskooperation, sowie die letzten Debatten über die französische Militärpolitik deuten zumindest an, daß die BRD stärker für eine militärpolitische westeuropäische Option zu haben ist, ohne jedoch derzeit an den privilegierten bilateralen Beziehungen zu den USA in diesen Fragen zu rütteln. (5) Der Übergang der USA zu Kriegsführungsoptionen widerspricht objektiv den Interessen der BRD, die die strategischen Atomwaffen weiterhin als klassische Abschreckungswaffen betrachtet, denn nur das erlaubt der BRD auch „sicherheitspolitische" Spielräume.

D./Westberlin

EG-Reförmchen

Auf der Luxemburger EG-Ratstagung ging es um die Verabschiedung einer „Reform" der Römischen Verträge von 1957. Die wichtigsten Änderungen lauten:

1. Die EG will die „erforderlichen Maßnahmen" treffen, um bis zum 31.12.1992 den „Binnenmarkt schrittweise zu verwirklichen".
2. Die EWG-Artikel 28, 57, 59, 70 und 84 werden dahingehend geändert, daß in diesen Bereichen (Zollvorschriften, Anerkennung von Diplomen, Devisenvorschriften usw.) Änderungen mit „qualifizierter Mehrheit" beschlossen werden können. Dies gilt ebenso bei der Angleichung der Rechtsvorschriften, soweit diese „die Schaffung und das Funktionieren des Binnenmarktes zum Gegenstand haben".
3. Eine Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitik wird angestrebt und in der Präambel des Vertrages Eingang finden. Änderungen der währungspolitischen Zusammenarbeit bedürfen der einstimmigen Entscheidung.
4. Um die ökonomischen Disparitäten abzubauen, wird die Absicht bekundet, weitere Strukturhilfen zu gewähren.
5. Das Europa-Parlament erhält größere Kompetenzen in ihrer gesetzgeberischen Funktion, das „letzte Wort" behält sich jedoch der Ministerrat vor.
6. Die neuen Politikfelder Forschung und Technologie, sowie Umweltpolitik werden als neue Gemeinschaftsziele in den Vertrag aufgenommen.
7. Es wird die Absicht bekundet, die außenpolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EPZ zu verbessern und auch „sicherheits"politischen Fragen zu erörtern.

Anmerkungen:

1) Die ökonomische Dominanz der BRD in der EG drückt sich u.a. darin aus, daß sie zu 25% den EG-Haushalt finanziert, 40% der Währungsreserven, 32% der Exporte und 26% der Importe in der EG stellt.
2) G. Ziebura, „Europaidee und Supranationalität in der westdeutschen Außenpolitik" (1971) in: H. Steffen, „Die Gesellschaft in der Bundesrepublik", Göttingen, 1971.
3) Vergl. Teil 2 der EG-Artikel
3a) Noch heute ist die EPZ ein eher konsultatives und kooperatives Instrument der EG-Staaten, um pragmatisch in außenpolitischen Fragen gemeinsame Positionen zu formulieren, wobei in der EPZ das Einstimmigkeitsprinzip gilt.
4) „Integration" 2-1984, S. 117 f.
5) Die deutsch-französischen Diskussionen drehen sich vordergründig um die Frage der Einbeziehung der BRD im Rahmen der französischen Militärpolitik; im Kern geht es dabei schon um eine westeuropäische „Verteidigungs"option unter Einbeziehung der Force de Frappe.

Landreform in Andalusien
Die Arbeiter warten auf die Früchte



Ab und zu bekommt man Notizen über eine Agrarreform der PSOE-Regierung in Andalusien unter die Augen. Kein Vergleich aber mit den Schlagzeilen, mit der Unruhe, die es damals gab, als die portugiesischen Landarbeiter im Alentejo zur Tat schritten, Ländereien der Großgrundbesitzer besetzten und eine Agrarreform durchsetzten.

Die Agrarreform, die die PSOE in Andalusien eingeleitet hat, kommt dagegen von oben. Die Landarbeiter, jene ca. 300.000 Gelegenheitsarbeiter (ca. 70% der in der Landwirtschaft Andalusiens Beschäftigten), die von diversen Erntearbeiten, Arbeitsbeschaffungsprogrammen und Arbeitslosenhilfe leben, bleiben gleichgültig und abwartend. Eine massive Landbesetzungsbewegung hat es in Andalusien seit den Zeiten der Republik nicht mehr gegeben und entsprechend sind das Agrarreformgesetz und seine Durchführung ausgefallen.

Dabei ist die Agrarreform eine historische Forderung in Andalusien. In Anbetracht des Tagelöhnerheeres, das wegen der fortschreitenden Mechanisierung der Erntearbeiten und der Rückkehr der Arbeitsemigranten aus Nordspanien und Mitteleuropa (wohin in den 60er Jahren 2,5 Millionen abgewandert waren) wegen der Wirtschaftskrise anwächst, wäre eine radikale Agrarreform, die das Land umverteilt und so Arbeitsplätze schafft, dringend erforderlich. Stattdessen hat die von der PSOE gestellte Regionalregierung ein Agrarreformgesetz erlassen, dessen Leitidee trotz einiger Hinweise auf die „ernsten sozialen Probleme" eindeutig die Modernisierung der andalusischen Landwirtschaft im Hinblick auf Spaniens Eintritt in die Europäische Gemeinschaft ist und die ersten Schritte zu seiner Durchführung eingeleitet, die trotz heftiger Verbalattacken und Bemühung der Gerichte die „senoritos" (die „Herrchen", wie die Großgrundbesitzer genannt werden) versöhnlich stimmen müßten.

Das andalusische Agrarreformgesetz vom 3.7.1984 und sein Durchführungserlaß sehen zur „Herstellung und Entwicklung von sozial und wirtschaftlich rentablen Betrieben" drei Maßnahmen vor: alle bewässerten Flächen über 50 ha und alle Trockenländereien über 300 ha, die gemessen am durchschnittlichen Ertrag des Agrarreform-Kreises (die andalusischen „comarcas" sind in der Regel größer als unsere Kreise)

ha und alle Trockenländereien über 300 ha, die gemessen am durchschnittlichen Ertrag des Agrarreform-Kreises (die andalusischen „comarcas" sind in der Regel größer als unsere Kreise)

schlecht genutzt sind, müssen „Verbesserungspläne" zur Produktionssteigerung erarbeiten. Sie müssen eine „Steuer auf untergenutztes Land" bezahlen oder werden, im für die Großgrundbesitzer schlimmsten Fall, für 12 Jahre zwangsverpachtet (wobei die Pächter, bei denen an Landarbeiter- und Kleinbauerngenossenschaften gedacht ist, eine Pacht an die Eigentümer zahlen müssen).

Weder eine solche noch überhaupt eine Agrarreform werden im politischen Programm der PSOE, mit dem sie die Wahlen gewann, erwähnt. „Vater" des andalusischen Agrarreformgesetzes ist vielmehr Rafael Escuredo, der ehemalige PSOE-Regierungschef von Andalusien, der die Agrarreform 1983 ankündigte — was ihn schließlich zusammen mit anderen Faktoren seinen Posten kostete.

Mittlerweile ist die Sache weitergediehen: der Kreis Antequera (Provinz Malaga), die Flußebenen des Guadalquivir um Cordoba und Sevilla, die Campina von Cadiz, der Kreis Medina-Sidonia, der Kreis Los Montes (Provinz Granada) und der Kreis El Condado — La Campina (Provinz Huelva) sind zu Agrarreformzonen erklärt worden. Als erstes wurde inzwischen auch für den Kreis Antequera das Durchführungsdekret erlassen — und da kann man dann sehen, was bei der PSOE-Agrarreform rauskommt. Von 95 registrierten Gütern, die wegen ihrer Größe unter die Agrarreform fallen, sind 12 gut bewirtschaftet, werden also gleich wieder ausgenommen, 44 müssen einen „Verbesserungsplan" vorlegen, 27 die „Steuer auf untergenutztes Land zahlen" (von der man noch nicht einmal weiß, wie hoch sie eigentlich sein soll) und 12 werden zwangsverpachtet. Diese 12 Güter machen ganze 3,5% der Fläche aus und ganze 0,3% der Agrarunternehmen sind von der Zwangsverpachtung betroffen. Hinzu kommt, daß 85% der dafür vorgesehenen Fläche aus schlechten Böden bestehen; nur 8% sind bewässert. Einige der von dieser Maßnahme der „epochemachenden" PSOE-Agrarreform betroffenen Betriebe sind so schlecht, daß es dort bereits geologische Untersuchungen gab, um zu prüfen, ob sie sich nicht besser als Steinbrüche bzw. Kiesgruben eigneten.

Insgesamt hätte dieses erste, von viel Lärm begleitete Ergebnis der andalusischen Agrarreform auch schlicht und einfach mit der Anwendung von Paragraphen des „Gesetzes über die offensichtlich verbesserbaren Güter" aus der Franco-Zeit oder des „Gesetzes über Agrarreform- und entwicklung" aus der UCD-Zeit erreicht werden können.

Gleichwohl hat der andalusische Großgrundbesitzerverband ASAGA gegen die 12 Zwangsverpachtungen Klage eingereicht, ebenso wie die ihm nahestehende Rechtspartei „Alianza Popular" (AP) Verfassungsbeschwerde gegen das ganze Agrarreformgesetz erhoben hat. Es scheint also dafür gesorgt, daß der andalusische Agrarreformprozeß „im Rahmen der Gesetze" tatsächlich ein Jahrhundertwerk werden wird.

Derweil läßt die Regionalregierung an den Ortseingängen der Dörfer, in denen dereinst die Agrarreform stattfinden soll, entsprechende Schilder anbringen, beschäftigt ein Heer von Technokraten mit ihrer weiteren Vorbereitung und Durchführung und bietet Kurse für die späteren Agrarreform-Genossenschafter an. Von einem Freudentaumel der betroffenen Landarbeiterinnen und Landarbeiter und der Kleinbauern ist in den andalusischen Dörfern nichts zu merken. Was ihre Organisationen betrifft, so ist natürlich der Landarbeiterverband FTT der PSOE-Gewerkschaft UGT des Lobes voll, die kommunisti-

beiter und der Kleinbauern ist in den andalusischen Dörfern nichts zu merken. Was ihre Organisationen betrifft, so ist natürlich der Landarbeiterverband FTT der PSOE-Gewerkschaft UGT des Lobes voll, die kommunisti-

schen Arbeiterkommissionen (Comisiones Obreras del Campo) sind konstruktiv. Die anarchosyndikalistische CNT ist zu klein, um einen Einfluß auf die Dinge zu haben. So bleibt es einmal mehr der SOC (Sindicato Obreros del Campo de Andalucia = Landarbeitergewerkschaft von Andalusien) überlassen, die PSOE-Agrarreform radikal in Frage zu stellen.

Die SOC, die heute ca. 70.000 Mitglieder hat (FTT/UGT und COC geben 120.000 bzw. 100.000 Mitglieder an), ist 1977 aus den unter der Franco-Diktatur noch illegal entstandenen „Comisiones Jornaleras" (Landarbeiterkommissionen) hervorgegangen. Seit 1980 ist sie unabhängig von jeglicher politischer Formation und versteht sich selbst als unabhängige, andalusistische, klassenorientierte Einheitsgewerkschaft. Die SOC hat von Anfang an gegen die Mechanisierung der sozialen Kulturen (jener, die Arbeit geben: Oliven, Baumwolle, Zuckerrüben, Wein), gegen die entwürdigenden, weil die Menschen zu nutzlosen Parasiten machenden Beschäftigungsprogramme (bis Anfang 1984 der „empleo comunitario", der vor allem im Reinigen der Straßengräben bestand; seither der „subsidio de desempleo agrario", eine Art landwirtschaftliche Arbeitslosenhilfe, in deren Genuß kommt, wer zwischen 10 und 60 Arbeitstage pro Jahr in der Landwirtschaft oder in Beschäftigungsprogrammen zusammenbringt, was 1985 37% der Tagelöhner überhaupt nicht und 47% nur unzureichend gelungen ist; ohne den Landarbeitern eine Verbesserung zu bringen, hat das neue System ihre Vereinzelung verstärkt, denn jetzt müssen sie nicht mehr täglich zum „empleo" anstehen, sondern bekommen den „subsidio" überwiesen) und für eine wirkliche Agrarreform gekämpft, die in erster Linie den Landarbeitern und Kleinbauern dient. Dazu hat sie 1978 zum erstenmal nach dem Bürgerkrieg ein Latifundium besetzt, Kirchen und Rathäuser besetzt, Landarbeiter in der Erntezeit auf den Gütern verteilt (die kommen einfach zur Arbeit und verlangen, wenn sie nicht vorher von der Guardia Civil vertrieben werden, nachher den Lohn dafür), Hungerstreiks gemacht (berühmt geworden ist jener in Marinaleda, an dem im August 1980 das ganze Dorf teilnahm), im Rahmen der „Arbeitereinheitskandidatur" (Candidatura Unitaria de Trabajadores, CUT) an Gemeinderatswahlen teilgenommen und 1983/84 eine ganze Welle von Landbesetzungen organisiert, darunter auf dem Gut „La Indiana", Europas größtem Grundbesitz, vormals Eigentum von Rumasa und heute nach den Plänen der PSOE reif für die Privatisierung. Der Preis für das konsequente Eintreten für die Verwirklichung von Andalusiens Landarbeitern ältestem Traum, der Agrarreform, ist nicht eben niedrig: 1985 wurden ca. 1.000 Gerichtsverfahren gegen SOC-Militante eingeleitet. So bringt es die PSOE fertig, eine Agrarreform in Andalusien einzuleiten und zugleich deren Protagonisten mit Guardia Civil und Gerichten zu verfolgen. Aber angesichts des Charakters und der Ziele dieser Agrarreform ist das nicht widersprüchlich, sondern nur folgerichtig.

Am 26. November 1985 platzte der Prozeß gegen die „Acht von El Coronil" wegen Demonstrationen. Diese acht Landarbeiter hatten 1983 das Rathaus ihres Dorfes in der Provinz Sevilla besetzt. Die Guardia Civil sprengte die Tür auf, verhaftete die acht, die nach 10 Tagen auf Kaution freikamen.

In dem Verfahren, das im November anfangen sollte, fordert die Staatsanwaltschaft insgesamt 17 Jahre Gefängnis für diese Landarbeiter. Einer davon ist Diego Canamero, 29 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Er ist der derzeitige Generalsekretär der SOC, wurde

anfangen sollte, fordert die Staatsanwaltschaft insgesamt 17 Jahre Gefängnis für diese Landarbeiter. Einer davon ist Diego Canamero, 29 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder. Er ist der derzeitige Generalsekretär der SOC, wurde

im Laufe seines Landarbeiterlebens 40mal verhaftet, saß fünfmal im Gefängnis, hat 10 Prozesse hinter sich und 15 vor sich und wurde bereits zu 100.000 Pesetas Geldstrafe verurteilt — die er weder bezahlen kann noch will.

Am 12. Februar 1986 ist der Prozeß gegen die „Acht von El Coronil" wiederholt worden; ausländische Beobachter waren dabei, Hunderte von Landarbeiter/inne/n demonstrierten mit dem Ruf nach Freiheit für die acht. Die Strafanträge und die schließlich ausgesprochenen Strafen wurden gesenkt; aber sie stellen immer noch einen Skandal dar: einmal zweieinhalb Jahre und für die sieben anderen Landarbeiter je sechs Monate Gefängnis. Die Anwälte der SOC haben Revision eingelegt beim Obersten Gerichtshof in Madrid. Aber es ist möglich, daß die Urteile bald bestätigt und die „Acht von Coronil" verhaftet werden. Derweil finden ständig weitere Prozesse gegen SOC-Aktivist/inn/en statt.

Ub.

Der Kampf der SOC gegen die Pseudeo-Agrarreform der PSOE ist noch isoliert. Wenn er weitergehen soll, braucht er auch unsere Unterstützung. Schickt deshalb Briefe an das „Tribunal Supremo de Madrid" (Oberster Gerichtshof), protestiert gegen die Urteile und die Prozeßwelle und fordert Freispruch für die Landarbeiter/innen im Kampf um eine wirkliche Agrarreform.

Auch Geldspenden für die Prozeßkosten und die organisatorische Arbeit der SOC sind dringend erbeten. In der Bundesrepublik können sie überwiesen werden auf Ktonr. 6773692 (Ulf Baumgärtner) bei der Landesgirokasse Stuttgart (BLZ 600 501 01). Schließlich sind auch Solidaritätsbriefe an die Gewerkschaft eine sinnvolle Unterstützung: S.O.C., c/o Santas Patronas 24, 20, Sevilla.

Zur Anatomie eines NATO-Krieges

Die Einbindung des westeuropäischen Staaten in die US-Kriegsstrategie am Beispiel Libyen

Die Analyse der Funktionsweise des transatlantischen Bündnisses, seiner „Verkoppelungsmechanismen" etc. anhand des Libyen-Krieges wie die — in der Aufarbeitung desselben zumeist vernachlässigte — Ost-West-Konfliktdimension des US-/NATO-Vorgehens im Mittelmeerraum sind Gegenstand des folgenden Textes.

Was die westeuropäische Komplicenschaft in diesem Krieg anbelangt, so stehen demnächst noch erhebliche qualitative und quantitative Steigerungen zu erwarten. Schon hat Thatcher — im Gleichklang mit Reagan — deutlichst vernehmbar über mögliche „Vergeltungs"aktionen auch gegen den Iran und Syrien philosophiert. Außenminister Shultz dementierte zwar umgehend seinen zuweilen von „loser Zunge" geplagten Vorgesetzten, doch hat Reagans Äußerung ihren Zweck erfüllt: Der kommende Kriegsgegner ist genannt. Daß Thatcher dies Tage später wiederholte, läßt Aufschlüsse über die Ernsthaftigkeit der Angelegenheit zu. Die NATO hat sich mit den Äußerungen Reagans selbst unter Handlungszwang gesetzt. Die angeblich „syrische Connection" beim Berliner Anschlag auf eine „Deutsch-Arabische-Gesellschaft" verstärkt diesen Druck noch. Anschläge angeblich „syrischer Herkunft" wird man vielleicht noch zwei-, drei- oder viermal konsequenzlos zur Kenntnis nehmen können; spätestens dann wird sich die NATO gezwungen sehen, in ähnlicher Weise zu „reagieren", wie dies im Falle Libyens der Fall war. Ansonsten steht ihre Glaubwürdigkeit und Handlungsbereitschaft/Handlungsfähigkeit zur Disposition. Es ist u.a. dieser bewußt und selbst konstruierte „Vergeltungsautomatismus", der eine gefährliche Eskalation der Ereignisse befürchten läßt.

Doch zurück zu bevorstehenden quantitative und qualitative Steigerung westeuropäischer Komplicenschaft. Den internationalen Medien ist zu entnehmen, daß im Falle eines zweiten „Vergeltungs"schlags gegen Libyen mit einer direkteren Beteiligung der westeuropäischen NATO-Staaten zu rechnen ist. Denkbar wäre hier ein als „Rettungs-", „Evakuierungsaktion" für die in Libyen lebenden Europäer getarntes Unternehmen, in dessen Rahmen die BRD beispielsweise „zivilere" Aufgaben übernehmen könnte (Transport etc.). Ein derart „humanitär" gekleidetes Unternehmen könnte — so das Kalkül der NATO-Stäbe und der westlichen Politikerkaste — auch auf die Zustimmung der westeuropäischen Öffentlichkeit spekulieren.

Die westeuropäischen NATO-Staaten waren auf vielfältige Weise an die Kriegsführung der USA gegen Libyen angekoppelt. Damit wurde der Krieg gegen Libyen zu einem Feldzug der gesamten NATO-Allianz, ungeachtet gewisser „taktischer Differenzen" bezüglich der US-amerikanischen „Anti-Terrorismus"-Politik.

Die westeuropäischen NATO-Staaten waren auf vielfältige Weise an die Kriegsführung der USA gegen Libyen angekoppelt. Damit wurde der Krieg gegen Libyen zu einem Feldzug der ge-

Die Art der Ankoppelung der Westeuropäer verweist auf die besondere Funktionsweise von Militärbündnissen im Zeitalter des „nuklearen Patts" bzw. der gleich mehrfach gesicherten gegenseitigen Vernichtung. Auch wenn qualitative Unterschiede zwischen Kriegen gegen „drittklassige" Dritte-Welt-Länder und einer direkten militärischen Konfrontation mit dem Warschauer Pakt nicht zu leugnen sind, so implizieren diese sogenannten „kleinen Kriege" doch „horizontale" Eskalationsoptionen, d.h. die Gefahr, in einen „großen Krieg" mit der Nuklearmacht Sowjetunion zu münden.

Bei genauer Betrachtung zeigt sich nun, daß die USA im Krieg gegen Libyen genau jenen Verkoppelungsmechanismus strapazieren, der ansonsten von den westeuropäischen NATO-Staaten — sofern es um die „europäische Zentralfront" und den Warschauer Pakt geht — bemüht wird. Was damit gemeint ist, soll zunächst anhand der sogenannten amerikanischen Nukleargarantie für die BRD erläutert werden. In Anbetracht der Tatsache, daß eine allgemeine nukleare Eskalation, die die „Sanktuarien" der beiden nuklearen Groß- und Blockführungsmächte aus der nuklearen Kriegsführung nicht ausspart, im Rahmen eines militärischen, politischen Kosten-Nutzen-Kalküls keinen Sinn ergibt, ist die Androhung des „freiwilligen" Einsatzes amerikanischer nuklearstrategischer Waffen zur Wahrung von außen- und „sicherheitspolitischen" Interessen der BRD nicht besonders glaubwürdig. Glaubwürdig wäre diese Nukleargarantie der USA nur dann, wenn sie eine strategische Gegendrohung der SU (gegen US-Territorium gerichtet) neutralisieren oder aber die „Regionalisierung" der nuklearen Auseinandersetzung garantieren könnte (was ebenfalls die Fähigkeit voraussetzt, die SU vom Einsatz nuklear-strategischer Systeme gegen US-Territorium abhalten zu können). Somit sind einer „positiven Ankoppelung" der USA Grenzen gesetzt, was die BRD dazu veranlaßt, eine „negative Ankoppelung"(gemissermaßen eine „Ankoppelung wider Willen") zu konstruieren. Diese soll dem Umstand Rechnung tragen, daß keine Macht je zu bewegen sein wird, ihre Existenz auf dem Altar der Vertragstreue zu opfern, wenn sie imstande ist, zwischen Überleben und Vertragstreue zu wählen.

In der NATO-Terminologie findet dieses Dilemma in dem Ausdruck „Risikogemeinschaft" seinen Ausdruck. „Risikogemeinschaft" beschreibt einen Zustand, in dem sich alle Allianz-Partner — ob groß, ob klein, ob nuklear oder nichtnuklear — sich in „einem Boot" wähnen. Die BRD konstruiert diesen Zustand — sofern es um die US-Nukleargarantie geht — wie folgt: Auf ihrem Territorium wird eine nukleare Drohoption installiert („Nach"rüstung), die — im Unterschied zu den sogenannten taktischen Nuklearwaffen — nicht nur dazu geeignet ist, die Territorien der grenznahen „Vorfeldstaaten" der SU nuklear zu verheeren, sondern auch Ziele im westlichen Teil der Sowjetunion erreichen kann. Auf die Einbeziehung ihres Territoriums („Sanktuariums") wird die nukleare Großmacht SU jedoch nicht nur mit einer eurostrategischen Gegendrohung reagieren, sondern auch mit einer nuklearstrategischen Bedrohung der USA. So befinden sich die USA mit der BRD „in einem Boot", jedenfalls nach dem Kalkül der hiesigen politischen und militärischen Eliten. Die USA sind an die bundesrepublikanische Interessenlage „negativ" angekoppelt, was die Abschreckungsdrohung der BRD gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt potenziert.

Nicht anders haben nun die USA im Falle Libyens gehandelt. Militärisch war die Einbeziehung von US-Stützpunkten in Südengland nicht notwendig. Die bei der 6. US-Flotte stationierten über 160 Kampfflugzeuge hätten allemal ausgereicht, um denselben militärischen Zweck zu erfüllen, wie die von England aus gestarteten F-111-Maschinen (siehe auch den Artikel von Werner Steffen). Bei vergangenen Provokationen gegen Libyen (z.B. 1982) operierten die USA mit von North Dakota aus gestarteten B-52-Maschinen.

Die Benutzung britischer Stützpunkte gab jedoch politisch einen Sinn: Auf diese Weise wurde Großbritannien an die US-Kriegsführung angekoppelt. Bezüglich etwaiger Folgen — libysche Vergeltungsaktionen oder „horizontale Eskalation" — wurde eine „Risikogemeinschaft" konstruiert. Somit wurde gegenüber Libyen (aber auch der SU) verdeutlicht, daß zwar die USA hauptverantwortlich für die Kriegsführung zeichneten, jedoch die Aktion letztendlich eine Aktion der gesamten NATO war. Für den Fall libyscher Vergeltungsschläge oder einer „horizontalen Eskalation" wären Libyen und die SU mit der gesamten NATO — also auch den westeuropäischen NATO-Staaten — konfrontiert gewesen. Einen ähnlichen Zweck verfolgten die freimütigen Äußerungen des NATO-Oberbefehlshabers Rogers, der gegenüber BRD-Journalisten bestätigte, daß er das Bombardement der libyische Städte Tripolis und Bengasi von Stuttgart aus geplant und geleitet habe. Dieses Eingeständnis richtete sich weniger an das BRD-Publikum, denn an die libysche und sowjetische politische und militärische Führung. Die Message lautete schlicht und ergreifend: „Seht her, die BRD war auch mit von der Partie. Also haben sich etwaige Vergeltungsaktionen auch gegen die BRD zu wenden. Dies bedeutet jedoch, daß sich die BRD mit uns in ‚einem Boot', in einer gemeinsamen ‚Risikogemeinschaft' befindet. Ergo existiert eine Interessensidentität in der NATO, was bedeutet, daß ihr es im Falle von Vergeltung und ‚horizontaler Eskalation' mit der gesamten NATO zu tun bekommt."

operierten die USA mit von North Dakota aus gestarteten B-52-Maschinen.
Die Benutzung britischer Stützpunkte gab jedoch politisch einen Sinn: Auf

Eine Ankoppelung der westeuropäischen NATO-Staaten ergab sich allein schon aus der militärischen Befehlsstruktur der NATO:

— Bernhard Rogers ist nicht nur Oberbefehlshaber der NATO, sondern auch Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa. Als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa reicht sein Zuständigkeitsbereich jedoch über den Raum hinaus, der allgemein auch als NATO-Geltungsbereich bezeichnet wird. Er umfaßt das gesamte Mittelmeer, bis zur Nordküste Afrikas und den Nahen Osten.

— Vizeadmiral Frank B. Kelso fungiert nicht nur als nationaler Befehlshaber der amerikanischen 6. Flotte im Mittelmeer. Er ist zugleich auch NATO-Befehlshaber der „Strike Fleet" im Mittelmeerraum, des bedeutendsten Flottenverbandes der verbündeten Marinestreitkräfte an der europäischen Südflanke. In diesem Amt untersteht er dem Marinekommandeur des Südkommandos der NATO, traditionell ein Italiener. Der untersteht jedoch seinerseits dem Kommandeur des Südlichen NATO-Kommandos in Neapel, einem gewissen US-Admiral mit dem Namen Moreau. Moreau untersteht — und so schließt sich der Kreis — in beiden Eigenschaften, der nationalen wie der internationalen, General Bernhard Rogers, der gleichzeitig Befehlshaber aller amerikanischen Streitkräfte, auch der Marineverbände, in Europa ist (mit Sitz in Stuttgart) und Oberbefehlshaber der NATO in Europa (mit Hauptquartier in Mons).

In Anbetracht dieses Kommandogeflechts ist es mehr als naheliegend, daß die NATO-Allianz als Ganzes im amerikanischem Kalkül eine Rolle gespeilt ha:. So würde z.B. ein Angriff auf die 6. US-Flotte fast automatisch auch die multinationale NATO-„strike fleet" auf den Plan rufen.



Hamburg, 19.4.86 — Demo gegen den US-Überfall auf Libyen Foto: H.W.



Hamburg, 19.4.86 — Demo gegen den US-Überfall auf Libyen Foto: H.W.

Es steht nun zu erwarten, daß dieses Kommandogeflecht zum Gegenstand friedensbewegter Kritiken, wohl vornehmlich aus dem sozialdemokratisch hegemonisiertem Milieu, wird. Derartige Kritiken verkennen jedoch den Charakter der NATO-Allianz wie die „sicherheitspolitische Logik" der militärischen und politischen Eliten in der BRD.

Zunächst einmal ist festzustellen, daß es nicht dem Sinn und Zweck von militärischen Bündnissen entspricht, daß sich seine einzelnen Mitglieder hinsichtlich ihrer jeweiligen Handlungsfähigkeit gegenseitig hemmen bis paralysieren (Stichwort: „Mäßigung"). Sinn und Zweck von militärischen Bündnissen ist vielmehr, durch Addition von nationalstaatlichen militärischen Potenzen die Abschreckungskraft gegenüber gemeinsamen Kontrahenten zu erhöhen, sowie in arbeitsteiliger Form Herausforderungen zu bewältigen, die die Fähigkeiten eines einzelnen Nationalstaates übersteigen. Um dieses Ansinnen in Politik umzusetzen, bedarf es einer „glaubwürdigen Verkoppelung" wie der Fähigkeit zur schnellen und geschlossenen Reaktion. Diesen Zielen trägt die existierende NATO-Kommandostruktur Rechnung. Die NATO lebt gewissermaßen davon, daß ihr so etwas wie ein „Solidarisierungszwang" und „-automatismus" — u.a. bedingt durch die Existenz des „großen" gemeinsamen Kontrahenten SU und dem Mechanismus der „Risikogemeinschaft" — innewohnt. Wäre dies nicht der Fall, wäre die NATO als Militärbündnis unglaubwürdig und obsolet. Die Briten hätten seinerzeit sicherlich nicht so schnell eine Armada in den Südatlantik entsandt, wenn sie nicht um die Solidarität der NATO — allen taktisch motivierten Differenzen gegenüber dem britischen Vorgehen zum Trotz — gewußt hätten, und zwar bevor diese noch offiziell bekundet wurde. Die westeuropäischen NATO-Staaten kompensierten die „Lücken", die im Nortatlantik durch den Abzug britischer Streitkräfte entstanden waren, deckten somit die Malvinen-Intervention gegenüber dem gemeinsamen Kontrahenten SU ab.

Genauso stellt sich die Frage, ob nicht bereits die bloße Existenz der Nato (inklusive ihrer Funktionsmechanismen) eine Ermunterung amerikanischen Abenteuertums in der Dritten Welt darstellt. Hätte London das amerikanische Ansinnen, britisches Territorium zu benutzen, abschlägig beschieden, dann hätte die NATO zur Disposition gestanden. Denn wenn London bereits die Risiken eines Krieges gegen Libyen zu groß sind, und deshalb den USA logistischen/militärischen Beistand verweigert, wie glaubwürdig sind dann noch die amerikanischen Garantien für den Fall einer militärischen Konfrontation mit dem Warschauer Pakt in Europa? Ganz abgesehen davon, daß die US-Administration geltend machen konnte, daß sie im Malvinenkrieg der britischen Armada logistisch wie rüstungstechnologisch zur Seite gestanden hatte.

Die Führerschaft eines Landes und der „Verkopplungsautomatismus" garantieren schnelles und kollektives Handeln. Beides ist Voraussetzung für „glaubwürdige Abschreckung". Wenn die USA Libyen angreifen, muß die SU wissen, daß im Falle der Eskalation die gesamte NATO hinter den USA steht. Und umgekehrt: kommt es zur militärischen Konfrontation entlang der „europäischen Zentralfront", muß die SU wissen, daß sie es nicht nur mit der BRD, sondern mit dem gesamten NATO-Bündnis — inklusive der durch den Atlantik vom europäischen Kontinent getrennten USA — zu tun bekommt.

Man kann diese Problematik noch einmal an der Struktur des Einsatzbefehls von NATO-Nuklearwaffen in Europa verdeutlichen. Die BRD verfügt diesbezüglich über ein Mitspracherecht hinsichtlich der Einsatzplanung (Zielauswahl etc.), der Einsatzbefehl selbst ist jedoch bei den USA monopolisiert. Eine Beteiligung am Einsatzbefehl würde aus abschreckungspolitischen Gründen für die BRD keinen Sinn ergeben, würde keine Verbesserungen gegenüber dem Status Quo darstellen. Je mehr Finger an einem nuklearen Abzug, desto unwahrscheinlicher der Einsatz der Nuklearwaffen. Damit wäre jedoch die abschreckungspolitische Bedeutung der Nuklearwaffen relativiert. Nur eine zentralistische Befehlsstruktur kann garantieren, daß diese Waffen „bei Bedarf" auch eingesetzt werden, was hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Abschreckungsdrohung — auch und gerade in Friedenszeiten — von erheblicher Bedeutung ist. Ansonsten stände zu erwarten, daß sich die NATO-Staaten im Falle einer „nuklearen Krise" über das Wann und Wie des Einsatzes von Nuklearwaffen hoffnungslos zerstreiten würden.

Aus ähnlichen Erwägungen sind es auch gerade immer wieder die Westeuropäer gewesen — allen voran die BRD —, die darauf bestanden, daß NATO-Oberbefehl und Oberbefehl über die US-Streitkräfte in Europa in „Doppelfunktion" ausgeübt werden. Das „Tragen mehrerer Hüte" gehört zum Strukturprinzip der NATO. Als Kissinger vor einiger Zeit vorschlug, den NATO-Oberbefehl einem Westeuropäer zu übertragen, erntete er den scharfen Protest der westeuropäischen Regierungen. Denn diese sahen darin den Versuch, die USA von den westeuropäischen „Sicherheitsinteressen" abzukoppeln. Die Ausübung von NATO-Oberbefehl und US-Oberbefehl durch eine Person und einen Amerikaner, soll die Ankoppelung der USA und ihrer Streitkräfte an den europäischen Kontinent symbolisieren.

Aus dem Gesagten resutiert:

Der NATO wohnt ein „Solidarisierungs-" und „Verkoppelungsautomatismus" inne, der schnelles und kollektives Handeln garantieren soll. Die Fähigkeit zum schnellen und kollektiven Handeln — selbst dann, wenn einige Bündnisstaaten in einer bestimmten Angelegenheit nicht mitziehen wollen — ist die Voraussetzung für „glaubwürdige" und politisch offensiv instrumentierbare Abschreckung. Die Fähigkeit einzelner NATO-Staaten, andere NATO-Staaten — auch gegen deren Willen — in Konflikte mit hineinzuziehen, sie durch die Provozierung einer Bedrohung auch ihrer Territorien „negativ" anzukoppeln ist das Lebenselexier dieses Bündnisses, das strukturelle Kernstück und der zentrale Mechanismus der Bündnissolidarität. So stimmt es auch keineswegs verwunderlich, wenn der „Solidarisierungs-" und „Verkoppelungsautomatismus" mit der „sicherheitspolitischen" Logik sämtlicher führender NATO-Staaten korrespondiert. Unbenommen der Tatsache, daß die jeweiligen Verkoppelungsintentionen unterschiedlichen Inhalts sind. Die BRD möchte die USA möglichst glaubwürdig an die Kriegsführung an der „europäischen Zentralfront" binden. Die USA suchen hingegen nach Wegen, die ihnen die nuklearstrategische Abkoppelung vom europäischen Kriegsschauplatz ermöglichen („Konventionalisierung" = konventionelle Abkoppelung, Regionalisierung der nuklearen Kriegsführung = nukleare Abkoppelung). Umgekehrt zeigen sich die USA daran bemüht, die westeuropäischen NATO-Staaten möglichst glaubwürdig an ihr interventionistisches Vorgehen in der Dritten Welt anzukoppeln, während die BRD nach Möglichkeiten sucht, den damit verbundenen Gefahren „horizontaler Eskalation" zu entgehen (sogenannte ‚Teilbarkeit der Entspannung").

Der Begriff der „negativen" Verkoppelung beschreibt das Bemühen der NATO, einem Zustand Rechnung zu tragen, der dadurch gekennzeichnet ist, daß es nicht unbedingt glaubwürdig erscheint, die Bereitschaft zum militärischen Beistand zu beschwören, wenn diese eventuell (ohne daß es um eigene existentielle nationale Belange geht) die Vernichtung der eigenen „nationalen Substanz" bedeuten könnte. Da dies von allen führenden NATO-Staaten — wenn auch in unterschiedlicher Weise — so gewollt wird, macht es überhaupt keinen Sinn, nun aus Anlaß von Libyen an der Struktur der NATO herumzudoktern. Als militärisches Bündnis ergibt die NATO nur so wie sie ist einen Sinn, was bedeutet: Entweder man bejaht diesen Zustand, der abschreckungspolitisch sicherlich effektiver ist als alle vermeintlichen immanenten Alternativen, oder man verneint die NATO-Abschreckungsstrategie und die NATO per se.

Eskalation" zu entgehen (sogenannte ‚Teilbarkeit der Entspannung").
Der Begriff der „negativen" Verkoppelung beschreibt das Bemühen der NATO, einem Zustand Rechnung

Warum sollte die BRD Mitglied in der NATO sein, wenn diese Mitgliedschaft nicht die Option implizieren würde, die militärischen Arsenale der anderen Bündnisstaaten zwecks Erhöhung eigener Abschreckungsfähigkeit an die außen- und „sicherheitspolitischen" Interessen der BRD anzukoppeln? Und warum sollte die militärische Großmacht USA Mitglied im NATO-Bündnis sein, wenn diese nicht dazu betragen würde, auch solche Interventionen in der Dritten Welt, die zunächst einmal nur Ausdruck nationaler US-Interessen sind, gegenüber dem gemeinsamen Kontrahenten SU militärisch abzudecken?

Die Komplizenschaft der westeuropäischen NATO-Staaten ist somit auch Resultat von Bündnislogik. Genau diese Tatsache stößt die Friedenbewegung auf die NATO-Frage. Das Gerede von

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

den westeuropäischen „Vasallen" ist lediglich dazu angetan, die Komplizenschaft der BRD und anderer EG-Länder zu verharmlosen und die Bündnisfrage zu umschiffen. Es geht nicht darum, mehr Mitspracherecht für die westeuropäischen Staaten in der NATO zu erkämpfen. Es geht vielmehr darum, mit der hiesigen „sicherheitspolitischen" Logik zu brechen und die NATO-Mitgliedschaft der BRD — als institutionellen Ausdruck dieser Logik — zu suspendieren.

Selbst einmal kühn vorausgesetzt, die BRD würde dem US-Vorgehen gegenüber Libyen tatsächlich und vehement widersprechen, so würde sich aufgrund ihrer NATO-Mitgliedschaft an ihrer Komplicenrolle wenig ändern. Die zweifelsohne etwas geringere Interventionslust der Westeuropäer liegt darin begründet, daß sie die „horizontale Eskalation" „kleiner Kriege" — d.h. ihr „Überspringen"/„Durchschlagen" auf den potentiellen europäischen Kriegsschauplatz - befürchten, während dies in den USA von Teilen der Administration und des Militärs als möglicher Bestandteil einer globalen Strategie begriffen wird. Im Verteidigungsbericht für das Finanzjahr 1983 stellte der US-„Verteidigungsminister" Weinberger die Strategie der „horizontalen" bzw. „geographischen Eskalation" vor. Weinberger kündigte an, im Falle einer Auseinandersetzung am Golf den Krieg auch an andere Fronten zu verlagern, d.h. zusätzliche Fronten zu eröffnen. In diesem Zusammenhang erwähnte er auch Polen bzw. die „europäische Zentralfront". Aufgrund ihrer geostrategisch betrachtet brisanten Lage ist dies für die westeuropäischen Regierungen eine unangenehme Aussicht. Dies begründet ihre Furcht und Skepsis vor der „horizontalen Eskalation", gleich ob sie bewußt herbeigeführt wird, oder mehr das Resultat von Eskalationsautomatismen ist. Mit einem — im Vergleich zu den USA — größeren, ausgeprägteren Willen zum Frieden hat dies überhaupt nichts zu tun. Und: Die Teilbarkeit der „Entspannung" wird u.a. dadurch aufrecht erhalten, daß die Westeuropäer ihrerseits den US-Interventionismus in der Dritten Welt durch vermehrte militärische Anstrengungen im westeuropäischen NATO-Bereich gegenüber dem Warschauer Pakt abdecken. Dabei ist es letztlich völlig gleich, ob sie dies tun, um so eine „horizontale Eskalation" zu verhindern oder aber in der Absicht, die SU „in Schach" und an der „europäischen Zentralfront" „in

letztlich völlig gleich, ob sie dies tun, um so eine „horizontale Eskalation" zu verhindern oder aber in der Absicht, die SU „in Schach" und an der „europäischen Zentralfront" „in

Atem" zu halten, auf daß die USA ungehindert schalten und walten können. In beiden Fällen geht es darum, möglichst glaubwürdig Kriegsbereitschaft und Kriegsführungsfähigkeit zu demonstrieren (gemäß dem Abschreckungsparadoxon: Um ein „Versagen" der Abschreckung zu verhindern, wie um für den Fall des „Versagens" gewappnet zu sein). Und in beiden Fällen erfolgt dies mittels derselben militärischen Maßnahmen.

Haben die westeuropäischen NATO-Staaten nichts gewußt?

Die offizielle Versuch der ersten Tage lautete, Genscher habe erst im Flugzeug nach Washington vom US-Angriff auf Tripolis und Bengasi erfahren. Noch einen Tag zuvor habe man sich auf der EG-Außenministerkonferenz darum bemüht, mittels Sanktionen gegen Libyen die USA von ihrem militärischen Vorhaben abzubringen. Einmal abgesehen davon, daß im Milieu der Tage vor dem „Vergeltungsschlag" eine EG-Sanktionspolitik eher ermutigend denn dämpfend wirken mußte, da auf diese Weise das amerikanische Feindbild und Washingtons Konfliktinterpretation (Libyen als Hort des „internationalen Terrorismus") von den westeuropäischen NATO-Staaten bestätigt wurde. Zumindest drei westeuropäische Regierungen müssen zuvor informiert gewesen sein: die britische, die französische und die spanische Regierung. Thatcher konnte den USA kaum die Benutzung der US-Stützpunkte auf britischem Territorium gestatten, ohne von dem Vorhaben in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Nichts anderes gilt für die Regierungen in Madrid und Paris. Überflugrechte kann man nur verweigern (wenn dem überhaut so gewesen ist, wofür es berechtigte Zweifel gibt), wenn man zuvor darum gebeten worden ist. Wenn Gonzales und Mitterrand jedoch von dem Unternehmen wußten, liegt es dann nicht mehr als nahe, daß nicht nur die Bonner Regierung, sondern auch z.B. führende sozialdemokratische Politiker informiert waren? Sollte dies nicht der Fall sein, müßte man von einer „schweren Vertrauenskrise" innerhalb der EG und der „sozialistischen Internationale" reden, nicht aber von Verstimmungen zwischen EG und USA. Alle bedeutenden westeuropäischen Regierungen hätten Bescheid gewußt, nur nicht die Bonner. Des weiteren wäre eine Vertrauenkrise zwischen Bundeswehrführung und Bundesregierung zu konstatieren. Denn aufgrund der bereits geschilderten Kommandostruktur der NATO muß davon ausgegangen werden, daß zumindest einige hochrangige Bundeswehrleute in die Angriffsplanungen eingeweiht waren. Eine zusätzliche Belastung müßte das deutsch-amerikanische Verhältnis dadurch erfahren, daß zwar nicht die BRD, wohl aber der Hauptkontrahent im Ost-West-Konflikt — die östliche Blockführungsmacht Sowjetunion — von Washington rechtzeitig informiert wurde. Dies ist in derartigen Fällen unter den nuklearen Weltmächten Usus, um unkontrollierte, ungewollte Eskalationen — bedingt durch Mißverständnisse und Fehlinterpretationen — zu vermeiden. Dem Kontrahent wird signalisiert, daß es sich bei der Intervention um eine politisch wie militärisch, zeitlich wie räumlich begrenzte Aktion handelt, die einer globalen Eskalation, in der die beiden Großmächte direkt aufeinandertreffen, nicht lohne.

Tatsächlich dürfte es sich jedoch gänzlich anders verhalten haben. Selbstverständlich wußte die Bundesregierung von der bevorstehenden militärischen Aktion, wahrscheinlich sogar vom genauen Zeitpunkt des „Vergeltungsschlags". Genau dies war auch der Grund, warum Stunden vorher die westeuropäischen Außenminister eiligst zusammengerufen wurden. Die verabschiedeten Sanktionen erfüllten primär den Zweck, die Solidarität der EG mit den USA gegenüber den gemeinsamen Kontrahenten — Libyen und indirekt auch die SU — glaubwürdig unter Beweis zu stellen. Auf diese Weise sollte die Abschreckungskraft der US-Aktion erhöht und somit zugleich ihr räumlich/zeitlich begrenzter Charakter — gegenüber etwaigen Versuchen der Eskalation durch Vergeltung — gewährleistet werden. Sollten die westeuropäischen Staaten über den exakten Zeitpunkt der Aktion tatsächlich in Ungewißheit gehalten worden sein, so gäbe es dafür ein simples militärpolitisches Motiv: die Aufrechterhaltung des intendierten „Überraschunseffekts".

Die Ost-West-Dimension des Libyen-Krieges

Die Ost-West-Dimension des Libyen-Krieges

Das sowjetische Verhalten vor und während der kriegerischen Aktionen gegen Libyen war durch Zurückhaltung bis Rückzug gekennzeichnet:

— Die SU zog ihre nahe der libyschen Küste dislozierten „Spionageschiffe" aus dem Mittelmeer ab, um so ein (unbeabsichtigtes) Aufeinandertreffen sowjetischer und amerikanischer Streitkräfte zu vermeiden. Insgesamt läßt sich feststellen, daß die SU ihrerseits alles dafür tat, mögliche Eskalationsoptionen vor dem amerikanischen Angriff aus dem Weg zu räumen. Dies zeugt zwar einerseits von „sicherheitspolitischer" Besonnenheit und dem ernsthaften Interesse der Verhinderung eines Weltkrieges, andererseits wurde dadurch die Schwelle für den US-Interventionismus gegenüber Libyen gesenkt.

— Sowjetische Radarinstallationen im Mittelmeerraum dürften zwar die anfliegenden F-111-Maschinen ca. 1 Stunde vor der Bombardierung Libyens erfaßt haben, doch existieren bislang keine Hinweise, die darauf deuten lassen, daß die SU Tripolis bzw. die libysche Luftabwehr darüber in Kenntnis setzten.

— Bereits im Vorfeld der Libyen-Aktion hatte die SU hinnehmen müssen, daß US-Kriegsschiffe ihre Hoheitsgewässer im Schwarzen Meer verletzten. Eine ungeheure Provokation, die die uneingeschränkte Operationsfreiheit der USA demonstrieren sollte.

Es drängt sich die Frage auf, warum Libyen Ziel der US-Attacke wurde, nicht jedoch Staaten wie Syrien oder der Iran. Auch dem Iran und Syrien wurden in der Vergangenheit die Unterstützung des „internationalen Terrorismus" zum Vorwurf gemacht. Und die diesbezüglichen „Beweise" sind nicht minder „stichhaltig" als jene Indizien, die nun zur Begründung des „Vergeltungs"schlages gegen Libyen herhalten mußten. Es sei hier nur an die von — wie es seinerzeit hieß — Khomeiny nahestehenden „Selbstmordkommandos" im Libanon erinnert, die den in Beirut stationierten US-Marines eine erhebliche größere Zahl von Opfern zufügten, als der angeblich libysch gesponserte und protegierte „Terrorismus" jemals verursacht hat. Die Gründe dafür, warum Libyen zum Ziel für die „antiterroristische Vergeltung" auserkoren wurde, sind die folgenden:

— Libyen ist militärisch relativ schwach, seine militärischen Möglichkeiten gegenüber den USA (oder auch nur der 6. Flotte, s.u.) sind äußerst beschränkt. So betrachtet ist der Libyen-Krieg die Fortsetzung jenes Musters, das man schon im Falle Grenadas beobachten konnte. Die USA suchen z.Zt. noch gegen solche Staaten die direkte militärische Konfrontation, gegen die eine Kriegsführung mit relativ geringen (zumindest kalkulierbaren) Risiken (eigene Verluste, Eskalationsoptionen) verbunden ist. Man kann dies auch als schrittweises „Vortasten" in Richtung größerer kriegerischer Unternehmungen begreifen. Gegenüber der Intervention auf Grenada bedeutete der „Vergeltungs"schlag gegen Libyen eine deutliche Steigerung. Da derartige Kriege mit geringen bzw. kalkulierbaren Verlusten für die eigenen Streitkräfte verbunden sind, eignen sie sich hervorragend zum Schüren des heimischemn Patriotismus. Der vietnamgeschädigten Öffentlichkeit wird so suggeriert, daß Krieg — in Zukunft auch in größeren Dimensionen — machbar ist, daß sich Vietnam nicht wiederholt, daß sich die Alternative zwischen „Isolationismus" und Vernichtung der eigenen „boys" (im größeren Ausmaß, à la Vietnam) so nicht stellt etc. So wird die Öffentlichkeit kriegsbereit gestimmt, Schritt für Schritt an die Möglichkeit einer größeren und länger anhaltenden kriegerischen Konfrontation, zu der es der Unterstützung durch die Bevölkerung bedarf , herangeführt. Die negative Haltung größerer Teile der US-Öffentlichkeit war seinerzeit mit ein Grund, warum die USA die Kriegsführung in Vietnam einstellten.

— Das libysche Regime ist politisch international isoliert. Von noch größerer Bedeutung für die Wahl Libyens ist jedoch, daß dieses Land auch „sicherheitspolitisch" isoliert ist, nicht auf den militärischen Beistand anderer Staaten hoffen konnte. Die „sicherheitspolitischen" Beziehungen zwischen SU und Libyen sind relativ lose, die SU hat sich bislang stets geweigert, konkretere Verpflichtungen zur Verteidigung Libyens zu übernehmen. Auch in Moskau wurde das libysche Regime als unberechenbar angesehen. Man fürchtete, daß eine allzu enge Beziehung zwischen Libyen und der SU zum Ergebnis haben könnte, daß Moskau durch Libyen in eine Konfrontation mit den USA gezogen wird. Für die USA bedeutet dies, daß das Risiko einer Eskalation — der Einbeziehung

Ergebnis haben könnte, daß Moskau durch Libyen in eine Konfrontation mit den USA gezogen wird. Für die USA bedeutet dies, daß das Risiko einer Eskalation — der Einbeziehung

weiterer Staaten, insbesondere der Sowjetunion, in die kriegerische Auseinandersetzung — kalkulierbar und minimalisierbar war. Im Falle des Iran oder Syriens wäre dies nicht so garantiert gewesen. Der Iran grenzt an die Sowjetunion, was bedeutet, daß der SU nicht gleich sein kann, was dort passiert. Ein „Vergeltungs"schlag gegen das Khomeiny-Regime, etwa mit dem Ziel, dieses zu stürzen, um ein pro-westliches Regime zu etablieren, wäre aus sowjetischer Sicht eine sehr konkrete und direkte Bedrohung eigener Sicherheitsinteressen, da dadurch der pro-westliche Ring um die SU weiter komplettiert werden würde. Aber allein schon aufgrund der geographischen Nähe wäre stets die Gefahr gegeben, daß die USA mit der SU militärisch direkt zusammenstößt. Unbestätigten Vermutungen und Gerüchten nach wurde im April 1980 der amerikanische . Geiselbefreiungsversuch auch deshalb abgebrochen, weil die SU die Gefahr der Eskalation signalisierte.

Mit Syrien ist die SU „sicherheitspolitisch" enger verquickt. Ein Angriff auf Syrien wäre somit auch eine Herausforderung an die Adresse der SU, die Gefahr der Eskalation somit größer und schwerer kalkulierbar.

In den USA wurde vor dem Angriff auf Libyen eine ausführliche und intensive Debatte bezüglich der Möglichkeiten einer Eskalation, eines militärischen Aufeinandertreffens der beiden nuklearen Großmächte geführt. Es ging dabei u.a. immer wieder um die Frage, was geschehen würde, wenn sowjetische Militärberater, die sich in der Nähe der libyschen Luftabwehrbatterien aufhielten, bei einem „Vergeltungs"schlag getötet werden würden. Ob dies die SU auf den Plan rufen würde etc.

An dieser Stelle sei noch eine grundsätzliche Anmerkung zu den „sicherheitspolitischen" Aspekten der sowjetischen Dritte-Welt-Politik erlaubt: Emanzipiert sich eine periphere Nation von der Herrschaft des westlichen Imperialismus, dann zeigt sich die SU — jedenfalls sofern sie mit diesem Land eine engere Beziehung auch „sicherheitspolitischer" Art unterhält — stets darumbemüht, Tendenzen der Regularisierung, der Anpassung an das internationale System etc. in der zum Staat gewordenen revolutionären Bewegung zu fördern. Kurzum: Die Sowjetunion fördert die Verstaatlichung von Revolutionen in der dritten Welt. Die genannten Tendenzen finden ihren Ausdruck insbesondere im Aufbau egulärer Armeen (anstelle irregulärer Guerillaeinheiten) und der Anerkennung der (diplomatischen) Spielregeln des internationalen Systems, wozu auch der Verzicht auf „Revolutionsexport" zählt. Das Motiv hierfür ist „sicherheitspolitischer" Natur: Auf diese Weise sollen junge revolutionäre Länder berechenbar gemacht werden. Es gilt zu verhindern, daß die SU durch periphere Staaten in eine direkte militärische Konfrontation mit USA und NATO gezogen wird. Dieses Interesse bestimmt nicht nur die sowjetische Politik gegenüber Libyen, sondern auch gegenüber Nicaragua. So weigert sich die SU bis heute, dem Begehren Managuas nach Lieferung von Kampfflugzeugen nachzukommen. Die US-„Monroe-Doktrin" wird weitgehend akzeptiert. Eine gewisse Ausnahme stellt Kuba dar, da ein tatenloses Zuschauen im Falle eines US-Angriffes auf Kuba mit einem erheblichen Reputations- und Glaubwürdigkeitsverlust für die SU einhergehen würde. Welchen Wert hätten dann noch die „Sicherheitsgarantien" der SU gegenüber anderen Ländern?

Libyen ist zwar alles andere als ein revolutionär-emanzipatorischer Staat, doch erscheint seine Außenpolitik in den Augen der sowjetischen Führung als unberechenbar. Ein libysch-sowjetischer „Sicherheitspakt" würde voraussetzen, daß Libyen die Spielregeln des internationalen Systems akzeptiert, sich in Zukunft außenpolitisch weitgehend auf eine Position der Enthaltsamkeit zurückzieht.

Die USA haben vor, während und unmittelbar nach der Libyen-Aktion versucht, die SU in eine gemeinsame „anti-terroristische Verantwortung" aller „ordentlichen Nationalstaaten" (ergo solcher Staaten, die die Spielregeln der internationalen Ordnung akzeptieren) einzubeziehen. Auf diese Weise sollte es der SU politisch verunmöglicht werden, sich an die Seite Libyens zu stellen. Des weiteren war dieses Vorgehen als Appell an die sowjetischen „Sicherheitsinteressen" zu verstehen. Nachdem der „Vergeltungs"schlag erfolgreich (und ohne daß es zur Eskalation kam, was ein „Erfolgskriterium" war) durchgeführt worden war, wurden die Warschauer-Pakt-Staaten wieder der „indirekten Beihilfe" zum „internationalen Terrorismus" bezichtigt. So wurde die Behauptung kolportiert, der

führt worden war, wurden die Warschauer-Pakt-Staaten wieder der „indirekten Beihilfe" zum „internationalen Terrorismus" bezichtigt. So wurde die Behauptung kolportiert, der

Berliner Anschlag ginge auf das Konto des libyschen „Volksbüros" in Ostberlin, Hauptstadt der DDR. Dadurch wurde die SU indiekt vor die Alternativen gestellt, entweder das libysche „Volksbüro" zu schließen, oder aber damit rechnen zu müssen, bei zukünftigen Anschlägen den „schwarzen Peter" zugeschoben zu bekommen. Dem zunächst begrenzt libysch-amerikanischen Konflikt wurde somit nachträglich eine Ost-West-Konfliktdimension zugefügt.

„Sicherheitspolitisch" hatte dieser Konflikt diese Dimension von vornherein: Der Weltöffentlichkeit wurde vorgeführt, daß die SU selbst im Mittelmeer — also relativ nahe ihrem eigenen „Sicherheitsbereich" und in einem Meer, in dem sie im Vergleich zu anderen Weltmeeren „stärker" präsent war/ist — weder dazu in der Lage noch bereit ist, einem Land zur Seite zu stehen, das vom US-/NATO-Interventionismus betroffen ist. Im Zuge der Libyen-Krise haben die USA ihren Aktionsradius im Mittelmeerraum auf Kosten der SU erweitert. Der relativ reibungslose Ablauf der Aktion, der Rückzug der SU aus der betroffenen Region z. Zt. des „Vergeltungs"schlags muß die USA dazu ermutigen, in Zukunft ähnlich zu verfahren, wenn nicht gar qualitativ einen Schritt weiterzugehen. Syrien und Iran sind bereits als mögliche zukünftige Angriffsziele der US-/NATO-„Vergeltungs"politik genannt. Warum „Vergeltungs"schläge gegen Syrien und den Iran eine andre Qualität aufweisen als Angriffe auf Libyen, wurde bereits erläutert. In diesem Falle würden sowjetische Sicherheitsinteressen ganz direkt tangiert werden, die Gefahr der direkten Konfrontation mit der SU und der „horizontalen Eskalation" wäre gegeben.

Das Vorgehen von USA und NATO kann wie folgt charakterisiert werden: Durch den „Vergeltungs"schlag gegen Libyen haben USA/NATO ihr Operationsterrain im Mittelmeer- und Nah-/Mittel-Ost-Raum auf Kosten der SU erweitert. In Folge dieses Unternehmens könnte es nun zu einem weiteren „Vortasten" in Richtung des sowjetischen „Sicherheitsbereichs" kommen, das auch „sensiblere" Regionen betrifft. Mit jedem erfolgreichen „Vortasten" wird sich die Ausgangsposition der SU für den Fall einer direkten militärischen Konfrontation mit NATO und USA verschlechtern. Die Chancen der SU, im Falle eines Zusammenstoßes mit NATO/USA einen Krieg begrenzt und erfolgreich auszufechten (zumindest die Option der Kriegsbeendigung ohne Gesichtsverlust zu wahren), werden sinken. Was der SU in einer derartigen Situation bleibt, ist der Rückzug auf die Drohung mit der „horizontalen" und „vertikalen" (nuklearen) Eskalation, die jedoch — bedingt durch die Verschlechterung der Kriegsführungsoptionen unterhalb dieser Ebene — unter einer „Glaubwürdigkeitskrise" leidet. Die USA werden diesbezüglich an das gemeinsame Interesse der nuklearen Großmächte der Verhinderung des „allgemeinen Nuklearkrieges" appellieren. Die USA werden der SU des weiteren kommunizieren, daß ihr eigenes „Sanktuarium" und das Territorium der Warschauer-Pakt-Staaten nicht bedroht seien (ein Angriff auf sowjetisches „Sanktuarium" wäre wohl tatsächlich eine Herausforderung, auf die die SU mit der nuklearstrategischen Eskalation reagieren dürfte). Die SU wird damit vor die Alternativen gestellt, entweder dem Vormarsch von USA/NATO in der Konfliktregion tatenlos zuzuschauen, wobei die Integrität des Warschauer-Pakt-Territoriums vorerst gewahrt bleibt, oder aber mit der „horizontalen" und „vertikalen Eskalation" zu drohen, die die konventionelle und nukleare Verheerung des eigenen Territoriums implizieren würde. Während in den 70er Jahren das „nukleare patt" noch als Hindernis für den US- und NATO-Interventionismus gehandelt wurde, als ein „Schutzschild", unter dem sich auch emanzipatorische Bewegungen ausbreiten konnten, verstehen es die USA nun, dieses für die ungehinderte Führung „kleiner Kriege" an der Peripherie politisch offensiv zu instrumentieren. Das „nuklerare Patt" wird somit zum „Schutzschild" für den US- und NATO-Inerventionismus.

Genau hier existiert eine direkte Beziehung zu den Genfer Verhandlungen der beiden Großmächte bzw. zum Gipfel-Spektakel Reagan-Gorbatschow. Die wieder aufgenommene (allerdings auch nie völlig abgebrochene) begrenzte Kooperation zwischen USA und SU, die nuklearstrategische Ebene, die Verhinderung einer nuklearen Eskalation betreffend, wird von den USA für ein umso hemmungsloseres Vorgehen an der Peripherie — auch dort, wo sicherheitspolitische Interessen der SU direkt berührt sind und von daher ein Zusammenstoß mit der So-

USA für ein umso hemmungsloseres Vorgehen an der Peripherie — auch dort, wo sicherheitspolitische Interessen der SU direkt berührt sind und von daher ein Zusammenstoß mit der So-

wjetunion droht — instrumentiert. Ausdruck dieser Politik ist auch die Lieferung von modernen amerikanischen „Stinger"-Luftabwehrraketen an die afghanischen Rebellen, die dort im Krieg mit der Sowjetunion gegen die sowjetischen Kampfhubschrauber zum Einsatz kommen sollen. Die USA betreiben nun jene Politik gegenüber der Dritten Welt und der SU, die Washington am Ende der „Entspannungsära" Moskau unterstellt hatte. In den 70er Jahren habe Moskau zwar auf der nuklearstrategischen Ebene Rüstungskontrollpolitik mit den USA betrieben, sich jedoch gleichzeitig in der Dritten Welt expansionistisch gebärdet. Die USA sind zwar an der Aufrechterhaltung des für die nukleare Kriegsverhinderung (die im beiderseitigen Interesse liegt) notwendigen Maßes an Kooperation mit der SU interessiert, jedoch auch nur deshalb, weil die Intensivierung der Kriegsführung in der Dritten Welt — die sich indirekt bis direkt auch gegen die SU richtet — die Eskalationsgefahren erhöhen könnte.

Genf war deshalb kein Sieg der Friedensbewegung und des „sowjetischen Entspannungswillens", wie es hierzulande DKP-nahe und bisweilen auch sozialdemokratische Kreise Glauben machen wollen. Genf hat den „Vergeltungs"schlag gegen Libyen nicht nur nicht verhindern können, indirekt wurden hier sogar die Voraussetzungen für den Krieg im Mittelmeer geschaffen. Völlig abstrus wird es diesbezüglich, wenn behauptet wird, der US-Schlag gegen Libyen sei Ausdruck einer politischen Defensive, in der sich die USA seit der Verkündigung der Gorbatschow-Abrüstungsvorschläge befinden würden. Würde ein derartiger Zusammenhang tatsächlich existieren, müßte man der SU dringendst davon abraten, in Zukunft weitere Abrüstungsvorschläge auf den Tisch zu legen, die die USA in die Ecke drängen und zu militärischen Ausweichoperationen provozieren. Auf daß nicht beim nächsten Mal Nicaragua einer US-Intervention aus Frustration ausgesetzt wird. Die nackte, sicherlich unbequeme Wahrheit lautet, daß sich USA und NATO in einer Offensive befinden wie schon seit Jahren nicht mehr. Und es ist bislang noch nicht ausgemacht, wer sie in dieser Hinsicht zum Stoppen bringt.

Dietrich Schulze-Marmeling

Buchbesprechung:

Männer bekanntschaften

Gespräche mit Männern in der DDR



Männer sind immer wieder ein beliebter Gegenstand filmischer, musikalischer oder literarischer Betrachtungen. Das ist nicht nur in der BRD so. In der DDR sind kürzlich in Buchform Interviews mit Männern aus verschiedenen Berufen, sozialen Schichten und Altersgruppen unter dem Titel „Männerbekanntschaften" erschienen, die detailliert Auskunft über Selbstverständnis und Alltag von Männern im anderen deutschen Staat gibt.

Autorin des Buches ist die Schriftstellerin Christine Lambrecht, geboren im Gründungsjahr der DDR 1959, deren erstes Buch „Dezemberbriefe" mit Kurzgeschichten und dokumentarliterarischen Texten 1982 in der DDR und auch in der BRD (tende-Verlag, Münster) erschien. Das Spektrum der Interviewpartner reicht vom zwanzigjährigen Fahrzeugschlosser über einen sechsunddreißigjährigen schwulen Soziologen, einen sechsundvierzigjährigen evangelischen Pfarrer bis zu einem 68 Jahre alten Genossenschaftsbauern. SED-Mitglieder und Parteilose, ein Arbeiter, ein Ingenieur und ein ökonomischer Direktor eines volkseigenen Betriebes, insgesamt zwölf Männer kommen zu Wort.

Die Texte sind ersichtlich nicht lediglich Bandabschriften, die Fragen der Autorin nicht im Text enthalten, die Aussagen auf wesentliches verdichtet, ohne auf Details zu verzichten. Daß Männer, wenn es um ihr Gefühlsleben im allgemeinen und ihre Sexualität im besonderen geht, meist nicht gerade vor Offenherzigkeit sprudelnde Gesprächspartner sind, ist auch in der DDR keine unbekannte Tatsache. Umso mehr verdient Beachtung, daß die Autorin es verstanden hat, die meisten ihrer Gesprächspartner dazu zu bewegen, sich nicht nur über betriebliche Probleme und die Weltlage, sondern auch über ihre sexuellen Wünsche und Erfahrungen zu äußern, zu erzählen, ob und warum sie „fremdgehen", welche erotischen Wünsche ihnen unerfüllt blieben.

Christine Lambrecht hat es verstanden, in den Interviews Ansätze von Problembewußtsein ihres jeweiligen Gegenüber zu vertiefen und auf konfrontative Fragen im Stile Oriana Fallacis zu verzichten. Der Leser mißverstehe dies nicht als Ablehnung von Demaskierungs-Interviews.

Gegenüber zu vertiefen und auf konfrontative Fragen im Stile Oriana Fallacis zu verzichten. Der Leser mißverstehe dies nicht als Ablehnung von Demaskierungs-Interviews.

Niemand hat beispielsweise den Reagan-Fan, bigotten Macho und mittlerweile schon etwas in Vergessenheit geratenen Mattscheibenhelden der estlichen Welt, Lech Walesa, glänzender entlarvt als Oriana Fallaci in ihrem „Stern"-Interview vom März 1981. Um Lebensgefühl und nähere Befindlichkeit von Männern zu ermitteln, wäre diese Methode jedoch so ungeeignet wie ein Black&Decker-Bohrer bei Karies.

Die im Buch vorgestellten Männer sind im Typ mindestens so unterschiedlich wie in ihren Berufen. Da ist der vierzigjährige Gynäkologe Hans B., der es liebt, wenn zu Hause „alles in Ordnung ist", der vorm Vögeln stets duschen möchte, weil ihn Schweißgeruch abstößt und der in seinem Bekanntenkreis keinen Schwulen akzeptieren könnte. Da erzählt der zweiunddreißigjährige Werkzeugmacher Lutz S. munter, daß seine Frau gelegentlich „ruhig mal ein bißchen Hure sein" sollte, aber nur für ihn, versteht sich. Der ökonomische Direktor Karl W. berichtet, daß er heiratete, weil „die Genossen meinten, ich solle meine familiären Verhältnisse ordnen" und der Dramaturg Franz S. (35) läßt neben klugen Gedanken über die Welt und die Kunst anklingen, er könne auf die Dauer keine Frau ertragen, die sich nicht aus der Straßenbahn helfen lasse.

Schwules Leben in der DDR

Am stärksten hat mich das Protokoll des Gesprächs mit dem schwulen Soziologen Georg beeindruckt, der sein relativ spätes coming out mit Mitte zwanzig schildert, davon erzählt, wie er mit seinem Freund zusammen lebt, der Forschungen und Publikationen über Homosexualität in der DDR fordert und vom schwulen Alltag im sozialistischen deutschen Staat berichtet. Der Leser erfährt, wie Schwule dort Kontakte suchen, wie verbreitet welche sexuellen Praktiken sind, und daß es leider auch in der DDR Schläger gibt, die Jagd auf Schwule machen. Dieser Text ist außer einer Kurzmeldung im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" im Juni vergangenen Jahres über eine Tagung von Schwulen, Lesben und Wissenschaftlern in der DDR die erste ausführliche Veröffentlichung aus erster Hand von und über Schwule in der DDR. Obwohl DDR-Sexualwissenschaftler, selbst in der Presse, in den letzten Jahren zunehmend deutlicher gegen die Diskriminierung von Schwulen und Lesben Stellung genommen haben, ist an öffentlich auftretende Schwulengruppen trotz einer bescheidenen Subkultur von einigen Lokalen und Nischen im Bereich kirchlicher Arbeit noch nicht zu denken. Wer sich das Vergnügen gönnte, den XI. Parteitag der SED im April diesen Jahres im Fernsehen der DDR zu verfolgen, kann sich auf einer derartigen Veranstaltung ein Referat eines Genossen einer Schwulengruppe auch nicht recht vorstellen. Aber, wie es in er DDR oft so schön heißt, ist manches eine „Frage der Entwicklung". Westdeutsche Leser des Buches wird es gewiß überraschen, wenn Georg trotz aller Probleme eindeutig sagt, er sei „froh, als Homosexueller in der DDR zu leben". Er begründet das: „In kapitalistischen Ländern verbergen sich hinter einer scheinbar offenen Fassade doch viele Vorurteile, da werden z.B. Leute wegen ihrer Homosexualität entlassen." Man muß dazu wissen, daß es in den DDR-Medien antischwule Hetzartikel oder gar diskriminierende Kampagnen im Stile der AIDS-Hysterie in er BRD nicht gibt, auch wenn Vorurteile in der Bevölkerung noch keineswegs überwunden sind. Zudem sollte auch bedacht werden, daß die Situation von Schwulen und Lesben in der DDR weitaus günstiger ist als in anderen osteuropäischen Ländern, in denen atmosphärische Relikte der Stalinzeit und klerikale Ressentiments die Homose-

taus günstiger ist als in anderen osteuropäischen Ländern, in denen atmosphärische Relikte der Stalinzeit und klerikale Ressentiments die Homose-

xuellen weitaus stärker einengen als in er DDR.

Christine Lambrecht hat die Interviews um Äußerungen von Freunden, Kollegen oder Verwandten der Gesprächspartner und durch eigene knappe poetische Texte ergänzt, die für ein außergewöhnlich intensives Beobachtungs- und Einfühlungsvermögen der Autorin sprechen. Sie ermöglicht dem Leser verschiedene Blickwinkel auf die Männer. Unterschiedlich akzentuierte Sympathien der Autorin sind so dezent gehalten, daß dem Leser kein Urteil aufgedrängt wird. Bei ihrem Text über den schwulen Gesprächspartner wird am deutlichsten erkennbar, was sie an ihm schätzt: daß sie sich hier als Frau auch in vertrauter Atmosphäre nie bedrängt fühlt.

Was kann man persönlich für den Frieden tun ?

Nicht nur über sexuelle Gewohnheiten, auch über gesellschaftliche Probleme teilen sich die interviewten Männer ausgiebig mit. So erklärt der Dramaturg Franz S.: „Wir tun uns oft noch schwer damit, Kritik, die auf produktive Veränderung der derzeitigen Zustände zielt ... Kritik im Sozialismus zu unterscheiden von Kritik am Sozialismus." Der Werkzeugmacher Lutz kritisiert „dieses verdammte kleinbürgerliche Wohlstandsdenken", das sich auf größere Autos und buntere Farbfernseher richte. Die „Exquisit"- und „Delikat"-Läden, in denen anspruchsvolle Kleidung und Delikatessen, z.T. Importe aus westlichen Ländern, zu relativ hohen Preisen für Mark in der DDR verkauft werden, während sie in den „Intershops" zu einem Bruchteil des Preises für westliche DM zu haben sind, sähe er am liebsten verschwinden. Mehrere Gesprächspartner werfen die Frage auf, was der einzelne zum Kampf für den Frieden heute beitragen könne. Über die Ursachen der Kriegsgefahr sind sich die Interviewpartner, soweit sie über dieses Thema sprechen, durchaus im Klaren, wie der Arbeiter Jörg, der in einfacher, aber im Grunde treffender Weise meint, „daß die ganzen Kriegsvorbereitungen drüben eine Geldfrage sind". Das Gefühl, den eigenen Beitrag im Kampf für den Frieden und Abrüstung nicht spüren und messen zu können, haben viele politisch bewußte Menschen in der DDR, Sozialisten innerhalb und außerhalb der SED. Dieses Problem ergibt sich daraus, daß die DDR als sozialistischer Staat seit Jahrzehnten eine sehr beständige und durchaus glaubwürdige Friedenspolitik macht, atomwaffenfreie, chemiewaffenfreie Zonen vorschlägt usw., diese Politik im inneren jedoch mit Schönfärberei der gesellschaftlichen Zustände verquickt, Mobilisierungen zu Friedenskundgebungen oft, wenn auch nicht immer, zu staatsvergötzenden Jubel-Ritualen verhunzt, bis Hinze und Kunze manchmal kaum noch den Nutzen der Sache erkennen können. Hinzu kommt, daß noch oftmals schwere Arbeitsbedingungen in den Betrieben, wie Dreischichtsystem und Fließbandarbeit unter Hinweis auf die Friedenspolitik idealisiert werden, wie es in der etwas einfältigen SED-Parole „Mein Arbeitsplatz — mein Kampfplatz für den Frieden" zum Ausdruck kommt. Ein wichtiges Stück Lebensgefühl, das mit dieser Problematik zusammenhängt, drückt der Dramaturg Franz S. aus, wenn er von einem „Wege-Ebnen und an die Hand genommen werden" in der DDR

matik zusammenhängt, drückt der Dramaturg Franz S. aus, wenn er von einem „Wege-Ebnen und an die Hand genommen werden" in der DDR

spricht, von einem berechenbaren, aber auch berechneten und vorgeplanten Leben, in dem z.B. ein Student ganz anders als in der BRD sich nach einem Studium einer leitenden Tätigkeit in einem Betrieb oder einer gesellschaftlichen Institution kaum entziehen kann.

Ein in politischer und historischer Hinsicht sehr interessanter Text ist er Bericht des Gesellschaftswissenschaftlers Robert B., der in einer kommunistischen Familie aufwuchs und dessen Schilderung seiner Jugendjahre bisweilen ans Tragigkomische grenzt. Als Kleinkind während der Nazizeit wundert er sich manchmal, daß die Mutter ihm im Sandkasten den Mund zuhielt, weil er beim Sandkuchenbacken angefangen hatte, die „Internationale" zu singen. Ein anderes Mal brachten ihn Bullen verärgert nach Hause, weil er auf der Poplizeiwache nach seinem von den Nazis inhaftierten Vater gefragt hatte.

Robert B. floh als junger KPD-Genosse 1947 vor einer drohenden Verhaftung aus der französischen in die damalige sowjetische Besatzungszone, die heutige DDR. In der Stalinära konnte er nicht in der DDR Soziologe werden, weil die Soziologie damals als „bürgerliche Wissenschaft" abgeschafft worden war. Zeitweise war Robert B. aus der SED ausgeschlossen, weil er im Zuge der spätstalinistischen Agentenhysterie Anfang der fünfziger Jahre wegen einer westdeutschen Herkunft verdächtigt wurde, ein „Westagent" zu sein. Nach der Niederschlagung des Aufstandes in Ungarn Ende 1956, als sich in der DDR noch einmal ein extremer Dogmatismus austobte, traf ihn ein Parteiverfahren, weil er Leute, die einen Artikel des ungarischen Philosophen Georg Lukács lasen, nicht an die Partei gemeldet hatte. Der Gesellschaftswissenschaftler hat mittlerweile, mit 55, von einigen früheren Siochtweisen Abstand genommen: „Ich habe einmal geglaubt, daß nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Gesellschaftsordnung sich auch die Menschen schnell verändern werden. Aber das ist ein viel langwierigerer Prozeß, als man ursprünglich angenommen hat." Theoretisch geschulte Marxisten-Leninisten, nicht nur in der DDR, neigen manchmal dazu, aus allem und jedem eine „Frage" zu machen. Bei diesem Gesellschaftswissenschaftler geht das soweit, daß er von den „*Fragen der Sexualität*" spricht, wenn er schildert, wie er seine Frau kennen gelernt hat.

„EINER hat die Verantwortung"

Amüsante gesellschaftlich bedingte Sprachbesonderheiten findet man auch in dem Interview mit dem ökonomischen Betriebsdirektor, der offenbar mit den im realen Sozialismus gewachsenen offiziellen und inoffiziellen Informationskanälen so vertraut ist, daß er erzählt, wie er „offiziell" als Kind seinen Bruder verdroschen hat, und ebenfalls „offiziell" fremdgegangen ist, weil seine Frau von der Geschichte erfuhr. Dieser Kader betont ähnlich wie andere Gesprächspartner, er habe kein Verständnis für Schönfärberei. Gleichzeitig erklärt er, Demokratie müsse „Grenzen haben", denn: „EINER (groß im Original, der Verf.) hat die Verantwortung. Dafür wird er bezahlt." Daß solche Strukturen und

müsse „Grenzen haben", denn: „EINER (groß im Original, der Verf.) hat die Verantwortung. Dafür wird er bezahlt." Daß solche Strukturen und

Denkweisen mit der Schönfärberei verbunden sind, wie der Dackel mit seinen Schlappohren, scheint dem Genossen Direktor schon gar nicht mehr aufzufallen. Derselbe Mann findet übrigens zuviel Disziplin im privaten Leben „fürchterlich ..."

Nicht alle der Männer, die Christine Lambrecht interviewt hat, verstehen sich als Kommunisten. Der neunundzwanzigjährige Masseur Fred beispielsweise will lediglich „Ordnung" in Familie, Betrieb und Staat haben („Polizei und sowas muß schon sein") und ist in dieser Hinsicht mit der DDR ganz zufrieden.

Der evangelische Pfarrer, der bekennt, in seiner Jugend ein „wüster Schläger" gewesen zu ein, eine Art ostdeutscher Saulus offenbar, der die zehn Gebote lediglich als Richtschnur, Wegweiser und Hilfe zum Leben verstanden wissen will, ist zu der für einen Mann seines Berufes außergewöhnlich undogmatischer Einsicht gelangt: „Theologische Wahrheiten helfen keinem weiter." Der Pfarrer äußert darüber hinaus die Meinung," daß der Mensch nur in der Gemeinschaft etwas ist". Auch wenn der offenherzige Pfarrer die Formel „Kirche im Sozialismus", die das Selbstverständnis der evangelischen Kirche in der DDR seit über einem Jahrzehnt auszeichnet, nicht verwendet wird spürbar, was das konkret heißen kann. Hinter diesem plakativen Begriff steckt nicht nur, und vielleicht nicht einmal in erster Linie, eine Aktualisierung der traditionellen kirchlichen Taktik, sich der jeweils herrschenden Macht um des Erhalts und des Ausbaus der eigenen Strukturen Willen ein Stück weit anzupassen. Denn rund vier Jahrzehnte DDR-Gesellschaft sind auch an vielen Christen nicht abgeperlt wie der saure Regen an der Öljacke.

Ahnungen von der Wirkung des BRD-Fernsehens in der DDR kann man aus mehreren Protokolltexten am Rande herauslesen. So beklagt sich der politisch ziemlich bewußte Arbeiter Jörg bei der Interviewerin über „fernsehversaute Leute", womit er vermutlich nicht die kleine Schar regelmäßiger Zuschauer der DDR-Nachrichtensendung „aktuelle Kamera" meint. Daß der Klassengegener in der DDR meist jeden Tag via TV aus der Schrankwand einen guten Abend wünscht, zeigt auch der Fahrzeugschlosser Martin, der aus seinem Betrieb erzählt, daß dort nach „Frauen" stets „Dallas" Thema Nr. zwei sei.

Zurück zum Kapitalismus möchte keiner der Interviewpartner, nicht einmal der achtundsechzigjährige Bauer, der mit Politik nicht viel an der Mütze hat, die Vorteile der genossenschaftlichen Landwirtschaft aber aus ganz praktischen Erfahrungen zu schätzen weiß.

Für eine BRD-Ausgabe dieses Buches wäre ein Verzeichnis des halben Dutzend gelegentlich auftauchender DDR-Kürzel zu empfehlen. Daß LPG für Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft steht, hat der eine oder die andere in der BRD vielleicht schon mal gehört. Daß ein APO-Sekretär aber kein in die DDR übergesiedelter Kader der 68er Studentenbewegung ist, sondern der Chef der Abteilungsparteiorganisation der SED im Betrieb, müßte bundesdeutschen Lesern erst einmal erläutert werden.

Typisch männliche Erfahrungen ?

Typisch männliche Erfahrungen ?

Unter dem Titel „Guten Morgen, Du Schöne" erschien Ende der siebziger Jahre in der DDR und der BRD ein Buch der 1977 gestorbenen DDR-Autorin Maxie Wander mit Interviewprotokollen von Frauen in der DDR. Es ist naheliegend, die „Männerbekanntschaften" mit den damaligen Frauenprotokollen zu vergleichen. Christine Lambrecht fragt im Vorwort ihres Buches, ob es vergleichbare typisch männliche Erfahrungen gibt. Die Antwort überläßt sie den Lesern und Leserinnen. Anders als bei den Frauen, die Maxie Wander interviewte, ist bei den befragten Männern nur wenig selbstkritisches Herangehen an das eigene Leben zu spüren, nicht einmal Selbstironie. Der Wunsch nach Veränderung scheint bei Männern (auch) in der DDR nicht sehr stark ausgeprägt zu sein. Überdenken dennoch Männer in der DDR heute ihre Rolle, eigene Erwartungen und Anforderungen, die andere an sie stellen? Bei einigen in den „Männerbekanntschaften" werden dafür Ansätze deutlich, so, wenn der Dramaturg Franz S. sich „Helden, die nicht alles wissen, die auf der Suche sind, Fragen stellen", wünscht, und darüber spricht, was ihm Liebe bedeutet.

„Beim Lesen beginnt die Selbstbefragung", schrieb Christa Wolf über Maxie Wanders Frauenprotokolle. Gilt das auch für die Leser von Christine Lambrechts „Männerbekantschaften" ?

Ihr Buch bietet in jedem Fall ein differenziertes Bild der sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaft DDR, frei von Schönfärberei, aber erst recht auch von jenen antikommunistischen Klischees, die auch manche westdeutsche Linke noch, oder bereits wieder mit sich herumschleppen.

Gerd Eggeling

Christine Lambrecht: Männerbekanntschaften, Freimütige Protokolle, Mitteldeutscher Verlag, Halle-Leipzig (DDR), 279 Seiten, 9 Mark (in der BRD erhältlich in allen „collectiv"-Buchläden und dem gut sortierten sonstigen Buchhandel).

Antiimperialismus/Bewaffneter Kampf oder Antiiperialismus/Internationalismus

Diskussion in der Beilage der Revolutionären Sozialisten

Der „antiimperialistische Widerstandskongreß" vom Anfang 86 in Frankfurt hat nun auch die „Gemeinsame Beilage" der Revolutionären Sozialisten erreicht. Die Juni-Ausgabe der Beilage ist der Auseinandersetzung mit den Positionen des Kongresses gewidmet.

Wie einem bitterbösen Beitrag der FAU/R zu entnehmen ist, konnte sich der Herausgeberkreis allerdings nicht so recht einig werden, ob dies unter der Themenstellung „Antiimperialismus/Bewaffneter Kampf" oder „Antiimperialismus / Internationalismus" geschehen sollte.

Konsequenterweise wurde auf die Angabe des Leitthemas vollkommen verzichtet und wie von den FAU/R-Kritikern richtig vermutet stehen die unverträglichsten Beiträge vom Plädoyer für den bewaffneten Kampf bis zur Agitation für die Stärkung der IV. Internationale, von einer gequälten Selbstkritik der KPD bzgl. der Schwankungen in ihrer „Weltstrategie", wo die BWK-These von der Großmacht BRD en passent erledigt wird, bis zu Analysen des BWK und tendenziell auch der KG/NHT, die eben diese These in längeren Ausführungen zu beweisen versuchen, beziehungslos nebeneinander, ein Potpourri, aus dem sich jede/r das Passende raussuchen kann.

In die direkte Auseinandersetzung mit dem Thema, d.h. mit Positionen und Ergebnissen des Frankfurfer Kongresses, gehen eigentlich nur zwei Artikel: Das ist zum einen ein Artikel aus den Reihen des BWK „Zusammen kämpfen? Warum nicht? Aber gegen die Richtigen!", in dem das Kommunique des Kongresses vorgestellt und kritisch kommentiert wird.

Hauptkritik des Artikels ist die Willkür der im Kommunique für die einzelnen europäischen ‚Frontabschnitte" aufgezählten Kämpfe und in Hinsicht auf den BRD-Teil der mangelnde Bezug zu den „sozialen Interessen der Arbeiterschaft". Ja, mehr noch: Die Kampferklärung gegen die „NATO als Militärpakt und in der Funktion für die Aufstandsbekämpfung" ohne Angabe der Zielsetzung der NATO, nämlich als Kriegsbündnis gegen die staatssozialistischen Länder, in dem die Zielsetzung des deutschen Revanchismus maximal verankert sei und von Unterordnung der BRD unter die USA nicht mehr die Rede sein könne, bedeute eine systematische Verschleierung der Interessen und der Verantwortung der eigenen Ausbeuterklasse. „Da haben wir eine ganz andere Auffassung," schließt der Artikel, „was es heißt: Zusammen kämpfen." — Leider wird diese Auffassung nicht mehr deutlich gemacht. Bleibt zu hoffen, daß die Auseinandersetzung damit erst eröffnet ist.

Der zweite Artikel, der konkret Bezug auf die Auseinandersetzung um den Kongreß nimmt, ist eine Kritik an der RAF seitens der Gruppe „Proletarische Aktion", den wir für lesenswert genug halten, um ihn im Folgenden zu dokumentieren.

Die übrigen, eher allgemeinen Artikel sind bei Interesse sicher am Besten im Original zu studieren.

F.

Es gibt keine Grenze in diesem Kampf auf Leben und Tod (Che)

Ein Beitrag der Proletarischen Aktion zum revolutionären Kampf

Wir haben unseren Artikel in drei Abschnitte unterteilt. Der *erste* Abschnitt befaßt sich mit dem Internationalismus bei Marx und Engels und legt den Schwerpunkt auf die *ökonomische*, also die *materielle* Grundlage des proletarischen Internationalismus. Wir wissen wohl, daß Marx und Engels sehr viel und Grundsätzliches zur internationalen Politik geschrieben haben, so u.a. über Rußland, Indien, Irland, die Vereinigten Staaten und vor allem über Europa. Wir benutzen für unseren Artikel die ökonomische Analyse aus der ,,Deutschen Idelogie'' von Marx/Engels, weil da sehr konkret der ,,Deutschen Ideologie'' von Marx/Engels, weil da sehr konkret und klar die materiellen Voraussetzungen des roten Internationalismus entwickelt werden. Wir halten es für wichtig, mit der materiellen Grundlage des proletarischen Internationalismus zu beginnen, da ohne deren Verständnis der Internationalismus ,,nur'' moralisch bleibt und damit nicht zu der Kraft werden kann, die er für die Entwicklung einer authentischen kommunistischen Politik in den kapitalistischen Metropolen hat. Wenn wir uns beim Internationalismus von Marx/Engels im wesentlichen auf die ökonomische Seite beschränken, so heißt das nicht — um es noch einmal zu betonen —, daß die beiden ,,Alten'' zur Praxis des Internationalismus nichts beigetragen hätten, im Gegenteil. Sie waren wesentlich Mitbegründer der I. Internationalen Arbeiterassoziation. Engels kämpfte im Revolutionskrieg 1848 in Deutschland, Marx hielt Vorträge vor Arbeitern etc.

Betonen wollen wir noch, daß Marx/Engels die Analyse des Kapitalismus unternahmen, als dieser sich noch nicht voll und ganz zum Imperialismus hin entwickelt hatte. Allerdings: die *Wurzel* dieser Entwicklung haben die beiden bloßgelegt und *daraus* die Aufgaben des internationalen Proletariats definiert. Im *zweiten* Abschnitt befassen wir uns mit einigen aktuellen Fragen des gegenwärtigen antiimperialistischen Kampfes in Westeuropa. Wir beziehen uns dabei im wesentlichen auf das ,,Mai-Papier'' der Roten Armee Fraktion von 1982. Wenn wir in diesem Abschnitt unseren Schwerpunkt auf die *Kritik* an bestimmten Punkten dieses Papiers legen, so nicht deshalb, weil wir gegen die antiimperialistische Front wären. Es geht uns nicht ums Runtermachen. Im Gegenteil: wir wollen einen eigenen Beitrag dazu leisten, daß diese Front zustande kommt. Aber *gerade deshalb* ist es nötig, bestimmte Einschätzungen/Standpunkte zu bekämpfen, die wir für falsch halten und der Entwicklung einer solchen Front nicht dienlich sind. Im *dritten* Abschnitt legen wir einige Thesen von uns zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen vor, die wir als *Grundlage* für eine *erfolgreiche* kommunistisch-revolutionäre Politik in der Metropole BRD und Westberlin ansehen.

I. Der Internationalismus bei Marx und Engels

In der ,,Deutschen Ideologie'' arbeiten Marx und Engels die materialistische Geschichtsauffassung aus, die ,,darauf beruht, den wirklichen Produktionsprozeß, und zwar von der materiellen Produktion des materiellen Lebens ausgehend, zu entwickeln und die mit dieser Produktionsweise zusammenhängende und von ihr erzeugten Verkehrsform, also die bürgerliche Gesellschaft in ihren verschiedenen Stufen, als Grundlage der ganzen Geschichte aufzufassen''. (Marx/ Engels, Deutsche Ideologie, S. 37) Marx und Engels untersuchen die materiellen Grundlagen der Geschichte nicht aus einem akademischen Interesse heraus. Sie sind daran interessiert, die *tatsächlichen* Triebkräfte der geschichtlichen Entwicklung freizulegen, um damit dem Proletariat eine Waffe in die Hand zu geben, die es im Kampf um seine Befreiung einsetzen kann. Denn zu oft schon wurde die Arbeiterklasse von Scharlatanen getäuscht und verraten; Scharlatane, die sich als ,,wahre Sozialisten'' usw. ausgaben und dabei doch nur ihr eigenes, kleinlich-borniertes und begrenztes Klasseninteresse im Auge hatten, das sie hinter allerlei schwülstigen Phrasen versteckten. ,,Wir müssen bei den voraussetzungslosen Deutschen damit anfangen, daß wir die erste Voraussetzung aller menschlichen Existenz, also auch aller Geschichte konstatieren, nämlich die Voraussetzung, daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ,,Geschichte machen'' zu können. Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst ...'' (ebenda, S. 28)

Marx und Engels untersuchen in der ,,Deutschen Ideologie'' die Entwicklung des Eigentums vom Stammeigentum über das antike Gemeinde- und Staatseigentum hin zum feudalen oder ständischen Eigentum bis zum heutigen kapitalistischen Eigentum. In dieser Untersuchung legen Marx und Engels großes Gewicht auf die Herausbildung der *Teilung der Arbeit* (Stadt und Land, materielle und geistige Arbeit) und ihre Rolle für die Klassenherrschaft der Bourgeoisie. ,,Übrigens sind Teilung der Arbeit und Privateigentum identische Ausdrücke -- in dem Einen wird in Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe ausgesagt, was in dem Anderen in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird.'' (ebenda, S. 32) Marx und Engels analysieren weiter die Entwicklung der Produktivkräfte vom Handwerker zu den Zünften und zur Manufaktur, also vom ,,patriarchalischen Verhältnis zwischen Gesellen und Meister'' hin zum ,,Geldverhältnis zwischen Arbeiter und Kapitalist''. (ebd., S. 56) Sie untersuchen die Entstehung der großen kapitalistischen Industrie, in deren Gefolge der Weltmarkt entsteht und damit die Geschichte zur Weltgeschichte wird. Schließlich arbeiten sie die Rolle des Proletariats in diesem Prozeß heraus, die Rolle der ,,Eigentumslosen'', also der Klasse, ,,die bei allen Nationen dasselbe Interesse hat und bei der die Nationalität schon vernichtet ist, eine Klasse, die wirklich die ganze alte Welt los ist und zugleich ihr gegenübersteht. Sie (die große kapitalistische Industrie; d. Verf.) macht dem Arbeiter nicht bloß das Verhältnis zum Kapitalisten, sondern die Arbeit selbst unerträglich.'' (ebd., S. 60) Für unseren Artikel von Bedeutung sind die Aussagen, die Marx und Engels zur materiellen Grundlage des proletarischen Internationalismus und zum Kommunismus machen. Das betrifft die Entwicklung des Weltmarktes durch den Kapitalismus und die Universalität des proletarischen Befreiungskampfes. ,,In der bisherigen Geschichte ist es allerdings ebensosehr eine empirische Tatsache, daß die einzelnen Individuen mit der Ausdehnung der Tätigkeit zur Weltgeschichtlichen immer mehr unter einer ihr fremden Macht geknechtet worden sind (welchen Druck sie sich denn auch als Schikane des sogenannten Weltgeistes etc. vorstellen), einer Macht, die immer massenhafter geworden ist und sich in letzter Instanz als Weltmarkt ausweist.'' (ebd., S. 37) ,,Die Beziehungen verschiedener Nationen untereinander hängen davon ab, wie weit jede von ihnen ihre Produktivkräfte, die Teilung der Arbeit und den innern Verkehr entwickelt hat. Dieser Satz ist allgemein anerkannt. Aber nicht nur die Beziehung einer Nation zur anderen, sondern auch die ganze innere Gliederung dieser Nation selbst hängt von der Entwicklungsstufe ihres innern und äußern Verkehrs ab. Wie weit die Produktionskräfte einer Nation entwickelt sind, zeigt am augenscheinlichsten der Grad, bis zu dem die Teilung der Arbeit entwickelt ist. Jede neue Produktivkraft, sofern sie nicht bloß eine quantitative Ausdehnung der bisher schon bekannten Produktivkräfte ist (z. B. Urbarmachung von Ländereien), hat eine neue Ausbildung der Teilung der Arbeit zur Folge.'' (ebd., S. 21/22) Der Weltmarkt wurde von der Bourgeoisie in (Wirtschafts-)Kriegen untereinander und in Kolonialkriegen gegen die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas durchgesetzt. Die ,,zivilisierten Nationen'', also diejenigen Lateinamerikas durchgesetzt. Die ,,zivilisierten Nationen'', also diejenigen mit dem höchstentwickelten Stand der Produktivkräfte, unterjochten die ganze Welt, und dem angehäuften Kapital in den ,,Mutterländern'' entsprach die Anhäufung der Leichen in den Kolonien. Die Frage der Gewalt ist nicht bloß eine Frage ihrer Anwendung, sondern vor allem eine ökonomische: wer die fortgeschritteneren Produktivkräfte hat, hat auch die besseren Waffen (z. B. Gewehre und Kanonen gegen Speere, Pfeil und Bogen), worauf Engels in ,,Die Rolle der Gewalt in der Geschichte'' hinweist. Der kapitalistische Weltmarkt ist die Ursache dafür, daß die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas noch heute an Hunger krepieren, von blutrünstigen Militärdiktaturen niedergemetzelt werden und auch nach ihrer nationalen Befreiung der Intervention, Aggression und Erpressung durch den Imperialismus ausgesetzt sind. Die Arbeitsteilung innerhalb der kapitalistischen Nationen schreitet weiter voran und ist zudem heute zu einer internationalen Arbeitsteilung geworden. Eine Folge davon ist die enorme Verschuldung der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegenüber den imperialistischen Staaten. Diese Verschuldung -- Ergebnis der neokolonialen Ausbeutung -- bringt den Völkermord durch Verhungern und Krankheit als Konsequenz hervor. Der Internationale Währungsfonds ist die moderne Völkermordzentrale der kapitalistischen Länder geworden. Durch die ,,universelle Entwicklung der Produktivkräfte ist ein universeller Verkehr der Menschen gesetzt, daher einerseits das Phänomen der ,,eigentumslosen'' Masse in allen Völkern gleichzeitig erzeugt (allgemeine Konkurrenz), jedes derselben von den Umwälzungen der anderen abhängig (ge)macht, und endlich weltgeschichtliche, empirisch universelle Individuen an die Stelle der lokalen gesetzt hat''. (ebd., S. 35) So hat der hochentwickelte Kapitalismus die ganze Welt in seine Kämpfe, Krisen und Kriege hineingezogen und gleichzeitig ein internationales Proletariat geschaffen, das ihm *heute* einen beträchtlichen Teil seiner Macht entrissen hat (die sozialistischen Länder) und ihm auch sonst überall an die Gurgel fährt (die nationalen Befreiungsbewegungen Afrikas, Asiens, Lateinamerikas), was zur strategischen Defensive des Imperialismus geführt hat.

Marx und Engels führen ein konkretes Beispiel an, wie sich der internationale Kapitalismus auf die Völker auswirkt: ,,Je weiter sich im Laufe dieser Entwicklung nun die einzelnen Kreise, die aufeinander einwirken, je



Rotgardistenpatrouille

Fortsetzung nächste Seite

Kommunique vom Widerstandskongreß, 31.1.-2.2.86 in Frankfurt

Für uns ist der Anfang der internationalen Diskussion hier auf dem Kongreß ein Sieg!
Weil wir uns gegen die vielfältigen massiven Angriffe, diese Diskussion zu verhindern, politisch durchgesetzt haben und damit die Möglichkeit hatten, erste Gemeinsamkeiten festzustellen. Jeder Schritt, den wir aufeinander zugehen, ist ein Schritt nach vorn.

Wir haben gemeinsam festgestellt, daß
- die sog. westlichen Demokratien in unseren Ländern ihr wahres Gesicht als Klassendiktatur zeigen;
- die westeuropäischen Staaten bei der Durchsetzung ihrer konterrevolutionären Politik zusammenarbeiten.

Unser Widerstand richtet sich gegen Repression in jeder Ausdrucksform: sozial, ökonomisch, politisch, militärisch.

Das heißt konkret
für die Genossen in Italien:
- gegen das Finanzgesetz (Gesetz über Sparmaßnahmen und Umverteilung) und gegen die kriegstreibende Politik der Regierung Craxis;
- gegen die Kriminalisierung der revolutionären Avantgarden;
- für die Einheit der Klasse;
- gegen das Projekt des Verrats, des Abschwörens und der Differenzierung;
- gegen Klassenkollaboration und für die proletarische Solidarität;
- für den Aufbau des proletarischen Internationalismus.

für die Genossen in Frankreich:
- gegen die Angriffe gegen Emigranten;
- gegen die Differenzierung unter den Gefangenen und gegen Spezialgefängnisse;
- gegen Auslieferung und Deportation von revolutionären Militanten;
- gegen die Flexibilisierung der Arbeit;
- gegen den Staatsterrorismus gegen die revolutionären Milianten, z.B. die GAL etc.

für die Genossen in Spanien:
- gegen die industrielle Umstrukturierung, die authentischer Terrorismus der Unternehmer ist;
- Gegen den Versuch der Vernichtung der revolutionären Gefangenen, von denen sich die weiblichen politischen Gefangenen gegenwärtig im Hungerstreik befinden;
- für Amnestie und Freiheit;
- vorwärts die Volksbewegung des Widerstands.

für die Genossen in Portugal:
- gegen das Projekt des Abschwörens;
- gegen Sozialdemokratisierung der Arbeiterklasse;
- gegen den Internationalen Währungsfonds und die EG;
- gegen Sondergerichte;
- gegen Totalisolation und für das Zusammenkommen der Gefangenen;
- gegen Kürzung der Besuche;
- für das Recht auf Liebe im Gefängnis;
- revolutionärer Internationalismus für die Befreiung der revolutionären politischen Gefangenen auf der ganzen Welt;
- gegen Arbeitslosigkeit und Nichtauszahlung der Löhne.

für die Genossen in der BRD:
- für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand und für die Freilassung von Günter Sonnenberg;
- für die Rekonstruktion der Klasse auf dem Boden des proletarischen Internationalismus;
- Kampf für die Zerschlagung der NATO und ihrer aktuellen Kriegspläne;
- für die Einheit der revolutionären Bewegung Westeuropas im Angriff gegen die militärischen, ökonomischen und politischen Projekte des Imperialismus;
- für den Aufbau der antiimperialistischen Front als revolutionärer Gegenmacht, in der sich proletarisches Bewußtsein und Kollektivität entfaltet.

Gemeinsam haben wir festgestellt: daß sich unser Widerstand gegen die NATO richtet, nicht nur als Militärpakt, sondern auch in der Funktion für die Aufstandsbekämpfung.

Eine ganz besondere Bedeutung hat für uns die Unterstützung und Solidarität des Kampfs der revolutionären politischen Gefangenen weltweit!

Diese Punkte sind das Resultat des Erfahrungsaustausches und der Diskussion zwischen uns auf dem Kongreß in Frankfurt.

Wir rufen auf zum antikapitalistischen und antiimperialistischen Widerstand

Venceremos!
Antikapitalistische und antiimperialistische Genossen/innen aus Westeuropa und
Vereinigung zur Unterstützung der politischen Gefangenen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

mehr die ursprüngliche Abgeschlossenheit der einzelnen Nationalitäten durch die ausgebildete Produktionsweise, Verkehr und dadurch naturwüchsig hervorgebrachte Teilung der Arbeit zwischen verschiedenen Nationen vernichtet wird, desto mehr wird die Geschichte zur Weltgeschichte, so daß z.B., wenn in England eine Maschine erfunden wird, die in Indien und China zahllose Arbeiter außer Brot setzt und die ganze Existenzform dieser Reiche umwälzt, diese Erfindung zu einem weltgeschichtlichen Faktum wird." (ebd., S. 45/46) . *Daran* hat sich heute nicht nur nichts geändert, diese Entwicklung ist heute auf die Spitze getrieben. Krasses Beispiel hierfür ist das SDI-Programm der USA, das deren Weltherrschaft zum Ziel hat. Von diesem Programm -- und von der Aufrüstung der imperialistischen Staaten überhaupt -- ist heute die ganze Welt betroffen durch die Vergeudung von Milliarden oder Billionen von Geldern und dem Verschleiß von enormen Produktivkräften und Wissenschaft/Technik. Dies alles könnte effektiver und nutzbringender zum Wohle der ganzen Menschheit eingesetzt werden: zur Beseitigung des Hungers, zur Ausbildung, zur Beseitigung der Umweltzerstörung, zur radikalen Verkürzung der Arbeitszeit bzw. Schaffung von Arbeit usw. Hier erhält auch der Begriff „Weltinnenpolitik des US-Imperialismus" seine Richtigkeit, da die USA ihre Verbündeten wie Israel, Südafrika, die BRD, Südkorea, England und die Philippinen nach Maßgabe US-amerikanischer Interessen hochpowern und deren Souveränität im „Ernstfall" nur ein Stück Papier ist (in der BRD zum Beispiel die „Geheimabkommen" der Bonner Regierung mit den USA über SDI). Der hitlersche Größenwahn der US-Imperialisten hat seine materiellen Wurzeln in der *Überreife* des Imperialismus. Der Imperialismus ist sterbender, faulender Kapitalismus. Aus den Produktivkräften sind Destruktivkräfte geworden, die den ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Fortschritt der Völker aufhalten und in den kapitalistischen Staaten hohe Arbeitslosigkeit und ein neues Massenelend produzieren. Der *militärisch-industrielle Komplex* ist zum *Kern* der kapitalistischen Entwicklung geworden. Er ist heute die Triebkraft der ökonomischen und politischen Entwicklung in den kapitalistischen Zentren, was seine Entsprechung hat in den reaktionären Regimes und Regierungen und der beschleunigten Faschisierung. Das Land, in dem dieser Prozeß *am meisten fortgeschritten* ist, sind die USA. Die Bourgeoisie spielt *heute* für den Fortschritt der Menschheit keine positive Rolle mehr. Nur eine negative: Sie steht dem Fortschritt im Wege. Sie ist als Klasse so sehr auf sich selbst zurückgeworfen, daß nur noch ihr nacktes Eigeninteresse zählt. Und die ihr nachfolgende, ihre Herrschaft bedrohende Klasse -- das Proletariat -- ist zu keinem Kompromiß mit der Bourgeoisherrschaft bereit, weil sie „gegen die herrschende Klasse kein besonderes Klasseninteresse mehr durchzusetzen hat" (ebd.), wie etwa der Adel gegen die Sklavenhalter oder die Bourgeoisie gegen den Feudalismus. Die Interessen des internationalen Proletariats fallen mit den Interessen der Menschheit zusammen: Abschaffung der Ausbeutung, Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen, Abschaffung der Kriege, Abschaffung des Hungers, Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Die faschistische Apokalypse der deutschen Bourgeoisie mit Hilfe Hitlers oder die faschistische Vision der US-Imperialisten von einem „gewinnbaren Atomkrieg" sind das Ergebnis der Geschichts- und damit Zukunftslosigkeit der Bourgeoisie. Sie sind präziser Ausdruck ihres Klasseninteresses: mit allen Mitteln an der Macht bleiben! Demgegenüber hat das internationale Proletariat eine andere Perspektive. Marx und Engels dazu: „,... daß in allen bisherigen Revolutionen die Art der Tätigkeit stets unangetastet blieb und es sich nur um eine andere Distribution dieser Tätigkeit, um eine neue Verteilung der Arbeit an andere Personen handelte, während die kommunistische Revolution sich gegen die bisherige Art der Tätigkeit richtet, die *Arbeit* beseitigt und die Herrschaft aller Klassen mit den Klassen selbst aufhebt, weil sie durch die Klasse bewirkt wird, die in der Gesellschaft für keine Klasse mehr gilt, nicht als Klasse anerkannt wird, schon der Ausdruck der Auflösung aller Klassen, Nationalitäten etc. innerhalb der jetzigen Gesellschaft ist; und 4. daß sowohl zur massenhaften Erzeugung dieses kommunistischen Bewußtseins wie zur Durchsetzung der Sache selbst eine massenhafte Veränderung der Menschen nötig ist, die nur in einer prakti-


Barrikade gegen die Putschisten in Barcelona

schen Bewegung, in einer *Revolution* vor sich gehen kann; daß also die Revolution nicht nur nötig ist, weil die *herrschende* Klasse auf keine andre Weise gestürzt werden kann, sondern auch, weil die *stürzende* Klasse nur in einer Revolution dahin kommen kann, sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen und zu einer neuen Begründung der Gesellschaft befähigt zu werden." (ebd., S. 69/70) Der proletarische Internationalismus ergibt sich also nicht daraus, daß „alle Menschen Brüder werden" sollen. *Das* ist eine Abgeschmacktheit der imperialistischen Bourgeoisie, die damit der Arbeiterklasse das Hirn verkleistern will. Proletarischer Internationalismus ist handfest, konkret, praktisch. Er hat mit Klassenkampf sehr viel zu tun, mit Philanthropie nichts.

II. Zu einigen aktuellen Fragen

Momentan wird viel geunkt und debattiert über die antiimperialistische Front in Westeuropa. Die einen sagen: Es gibt sie! Die anderen zetern: Was für ein Unsinn! Die RAF hebt in ihren Erklärungen (speziell die zu Pimental) in solch luftige Höhen ab, wo sie kaum noch ausgemacht werden kann, während ein Teil der straighten Antiimps die „Basis" wiederentdeckt und das so lange verpönte Wort „Arbeiterklasse" in den Mund nimmt. Öfter fallen sie dabei auf den Bauch, das heißt, sie machen in blanken Ökonomismus oder werden gar zu Trade-Unionisten. Natürlich: wer jahrelang an der eigenen Arbeiterklasse, ihren Kämpfen, Nöten und Bedürfnissen vorbeigelebt und vorbeigekämpft hat, wird schwerlich ein realistisches Verhältnis zur Klasse finden. Die Hochnäsigkeit gewisser Antiimps ist keineswegs Ausdruck ihres bösen Willens oder sonst einer „persönlichen Macke" -- sie ist das Ergebnis einer Politik, die vor lauter Globalität die Klassenkämpfe im eigenen Land nicht sieht. Uns fällt dazu die Kritik eines Genossen aus der damaligen Hausbesetzerbewegung ein, die er am „Mai-Papier" der RAF äußerte: „Jetzt, wo sich autonome und militante Kämpfe von den kids her entwickeln, kommen sie an und machen auf Zusammenarbeit. Dabei ist von denen nichts gekommen, als es abging und wir uns monatelang mit den Bullen rumkloppen mußten." Sicher: die RAF ist kein Verein zur Unterstützung sozialer/politischer Kämpfe. Die Leute müssen sich auch selber zu helfen wissen. Aber das konnten sie ganz gut. Und das Bedürfnis, *zusammenzukommen*, war bei vielen während der Zeit der Hausbesetzungen da. Aber dazu gehören immer zwei. Das „Mai-Papier" war einfach für die meisten Leute in der militanten Bewegung nicht zu packen, die meisten überflogen es nur oder kapierten es nicht. Mag das nun an der unterschiedlichen Erfahrung gelegen haben, an mangelndem theoretischen Wissen oder was auch immer, Fakt ist: die Guerilla muß in einer Sprache sprechen, die das Volk versteht. Ansonsten ist es für die Katz. Es heißt in dem Papier: „Wir stellen einfach fest: Fundamentalopposition ist mit diesem System wie nie zuvor grundsätzlich fertig: kalt, illusionslos, vom Staat nicht mehr zu erreichen." Das ist durchaus richtig. Aber zu erreichen sind diejenigen, die heute auf den Straßen kämpfen, auch nicht für die RAF. *Das* ist der Knackpunkt. Die RAF macht es sich da zu einfach, wenn sie sagt, die Leute sollen dann halt „von sich aus" was unternehmen. *Das* haben wirklich viele versucht und sind damit oft furchtbar auf die Schnauze gefallen. Wir sprechen hier *nicht* gegen die antiimperialistische Front in Westeuropa. Sie ist richtig und notwendig. „Ohne Entwicklung der Front hier wird in weltweiter Dimension kommen, was in der Geschichte der Klassenkämpfe in Europa und politisch im Ost-West-Konflikt das Tödliche geworden ist: erstarrter, verbitterter Grabenkrieg." („Mai-Papier") Das sehen wir auch so. Aber eines muß klar sein: Die antiimperialistische Front in Westeuropa wird *nur dann* zu einer relevanten Kraft im internationalen Befreiungskampf des Proletariats, wenn sie *inhaltlich erweitert wird* um die *antikapitalistische* und die antifaschistische Front. Sagt nicht, das sei ja schon alles im Antiimperialismus enthalten. Das ist es eben nicht! Zum Beispiel antikapitalistisch: die Streiks um die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich oder kürzlich die Auseinandersetzung um den § 116. Die Vertreter der „antiimperialistischen Front" haben sich dazu nicht verhalten. Kein Wort dazu. Vielleicht ist das für die Genossinnen und Genossen nur „reformistischer und ökonomistischer Dreck". So reden könnten aber nur die, die nicht wissen, was es heißt, zum Beispiel fünf Stunden in der Woche weniger für einen Kapitalisten malochen zu müssen. *Wie* wollen wir denn das Vertrauen der Arbeiterklasse gewinnen, wenn wir uns nicht um ihre Sorgen, Nöte, Probleme und Kämpfe kümmern?

Zum Beispiel antifaschistisch: Das alte und neue braune Pack muckt wieder auf, organisiert Totschlägerbanden, macht Schießübungen auf Bundeswehrübungsplätzen, schlägt Ausländer tot, organisiert sich *in* der Polizei, *in* den Geheimdiensten und *in* der Armee und wird von der Regierung nach Kräften geschützt und unterstützt. Die Revanchisten schreien unverhohlen die Gebietsansprüche des deutschen Imperialismus heraus und führen Massenkundgebungen mit Regierungspolitikern durch. Auch dazu nichts von den Vertretern der „antiimperialistischen Front".

Dabei ist doch klar: In diesen Bereichen beginnen viele Menschen, sich zu wehren. Und es ist auch das Bedürfnis vorhanden, *mehr* zu unternehmen gegen die Ausbeutung in den Fabriken, gegen die Bonzenschweine, gegen das braune Pack auf der Straße und im Staatsapparat. Die RAF verhält sich *dazu* nicht. Sie sagt einfach: „Jetzt geht es darum, was insgesamt als Möglichkeit quer durch alle Gegenden und Scenen schon lebt, oft diffus und nur als ungefähre Vorstellung spürbar, auf neuer Stufe Kampf werden zu lassen, das heißt zur Wirksamkeit und Strategie zu bringen." („Mai-Papier")

Die „neue Stufe des Kampfes, Wirksamkeit und Strategie", das muß unbedingt angegangen werden. Die Möglichkeiten dazu sind auch real vorhanden. Das geht aber nur dadurch, daß der antiimperialistische Kampf in die Tiefe und in die Breite ausgeweitet wird, also sich mit konkreten antikapitalistischen und antifaschistischen Kämpfen verbindet. Die Schwierigkeit der RAF besteht seit längerer Zeit darin, das revolutionäre Klassensubjekt nicht bestimmen und definieren zu können. Konkret für uns ist dieses Subjekt die Arbeiterklasse. Denn ohne sie oder gar gegen sie geht überhaupt nichts! Und daß Arbeiter „dumm" seien, „manipulierte Konsumtrottel", „interesselos" oder „unpolitisch" — das ist alles Gewäsch. Das ist genau *die* Definition der *Bourgeoisie* von der Arbeiterklasse.

Wer seine soziale Basis, die den Kampf mitträgt und diesen auch selber entwickeln soll, so ungenau beschreibt wie die RAF es *heute* tut, bei dem kann da nicht viel mehr herauskommen als Pimental. Was ja keine politische oder militärische Aktion war, sondern lediglich eine Frage der *Logistik*. Die dazu nachgeschobene Erklärung war dementsprechend zusammengestammelt und sollte Politik vermitteln, wo es doch bloß darum ging, einen GI umzulegen, weil seine Papiere gebraucht wurden.

„Gegenden und Scenen" sind keine soziale Basis, sie sind der Stoff, aus dem die schlechten Träume kommen.

Die RAF stiehlt sich zu sehr aus der Verantwortung gegenüber all den Menschen hier, die ein revolutionäres Potential darstellen und die anfangen oder angefangen haben, sich zu wehren. Wir sprechen von Verantwortung, weil die bei Revolutionären da sein muß. Gegenüber der Arbeiterklasse, gegenüber den Genossinnen und Genossen, gegenüber all den Menschen in diesem Land, die „fertig sind mit der Welt", also mit den menschenvernichtenden und menschenverachtenden Verhältnissen hier.

Die RAF *fordert* immer nur. „Wenn der Kampf der Guerilla die eigene Sache ist, kann die Verwirklichung davon nur sein, sich selbst — auf welcher Ebene auch immer — politisch und praktisch in den Zusammenhang der Strategie der Guerilla zu stellen." („Mai-Papier") Das ist gewagt! Der Kampf der Guerilla *ist* natürlich unsere eigene Sache, weil es derselbe Kampf gegen die Blutsauger aus den Fabriken und Banken, aus der Rüstungs- und Atomindustrie und aus dem faschistischen Staatsapparat ist. Er ist es aber nicht so, daß wir uns einer Politik *unterwerfen*, der es an *tatsächlicher* Verbindung zu den Klassenkämpfen hier mangelt. Beispiel Hausbesetzungen. Beispiel Wackersdorf. Außerdem ist es nicht so, daß sich Aktionen aus sich selber heraus erklären. Wenn beispielsweise durch die vor ein paar Jahren im Frankfurter Raum verübten Anschläge auf US-Wohnhäuser, deren Urheber Neonazis waren, die politische und mi-

Fortsetzung auf Seite 42

Zwangsarbeit und Ausländerpolitik im faschistischen Deutschland

„Zwangsarbeit" — der Begriff wird wohl zuerst assoziiert mit Auschwitz, Vernichtung durch Arbeit, IG-Farben, Krupp, Flick und Deutsche Bank. Der Verkauf der Daimler-Benz-Aktien durch Flick an die Deutsche Bank hat dieses Kapitel der deutschen Geschichte wieder in die Diskussion gebracht. Diskutiert werden aber allgemein nur Teilaspekte des Themas — und das nicht ohne Grund.

Zwangsarbeit in Konzentrationslagern — zum Teil im Auftrag der SS, zum Teil direkt für große Industrie-Konzerne — stellt nur einen Bruchteil der für das Nazi-Deutschland geleisteten erzwungenen Arbeit dar. Von der ökonomischen und militärischen Bedeutung her war die durch Kriegsgefangene einerseits und sogenannte „Fremdarbeiter" andererseits erbrachte Arbeitsleistung wesentlich höher.

Zwangsarbeit war nicht nur auf die Spitze getriebener Rassenwahn, der sich versteckt hinter den hohen Stacheldrahtzäunen der KZ's abspielte. Zwangsarbeit war viel mehr der millionenfache Einsatz von ausländischen Arbeitssklaven in deutschen Städten und Fabriken, ohne den das Regime bereits Jahre vor '45 ökonomisch am Ende gewesen wäre. Zwangsarbeit wurde — orientiert an den jeweiligen kriegswirtschaftlichen Erfordernissen — mit höchster Rationalität geplant und durchgeführt.

Der folgende Artikel soll einen Überblick über Ausmaß und Ablauf des Ausländer-Einsatzes im NS-Deutschland geben. Um diesem Anspruch wenigstens ansatzweise gerecht zu werden, sind bedauerliche Auslassungen unvermeidlich: Es fehlt eine besondere Betrachtung der Zwangsarbeit in den Konzentrationslagern, eine Untersuchung der speziellen Interessen des Kapitals bzw. einzelner Konzerne an der Zwangsarbeit, sowie eine Darstellung der konkreten Lebensverhältnisse der Zwangsarbeiter. Auch fehlt eine Würdigung des Widerstands gegen die Zwangsarbeiter-Rekrutierungen, der besonders in der Sowjetunion der Wehrmacht schwer zu schaffen machte, aber auch des Widerstands der Zwangsarbeiter in Deutschland, insbesondere gegen Ende des Krieges.

Die meisten Zitate und Fakten stammen aus einer neuen Untersuchung von Ulrich Herbert, die unter dem Titel „Fremdarbeiter" im letzten Jahr erschienen ist (1).

Die ersten Vorbereitungen

Der Hintergrund der Ausländerbeschäftigung war eine für die Nazis ursprünglich nicht geplante Situation: Während noch zu Beginn ihrer Herrschaft riesige Arbeitslosigkeit herrschte, die keinen Gedanken an eine mögliche Beschäftigung von Ausländern aufkommen ließ, hatte die künstlich aufgeheizte Konjunktur (wesentlich Rüstungsproduktion) schon 36/37 zu Arbeitskräftemangel geführt. Für die Behörden stellte sich die Alternative, entweder deutsche Frauen oder Ausländer zum Arbeitseinsatz zu bringen. Beides, so argumentierten die „Fachleute", habe Nachteile. Der Nazi-Arbeitswissenschaftler Willeke formulierte, die Beschäftigung von Ausländern gerade in der Landwirtschaft habe den Nachteil, „daß sie vom Ideal wegführt, daß der deutsche Boden nur so lange dem deutschen Volke im echten Sinne des Wortes erhalten bleibt, als er auch vom deutschstämmigen Menschen bewirtschaftet wird." Aber dieser sei dem Arbeitseinsatz der deutschen Frau immer noch vorzuziehen, der Ausländereinsatz sei eben ein Beispiel dafür, „wie sehr man das Wertopfer einer vorübergehenden Einfremdnung bestimmter Berufe eher zu bringen bereit ist als das Wertopfer einer Gefährdung der volksbiologischen Kraft des Deutschen Volkes durch stärkeren Einsatz der Frau" (2), so Willeke weiter.

Bereits zwei Jahre vor dem Überfall auf Polen ging die Nazi-Führung daran, die gesamte Organisation der Kriegsgefangenenverwaltung vorzubereiten und aufzubauen. Im Herbst '37 wertete das Wirtschafts- und Rüstungsamt beim OKW (Oberkommando der Wehrmacht) die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges bezüglich des Arbeitseinsatzes zu erwartender Kriegsgefangener aus. Diese Erfahrungen wurden als sehr günstig beurteilt, allerdings seien frühzeitigere und umfassendere Vorbereitungen notwendig und außerdem solle der Einsatz Kriegsgefangener auf die Landwirtschaft beschränkt bleiben — so empfahl es die Abteilung Abwehr. Im Januar 1939 war die detaillierte Planung des (polnischen) Kriegsgefangeneneinsatzes bis hin zu Einzelheiten des Barackenbaus und der Bewachung bereits weit fortgeschritten.

Gleichzeitig wurden die entsprechenden Behörden auf den Einsatz ziviler polnischer Arbeiter vorbereitet.

Bei dieser Organisation spielte die 1927 gegründete „Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung" eine besondere Rolle. Ihr Apparat war noch während der Weimarer Zeit, als ihre vorrangige Aufgabe in der Verwaltung der Massenarbeitslosigkeit bestanden hatte, ausgebaut und effektiviert worden, sodaß der Nazi-Regierung ein äußerst taugliches Instrument zur Verfügung stand.

Im Zuge der Zentralisierung und Neuorganisierung des Polizeiapparates unter Himmler wurde auch das Aus-
Neuorganisierung des Polizeiapparates unter Himmler wurde auch das Aus-
länderpolizeiwesen neu geregelt. Syrup, Staatssekretär im Arbeitsministerium, behauptete schon im August '37: „Wir erfassen jeden Ausländer. Wir haben eine Karthotek, wonach ich jeden Ausländer, auch wenn es fünf Jahre zurückliegt, genau erfassen kann. Ich weiß, woher er kommt, wie sein richtiger Name, wie sein vorgetäuschter Name, was seine Konfession usw. ist. Ich weiß auch, wo er beschäftigt ist. Das ist alles nötig. Sie können sich denken, daß wir mit dem Sicherheitsdienst und den Abwehrstellen im engsten Konnex arbeiten" (3).

Modellversuch Poleneinsatz

Als die deutschen Truppen die Grenzen nach Polen überschritten, marschierten Beamte des Arbeitsamtes in der Truppe gleich mit: am Freitag, den 1. September wurde Polen überfallen, am Sonntag wurde in der oberschlesischen Kreisstadt Rybnik bereits das erste deutsche Arbeitsamt errichtet. Die Beamten der Arbeitsverwaltung waren oft die ersten zivilen Behörden, die in den von deutschen Truppen besetzten Dörfern und Städten einrückten. Je nach Größe des Ortes beschlagnahmten zwischen 3 und 14 Beamte zunächst ein Gebäude, richteten es ein, bauten eine Kassenstelle und eine Verwaltungsstelle auf, ließen weitere Kollegen nachkommen und begannen mit der Arbeit. Bis zum 19. September waren auf diese Weise schon 30 Dienststellen eingerichtet, die in größeren Städten oft 100 und mehr deutsche Beamte und Angestellte beschäftigten. Die erste Aufgabe bestand darin, Freiwillige, die es angesichts hoher Arbeitslosigkeit in Polen gab, für den Einsatz in Deutschland zu rekrutieren. Außerdem wurde sogleich damit begonnen, alle Arbeitslosen karteimäßig zu erfassen. Ende September arbeiteten bereits 100.000 Gefangene in der deutschen Landwirtschaft, bis Jahresende ca. 300.000

Das war aber nur der Anfang. Im November '39 wies Göring die Arbeitsverwaltung an, „die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen in größtem Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und insbesondere ihre Entlöhnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Ar-
insbesondere ihre Entlöhnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Ar-
beitskräfte billigst zur Verfügung stellen". Der Generalgouverneur in Polen, Frank, ordnete im Januar '40 an: „Bereitstellung und Transport von mindestens 1 Million Land- und Industriearbeitern und -arbeiterinnen ins Reich (...)".

Es liegt auf der Hand, daß damit neue Probleme für die Nazis entstanden. Himmler in einer Grundsatzrede 1940: „Es wäre besser, wenn wir sie nicht hätten — das wissen wir — aber wir brauchen sie." Am 8. März 1940 erschienen die sogenannten „Polenerlasse".

Die Polen-Erlasse

Um sicherzustellen, „daß der polnische Arbeiter zu jeder Zeit und von jedermann als solcher erkannt wird", mußten alle Polen in Deutschland ein sichtbar zu tragendes Polenabzeichen tragen — die erste öffentliche Kennzeichnung von Menschen im Nazi-Deutschland, nach deren Muster im September '41 der Judenstern eingeführt wurde. Den Polen wurde die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, der Besuch kultureller und kirchlicher Veranstaltungen sowie von Gaststätten verboten. Deutsche Arbeitgeber, die Polen beschäftigten, erhielten ein Merkblatt: Es informierte über die getroffenen Anordnungen und bestimmte, „daß die Entlohnung polnischer landwirtschaftlicher Arbeiter grundsätzlich niedriger als die der deutschen Arbeiter zu sein habe. Die polnischen Arbeiter bekamen bei ihrer Ankunft ein zweisprachiges Merkblatt, in dem es unzweideutig hieß: „Wer lässig arbeitet, die Arbeiter niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verläßt usw., erhält Zwangsarbeit im Konzentrationslager ... Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt, oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft".

Neben diesem Komplex von strafrechtlichen Sonderbestimmungen wurde ein spezielles Arbeits- und Sozialrecht für polnische Arbeitskräfte geschaffen, das die soziale Schlechterstellung der Polen juristisch absicherte und ihre Ausbeutung im Dienst des NS-Regimes drastisch erhöhte. Festge-
lung der Polen juristisch absicherte und ihre Ausbeutung im Dienst des NS-Regimes drastisch erhöhte. Festge-
legt wurde, daß der Arbeitgeber für jeden eingestellten Polen eine Sondersteuer zu zahlen hat, die er von dessen Lohn abziehen muß. Damit erreichte man zwei Dinge gleichzeitig: Der polnische Arbeiter erhielt erstens offenkundig weniger Lohn als sein deutscher Kollege, was die Herrenmenschen-Rolle der Deutschen dokumentiert und zweitens schöpfte der Staat einen hohen Sonderprofit ab. In einem juristischen Kommentar wurden diese Regelungen damit gerechfertigt, daß „der Pole die Wehrsteuer, die Beiträge zur Deutschen Arbeitsfront, Spenden zum Winterhilfswerk, Parteibeträge" usw. nicht zu leisten hätte, auch weder Arbeitsdient und Wehrdient ableisten müßte, „zum Schutz des deutschen Lebensraumes persönlich nichts beiträgt und ungehindert seiner Beschäftigung nachgehen kann" (4). Später wurde noch festgelegt, daß den Polen nur die wirklich geleistete Arbeit zu bezahlen sei, das heißt im Krankheitsfall bekamen sie nichts.

Es gibt keine Hinweise darauf, daß diese diskriminierenden Verordnungen irgendeiner Stelle im Apparat oder in der Bevölkerung auf Widerspruch gestoßen wären. Sie waren insofern ein erster Testlauf: Es war also offenbar problemlos möglich, einer großen Gruppe von ausländischen Zivilarbeitern erheblich schlechtere Arbeitsbedingungen zuzumuten, ohne daß es zu größeren Protesten in der deutschen Öffentlichkeit kam, ja ohne daß dies überhaupt als etwas Besonderes, etwas Erwähnenswertes wahrgenommen wurde.

Nach einem Jahr konnte die Nazi-Führung bilanzieren: Der „Modellversuch Poleneinsatz" hatte insgesamt funktioniert. Die riesige Lücke an Arbeitskräften auf dem Lande bei Beginn des Krieges war ausgefüllt worden.

Der Frankreichfeldzug: Schnelle Beute

Die Vorbereitung des Frankreichfeldzuges stellte die deutsche Regierung vor ein ähnliches Problem wie ein Jahr zuvor der Polenüberfall. Im Mai 1940 meldeten die Rüstungsinspektionen, daß allein für die Betriebe mit Wehrmachtsaufträgen etwa eine halbe Million Arbeiter fehlten. Im Unterschied zu '39 diesmal aber in der Industrie. Der Arbeitseinsatz der französischen Kriegsgefangenen war daher auch bereits gut vorbereitet und funktionierte nach den „polnischen Erfahrung" nahezu reibungslos. Die ersten französischen Gefangenen wurden bereits während der Kampfhandlungen in die Stammlager (Stalag) nach Deutschland gebracht, dort in Arbeitskommandos eingeteilt und zu den Arbeitsstellen gebracht. Ab da lebten sie in den Kriegsgefangenenaußenlagern in der Nähe ihrer Arbeitsstätten. Im Oktober '40 waren bereits 1,2 Millionen „West-Arbeiter" (hauptsächlich Franzosen, auch Briten, Holländer, Belgier, Norweger) in Deutschland eingesetzt, insgesamt (mit Polen) rund 2 Millionen, damit fast 10% aller im Deutschen Reich beschäftigten Arbeitskräfte.

Gegen Verstöße der Arbeitsdisziplin, besonders durch Fluchtversuche, wurde ein ausgeklügeltes Strafsystem entwickelt, was in der Errichtung von sogenannten Arbeitserziehungslagern (AEL) gipfelte. Besonderes Kennzeichen dieses Systems war, daß Strafen an Ausländern nicht auf dem „Umweg" über die Justiz, sondern direkt von Arbeitsämtern und Gestapo verhängt und durchgeführt wurden. Damit wurde die deutsche Arbeitsverwaltung endgültig aktiver Teil des Nazi-Terrorapparates. Dieser Apparat wurde dann auch immer weiter ausgebaut und „flexibilisiert".

Wurden Polen bislang bei offensichtlicher „Arbeitsunlust" z.B. in die Steinbrüche des KZ Mauthausen gesteckt, hatte das einen entscheidenden Nachteil: Die Arbeitskräfte wurden u.U. für immer ihrer Arbeitsstelle „entzogen", eine eher kurzfristige, aber nachhaltig „abschreckende" Strafe in einem Sonderlager, was zudem noch in der Nähe der Arbeitsstelle lag, war da eine bessere Lösung. Bereits im Sommer 1940 wurden die ersten AELs gebaut, später tauchen sie in allen Regionen auf.

Die Haftdauer sollte 8 Wochen nicht überschreiten, gearbeitet werden sollte 10-12 Stunen pro Tag, einschließlich Sonn- und Feiertagen.



In Nazi-Quellen dokumentiert ist beispielsweise die Errichtung und Verwaltung eines Lagers im Ruhrgebiet. Es gehörte der Firma „Hochtief" (auch heute noch eine bekannte große Baufirma). Zwischen der Firmenleitung und der Arbeitsverwaltung wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die „der Firma Hochtief von der Geheimen Staatspolizei zur Unterbringung in dem Erziehungslager Versetalsperre zugewiesenen Gefolgschaftsmitglieder" von der Firma zu beschäftigen und entlohnen waren, während die Gestapo für Bewachung und Unterbringung sorgte.

Die Lebensbedingungen in diesem Lager waren so schlecht, daß regelmäßig ein Viertel der Häftlinge arbeitsunfähig war. Das war natürlich nicht im Sinne der Firma Hochtief, sie zeigte sich nach einiger Zeit sehr enttäuscht über die Arbeitsleistungen und regte an, das Lager ganz zu schließen. Das rief aber die umliegenden Industriefirmen und die Gestapo auf den Plan: Man hatte sich an dieses angenehme und höchst effektive Disziplinierungssystem bereits gewöhnt und so erklärte sich die Bezirksgruppe Steinkohlebergbau Ruhr in Essen und die Bezirksgruppe Nordwest der Eisenschaffenden Industrie in Düsseldorf kurzfristig bereit, „zur Fortführung des Lagers im Winter je 5.000,- RM, insgesamt 10.000,- RM zur Verfügung zu stellen".

Mißhandlungen und Übergriffe waren in diesen Lagern, die in vielen Regionen errichtet und in steigendem Maße von Unternehmen und Arbeitsbehörden genutzt wurden, an der Tagesordnung. Hervorzuheben ist, daß die-

> „Seine Verbringung zum Arbeitseinsatz erfolgte nicht wegen seiner Zugehörigkeit zu einem fremden Staat oder zu einem nichtdeutschen Volkstum. Sie war vielmehr eine Maßnahme zur Beseitigung des kriegsbedingten Mangels an Arbeitskräften, von der Personen aller Nationalitäten betroffen wurden. Die von dem Antragsteller vorgetragenen Umstände des Arbeitseinsatzes sind nach eingehender Würdigung auf die allgemeine Verschlechterung der Lebensbedingungen im Verlaufe des Krieges zurückzuführen. Der Antrag war daher abzulehnen."
>
> (Aus dem Bescheid des Bundesverwaltungsamtes Köln vom 28.11.1966 gegen den Wiedergutmachungsantrag des ehemaligen Ostarbeiters Edmund Petraschkowitsch)

Fortsetzung nächste Seite

Geschichte

Fortsetzung von vorheriger Seite

ses Sonderstraf-System keine sozusagen „interne“ Angelegenheit des Nazi-Apparates war, sondern aufgrund seiner Anwendung einen breiten Bekanntheitsgrad besaß: Der deutsche Vorarbeiter, der den „Bummelanten“ dem Meister meldete, der wiederum im Verein mit dem Abwehrbeauftragten des Betriebes Verwarnungen oder Geldbußen aussprach, bis schließlich der Fall an den zuständigen Beamten beim örtlichen Arbeitsamt gemeldet wurde, der ihn an den für „Arbeitsuntreue“ zuständigen Sachbearbeiter der Gestapo weitermeldete. Es war also eine Terrormaßnahme, die von tausenden normaler deutscher Bürger aus eigenem Antrieb und in Kenntnis der Konsequenzen angewandt wurde.

Ein solches Verhalten ist nur zu erklären, wenn man von einer allgemeinen Akzeptanz gegenüber solchen Maßnahmen ausgeht. Noch krasser wird diese Grundstimmung in der Bevölkerung deutlich, wenn man sich den ganzen Komplex um das Strafdelikt „Verbotener Umgang mit Ausländern und Kriegsgefangenen“ anschaut. Dieses „Verbrechen“ wurde seit Ende 1940 zum neuen Massendelikt. Und zwar nicht deshalb, weil durch die wachsende Anzahl der im „Reich“ arbeitenden Ausländer nur die statistische Wahrscheinlichkeit eines solchen „Umgangs“ wuchs, sondern weil es tausende willfähriger Denunziaten gab, die ihren Nachbarn, Arbeitskollegen, Lehrer usw. usf. in voller Klarheit über die zu erwartenden Konsequenzen (bis zu 6 Jahren Haft für die Ausländer, für Polen sogar Todesstrafe, die deutschen Frauen mußten mit öffentlichem Anprangern, Haareabschneiden u.ä. rechnen) bei der Gestapo anzeigten. Es ist keine übertriebene Feststellung, daß die Staatspolizeistellen 1941 mehr als mit allem anderen mit der Vefolgung von „Ausländersachen“ zu tun hatten.

Im Sommer 1941 arbeiteten etwa 3 Millionen Ausländer im „Altreich“. Sie unterlagen, in unterschiedlichen Abstufungen, einem Sonderrecht und -strafsystem. Das war allen Deutschen bekannt, das konnte jeder tagtäglich miterleben und korrespondierte mit einer breiten Toleranz, wenn nicht sogar Mittäterschaft. Wenn polnische Arbeiter ohne Gerichtsurteil am nächsten Baum aufgehängt werden konnten, weil sie angeblich mit einer deutschen Frau sexuell verkehrt hatten, war mit Protesten der deutschen Bevölkerung gegen die schlechte Bezahlung oder Unterbringung der Polen schon gar nicht zu rechnen.

Vor dem Überfall auf die Sowjetunion

Vor dem Überfall auf die Sowjetunion

Angesichts der nach dem Frankreichfeldzug entspannter werdenden wirtschaftlichen Situation, gerade auch auf dem Arbeitsmarkt, erschien es logisch, daß die NS-Führung bei ihren Planungen für die Eroberung der Sowjetunion nur an eine rein materielle (Getreide, Rohstoffe, industrielle Kapazitäten) Ausplünderung dachte und nicht an neue Arbeitskräfte. Darüberhinaus sollte ja die Eroberung auf jeden Fall innerhalb des Jahres '41 abgeschlossen werden, was bedeutet hätte, daß anschließend eh die deutschen Arbeitskräfte im Wesentlichen wieder für den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hätten.

In erster Linie sollten landwirtschaftliche Produkte aus der SU „herausgeholt“ werden. Was das für die dort lebende Bevölkerung bedeuten würde, war der deutschen Regierung voll bewußt: „Hierbei werden zweifellos zig Millionen Menschen verhungern, wenn von uns das für uns Notwendige aus dem Lande herausgeholt wird“. „Viele 10 Millionen Menschen werden in diesem Gebiet überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. (...) Darüber muß absolute Klarheit herrschen“ (5).

Deutlicher hätte der klare Vernichtungswillen der deutschen Regierung wohl kaum ausgesprochen werden können. Aus dieser Grundhaltung heraus wurden auch die Planungen der Militärführung für die Behandlung der zu erwartenden Kriegsgefangenen durchgeführt. Das OKW rechnete mit mindestens 2-3 Millionen Gefangenen, es gab aber keine Vorstellungen über Unterkunft, Transport oder Verpflegung. Offenbar ging man schlicht von ihrem Hungertod aus. Erst recht wurde nicht an ihren Arbeitseinsatz gedacht, im Gegenteil: Es bestand ein ausdrückliches Verbot Hitlers, russische Gefangene im Reich zur Arbeit einzusetzen. Nur unter schärfster Bewachung wurden bis zum Herbst '41 ca. 700.000 sowjetische Kriegsgefangene „für die unmittelbaren Bedürfnisse der Truppe“ zu Zwangsarbeit eingesetzt.



Die Bilanz: 60% der 3,4 Millionen sowjetischer Kriegsgefangenen des Jahres 1941 ließen die Nazis an Hunger und Fleckfieber sterben, 1,4 Millionen von ihnen bereits Anfang Dezember.

Entscheidung für den „Russeneinsatz“

Aber schon im Herbst trat eine Wende ein: Hitler ordnete am 31. Oktober '41 an, „daß auch die Arbeitskraft der russischen Kriegsgefangenen durch ihren Großeinsatz für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft weitgehend auszunutzen ist. Voraussetzung für die Arbeitsleistung ist eine angemessene Ernäh-

sischen Kriegsgefangenen durch ihren Großeinsatz für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft weitgehend auszunutzen ist. Voraussetzung für die Arbeitsleistung ist eine angemessene Ernäh-

rung.“

Diese Entscheidung stellte eine grundsätzliche Absage an die bisherige Politik gegenüber den sowjetischen Kriegsgefangenen und das erste Eingeständnis dar, daß die Kriegsziele im Osten nicht erreicht worden waren. Vorausgegangen waren eine Reihe von „Bestellungen“ besonders aus dem Bergbau und der Rüstungsindustrie, bereits im September gab es 2,6 Millionen offene Stellen, die angesichts des ins Stocken geratenen Angriffs der Wehrmacht kaum kurzfristig zu besetzen waren.

Der „Russeneinsatz“ stand aber im diametralen Gegensatz zur rassistischen Propaganda gegen die Untermenschen und kinderfressenden Bestien aus dem Osten und mußte entsprechend ideologisch und praktisch flankiert werden. Die Bestimmungen gegenüber russischen Arbeitern wurden daher noch brutaler, noch rassistischer als schon gegenüber den Polen. Der deutsche Herrenmensch sollte sich als solcher fühlen und ausleben dürfen, nicht nur an der Front, sondern auch zuhause, am Arbeitsplatz und im Wohnviertel. „Deutscher Arbeiter ist grundsätzlich Vorgesetzter der Russen“. Auch noch der kleinste deutsche Hilfsarbeiter hatte seine Sklaven. „Ernährung Sache des Vierjahresplanes. Schaffung eigener Kost (Katzen, Pferde usw.)“. „Aufsicht: Wehrmachtsangehörige während der Arbeit, aber auch deutsche Arbeiter, die hilfspolizeiliche Funktionen wahrzunehmen haben.“ „Die Strafskala kennt zwischen Ernährungsbeschränkung und standrechtlicher Exekution im allgemeinen keine weiteren Stufen.“ Soweit Zitate aus den Russenbestimmungen.

Das Aufpäppelungsprogramm

Makabererweise traf die politische Entscheidung zum „Russeneinsatz“ zeitlich mit dem Höhepunkt des Massensterbens in den russischen Kriegsgefangenenlagern zusammen. Plötzlich lautete die Devise nicht mehr, „ruhig sterben lassen“, sondern „aufpäppeln“. Denn auf den Transporten starben 25-70% der Gefangenen, es begann eine hektische Betriebsamkeit, z.B. wurden Gefangene „in aussichtsreichen Fällen“ in „heizbaren Baracken“ durch „Liegekuren“ wieder transportfähig gemacht. Mitte Januar '42 verfügte das OKW als „Sofortmaßnahme“, „die noch aufpäppelungsfähigen Kriegsgefangenen mit größerer Beschleunigung solchen Betrieben zuzuführen, die bereit sind, die Aufpäppelung selbst durchzuführen.“ Das konnte sinnvollerweise nur in der Landwirtschaft geschehen, folgerichtig wurde im Februar das weiterhin offi-

größerer Beschleunigung solchen Betrieben zuzuführen, die bereit sind, die Aufpäppelung selbst durchzuführen.“ Das konnte sinnvollerweise nur in der Landwirtschaft geschehen, folgerichtig wurde im Februar das weiterhin offi-

ziell so genannte „Aufpäppelungssystem“ installiert: Erst kamen die Gefangenen zur Arbeit auf Bauernhöfe, und wenn sie sich dort soweit erholt hatten und entsprechend geeignet erschienen, wurden sie an die Industrie weitergeleitet. Aber auch einige gewerbliche Betriebe erhielten sowjetische Arbeitskräfte mit der Maßgabe, sie vor der Beschäftigung zunächst „aufzupäppeln“ — Anlaß für die Industrie- und Handelskammer Solingen, sofort nachzufragen, ob man die „Aufpäppelungskosten“ den Russen später auch vom Lohn abziehen könnte.

Insgesamt aber kam diese „Hilfe“ für die meisten Betroffenen zu spät: von den 3.350.000 russischen Kriegsgefangenen bis März '42 konnten nur rund 5% zur Arbeit eingesetzt werden. Die Folge war logisch: Weiterer Sklavennachschub aus dem Osten mußte organisiert werden. Damit wurden Zwangsmaßnahmen gegen die ausländische Bevölkerung und Deportationen in die Wege geleitet, die alles bisherige in den Schatten stellten.

> „Ihe Arbeitserziehung, ihre geringen Versäumnisse, die Unmöglichkeit des ‚In-Urlaub-Fahrens' sind wichtige Erleichterungen für die Stetigkeit im Fertigungsablauf des Betriebes. Unter der Führung von verantwortungsbewußten deutschen Arbeitskameraden und kameradinnen erfüllt insbesondere die Ostarbeiterin weitgehend die mit unserer Fertigung verbundenen Aufgaben. Unser Wunsch ist deshalb: Noch mehr Ostarbeiterinnen!“
>
> (aus dem Schreiben der Betriebsleitung der Firma Carl Zeiss Jena)

Der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz

Um das alles besser organisieren zu können, wurde im März 42 ein „Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz“ ernannt, der NS-Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel. Unter seiner Person erreichte die Zwangsarbeiter-Rekrutierung ihre höchste Effektivität. Er entwickelte ein differenziertes System verschiedener „Anwerbungsmethoden“, angefangen von demagogischen Verlockungen (besonders im Westen und in deutschfeindlichen Ostgebieten angewandt) bis zu brutalsten Aushebungen ganzer Dörfer. Zu diesem System gehörte auch eine möglichst umfassende Zensierung der Post in die Heimatländer der in Deutschland arbeitenden zivilen Arbeitskräfte.

Obwohl die NS-Behörden mit diesen Mitteln zu verhindern versuchten, daß Berichte über die Lage der Zwangsarbeiter nach außen drangen, sprach sich auch in der Sowjetunion bald herum, was die abtransportierten Männer und Frauen in Deutschland erwartete. Die sowjetische Führung machte zudem große Flugblatt-Kampagnen, in denen sie die eigene Bevölkerung davor warnte, sich von den Deutschen rekrutieren zu lassen.

In der Folge fiel es der Behörde Sauckel immer schwerer, den Arbeitskräfte-Nachschub aus der SU sicherzustellen. Wie die „Werbung“ von zivilen Arbeitskräften vor sich ging, schildert ein Augenzeuge aus einem Dorf in der Ukraine: „Es kam der Befehl, 25 Arbeiter zu stellen, aber keiner hat sich gemeldet, alle waren geflohen. Dann kam die deutsche Gendarmerie und fing an, die Häuser der Geflohenen anzuzünden ... Man verbot den herbeigeeilten Leuten zu löschen, schlug und verhaftete sie, so daß sechs Höfe niederbrannten. Die Gendarmen zündeten unterdessen andere Häuser an, die Leute fallen auf die Knie und küssen ihnen die Hände, die Gendarmen aber schlagen mit Gummiknüppeln auf sie los und drohen, daß sie das ganze Dorf niederbrennen werden ... Man fängt Menschen, wie die Schinder früher Hunde gefangen haben.“

Mit solchen Methoden schafften es Wehrmacht und SS dennoch, pro Woche rund 40.000 zivile Arbeitskräfte aus der Sowjetunion nach Deutschland zu holen, insgesamt 1.480.000, außerdem noch eine halbe Million Kriegsgefangene.

Die sogenannte „bessere Behandlung“

Schon 1942 häuften sich Beschwerden aus deutschen Betrieben, daß speziell die Ostarbeiter dermaßen schlecht ernährt und versorgt seien, daß ihre Ar-

Schon 1942 häuften sich Beschwerden aus deutschen Betrieben, daß speziell die Ostarbeiter dermaßen schlecht ernährt und versorgt seien, daß ihre Ar-

beitsleistung zu wünschen übrig ließe. Es war ein Stadium erreicht,in dem aufgrund der exzessiven Sklavenhalter-Politik die Effektivität des Ausländereinsatzes massiv zu leiden drohte. Das konnte nicht im Sinn des NS-Regimes sein.

Folglich gab es im Laufe des Jahres 42 zunehmend Versuche, sowohl einzelner Betriebe, als auch aus dem NS-Apparat heraus, die materielle Lage der Ostarbeiter zu verbessern, ausdrücklich mit dem Hinweis, daß es naürlich nur um die zu erzielende Arbeitsleistung ging. „Auch eine Maschine vermag nur das zu leisten, was ich ihr an Treibstoff, Schmieröl und Pflege zur Verfügung stelle“, lautete die offizielle Begründung für eine Anordnung zur Verbesserung von Ernährung, Behandlung und Unterbringung der sowjetischen Arbeiter. Eine Begründung, die sich offensichtlich geradezu entschuldigend an die deutschen Volksgenossen richtete. Denn immer wieder gab es erhebliche Unmutsäußerungen aus der Bevölkerung über die zu gute Ernährung der „Russen“, wie aus Berichten des SD (Sicherheitsdienst) hervorgeht.

Es hatte sich mit der Zeit ein gut funktionierendes System aus Beschaffung, Unterbringung, Verwendung und Disziplinierung der Ausländer eingespielt, was natürlich die letzte Station der „Verwertung“ mit einschloß: Die „Ausscheidung der Leistungsunfähigen“, wie es in der an zynischer Kälte nicht zu übertreffenden deutschen Amtssprache hieß, war, wie alles andere, bestens organisiert. Ein ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener berichtete später aus dem Ruhrgebiet: „Zweimal in der Woche — dienstags und donnerstags — wurden aus unserem Lager Kolonnen von kranken, erschöpften, ‚verbrauchten' Menschen auf dem Weg ins Vernichtungslager verabschiedet. Im Laufe von 2 Jahren wurde das ungfähr 2000 Menschen zählende Kontingent des Lagers dreimal ausgewechselt.“

Das war keineswegs ein geheimes Vorgehen irgendwelcher Polizeistellen o.ä., sondern allgemeine Praxis. So wies die Bezirksgruppe Ruhr die Bergbaubetriebe in einem Schreiben extra darauf hin: „Ferner sollen in Zukunft alle auf den Zechen vorübergehend nicht brauchbaren Kriegsgefangenen zum Lager Hemer überstellt werden, die dann wieder gekräftigt und danach den Zechen zurückgegeben werden. Alle dauerd unbrauchbaren Kriegsgefangenen werden von dort dem Stalag bzw. dem Arbeitsamt zurückgegeben.“ Besser läßt sich kaum beschreiben, wie integriert die Sklaven- und Zwangsarbeit in das normale wirtschaftliche und bürokratische Leben war, von jedermann einzusehen, jedem zugänglich.

Mitte '42 war der Russeneinsatz schon fast zur Routine geworden. Die Arbeitskräfte aus der Sowjetunion waren — ein halbes Jahr nachdem man hunderttausende von ihnen hatte verhungern lassen — zu den begehrtesten Arbeitskräften in Deutschland geworden: anspruchslos, billig und ohne politische Rücksichtnahmen repressiv kontrollierbar. Es konnte also weitergehen.

Die Ostarbeiterinnen

Am 10. September '42 erschien der Erlaß über die „Hereinholung von Ostarbeiterinnen“, mindestens eine halbe Million sollten es möglichst bald sein. „Für den Einsatz hauswirtschaftlicher Ostarbeiterinnen spreche weiter, daß nunmehr auch diejenigen kinderreichen Haushalte sich eine Arbeitskraft halten könnten, deren finanzielle Lage bisher die Einstellung einer Hausgehilfin nicht zugelassen habe“, hieß es in Berichten. Sie sollten zwischen 15 und 35 Jahre alt, von „kräftiger körperlicher Konstitution“ und von arischer Erscheinung sein. Diese Politik war allein aus ökonomischen bzw. kriegswirtschaftlichen Gründen nicht zu erklären. Offensichtlich sollte an weit verbreitete „koloniale Bedürfnisse“ in der deutschen Bevölkerung angeknüpft werden. Eine Ostarbeiterin als Dienstmädchen — das war bürgerliches Statussysmbol zu erschwinglichem Preis und zugleich sichtbarer Ausdruck einer quasi-kolonialen Gesellschaftsordnung.

Es liegt auf der Hand, daß die vielen blonden Ostarbeiterinnen den Rassefanatikern in der NSDAP bedrohlich erscheinen mußten. „Immer stärker dringt durch die sich immer steigernde Zahl der Fremdarbeiter unerwünschtes Blut in unseren Volkskörper ein in einem Umfange, wie man es nie für möglich gehalten hätte,“ formulierte ein führender Nazi im Ost-Ministerium. Verschiedene Überlegungen und Gespräche zwischen Parteiführung und Reichssicherheitshauptamt führten zur Installierung eines neuen Überwachungsdienstes durch Parteimitglieder.

führender Nazi im Ost-Ministerium. Verschiedene Überlegungen und Gespräche zwischen Parteiführung und Reichssicherheitshauptamt führten zur Installierung eines neuen Überwachungsdienstes durch Parteimitglieder.

Aufgabe dieses „Parteistreifendienstes“ war es, „Geschlechtsverkehr und alle Beziehungen zwischen Deutschen und Fremdvölkischen, die erwartungsgemäß zu Geschlechtsverkehr führen“, verhindern zu helfen. Ausgestattet mit einem speziellen Sonderausweis der Partei wurden in Deutschland Zehntausende von Parteimitgliedern eigens für diese Aufgabe der Beobachtung der Polen und Ostarbeiter angelernt und spezialisiert. Ein gigantisches Überwachungssystem, das die Zahlen der gemeldeten Gesetzesübertretungen durch ausländische Arbeiter in die Höhe schnellen ließ.

Ausländerpolitik nach „Stalingrad“

Nach der Niederlage von Stalingrad änderte die Nazi-Führung die grundsätzliche ideologische Orientierung ihrer Kriegsführung. Nicht mehr die Eroberung des östlichen Lebensraumes wurde in den Vordergrund gestellt, sondern die Verteidigung Europas gegen den Bolschewismus, insgesamt wurde eine defensive Propagandalinie eingeschlagen. Der „Totale Krieg“ war das Schlagwort, der Sieg wurde auch in der Propaganda als nicht mehr sicher dargestellt. Für die Ausländerpolitik hatte das zur Folge, daß die rassistischen Aspekte gezielt in den Hintergrund traten, was konkret zu neuen Richtlinien besonders zur Behandlung der Ostarbeiter und Polen führte.

Ein besonderes „Merkblatt“ vom April '43 drückt diese Neuorientierung aus. Dort heißt es u.a.:

„Jeder, auch der primitivste Mensch hat ein feines Empfinden für Gerechtigkeit. Daher muß sich jede ungerechte Behandlung verheerend auswirken. Ungerechtigkeiten, Kränkungen, Schikanen, Mißhandlungen usw. müssen also unterbleiben. Die Anwendung der Prügelstrafe ist verboten. (...). Von

Fortsetzung nächste Seite

Polacy!

W ostatniem czasie wykonano wyroki śmierci przeciwko:

Zlosnik Josef, ostatnio w Falkendorf, powiat Höchstadt a. d. Aisch z powodu gwaltownosci przeciwko jego pracowdawcowi;
Sikora Stanislaus, ostatnio w Alterlangen kolo Erlangen z powodu zgwalcenia,
Domagala Wladyslaw, ostatnio w Eyb powiat Ansbach z powodu ciężkiej kradzieży.
Pesko Josef, ostatnio w Wippendorf, powiat Ansbach z powodu podpalenia.

Uznajcie z tego:

Kto pracuje, ma się w niemczech dobrze!
Kto pracowac niechce, będzie do tego zmuszony!
Kto zawini przeciwko niemieckiem ustawöm wojennym i obeczajowym, będzie powieszony!

Übersetzung:

Polen!

In letzter Zeit wurden hingerichtet:

Zlosnik Josef, zuletzt Falkendorf, Landkreis Höchstadt a. d. Aisch, wegen Gewalttätigkeit gegen seinen Brotgeber.
Sikora Stanislaus, Alterlangen b. Erlangen wegen Notzuchtverübung.
Domagala Wladyslaw, zuletzt Eyb, Landkreis Ansbach, wegen erschwerten Diebstahl.
Pesko Josef, Wippendorf, Landkreis Ansbach wegen Brandstiftung.

Ihr sollt daraus erkennen:

Wer arbeitet, hat es gut in Deutschland!
Wer nicht arbeiten will, wird dazu gezwungen!
Wer sich gegen die deutschen Kriegs- und Sittengesetze vergeht, wird aufgehängt!

Fortsetzung von vorheriger Seite

Menschen, die als Bestien, Barbaren und Untermenschen bezeichnet werden, kann man keine Höchstleistungen verlangen."

Gleichzeitig beinhaltete die neue „Verteidigungslinie", daß die Furcht des Regimes vor Sabotage und Destruktion durch die vielen im Land befindlichen Ausländer wuchs, entsprechend wurden die Kompetenzen der Gestapo bezüglich der Ausländer erhöht, ihre Verfolgung und Bespitzelung noch verschärft. Nur ein scheinbarer Widerspruch, der sich nach außen als Kompetenzgerangel zwischen Ausländerbehörde und RSHA darstellte, aus der objektiven Situation aber leicht erklärlich ist.

Die militärische Lage brachte die deutsche Regierung in eine Zangenlage: Für den „Totalen Krieg" mußten auch die letzten personellen Reserven an die Front mobilisiert, andererseits die Rüstungsproduktion noch weiter hochgefahren werden. Beide Faktoren ließen die Nachfrage nach Arbeitskräften weiter wachsen, Konsequenz: weitere Ausländer mußten rangeschafft werden, diesmal wieder verstärkt aus dem westlichen Europa — aufgrund der neuen ideologischen Linie.

werden, diesmal wieder verstärkt aus dem westlichen Europa — aufgrund der neuen ideologischen Linie.

Entsprechend wurde ersteinmal die Vichy-Regierung in Frankreich unter Druck gesetzt. Bis Ende '43 wurden über eine halbe Million Franzosen — hauptsächlich Metallwerker — nach Deutschland verschafft.

Aus der Sowjetunion wurden immer größere Schwierigkeiten gemeldet. Der immer stärkere Widerstand der Bevölkerung gegen die Deportationen, besonders die Partisanentätigkeit, machte den Deutschen zunehmend zu schaffen. Dennoch gelang es — mit immer mehr gesteigertem Terror — bis Jahresende weitere 700.000 sowjetische Zwangsarbeiter zu rekrutieren. Berichte über die brutalen Methoden der Anwerbekommissionen bei dem Menschenfang in den besetzten Gebieten sind dementsprechend für das Jahr '43 besonders zahlreich.

Schließlich gingen die Werbekommandos der Wehrmacht im Osten sogar zur systematischen Deportation von Kindern über. Unter dem Tarnnamen „Heuaktion" war vorgesehen, allein im Bereich der Heeresgruppe Mitte in der Sowjetunion „40.000 bis 50.000 Jugendliche im Alter von 10-14 Jahren zu erfassen und ins Reich zu bringen".

Am 25. Juli 1943 wurde Musolini gestürzt. Für die Machtposition der NS-Führung ein schwerer Schlag, war es

Am 25. Juli 1943 wurde Musolini gestürzt. Für die Machtposition der NS-Führung ein schwerer Schlag, war es

unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten eine angenehme Überraschung. Konnte man doch durch die Überführung von 600.000 italienischen Soldaten in die Kriegsgefangenschaft und damit die Zwangsarbeit wieder mal die größten Löcher stopfen. Bis vor kurzem noch befreundete Kampfgefährten, wurde nun mit den Italienern besonders brutal umgesprungen. Bei Krupp in Rheinhausen waren schon im März 1944 rund 1/4 der italienischen Internierten wegen Unterernährung ausgefallen. Die Sterblichkeitsrate lag im letzten Kriegsjahr bei Italienern und sowjetischen Kriegsgefangenen unter allen Ausländergruppen am höchsten.

Die Pläne, auch das zivile Italien „auszuheben", waren zwar vorhanden, konnten aber nicht einmal ansatzweise durchgeführt werden. Zwar gäbe es in Italien „Menschen noch und noch. (...) Die Reserven sind da, aber die Mittel, sie zu erfassen, sind zerschlagen", hieß es in einem Sitzungsbericht der NS-Führung. 4 Millionen Rekrutierungen sollten eigentlich vorgenommen werden, es blieb aber bei einigen zig-tausend.

Zusammenfassung

Aufgrund der Aktivitäten der deutschen Regierung waren im August 1944 ca. 7,7 Millionen ausländischer Zwangsarbeiter in Deutschland tätig, einschließlich der KZ-Arbeiter rund 30% aller Arbeiter überhaupt. Die deutschen Städte und Dörfer waren mit Ausländerlagern regelrecht überzogen. Insgesamt rund 20.000 konzentriert auf die industriellen Ballungszentren. In Essen allein gab es mehr als 300 solcher Lager.

Davon profitierten keineswegs nur große Konzerne, sondern tausende von Klein- und Mittelbetrieben beteiligten sich an diesem Sklavenprogramm. Das war Kapitalismus total. Das war Ausbeutung, wie sie in dieser Intensität und Konsequenz unter den Bedingungen einer hochentwickelten kapitalistischen Produktion noch nie möglich war. Vor diesem Hintergrund kommt es geradezu einer Verharmlosung gleich, den Komplex „Zwangsarbeit" ausschließlich mit den Namen Flick, Thyssen usw. zu verbinden.

Ein weiterer Punkt macht den Aspekt „Zwangsarbeit" brisant: „*Der millionenfache Mord an den Juden geschah ja unter höchster Geheimhaltung, die Verbrechen an der Bevölkerung der besetzten Ostgebiete geschahen weit ab von Deutschland irgendwo ‚im Osten'. Im Gegensatz dazu wurden die ausländischen Arbeitskräfte gerade nicht ausgesondert und weggebracht, sondern nach Deutschland mitten in den Alltag der deutschen Bevölkerung hinein deportiert, ins eigene Wohnviertel, an die eigene Werkbank; und die Haltung der Deutschen entschied darüber, ob der Ausländereinsatz im Sinne der Regimeführung gelang*". So bilanziert Ulrich Herbert seine Untersuchung.

Keiner kann also sagen, er habe „davon nichts gewußt". Wer sich an der Organisierung dieses modernen Sklavensystems nicht sogar aktiv beteiligt hat — und die Zahl derjenigen muß in

Organisierung dieses modernen Sklavensystems nicht sogar aktiv beteiligt hat — und die Zahl derjenigen muß in

die hunderttausende gegangen sein — hat es zustimmend toleriert oder mindestens schweigend hingenommen. Es kann nur eine verschwindend geringe Anzahl von Gegnern dieser Politik gegeben haben, so gering, daß von ihnen in den verschiedenen Berichten des SD, der immer sehr detailliert über die Stimmungen in der Bevölkerung berichtet hat, nie die Rede ist. Im Gegenteil: Gerade in der Phase der Blitzkriegseuphorie kamen die Initiativen zur Schlechterstellung der Ausländer häufig von unten.

Eine Regelung, die heute die „Wiedergutmachung" — eine Formulierung übrigens, die an Zynismus nur von den Rundschreiben der Nazis übertroffen wird — auf Sonderfälle in der Industrie reduzieren will, geht eigentlich am Problem vorbei und bekommt angesichts der Tatsachen objektiv Verschleierungscharakter. Der heutige BRD-Staat als offizieller Rechtsnachfolger des NS-Regimes wäre da die richtige Adresse. Aber da besteht keine Chance — siehe den Bescheid gegen Edmund Petraschkowitsch.

Ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene nach Staatsangehörigkeit und Wirtschaftszweigen, August 1944

„Staatsangehörigkeit"		Landwirtschaft	Bergbau	Metall	Chemie	Bau	Verkehr	insgesamt
Belgier	insgesamt	28.652	5.146	95.872	14.029	20.906	12.576	253.648
	Zivilarbeiter	3.948	2.787	86.441	13.533	19.349	11.585	203.262
	Kriegsgefangene	24.704	2.629	9.431	496	1.557	991	50.386
	in % aller Belgier	11,2 %	2,0 %	37,8 %	5,5 %	8,2 %	4,9 %	100 %
Franzosen	insgesamt	405.897	21.844	370.766	48.319	59.440	48.700	1.254.749
	Zivilarbeiter	54.590	7.780	292.800	39.417	36.237	34.905	654.782
	Kriegsgefangene	351.307	14.064	77.966	8.902	23.203	13.795	599.967
	in % aller Franzosen	32,3 %	1,7 %	29,5 %	3,9 %	4,7 %	3,9 %	100 %
Italiener	insgesamt	45.288	50.325	221.304	35.276	80.814	35.319	585.337
	Zivilarbeiter	15.372	6.641	41.316	10.791	35.271	5.507	158.099
	Kriegsgefangene	29.916	43.684	179.988	24.485	45.543	29.812	427.238
	in % aller Italiener	7,7 %	8,6 %	37,8 %	6,0 %	13,8 %	6,0 %	100 %
Niederländer	Zivilarbeiter	22.092	4.745	87.482	9.658	32.025	18.356	270.304
	in % aller Niederländer	8,2 %	1,8 %	32,4 %	3,5 %	11,9 %	6,8 %	100 %
Sowjets	insgesamt	862.062	252.848	883.419	92.952	110.289	205.325	2.758.312
	Zivilarbeiter	723.646	92.950	752.714	84.974	77.991	158.024	2.126.753
	Kriegsgefangene	138.416	159.898	130.705	7.978	32.298	47.301	631.559
	in % aller Sowjets	28,5 %	8,3 %	29,2 %	3,7 %	3,6 %	6,8 %	100 %
Polen	insgesamt	1.125.632	55.672	130.905	23.871	68.428	35.746	1.688.080
	Zivilarbeiter	1.105.719	55.005	128.556	22.911	67.601	35.484	1.659.764
	Kriegsgefangene	19.913	667	2.349	960	827	262	28.316
	in % aller Polen	66,7 %	3,3 %	7,5 %	1,4 %	4,1 %	2,1 %	100 %
„Protektorats"-angehörige	Zivilarbeiter	10.289	13.413	80.349	10.192	44.870	18.566	280.273
	in % aller „Protektorats"angehörigen	3,7 %	4,8 %	28,7 %	3,6 %	16,0 %	6,6 %	100 %
Insgesamt		2.747.238	433.790	1.691.329	252.068	478.057	378.027	7.615.970
	Zivilarbeiter	2.061.066	196.782	1.397.920	206.741	349.079	277.579	5.721.883
	Kriegsgefangene	686.172	237.008	293.409	45.327	128.978	100.448	1.930.087
	in %	36,1 %	5,7 %	22,2 %	3,3 %	6,3 %	5,0 %	100 %

Statistik aus: „Fremdarbeiter" von U. Herbert

Literaturhinweise:
1) Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin-Bonn 1985
2) Willeke, Der Arbeitseinsatz im Kriege, S. 200
3) Friedrich Syrup, Letzte Etappe in der Arbeitsschlacht, Vortrag vor der Reichsarbeitskammer Berlin
4) Küppers/Banier, Das Arbeitsrecht der Polen
5) Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft. In diesem Gremieum hatten sich keineswegs verrückte Rassefanatiker versammelt, sondern „ganz normale" Agrarexperten.

Fortsetzung von Seite 39

litante Linke so verunsichert war, von *wem* diese Aktionen denn nun kamen, so zeigt das nicht nur das Schwanken dieser Linken. Es zeigt genauso, daß die *politische Linie* der RAF mehr und mehr in Abstrakta zu verschwimmen droht.

Ebenso ist es mit dem Frankfurter GI, was ja zu einer nicht unbeträchtlichen Spaltung bei den Antiimps geführt hat. Und die Staatsschutzbombe auf den Knast in Celle 1977 wirft erneut die Frage nach der *politischen Klarheit* einer Organisation auf. Wir müssen in Zukunft noch weitaus mehr damit rechnen, daß der Staat solche Aktionen unternimmt, um Zugang zur Guerilla und zum Widerstand zu bekommen. Verhindern können wir solche Aktionen nicht. Wir können aber verhindern, daß diese Aktionen größeren Schaden anrichten, wenn wir eine politisch einwandfreie und glasklare Linie haben. Und daran scheint es in letzter Zeit im Spektrum der RAF und der Antiimps zu fehlen.

Zehn Thesen der proletarischen Aktion zu aktuellen Fragen

1. Die antiimperialistische Front in Westeuropa ist richtig und notwendig. Sie muß aufgebaut und erweitert werden um die antikapitalistische und antifaschistische Front in Westeuropa. Das erfordert auch eine Bündnispolitik der revolutionären Kräfte, um die Feinde des Proletariats zu isolieren. Für den Proletarier ist die Einheitsfront nicht bloß eine taktische Floskel zur Gewinnung von Parteianhang. Wer gemeinsam am Fließband oder an der Maschine steht, hat mehr gemeinsame Interessen als auseinanderlaufende, die vielleicht in verschiedener Parteizugehörigkeit auftreten können. Die Ausbeutung eint.

2. Bündnispolitik ist notwendig, weil das Proletariat allein isoliert und seine politisch-militärische Vorhut vernichtet werden kann. Beispiel aus der jüngeren Geschichte: Der Militärputsch 1973 in Chile. Vor dem Putsch die Kontroversen zwischen der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) und der KP Chiles sowie der Sozialistischen Partei Allendes über die Frage der Klassenmacht und Arbeiterbewaffnung. Die reformistischen Illusionen der Unidad Popular mußte das chilenische Volk bitter bezahlen. Auf der anderen Seite war die revolutionäre Linke *allein* nicht in der Lage, den Putsch zu verhindern, auch wenn sie ihn vorausgesagt hat. *Heute* besteht ein breites Bündnis aller Linksparteien — verkörpert durch die MDP (Demokratische Volksbewegung) —, die auch ihre entsprechenden militärischen Flügel haben. Allerdings: der Widerstand wird auf *allen* Ebenen entwickelt, auf der Basis von Massenkämpfen ebenso wie mit bewaffneten Aktionen. *Das* ist unsere Vorstellung von Bündnispolitik innerhalb der Linken.

3. Der Hauptfeind Nr. 1 der Völker der Welt ist der US-Imperialismus. Er steht in der Tradition des großdeut-

3. Der Hauptfeind Nr. 1 der Völker der Welt ist der US-Imperialismus. Er steht in der Tradition des großdeut-

schen Faschismus und ist dessen Erbe. Seine Kriegsziele sind: Vernichtung des sozialistischen Lagers, Erstschlag gegen die Sowjetunion, ewige Knechtung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, Ausschaltung der imperialistischen EG-Konkurrenz. „Don't forget it — US is Number One!", dieser Spruch drückt die Anmaßung der US-Bourgeoisie auf Weltherrschaft aus.

4. Der Hauptfeind der Arbeiterklasse in der BRD ist die eigene Bourgeoisie, die ihre Existenz als Klasse nach der militärischen Niederlage des Faschismus in erster Linie den USA, aber auch England und Frankreich, zu verdanken hat. Die BRD ist ein Retortenstaat, wichtigstes „Bollwerk" der imperialistischen Staatenkette gegen den Kommunismus in Westeuropa.

5. Der Nazifaschismus hat 1945 zwar eine *militärische* Niederlage erlitten, in dem westlichen Teilstaat BRD allerdings seine ökonomischen, politischen und sozialen Wurzeln behauptet. Die deutschen Imperialisten sind nach wie vor von Revanchegedanken besessen und wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. *Wozu* diese Ausgeburt einer dekadenten Klasse fähig ist, hat sie uns schon in zwei Weltkriegen gezeigt. Sie wird, wenn sie die Situation für günstig hält, ein *drittes* Mal den Versuch unternehmen. Eine ihrer ideologischen Waffen ist nach wie vor der dumpfe Antikommunismus.

6. Die sozialistischen Länder sind nicht unsere Feinde. Allerdings können wir sie in nächster Zukunft auch nicht als direkte Verbündete betrachten. Ihr Interesse liegt an einer sozialdemokratischen Entwicklung in der BRD, an friedlicher Koexistenz, an einer starken pazifistischen Friedensbewegung und Bürgerrechtsbewegung. Revolutionäre Entwicklungen in Westeuropa beunruhigen sie zur Zeit mehr, als daß sie solche unterstützen würden, weil ihr Interesse der Erhaltung des Status quo (gleiche Sicherheit der Blöcke) gilt. Wir können ihnen das nicht vorwerfen, es ist ihr gutes Recht, und es schadet uns auch nicht. Wir lehnen jede wie auch immer geartete Definition der Sowjetunion als „sozialimperialistisch" ab.

7. Unsere nächsten und natürlichen Verbündeten sind die Arbeiterklassen in Lateineuropa (Frankreich, Italien, Spanien, Portugal) und in Westeuropa sowie die um ihre nationale Unabhängigkeit kämpfenden Völker in Nordirland und im Baskenland. Zu unseren nächsten Verbündeten gehören ebenso die Arbeiterklasse der Türkei, gegen die sich in der BRD der besondere Haß der Faschisten aller Couleur richtet, sowie das palästinensische Volk. Im wesentlichen aber gilt: Vertrauen auf die eigene Kraft, Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterklasse (wozu wir selbstverständlich auch die Arbeitslosen rechnen).

8. Wir distanzieren uns nicht — trotz aller Kritik — von der RAF. Natürlich geht es nicht um Bekenntnisse oder Verdammungen, weil das mit revolutionärer Politik nichts zu tun hat und nur Schaumschlägerei ist. Aber wir wollen festhalten: Es ist das Verdienst der RAF, die kommunistische Revolution in der BRD und in Westberlin wieder auf die Tagesordnung gesetzt zu haben. Es ist ihr Verdienst, den roten Internationalismus in einem der stärksten kapitalistischen Zentren wieder aktualisiert zu haben und die Frage der Zerstörung des Imperialismus, die Frage der Revolution *konkret* gestellt zu haben. „Jetzt ist die Frage, ob in der BRD und Westeuropa bewaffnet gekämpft werden soll und gekämpft werden wird, erledigt. Es ist evident. Das heißt nicht, daß Guerilla gesichert wäre, das ist sie nie so, aber die Existenz der Politik der Guerilla ist jetzt Grundlage, auf der der Kampf entwickelt wird." („Mai-Papier") Wir fügen hinzu: im positiven wie im negativen.

9. Die beste Solidarität mit den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ist die von Ho Chi Minh definierte: „Macht die Revolution in eurem eigenen Land!"

10. Unser Ziel ist der Kommunismus, der „empirisch nur als die Tat der herrschenden Völker „auf einmal" und gleichzeitig möglich ist, was die universelle Entwicklung der Produktivkraft und den mit ihm zusammenhängenden Weltverkehr voraussetzt". (Marx/Engels, Deutsche Ideologie, S. 35) Der Sozialismus ist ein notwendiges Übergangsstadium, solange der Weltmarkt noch imperialistisch beherrscht bleibt. Der Sozialismus hat als Grundlage ein *Bündnis* zwischen Arbeiterklasse, Bauernschaft, Intelligenz und Mittelklasse. Er ist noch kein Kommunismus, weil die Klassen dort nicht auf-

klasse, Bauernschaft, Intelligenz und Mittelklasse. Er ist noch kein Kommunismus, weil die Klassen dort nicht auf-

gehoben sind, ebensowenig wie die Arbeitsteilung. Er schafft aber die Voraussetzung für die Aufhebung der Klassen, indem das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft ist. Als Nahziel ist er vernünftig: „Das Volk kämpft nicht für Ideen, für das, was in den Köpfen irgendwelcher Leute vorgeht. Es kämpft um materielle Verbesserungen, um besser und in Frieden leben zu können, um eine Lebensperspektive." (Amilcar Cabral)

PS: Kurzer Nachtrag zu „RAF in Kautskys Stiefeln" im „Arbeiterkampf" vom 5. Mai 86: Dieser Vergleich ist *voll daneben*, weil Kautskys „Gesamtsystem" dazu herhalten sollte, eine *friedliche Entwicklung* und eine *friedliche Überwindung* des Imperialismus zu suggerieren, was die RAF *niemals* behauptet hat, im Gegenteil! (Bei Kautsky hieß das übrigens „Ultraimperialismus".)

Die Eigentumsfrage zur Hauptfrage machen!
Für den Aufbau der antiimperialistischen, antikapitalistischen und antifaschistischen Front in Westeuropa!
Für den Zusammenschluß der revolutionären und proletarischen Linken!
Kommunismus oder imperialistische Barbarei!

Proletarische Aktion

Anmerkung
Der Nachtrag im Artikel der Proletarischen Aktion bezieht sich auf einen Artikel in AK 270, S. 36, „Die Zänge mit den drei Backen — Positionen vom ‚Widerstandskongreß'", 31.1.-2.2.86 in Frankfurt."

Buchbesprechung

"Der ewige Antisemitismus ..."

Theodor Wolff, ein jüdischer Publizist, der aus seinem französischen Exil in Nizza nach Sachsenhausen deportiert wurde, verglich in den 40er Jahren Antisemitismus mit altem Hausrat, „der die Familien von Generation zu Generation begleitet hat. Mancher erinnert sich nur dann und wann an diese verstaubten Möbel in der Bodenkammer, aus der er gelegentlich ein Stück herunterholt, manche umgeben sich mit dem Plüschplunder und können nur im Bett schlafen, in dem ihr Großvater auch schlief." (zitiert bei Broder, S. 32). Broders gerade erschienenes, aus sieben Essays bestehendes Buch erfuhr sogleich die werbewirksame Ehre einer einstweiligen Verfügung, erwirkt durch den Frankfurter Schauspielintendanten Rühle. Dieser meint, es nie gesagt zu haben — jenen Spruch im Zusammenhang mit Fassbinders Stück vonwegen„die Schonzeit sei vorbei".

Den Leser konfrontiert Broder in den ersten Zeilen seines Buches mit einer düsteren Hypothese: „*(Aber) es kann auch etwas kommen, das heute so undenkbar ist wie Auschwitz selber war: ein zweiter Versuch der Endlösung der jüdischen Frage just an dem Ort, an dem sich die Juden ihre nationalterritoriale Lösung erhofften.*" (S. 16-17)

Nicht die 100 Millionen Araber an sich seien die Gefahr, sondern die „Revitalisierung des Antisemitismus" in Europa und in den USA und: „*Warum sollten die USA eines Tages Israel eigentlich nicht fallen lassen?*" (ebda.)

Wenn es selbstverständlich keine antisemitischen Gene gibt, stimmt Broder

toriale Lösung erhofften." (S. 16-17)

Nicht die 100 Millionen Araber an sich seien die Gefahr, sondern die „Revitalisierung des Antisemitismus" in Europa und in den USA und: „*Warum sollten die USA eines Tages Israel eigentlich nicht fallen lassen?*" (ebda.)

Wenn es selbstverständlich keine antisemitischen Gene gibt, stimmt Broder

dem Begriff einer „anthropologischen Konstante" zu, im Sinne der „Pflege und Weitergabe von Generation zu Generation gemeinschaftlicher Haltungen" (S. 217).

Zu seinen grundlegenden Gedanken gehört auch, daß es heute Antisemitismus nicht *trotz*, sondern *wegen* Auschwitz gibt. Also, daß „*die Verurteilung des NS-Antisemitismus eine notwendige Voraussetzung für die Entfaltung eines 'sauberen' Antisemitismus ist, der sich von Auschwitz und den Nazis nicht diskreditieren lassen möchte.*" (S. 11-12)

Auch vertritt Broder die Meinung, Antisemitismus und Antizionismus seien zwar „historisch unterschiedliche Erfahrungen", hätten aber „*in der Gegenwart dieselbe praktische Bedeutung, (sind) vielleicht nicht hundertprozentig kongruent, überlappen sich aber zum größten Teil.*" Daher, so Broder, könnten sie „*miteinander gleichgesetzt als Synonyme behandelt werden.*" (S. 40)

Entscheidend sei, die „*Ventilfunktion des Antizionismus in einer Gesellschaft zu erfassen, die sich ihrer geschichtlichen Wurzeln und psychischen Verstrickungen nicht bewußt ist oder nicht bewußt werden will.*" (ebda.)

Mit einigen der häufigsten und meistens links gestellten Fragen setzt sich der Autor auseinander. Zum Beispiel die nach dem Vergleich zwischen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit: Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus könnten zwar teilweise die gleiche Funktion haben, doch gebe es den wesentlichen Unterschied, daß Fremdenfeindlichkeit eine kalkulierbare Größe in dem Sinne sei, daß sie überall dort anzutreffen sei, wo es Fremde gibt, während Antisemitismus den Juden gar nicht braucht. Antisemitismus existiert auch ohne Juden, sei ein „emotionaler Selbstbedienungsladen"; die Rechten werfen Juden Revolution, Marxismus, Skeptizismus vor, die Linken Kapitalismus, Spekulantentum usw., die Christen die Kreuzigung, Feministinnen die „jüdische Frauenfeindlichkeit", Internationalisten klagen den jüdischen Nationalismus an, während Nationalisten ihnen vorwerfen, sie seien noch nicht alle geschlossen weggezogen (S. 34).

Auf die Frage, ob man Israel „kritisieren darf", oder ob man dann „unvermeidlich in den Verdacht gerät, ein Antisemit oder Antizionist zu sein", antwortet Broder mit einem sowohl als auch.

Kritik sei erlaubt, häufig auch gerechtfertigt: Aber hänge das Interesse der westdeutschen linken Öffentlichkeit am Nahostkonflikt nicht vor allem an der „jüdischen Beteiligung" an demselben? Sei nicht das „stimulierende Moment" eher die Frage, wer der Verfolger ist, als die Frage, wer verfolgt wird? Wenn Zionismus Ausdruck jüdischen Nationalismus ist, also „*ein Versuch, aus einem Volk, das 2000 Jahre lang mit gutem Beispiel vorausgegangen ist und authentischen Internationalismus praktiziert hat, eine Territorialnation zu machen, dann ist der Antizionismus einfach das Gegenteil: Ausdruck einer Haltung, die den Juden das Recht, sich als Territorialnation zu organisieren, verweigert.*" (S. 45)

An dieser Stelle erinnert Broder daran, daß es nicht Frankreich, England oder die USA waren, sondern die Sowjetunion, die sich als „erste und am intensivsten" für die Gründung Israels einsetzte. Vermutlich ist der Wortlaut damaliger sowjetischer Erklärungen vielen unbekannt. Darum hier Auszüge daraus: „*Es ist wichtig*", sagte zum Beispiel am 14. Mai 1947 der damalige sowjetische UN-Botschafter Andrej Gromyko, „*Interesse zu zeigen für die Nöte eines Volkes, das dermaßen unter dem Krieg gelitten hat, den Hitlerdeutschland ausgelöst hat. Das ist die Pflicht der Vereinten Nationen. Die Tatsache, daß kein europäischer Staat imstande gewesen ist, die elementaren Rechte des jüdischen Volkes zu verteidigen und es gegen die Gewalt der faschistischen Henker zu beschützen, erklärt den Wunsch der Juden, einen eigenen Staat zu gründen. Es wäre ungerecht, das nicht zu berücksichtigen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieses Wunsches zu verneinen.*"

Gromyko ergriff im November des Jahres 1947 nochmal das Wort: „*Die Gegner einer Teilung Palästinas in zwei unabhängige demokratische Staaten behaupten, daß sich eine solche Ent-*

recht, das nicht zu berücksichtigen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieses Wunsches zu verneinen."

Gromyko ergriff im November des Jahres 1947 nochmal das Wort: „*Die Gegner einer Teilung Palästinas in zwei unabhängige demokratische Staaten behaupten, daß sich eine solche Ent-*

scheidung gegen die arabische Bevölkerung Palästinas und gegen die arabischen Länder richten würde. Die sowjetische Delegation kann diese Ansicht nicht teilen. ... Die Vertreter der arabischen Staaten meinen, daß die Teilung Palästinas ein historisches Unrecht wäre. Aber dieser Standpunkt ist unannehmbar, sei es auch nur angesichts der Tatsache, daß das jüdische Volk während einer langen historischen Periode eng mit Palästina verbunden gewesen ist... Es ist wohl auch nicht verkehrt, noch einmal darauf hinzuweisen, daß die Juden mehr als jedes andere Volk unter den Folgen des Krieges gelitten haben..." (26.11.47)

Gremliza hat mal geschrieben: „*Die bundesdeutsche Linke ist, von ein paar Idioten abgesehen, antifaschistsch und steht an der Seite der Opfer von Auschwitz und Treblinka...*" Dem widerspricht Broder voll und ganz. „Linke Antisemiten gibt es nicht" — jene Feststellung gehöre in die „Abteilung Mythen und Legenden": „*Warum sollten Linke, die ebenso wie alle anderen ihre Frauen prügeln, besoffen Auto fahren, Intrigen spinnen und ihren Organisationen weniger Beitrag zahlen, als sie es eigentlich sollten, die denselben Wohnküchenmief mit sich herumschleppen wie jeder Kegelbruder und Stammtischstratege, ausgerechnet in ihrer Einstellung zu Juden die besseren, die anständigeren Menschen sein?*" (S. 74)

Von Natur aus anständiger sind sie nicht; Broder weist das zunächst an entsprechenden Sprüchen von Voltaire, Kant, Fichte und sogenannten utopischen Sozialisten nach, erinnert dann an Vorgänge im realsozialistischen Lager (Slansky-Prozesse in der CSSR, Rajk-Prozeß in Ungarn, Antisemitismuswelle in Polen Ende der 60er Jahre); er erwähnt die westdeutsche publizistische Abstinenz zum Thema („*so gut wie alle in Deutschland verlegten Arbeiten über Antisemitismus sind entweder Neuauflagen von Klassikern ... oder es sind Untersuchungen von Juden bzw. nicht-deutschen Autoren*", S. 205) und wendet sich schließlich dem westdeutschen Alltag zu von Brigitte Heinrich über Augstein bis Piwitt, wobei auch das Verantwortungsbewußtsein unseres ehemaligen Herausgebers Reents (die besondere Verpflichtung, die wir Deutschen gegenüber den Opfern der Opfer haben, siehe fact finding-Reise der Grünen nach Nahost) kurz in Erinnerung gerufen wird.

So wußte zum Beispiel Susanne von Paczensky von grauenerregender Frauenunterdrückung in Israel zu berichten. Frauen gälten dort ständig als unrein, also bei Schwangerschaft, bei Geburten, wenn sie menstruieren. Man dürfe sie nicht berühren und wer's doch tue, mache sich strafbar. Und wenn ein Mann ohne männlichen Nachwuchs gestorben sei, so „gibt man die Frau wie ein Stück Vieh dem Bruder, damit er das ordentlich verwalte" (S. 94). Auf eine Anfrage von



Broder wies Frau von Paczensky darauf hin, daß sie sich mittels eines 1977 in New York erschienenen Buches kundig gemacht hatte ...

Die Bitburger Stimmen von „FAZ" bis „Quick" sollen hier nicht wieder erwähnt werden; sie wurden seinerzeit im AK ausführlich dokumentiert. Broder zitiert auch aus einem im Sommer '84 in der „Zeit" und der „Weltwoche" abgedruckten Bericht des Schweizer Journalisten Andreas Kohlschütter. Jener, sich selbst einen „besorgten Israelfreund" nennend, schrieb dort vom „jüdischen Erlöser-Egoismus", von der „ungebremsten

im AK ausführlich dokumentiert. Broder zitiert auch aus einem im Sommer '84 in der „Zeit" und der „Weltwoche" abgedruckten Bericht des Schweizer Journalisten Andreas Kohlschütter. Jener, sich selbst einen „besorgten Israelfreund" nennend, schrieb dort vom „jüdischen Erlöser-Egoismus", von der „ungebremsten

Dynamik jüdischer Penetration" (??), vom „alttestamentarischen Revanchismus" uswusf...

Vielen AK-Lesern ist vermutlich eine weitere Illustration dessen, was Broder „ein beständiges Gefühl" nennt, bekannt: Georg Bergfleth mit seiner Schrift „Zur Kritik der palavernden Aufklärung" (Matthes & Seitz Verlag): „*Es ist augenfällig, daß das aufklärerische Judentum in der Regel keinen besonderen Sinn für das besitzt, was deutsche Eigenart ist, etwa die romantische Sehnsucht, die Verbundenheit mit der Natur oder die nicht auszurottende Erinnerung an eine heidnischgermanische Vergangenheit...*" (S. 158) Bergfleth versteht seine Zeilen natürlich als Vorwurf an die Adresse des „aufklärerischen Judentums" — Aufklärung als jüdisches Komplott.

In einem Aufsatz von „Psychologie heute" mit dem Titel „Asche auf unser Haupt — was schulden wir Amerika?" schrieben ein Psychologe und ein Friedensbewegter, die US-Rüstungs- und Kriegspolitik sei dem „*unverhältnismäßig großen Einfluß der zionistischen Lobby*" auf die amerikanische Regierung geschuldet (wofür Bitburg anscheinend ein Beweis ist??); aus einem alttestamentarischen Rachetrieb heraus wolle die US-„zionistische Lobby" das wehrlose „Deutschland" vernichten (S. 161).

Eingang in die unrühmliche Liste findet auch eine 1983, anläßlich eines Ökumenetages verfaßte Broschüre des Göttinger Theologen-Fachschaftsrates. Die Studenten beschäftigten sich dort anscheinend vor allem mit „der geldlichen Seite" der zionistischen Angelegenheit, wobei sie die im Rahmen der „Wiedergutmachung" bezahlten Summen stets mit Ausrufe-zeichen versahen. Und über die Demonstrationen in Israel gegen den Krieg im Libanon vom September 1982 wußten die Göttinger Theologen, daß von den 400.000 Teilnehmern „die Hälfte Palästinenser waren" (S. 140, 141).

Augstein, der sich am 8. Mai 1985 fragte, welchen Grund es überhaupt zum Feiern gebe, räsonnierte 1981 über Gemeinsamkeiten zwischen Juden und Deutschen: „*Was hätte ein Nicht-Nazi denn tun können? Er hätte als ein Held oder Heiliger das tun können, was die Opfer selbst auch nicht getan haben ... Er hätte sich für seinen biblisch Nächsten opfern können, mit seinem Leben. Das haben die Deutschen, das haben die Juden nicht getan. Kein moralischer Unterschied also zwischen der schweigenden Mehrheit der Deutschen und der schweigenden Mehrheit der Juden.*" (S. 108-109)

Der ehemalige BRD-Botschafter in Israel, Niels Hansen, meinte, es gebe in der BRD keinen Antisemitismus oder er sei so verschwindend, daß er dabei genauso gelassen bleibe wie beim „Antigermanismus".

Anscheinend, um ein Broder-Bild zu benutzen, mußten auch Augsteins Eltern einen dann wohl braunen Stern tragen, und an ihren Geschäften stand vermutlich wie bei Hansens Eltern „Juden, kauft nicht bei Deutschen!" — sonst ist Augsteins Sinnieren kaum begreiflich. Jedenfalls richtig die Frage: Wieso haute dem Rudi keiner eine runter?

Nun wenden wir uns dem schreibenden Kulturschaffenden Hermann P. Piwitt zu, Mitarbeiter bei „konkret". Piwitt zeichnet sich durch seine stets ausgefallenen Assoziationen aus. Zwei Kostproben: „*Es gibt nichts Heimatloseres, Entwurzelteres, Ahasverhafteres*" (der ewige umherirrrende Jude..., Anm. AK) „*als das Kapital. Es hetzt*

Nun wenden wir uns dem schreibenden Kulturschaffenden Hermann P. Piwitt zu, Mitarbeiter bei „konkret". Piwitt zeichnet sich durch seine stets ausgefallenen Assoziationen aus. Zwei Kostproben: „*Es gibt nichts Heimatloseres, Entwurzelteres, Ahasverhafteres*" (der ewige umherirrrende Jude..., Anm. AK) „*als das Kapital. Es hetzt*

um den Globus auf der Suche nach Steueroasen, Niedriglohnländern und Friedhofsklima für Investitionen, wo es sich an fremder Arbeit mästen kann..." Anläßlich eines „Spiegel"-Artikels über die neue Luxusliebe „deutscher Eliten in Ost und West" kommt Piwitt in den Sinn: „*Brügges Artikel ist ein denunziatorischer Schmarrn, in seiner Vorurteile zementierenden Langzeitwirkung kaum harmloser als ein Gaswagen in Polen 1943*" (S. 91, 92).

Jetzt, in „konkret" 7/86, stellt sich HPP die Frage, ob er womöglich Broder verletzt haben könne, als hätte dieser nur seinetwegen das Buch geschrieben. Nun: Ein Problem sieht er schon zwischen Juden und beispielsweise sich selbst, und zwar, daß das, was „*für unsereins eine bis zum Ekel erebte und entsprechend disqualifizierte Sache ist*", für die Juden „*die Rettung*" gewesen sei. Piwitt meint den „Nationalismus", den er persönlich für so eklig befindet, daß er sich selbst gerne als „*Nationalkommunist*", was immer das Ungutes heißen mag, vorstellt.

Antisemitismus sei keine „Gefühlssache", sagt Piwitt, und ärgert sich darüber, daß „*im gutbürgerlichen Bewußtsein an die Stelle des 'bolschewistischen Juden' langsam aber stetig die des 'kommunistischen Antisemiten'*" heranrückt.

Ob es stimmt, mag dahingestellt bleiben — wieso aber beruft sich Nationalkommunist Piwitt ausgerechnet auf einen besonders in der deutschen Volksunion des Nazis Frey gern herumgereichten „Historiker", nämlich Diwald, um Broder zu ermahnen, sich auch mal um die DDR-Deutschen zu kümmern?? Nachsichtig faßt Piwitt zusammen — nachdem er festgestellt haben will, daß Broder einer „Wahnidee" aufgesessen sei: „*Aber wer als nicht-jüdischer Deutscher wissenschaftliche Gediegenheit und Redlichkeit in der Beweisführung mit Recht bei ihm vermißt, der sollte sich auch fragen, wie s e i n Revanchefoul (!!) ausgefallen wäre, gesetzt, Juden hätten sechs Millionen unschuldige Deutsche umgebracht.*" (Alles „konkret" 7/86, S. 68-69)

Schließlich, wenn es auch in der Reihenfolge geschmacklos ist, sei noch die Kritik an Erich Fried erwähnt. Fried wird von Broder als „Alibijude" bezeichnet, der im Zusammenhang „Begin alias Heydrich" davon spreche, daß „*Begin und seine mörderischen Komplizen nur die Krönung dessen sind, was der Zionismus in Wirklichkeit ist und geworden ist, von Theodor Herzl angefangen, über Ben Gurion, Golda Meir und so weiter.*" Broder dazu: „*Hinter der politischen Formel 'Zionismus ist Rassismus' steckt die alte Idee, es komme nicht darauf an, ob ein Jude links oder rechts steht, gläubig oder ungläubig ist, es zählt nur eins: sein Judesein. In der Zionismus-Rassismus-Formel feiert der Ruf 'Die Juden sind unser Unglück' global Auferstehung.*" (S. 227-228)

Anläßlich seines 65. Geburtstages äußerte sich Fried: „*Ich weiß, ich bin in Israel umstritten. Ich genieße das nicht, im Gegenteil, es wäre mir lieber, wenn die Zionisten nicht so dumm wären. Ich versuche sogar, mich durch zusätzliche Erklärungen verständlich zu machen. Aber deswegen nehme ich von meinen Ansichten kein Wort zurück. Jüdischen Selbsthaß habe ich nicht, aber es ist eine zionistische Unart, alle Kritiker als Antisemiten und alle jüdischen Kritiker als jüdische Selbsthasser anzuschwärzen.*" (Europäische Ideen, Nummer 62/86)

Broder schreibt selber wiederholt, es käme mehr auf die richtigen Fragen als auf die passenden Antworten an. Nur formuliert er nicht bloß Fragen, sondern trägt natürlich dezidierte Positionen vor, wovon die hinterfragenswürdigste zweifellos diejenige der absoluten Gleichsetzung von Antisemitismus und Antizionismus ist.

Mir scheint das Wesentliche seiner Haltung im intellektuellen Sinne des Begriffes Verzweiflung zu sein.

E.

Henryk M. Broder
„Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls"
Fischer Taschenbuch, Mai '86, 288 Seiten, 9,80 DM

Knallharte Tolerierungsbedingungen — von der SPD

Knallharte Tolerierungsbedingungen — von der SPD

Betr.: Karsten Voigt: „Thesen zur sicherheitspolitischen Anhörung der Grünen am 16.6. in Bonn"

Wenn schon nicht die „wichtigste Sache von der Welt" so doch im Unterhaltungswert immer wieder unübertroffen, gibt es wieder Richtungsweisendes aus der Gedankenfabrik der Selbst- und überhaupt -Behaupter, der Baracke.

Anläßlich einer Anhörung der Grünen (zum Atomwaffensperrvertrag usw.) hat sich der Evangelist sozialdemokratischen Vaterlandsglaubens, Karsten Voigt, nicht nur erlaubt einige neue Sternstunden friedenspolitischer Erleuchtung in eine Abhandlung genereller Weltsichten zur Friedensfrage zu fassen, nein — er liefert zugleich eine Auseinandersetzung mit dem grünen Programm (von Hannover).

Aus dem, jedem friedenspolitischen Wanderer zwischen den Welten bekannten, Sumpf seiner Analyse im Glimmerlicht der sicheren Partnerschaft erstrahlt, wie einst im Mai Tschernobyl, jener Funke, der die öffentliche Debatte stets entzündete: Grüne ja — Grüne nein?

Haben wir hier nicht etwas schon mal gehört? Das „in entscheidenden Punkten ihre bisherige Politik zu revidieren"?

Voigt für ein „Hamburger Modell" oder ein plumper Fundamentalo mit Maximalforderungen? Eher dies: „Erst wenn die Grünen, ... , ihre Fixierung auf eine Strategie der einseitigen Abrüstung und ihre Forderung nach einem NATO-Austritt aufzugeben bereit sind, kann es für Sozialdemokraten wirklich interessant werden, die Kompromißfähigkeit der Grünen (also nochmals Abstriche, Anm. MB) auf Bundesebene im Einzelnen **auszuloten**! Das **Ausstiegsszenario** bietet er mit „kompromißfähigen Positionen, die in den letzten Monaten z.B. durch Otto Schily und auch Joschka Fischer artikuliert wurden" auch gleich mit an.

Nebenbei kommt er so neben der alten Überzeugung, daß die Luftabwehr gestärkt werden müsse (Bülow) zur Einsicht, daß die Pershing II „gegen Überraschungsanschläge **wirksam geschützt** werden" müssen — ein PATRIOT läßt grüßen.

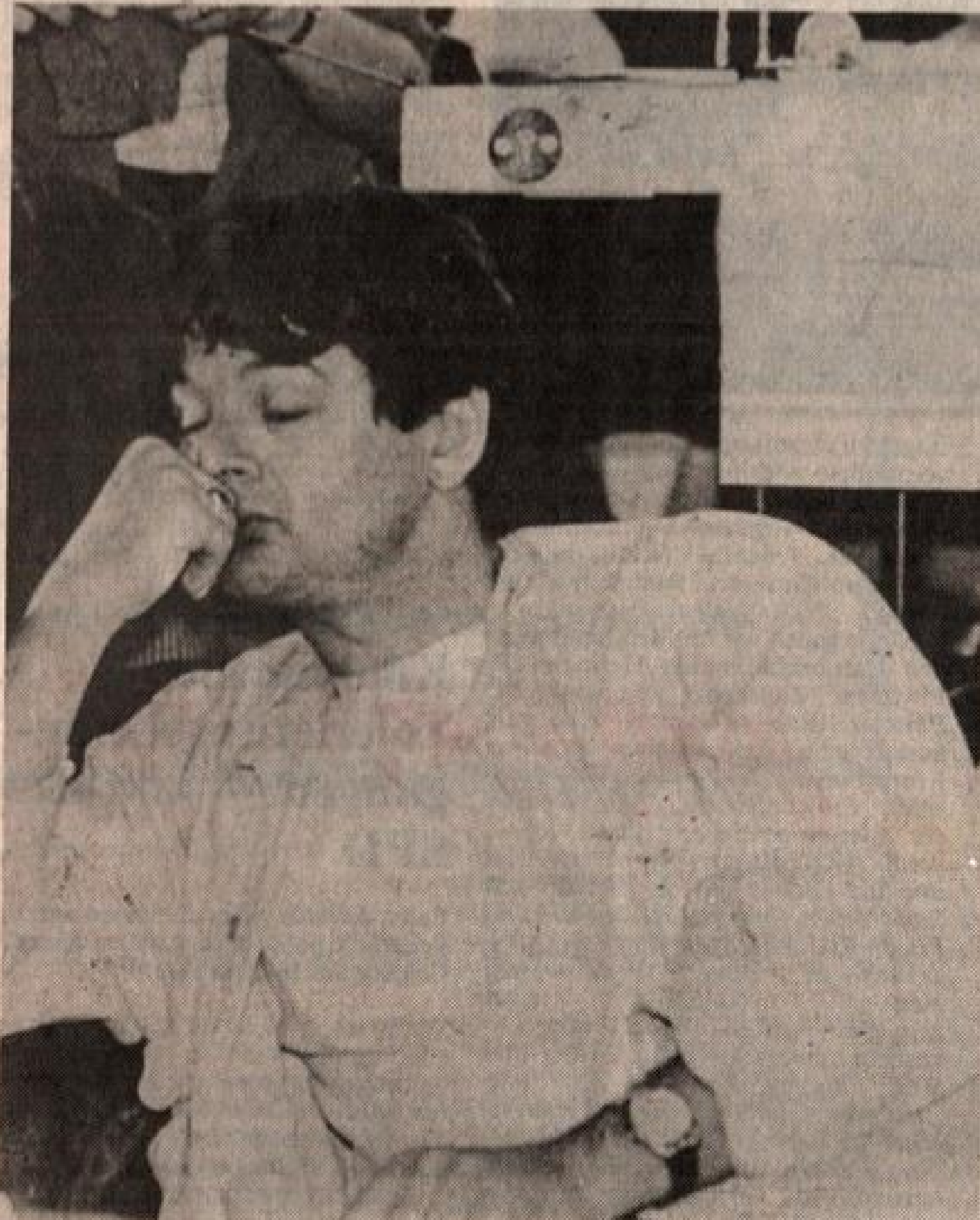
Außer den „**konventionell stabilisierenden**"(!) Maßnahmen (mehr Poesie in die Aufrüstungsparolen!) müssen aber unbedingt — ursozialdemokratisch — die „Bedrohungs**wahrnehmungen**" (nicht etwa die Bedrohung selbst) abgebaut werden. Das am besten durch einen „Aufklärungssatelliten" (!) der natürlich nur rein defensiv beobachtet, seine amerikanischen Kollegen nicht kennen will — schon gar nicht mit ihnen kommuniziert und von Wünschen der Force de Frappe erst recht noch nie etwas gehört hat.

Also voran zur **Umkehr** hin zur „Selbstbehauptung Europas" ihr „**außerparlamentarischen Reformbewegungen**"!!

Mit der Bitte um Veröffentlichung und sozialistischen Grüßen
Manuel B.

Kommentar:
Grüne Fallrückzieher

Wie kann ein Gewaltfreier zum Angehörigen einer Armee werden? Als Schweizer? Falsch! Es ist viel einfacher. Man tritt halt nicht der stehenden, sondern der sitzenden Truppe bei. Im rot-grünen Hessen hat der alternative Andrang auf das Beamtenheer eingesetzt. Fischers 'Wasserträger im Landtag und in den ministerialen Amtsstuben rotieren in geahnte Höhen, und die Welt darf erfahren, an welcher Stelle der ökologischen Kreisläufe, an welchem Punkt jenes faszinierenden Auf und Ab, jenes ewigen natürlichen Wechselspiels von Kommen und Gehen, von Werden und Vergehen, wo also ein Hort konstanter Stabilität und sozialer Absicherung erreicht wird: Im Staatsdienst. So spitzen sich die Fragen des Lebens und Überlebens letztlich auf die Lebensstellung zu. Von wegen Nullwachstum. Biodynamische Gehälter zwischen A15 und B6 sollen wenigstens dem Bruttoökoprodukt einen kräftigen Schub verleihen, bei haushaltsbewußtem Umgang mit den hessischen Landesressourcen.



Wie man jetzt erkennt, war es kein Zufall, sondern weitsichtige Klugheit, daß die hessischen Grünen auf ihrer letzten Landesversammlung gleich beide schweren Bürden abräumten: Die Rotation und die Diätenregelung. Repräsentative Realo-Basis für den Jahrhundertbeschluß der Millenniumsbewegung (Jahrtausendbewegung, Anm. AK): Ca. zweihundert Mitglieder. Ist es demagogisch, zu erwähnen, daß das Parteiereignis an jenem Wochenende (7./8.6.) über die Bühne ging, als sich das antiatomare Fußvolk vor Bauzäunen durch die CS-Schwaden des Gewaltmonopols hindurchhustete?

Den Paradigmenwechsel — Fraktionsvorsitzender Vielhauer: „Früher hatten wir andere Bewertungen, aber da gibt es eines Sinneswandel" — getreulich vor Augen, versuchte die Landtagsgruppe, einen ihrer wegrotierten Kollegen als leitenden Ministerialrat (Kern) und zwei andere (Treber, Blaul) als Regierungsdirektoren unterzubringen. Allzu frühes Ruchwerden stoppte jäh die sanfte Karrieretechnik. Angesichts der Indiskretionen gab das Trio auf — Begründung: keine.

Doch die Strafe trifft nicht die geschätzten Abgeordneten und ihre bienenfleißigen Mitarbeiter, sondern die Wählerinnen und Wähler: „Nur gut bezahlte Leute machen auch gute Politik" (Kern). Wir werden uns weiter mit

Doch die Strafe trifft nicht die geschätzten Abgeordneten und ihre bienenfleißigen Mitarbeiter, sondern die Wählerinnen und Wähler: „Nur gut bezahlte Leute machen auch gute Politik" (Kern). Wir werden uns weiter mit

dem gewohnten Mittelmaß aus Wiesbaden bescheiden müssen. Im übrigen gebietet es die Höflichkeit, die miserable Ausstattung der grünen Kirchenmäuse lieber nicht präziser zu erforschen. Sicher ist: Im Vergleich zu den schmutzigen Händen der Wiesbadener Clique verblaßt das vergangene Gezerre der Fundi-Kader (Zieran, Ditfurth) um eine Fraktionsanstellung im Frankfurter Römer zum Problem eines ungeputzten Fingernagels.

Das glücklose Agieren der basisdemokratischen Volksvertreter hat allerdings den Blick auf das Haus des ersten und einzigen grünen Ministers etwas getrübt. Auch in der kampferprobten Umgebung des ehemaligen streetfighters herrscht nämlich „ein ausgeprägtes Versorgungsdenken", dort bisher ohne Rückzieher. Anarchistische Realisten betreiben intensiv ihre Verbeamtung, radikale Reformisten gehen in Immobilien. Es handelt sich, so hört man, hauptsächlich um eine Problem der Anerkennung, eine Art DDR-Neurose also.

Halten wir fest: Es ging und geht in diesem unerquicklichen Bereich nur um höhere Motive, nie um schnöden Eigennutz. Als die Rotation gekippt wurde, geschah das einzig und allein deshalb, um die nach zweijähriger Einübungszeit erworbenen parlamentarischen Fähigkeiten nicht wieder abzuschieben, sondern für eine Professionalisierung des kleinen Anfrage-Wesens zu nutzen. Als die Diätenregelung („Facharbeiterlohn") abgeschafft wurde, war es im Dienste der Verbesserung der Politik. Qualität, Routine, Leistung ...

Niemand wünscht den grünen Amtsinhabern, sie möchten in gleicher Weise einem Existenzdruck ausgesetzt sein, wie er in der alternativen Szene gang und gebe ist. Muß man deshalb ein Gebaren an den Tag legen, das einer FDP würdig ist? Natürlich: Wer über Jahr und Tag um die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols gebuhlt hat, der möcht' auch gern ein Teil derselben werden. Auf dem nächsten Parteitag dürfen Ellbogenschoner gehäkelt werden.

de.

**Die nächste Ausgabe des ARBEITERKAMPF erscheint am 25.8.1986
Wir wünschen allen Lesern schöne Ferien**

**Die nächste Ausgabe des ARBEITERKAMPF erscheint am 25.8.1986
Wir wünschen allen Lesern schöne Ferien**

Inhalt

Niedersachsenwahl: Verlierende Gewinner und gewinnen Verlierer ....S. 10
"Militärische und zivile Nutzung sind nicht zu trennen" Interview mit Robert Jungk ....S. 11